



Deutsches
Jugendinstitut

Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit

Andrea Pingel & Peter Rieker



Projekt:
Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit –
Jugendpolitische und pädagogische
Herausforderungen

Zitiervorschlag:

Andrea Pingel; Peter Rieker: Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Deutsches Jugendinstitut, Leipzig 2002

Das DJI-Projekt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziell gefördert.

Redaktionelle Bearbeitung:

Renate Schulze
Julia Rinck

© 2002 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Abteilung Jugend und Jugendhilfe

Projekt: „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit –
Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen“

Teubnerstraße 11

04317 Leipzig

Telefon +49 (0)341 56654-42

Telefax +49 (0)341 56654-47

E-Mail: schulze@dji.de

Internet: <http://www.dji.de>

Layout/Umschlagentwurf/Gesamtherstellung
omniphon GmbH Leipzig

Inhalt

1	Einleitung	6
1.1	Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen	6
1.2	Methodisches Vorgehen	7
1.3	Formen und Bedingungen der pädagogischen Arbeit	10
1.3.1	Arbeitsformen und Arbeitsfelder	10
1.3.2	Strukturen und Rahmenbedingungen	12
1.3.3	Die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	14
1.3.4	Die Jugendlichen	15
1.4	Aufbau des vorliegenden Berichtes	16
I	AUSGEWÄHLTE ASPEKTE DER PÄDAGOGISCHEN ARBEIT MIT FREMDENFEINDLICHEN UND RECHTSEXTREM ORIENTIERTEN JUGENDLICHEN	18
2	Pädagogische Beziehungen	19
2.1	Zum Stellenwert von Beziehungsarbeit	19
2.2	Die Beteiligten	20
2.2.1	Pädagoginnen und Pädagogen	20
2.2	Jugendliche	22
2.3	Formen und Probleme von Beziehungsarbeit	23
2.3.1	Die Kontaktaufnahme	23
2.3.2	Verläufe von Beziehungsarbeit	25
2.3.3	Beendigung von Beziehungsarbeit	26
2.4	Resultate von Beziehungsarbeit	27
2.5	Schlussfolgerungen	28
3	Regeln und Grenzen in der pädagogischen Auseinandersetzung	30
3.1	Exzessiver Alkoholkonsum als Herausforderung in der Arbeit mit rechten Jugendlichen	30
3.2	Bereiche und Kontexte der Grenzsetzung	33
3.3	Begründung und Umsetzung von Regeln und Grenzen	36
3.4	Resultate von Grenzsetzungen	37
3.5	Resümee	38
4	Geschlechtssensible Jugendarbeit	40
4.1	Erfahrungen mit Mädchen- und Jungenarbeit	41
4.1.1	Rechtsextrem orientierte Mädchen und junge Frauen	42
4.1.2	Arbeit mit männlichen Jugendlichen	45
4.1.3	Zwischenbilanz: Pädagogik mit männlichen und weiblichen Jugendlichen	47
4.2	Männer und Frauen in der pädagogischen Arbeit	48
4.3	Fazit: Geschlechtsreflektierte Pädagoginnen und Pädagogen – geschlechtssensible Pädagogik?	51

5	Bildungsarbeit	53
5.1	Aufklärung, Thematisierung und Bearbeitung von Rechtsextremismus	54
5.2	Soziale Bildung in Projekten der Jugendarbeit	59
5.3	Politisches Lernen und Partizipation in der Jugendarbeit	61
5.4	Bildungsmaßnahmen als „Auflage“	62
5.5	Historische Bildung und Gedenkstättenarbeit	64
5.6	Fazit	66
II	EXEMPLARISCHE ARBEITSFORMEN	69
6	Streetwork	70
6.1	Struktur und Entwicklung des Projekts	70
6.2	Bedingungen der Projektarbeit	71
6.3	Ziele und Zielgruppen der Projektarbeit	72
6.4	Angebote und Arbeitsweise	72
6.5	Leistungen und Erträge der Projektarbeit	74
6.6	Begleitung und Dokumentation der Projektarbeit	75
6.7	Abschließende Einschätzung	75
7	Gruppenarbeit / Verbandsarbeit	77
7.1	Struktur und Entwicklung der Projektarbeit	77
7.2	Zielgruppen und Ziele der Projektarbeit	78
7.3	Angebote und Arbeitsweise	79
7.4	Erfahrungen und Erträge	79
7.5	Begleitung und Dokumentation	81
7.6	Abschließende Einschätzung	81
8	Erlebnispädagogische Kurzzeitmaßnahme	84
8.1	Struktur und Entwicklung des Projekts	84
8.2	Ziele und Zielgruppen der Projektarbeit	85
8.3	Angebote und Arbeitsweise	85
8.4	Leistungen und Erträge der Projektarbeit	87
8.5	Begleitung und Dokumentation	88
8.6	Abschließende Einschätzung	89
9	Trainingskurs	91
9.1	Struktur und Entwicklung des Projektes	91
9.2	Zielgruppe und Ziele	92
9.3	Konzept und Arbeitsweise	93
9.4	Erfahrungen und Erträge	95
9.5	Begleitung und Dokumentation	97
9.6	Abschließende Einschätzung	98

III	BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN	100
10	Rechtsextreme Organisationen und pädagogische Arbeit	101
10.1	Informationen über rechtsextreme Organisationen	101
10.2	Rechtsextremisten und Pädagogik in Konkurrenz um Jugendliche	103
10.3	Bilanzierung durch Pädagoginnen und Pädagogen	104
10.4	Fazit	105
11	Kooperationen, Netzwerke und jugendpolitische Zusammenarbeit	107
11.1	Zur Erfordernis und praktischen Relevanz von Kooperationen	108
11.2	Kooperationsformen und Partner	110
11.2.1	Kooperationen mit Schulen	110
11.2.2	Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz	111
11.3	Fachlicher Austausch	112
11.4	Gremien der Jugendhilfe und jugendpolitische Zusammenarbeit	113
11.5	Sozialräumliche Netzwerke und Bündnisse gegen Rechtsextremismus	115
11.6	Fazit	117
12	Zum Stellenwert von Konzepten	119
12.1	Was verstehen Praxisprojekte unter Konzepten?	120
12.2	Formen und Bedingungen der Projektentwicklung	121
12.2.1	Recherchen vor Ort, Analyse von Zielgruppen	123
12.2.2	Zieldefinition und Konzeptentwicklung	124
12.3	Akzeptierende Jugendarbeit als praxisrelevantes Konzept?	125
12.4	Fazit	127
13	Evaluation pädagogischer Praxis – Erfahrungen und Möglichkeiten	129
13.1	Evaluation aus Sicht der pädagogischen Praxis	130
13.2	Konkrete Ansatzpunkte für Evaluation	132
13.2.1	Einstiege in die rechtsextreme Szene – Ausstiege aus der rechtsextremen Szene	132
13.2.2	Kontakte zu Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund	134
13.2.3	Alltagsbezug und Nachhaltigkeit von Bildungsangeboten	136
13.3	Evaluation zwischen Zwang und Chance	139
14	Zum Abschluss: Pädagogische und jugendpolitische Herausforderungen	144
	Literatur	151

1 Einleitung

Nachdem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland längere Zeit als Phänomene angesehen wurden, für die vor allem ältere, durch den Nationalsozialismus geprägte Personen anfällig sind, thematisiert man sie etwa seit Mitte der 1980er-Jahre vor allem als jugendspezifische Probleme. Dieser Perspektivenwechsel führte zu einer intensiven Beschäftigung mit den Hintergründen entsprechender Einstellungen und Verhaltensweisen. Seither wurden viele Forschungsarbeiten realisiert, die sich unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten mit den Ausprägungen und Bedingungen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei jungen Menschen beschäftigen. Die jugendspezifische Akzentuierung dieser Phänomene verdeutlichte außerdem einen erheblichen Bedarf an Prävention und Intervention, der über die bekannten Maßnahmen auf repressiver, strafrechtlicher und parteipolitischer Ebene hinauszugehen hat. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu relevanten Themen der Jugendpolitik und der Pädagogik. Inzwischen hat sich ein breites Spektrum pädagogischer Praxis etabliert, die rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen thematisieren und bearbeiten soll. Die zunehmende Bedeutung dieses Feldes spiegelt sich außerdem in den jugendpolitischen Sonder- und Aktionsprogrammen sowie in Initiativen wider, die ihrerseits zu einer gewissen Unübersichtlichkeit des Feldes beitragen (vgl. Rieker 2002).

Eine Aufgabe des Projektes „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen“ ist es, einen Beitrag zur Transparenz auf dem Feld der pädagogischen Auseinandersetzung mit diesen Aspekten zu leisten. Dabei konzentriert sich das Projekt auf die Kinder- und Jugendhilfe, vor allem auf die Jugendarbeit und die außerschulische Bildungsarbeit und möchte zunächst verschiedene Arbeitsansätze sowie die in der pädagogischen Praxis gesammelten Erfahrungen dokumentieren. Auf dieser Grundlage sollen schließlich auch Fragen der Qualität, des Erfolges bzw. der Wirksamkeit pädagogischer Angebote in den Blick genommen werden. Angesichts der großen Bandbreite an Angeboten, die sich an verschiedene Zielgruppen richten und ganz unterschiedliche Aspekte des Problemfeldes in den Vordergrund stellen, schien es ratsam, im Projekt Schwerpunkte zu setzen, die in begrenzten Zeiträumen sinnvoll bearbeitet werden können.

In diesem Einleitungskapitel werden zunächst der Schwerpunkt der Projektarbeit (1.1), auf den sich dieser Bericht bezieht und das methodische Vorgehen (1.2) skizziert. Anschließend beschreiben wir die Formen, Rahmenbedingungen und Akteure der pädagogischen Praxis, die in den folgenden Kapiteln im Mittelpunkt stehen (1.3). Schließlich wird der Gesamtaufbau des Berichts erläutert (1.4).

1.1 Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen steht im Zentrum dieses Berichtes. Die Entscheidung für diesen Schwerpunkt beruht auf verschiedenen Überlegungen. Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001 weist hinsichtlich gewaltbereiter Rechtsextremisten, Straftaten mit vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund und entsprechender Gewaltdelikte im Vergleich zu vorangegangenen Jahren hohe bzw. steigende Zahlen aus: Gewaltbereite Rechtsextremisten 10.400 Personen (2000: 9.700), Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund 10.054 – davon 709 Gewaltdelikte (Bundesministerium des Innern 2002: 32-36). Obwohl diese Angaben mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind, können sie als Indiz für ein beachtliches Potenzial an Rechtsextremisten angesehen werden. Einschlägige Untersuchungen zeigen, dass es sich bei Tatverdächtigen, denen rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten zugerechnet werden, überwiegend um (männliche) Jugendliche und junge Männer handelt (Wahl 2001: 26f.; Willems 1993).

In öffentlichen und fachlichen Diskussionen gilt die pädagogische Arbeit mit rechtsextremen und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen – die häufig verkürzt unter ein fragwürdiges Verständnis akzeptierender Jugendarbeit subsumiert wird – vielerorts als gescheitert, ohne dass die unterschiedlichen Arbeitsansätze in diesem Bereich, ihre Möglichkeiten und Grenzen bisher angemessen verdeutlicht worden wären. Selbst Franz Josef Krafeld als prominentester Vertreter und Mitbegründer der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen scheint zu dem Schluss gekommen zu sein, dass zumindest unter den Rahmenbedingungen der östlichen Bundesländer diese Arbeit so nicht möglich ist und sie daher durch einen „gerechtigkeitsorientierten Ansatz“ ersetzt werden muss (Krafeld 2000). Auf jedem Fall lassen sich offene Fragen und Forschungslücken zur Arbeit mit dieser Klientel feststellen: Bis zu welchem Alter und welchem Grad an Eingebundenheit in die rechte Szene lassen sich die Jugendlichen erreichen und beeinflussen? Gibt es bestimmte Methoden und Zugänge, die sich in der Praxis als erfolgreich oder auch als gescheitert erwiesen haben?

Während das Feld der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen nach ersten Felderkundungen und gemäß der Einschätzung von Fachleuten noch einigermaßen überschaubar und abgrenzbar erscheint, präsentierten sich andere Teilbereiche sehr viel unübersichtlicher und nur schwer abgrenzbar, z.B. Projekte und Maßnahmen, die allgemeiner auf Prävention oder auf die Stärkung demokratischer Gegenkulturen abzielen.

1.2 Methodisches Vorgehen

Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse in diesem Bericht vorgelegt werden, ist es, einen Überblick zu verschiedenen Ansätzen und Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit mit

rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen zu gewinnen. Dabei wird nicht eine vollständige Erfassung aller in diesem Bereich tätigen Projekte oder Aktivitäten angestrebt, sondern die Identifikation unterschiedlicher Herangehensweisen in der pädagogischen Praxis sowie die Benennung exemplarischer Erfahrungen, Probleme und Potenziale.

Durch eine Befragung von Expertinnen und Experten haben wir zunächst versucht, die in der Fachwelt verfügbaren Erkenntnisse und Informationen zusammenzutragen, um einen Überblick zur Situation der pädagogischen Praxis zu gewinnen. Bereits in diesen Experteninterviews fragten wir nach konkreten Projekten, nach typischen Schwierigkeiten und Einschätzungen zum Entwicklungsbedarf in der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Dabei hat sich jedoch gezeigt, dass auch solche Wissenschaftler und Pädagogen, die dieses Arbeitsfeld schon seit längerem beobachten bzw. auf diesem Gebiet tätig sind, nur selten Hinweise auf Praxisprojekte und aktuelle Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendlichen geben konnten.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen erschien es notwendig, die Suche nach entsprechenden Praxisprojekten auf eine breitere Basis zu stellen. Durch Artikel und Interviews, in denen wir über unser Anliegen informierten, haben wir um Informationen über entsprechende Projekte, Maßnahmen und Erfahrungen gebeten. Im Rahmen von Fachveranstaltungen, die wir in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern durchführten, haben wir relevante Informationen zusammengetragen. Auf diese Weise gelang es schließlich, den Zugang zu Maßnahmen und Angeboten zu erreichen, in denen mit rechtsextremen Jugendlichen gearbeitet wird, wurde oder werden sollte. Durch Informationen dieser Praxisprojekte konnten dann wiederum zusätzliche Angebote identifiziert, kontaktiert und in die Untersuchung einbezogen werden. Zusammengenommen hinterließ diese mühsame Suche allerdings den Eindruck, dass es – besonders in den westlichen Bundesländern – nur wenige pädagogische Angebote gibt, die sich explizit (auch) an rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierte Jugendliche wenden. Vielerorts dominiert die Tendenz, die Existenz entsprechend eingestellter Jugendlicher zu bagatellisieren, in Abrede zu stellen oder diese von den Angeboten der Jugendhilfe auszuschließen.

Bis zum Frühjahr 2002 konnten schließlich 35 Praxisprojekte und Angebote ausfindig gemacht und in die Untersuchung einbezogen werden, die sich mehr oder weniger explizit an rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierte Jugendliche richten. Diese Projekte und Angebote sind in zehn ost- und westdeutschen Bundesländern angesiedelt, sie arbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen, konzentrieren sich auf verschiedene Zielgruppen und verfügen über unterschiedliche Erfahrungshintergründe. Berücksichtigt wurden zu einem kleinen Teil auch Projekte, die über umfangreiche und interessante Erfahrungen verfügen, aber aktuell wenig oder auch gar nicht mehr mit der benannten Zielgruppe arbeiten. Erfasst werden konnte auf diese Weise schließlich ein breites Spektrum pädagogischer Praxis.

Die verfügbare Datengrundlage weist allerdings auch verschiedene Einschränkungen auf. Nicht gelungen ist es, solche Projekte oder Angebote einzubeziehen, die nach eigener Ansicht gescheitert sind bzw. deren Scheitern offensichtlich wurde, z.B. dadurch, dass eine Einrichtung geschlossen werden musste. Bewusst nicht berücksichtigt wurden außerdem Maßnahmen, die in ihrer Ausstattung und Ausrichtung offensichtlich ungeeignet sind, mit

rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen zu arbeiten. Dazu werden z.B. Jugendclubs gezählt, die von fachfremden Mitarbeitern, die über ABM- oder SAM-Stellen kurzfristig beschäftigt sind, nur punktuell betreut werden. Im Rahmen unserer Recherche haben wir außerdem nicht den Anspruch herauszufinden oder zu dokumentieren, inwiefern der organisierte Rechtsextremismus oder auch einzelne Rechtsextreme selber versuchen, Jugendliche mit Jugendarbeit zu erreichen und zu beeinflussen bzw. sie in ihrer Orientierung weiter zu bestärken. Wir haben uns allein auf die Angebote der freien und öffentlichen Jugendhilfe konzentriert. Schließlich konnten nur solche Angebote einbezogen werden, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit waren, von ihren Erfahrungen zu berichten.

Die Untersuchung stützt sich nicht auf Selbstdarstellungen oder Konzeptpapiere, sondern auf Projektbesuche, bei denen leitfadengestützte Interviews mit den vor Ort tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt wurden. In diesen Interviews wurde zunächst die Entwicklung des jeweiligen Projekts sowie seine strukturellen und konzeptionellen Voraussetzungen thematisiert. Es ging dabei um die Bedingungen in den Kommunen, um die Einbindung in die örtlichen Jugendhilfestrukturen und in den fachlichen Kontext. Außerdem wurden die Pädagoginnen und Pädagogen zu ihren Erfahrungen im Kollegenkreis und mit den jugendlichen Klienten sowie zu den jeweils praktizierten Arbeitsformen befragt. Schließlich wurden auch Fragen der Aus- und Weiterbildung, der fachlichen Begleitung und Supervision sowie der Dokumentation bzw. Evaluation der Arbeit angesprochen. In den Fällen, in denen aktuelle Veränderungen anstanden oder Fragen offen blieben, wurde zu einem späteren Zeitpunkt ein zweites Gespräch geführt. Vereinzelt wurden auch Kooperationspartner interviewt, deren Sichtweisen für das Verständnis eines Angebotes wesentlich erschienen. Interviews mit jugendlichen Klienten konnten nur in einem Fall realisiert werden.

Eine weitere Grundlage der in diesem Bericht referierten Ergebnisse stellen die von unserem Projekt durchgeführten Fachveranstaltungen dar. Zum einen handelt es sich dabei um zwei mehrtägige Workshops, in denen mit Praktikerinnen und Praktikern zentrale Aspekte der pädagogischen Arbeit erörtert wurden: Der erste Workshop stand unter dem Thema „Spannungsfeld Beziehungsarbeit“, der zweite Workshop hatte den Titel „Politische Bildung und Konfrontation mit rechtsextremen Jugendlichen“. Außerdem wurden zwei regional ausgerichtete Praxiskonferenzen durchgeführt, sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum. Schließlich luden wir verschiedene Experten zu einer Anhörung zu Fragen der Kooperation und Vernetzung ein, bei der Erfahrungen beschrieben wurden, die mit verschiedenen Modellen unter teilweise ganz unterschiedlichen Bedingungen gesammelt wurden.

Für die Auswertung der Projektbesuche wurde ein Auswertungsschema entwickelt, um Informationen zu zentralen Aspekten systematisch erfassen zu können. Besonderes Augenmerk legten wir dabei auf die Bedingungen, unter denen in den einzelnen Projekten gearbeitet wird (z.B. Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, finanzielle Ausstattung, Konkurrenz durch rechtsextreme Organisationen vor Ort, Kooperation und Vernetzung mit anderen Angeboten) und auf die Ziele, Formen und Verläufe der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen (z.B. Kontaktaufnahme und Beendigung der pädagogischen Arbeit, Bildungs- und Beziehungs-

angebote, Konfrontation und Unterstützung). Im Rahmen der Auswertung wurde auch auf die Protokolle der Fachveranstaltungen zurückgegriffen. Zu ausgewählten Fragen konnten wir auf diese Weise zusätzliche Informationen heranziehen. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass es nur bedingt möglich war, vergleichbare Informationen zu unterschiedlichen Ansätzen und konkreten Erfahrungen der pädagogischen Arbeit zu erhalten. Das gesamte Arbeitsfeld präsentiert sich sehr heterogen, so dass eine systematisch vergleichende Darstellung nicht in der Weise realisiert werden konnte, wie dies wünschenswert wäre. Verschiedentlich haben die folgenden Darstellungen daher vor allem beschreibenden Charakter.

1.3 Formen und Bedingungen der pädagogischen Arbeit

Im Folgenden skizzieren wir die Projekte und Angebote, die in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen identifiziert und in die Untersuchung einbezogen werden konnten. Zunächst geht es um verschiedene Arbeitsformen (1.3.1) und um die Strukturen und Bedingungen, unter denen diese realisiert werden (1.3.2). Darüber hinaus werden die in den Projekten tätigen Pädagoginnen und Pädagogen (1.3.3) sowie ihre jugendlichen Klienten (1.3.4) beschrieben.

1.3.1 Arbeitsformen und Arbeitsfelder

Gemäß den im Projekt vorgenommenen Felderkundungen liegen im Bereich der aufsuchenden Straßensozialarbeit die umfangreichsten Erfahrungen in der pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem bzw. fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen vor. Zusammengenommen sind etwa ein Drittel der einbezogenen Angebote der aufsuchenden Straßensozialarbeit dazu zu zählen. Diesem Bereich können auch Projekte zugeordnet werden, die gezielt mit Fußballfans arbeiten. Verschiedene Angebote, die Jugendliche vor allem an ihren Treffpunkten aufsuchen, verfügen darüber hinaus auch über Cliquentreffpunkte oder andere eigene Räumlichkeiten. Eine zweite, größere Gruppe von Projekten gehört der offenen und mobilen Jugendarbeit an. Diese Angebote zeichnen sich dadurch aus, dass offene Jugendhäuser, Clubs oder ausgebaute Busse einen zentralen Ansatzpunkt für intensive pädagogische Arbeit und für sozialräumliche Aktivitäten darstellen. Wie in der Straßensozialarbeit beinhalten auch Projekte der offenen Jugendarbeit verschiedentlich sport- und körperorientierte Angebote, die teilweise in Kooperation mit Sportvereinen realisiert werden. Regelmäßig, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, bietet man im Rahmen dieser Projekte auch erlebnispädagogische Maßnahmen an.

Im Unterschied zu diesen breit angelegten Arbeitsformen konnten auch Angebote einbezogen werden, die spezifischere Ansätze verfolgen. Zwei der ausgewählten Praxisprojekte verstehen sich in erster Linie als Qualifizierungsprojekte, die die Chancen von benachteiligten Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt verbessern wollen. Durch soziale

Gruppenarbeit und Trainingskurse werden vor allem Jugendliche angesprochen, die durch rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierte Gewalt- und Straftaten auffällig geworden sind. Im Rahmen richterlicher Weisungen oder durch freiwillige Teilnahme wollen diese Jugendlichen ihre Ausgangsposition für eine bevorstehende Gerichtsverhandlung verbessern. Schließlich haben wir außerdem ein Beispiel aus der pädagogisch-therapeutischen Arbeit mit Gruppen aus dem Jugendstrafvollzug aufgenommen.

Während sich also einige Angebote der sozialen Gruppenarbeit sowie Trainingskurse zu meist gezielt an straftatverdächtige, straffällige, gewaltbereite bzw. rechtsextrem orientierte Jugendliche wenden, sind die Projekte, die offene, aufsuchende oder qualifizierende Angebote machen, hinsichtlich ihrer Zielgruppe häufig mit einer diffuseren Ausgangssituation konfrontiert. Unabhängig von den ursprünglichen Plänen und Konzepten werden dabei teilweise Jugendliche erreicht, die fremdenfeindliche oder rechtsextreme Orientierungen und entsprechende Verhaltensweisen aufweisen. Die von uns befragten Projekte haben sich dieser Herausforderung auch dann gestellt, wenn zunächst eigentlich gar nicht geplant war, gezielt mit diesen Jugendlichen zu arbeiten. Während in der Regel zunächst mit ganzen Gruppen und Cliquen gearbeitet wird, werden mit der Zeit teilweise intensivere Einzelbetreuungen mit dem Ziel entwickelt, Jugendliche von der Clique zu lösen und ihnen einen Ausstieg aus der rechten Szene zu ermöglichen.

In der pädagogischen Arbeit wird dabei an ganz unterschiedlichen Punkten angesetzt. Verschiedene Projekte sehen sich in erster Linie mit benachteiligten oder problembehafteten Jugendlichen konfrontiert und bemühen sich um Hilfestellung und Anregungen, um die Jugendlichen bei der Erschließung von Kompetenzen und Selbstvertrauen zu unterstützen. Dabei bemüht man sich u.a., Defizite im Bereich sozialer Beziehungen bzw. fehlende oder sehr einseitiger Vorbilder auszugleichen, oder es wird nach sozialverträglichen Ausdrucksformen für Körperlichkeit und Konfliktverhalten gesucht. Teilweise wird auch die Auseinandersetzung auf der Ebene ideologischer Überzeugungen gesucht.

Ansätze von selbstorganisierter Jugendarbeit, die häufig mit der eigenständigen Verwaltung von Räumlichkeiten und gelegentlich auch mit sporadischer Betreuung durch nicht immer qualifizierte Fachkräfte einhergeht, wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht einbezogen. In diesem Bereich stellen sich vermutlich ganz eigene Herausforderungen, die im vorliegenden Rahmen nicht adäquat hätten thematisiert werden können. Kaum berücksichtigt werden konnten auch Angebote, die in jugendverbandliche Strukturen eingebunden sind. Unseren Recherchen zufolge gibt es in diesem Bereich kaum explizite Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, abgesehen von Ausnahmen, die von besonders engagierten Pädagoginnen und Pädagogen unter günstigen Bedingungen vereinzelt realisiert werden können (vgl. Kapitel 7). Nur ansatzweise einbezogen werden konnten auch Angebote der außerschulischen Bildung. Für die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen ist Bildungsarbeit weniger in Form von frei ausgeschriebenen Seminaren und Veranstaltungen relevant, die freiwillig besucht werden, sondern eher als einzelne Veranstaltungen oder Angebote, die im Rahmen bereits bestehender pädagogischer Beziehungen oder in Kooperationen mit Schulen oder der Jugendgerichtshilfe durchgeführt werden.

1.3.2 Strukturen und Rahmenbedingungen

Hinsichtlich ihrer Ausstattung und Größe unterscheiden sich die einbezogenen Praxisprojekte erheblich voneinander, angefangen vom mehr oder weniger auf sich allein gestellten Jugendpfleger oder Streetworkerinnen bis hin zu großen Teams mit Beratung und Supervision. Einige Angebote sind seit Jahren in der Kommune etabliert, strukturell gut eingebunden und verfügen über die Möglichkeit, die eigenen Aufgaben selbst zu definieren. Andere Praxisprojekte bangen auf der Grundlage jährlich befristeter Bewilligungsbescheide regelmäßig um ihren Bestand, sind unzureichend ausgestattet und obendrein noch mit unrealistischen Erwartungen konfrontiert. Bei den freien Trägern sind sowohl private Initiativen, kleine und große Vereine als auch die Kirchen und die großen Wohlfahrtsverbände vertreten. Insgesamt fällt aber auf, dass ein großer Anteil – in unserer Untersuchung waren es ca. ein Drittel der Angebote – direkt von öffentlichen Trägern und nicht von freien Trägern realisiert werden. Dabei handelt es sich sowohl um Angebote engagierter Jugendförderer in Jugendämtern, als auch um größere Projekte aus dem Bereich Streetwork oder der offenen Jugendarbeit, wo ganze Teams direkt beim öffentlichen Träger angestellt sind. Eine mögliche Erklärung für diesen Befund könnte sein, dass dieses Arbeitsfeld für freie Träger eher unattraktiv und heikel ist.

Was die regionale Verteilung anbelangt, zeigen sich große Unterschiede bezüglich der Zahl der Praxisprojekte, die in die Untersuchung einbezogen werden konnten. Vor allem in den süddeutschen Bundesländern ist es sehr schwierig, überhaupt Angebote zu finden, die sich explizit (auch) an rechtsextreme und fremdenfeindliche Jugendliche richten. Selbstverständlich gibt es erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich des Verbreitungs- und Organisationsgrades der rechtsextremen Szene. Nach unserem Eindruck hängt die Tatsache, dass Rechtsextremismus unter Jugendlichen konkret vor Ort, beim Jugendamt, in der Kommune oder in der Region überhaupt thematisiert und zum Anlass für sozialarbeiterische oder pädagogische Interventionen genommen wird, wohl weniger vom möglichen Bedarf, sondern eher von der Bereitschaft und dem Engagement der vor Ort tätigen Kolleginnen und Kollegen ab.

Häufig sind es einzelne Sozialarbeiter oder Pädagoginnen beim Jugendamt oder bei einem freien Träger bzw. ein kleiner Kreis von „Aktiven“ die sich in diesem Arbeitsfeld ehren- oder hauptamtlich besonders engagieren. Mitunter bilden sich in diesem Zusammenhang produktive Kooperationsbeziehungen und Unterstützungsnetzwerke auf kommunaler oder regionaler Ebene (vgl. Kapitel 11). Einzelne Städte haben umfangreiche Maßnahmenkataloge beschlossen und umgesetzt oder symbolische Aktionen durchgeführt, die sich teilweise allerdings auf bestimmte Anlässe konzentrieren und von begrenzter Dauer sind.

Unter besonderen Bedingungen arbeiten Praxisprojekte in Ostdeutschland. Die Strukturen und Projektzusammenhänge, die sich in den neuen Bundesländern im Kontext des AgAG-Programms entwickelt haben, sind nur in wenigen Orten noch erhalten bzw. aktiv. Ostdeutsche Pädagoginnen und Pädagogen, die schon länger mit rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen arbeiten, berichten von Veränderungen, die es im Verlauf der letzten Jahre in ihrer Arbeit gegeben hat. So hat sich nach ihren Beobachtungen in den ostdeutschen Städten die Jugendszene im Vergleich zu den frühen

und mittleren 1990er-Jahren stark verändert, sie ist bunter geworden und weniger eindeutig durch rechtsextreme Einflüsse geprägt. Einige Projekte berichten vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, dass sie bewusst mit unterschiedlichen Szenen arbeiten. Insbesondere in der aufsuchenden und mobilen Arbeit scheint es möglich zu sein, als Sozialarbeiter oder Pädagoge bei den Jugendlichen auch dann akzeptiert zu werden, wenn man mit unterschiedlichen Cliquen arbeitet. Es wurde aber auch von Situationen berichtet, in denen die Arbeit mit rechten Cliquen zunächst den Kontakt mit anderen Jugendlichen sehr erschwert oder auch ausschließt, gerade in der offenen Arbeit. Im ländlichen Raum gibt es diese jugendkulturelle Vielfalt oftmals nicht; eine quasi zwangsläufige Einteilung in 'Rechte' und 'Linke' ist hier häufiger an der Tagesordnung.

Als problematisch gilt aus Sicht verschiedener Projekte, dass inzwischen viele Treffen der rechtsextremen Szene im privaten Raum stattfinden; weniger öffentlich und sichtbar, aber deshalb nicht harmloser. Fachkräfte in der Jugendarbeit vermuten, dass ein Teil der (potenziell) rechtsextremen Jugendlichen von Angeboten der Jugendhilfe nicht erreicht werden kann. Damit sind nicht nur die wenigen gemeint, die von vornherein nicht auf der Suche nach Hilfs- und Beziehungsangeboten sind und ideologisch bzw. politisch motiviert agieren, sondern auch solche, die grundsätzlich an Freizeitangeboten und Ansprechpartnern interessiert sind. Kontakte und Unterstützung bekommen sie von rechten Organisationen wie der NPD geboten. In einigen Regionen und Orten sind entsprechende Organisationen so stark vertreten, dass sie längst eine echte Konkurrenz für die Jugendarbeit darstellen. Die Mitarbeiterin eines Streetworkprojekts hat dies mit den Worten beschrieben: „Sie leben in ihrer eigenen Welt und haben alles, was sie brauchen“ (siehe Kapitel 10).

Verändert haben sich auch die jugend- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, unter denen viele Projekte arbeiten. Angesichts der finanziell eingeschränkten Spielräume der kommunalen Haushalte haben die meisten Praxisprojekte in freier Trägerschaft auf die unzureichende Absicherung ihrer Stellen und Angebote hingewiesen und die Belastungen angesprochen, die sich aus den ständigen Versuchen ergeben, die Arbeit finanziell abzusichern. Ein Großteil der Arbeitszeit und Energie wird gebraucht, um Anträge zu schreiben und zu begründen, weil jede Maßnahme einzeln zu finanzieren ist. Dies gilt vor allem dann, wenn ein Projekt auf die Finanzierung aus den allgemeinen kommunalen Mitteln für die Jugendarbeit angewiesen ist. Einzelne Projekte sind dazu übergegangen selbst zu versuchen, Gelder für ihre Arbeit einzuwerben und Sponsoren zu finden, was aber für normale „Alltagsangebote“ beschwerlich und auch nicht immer möglich ist. Immer wieder mussten und müssen daher auch anerkannte und qualifizierte Angebote eingestellt werden, weil Personalstellen nicht mehr zu finanzieren sind. Auch gut qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten häufig auf zeitlich befristeten Stellen ohne weitergehende Perspektive, manche Projekte müssen jedes Jahr erneut auf den Bewilligungsbescheid für ein weiteres Jahr hoffen. Langfristige Planung im Sinne von Personal- und Qualitätsentwicklung ist so kaum möglich.

Andererseits sind in den letzten Jahren verstärkt Programme auf Bundes- und Landesebene aufgelegt worden die versuchen, Maßnahmen und Angebote gegen Rechtsextremismus zu fördern, deren zumeist kurzfristige und eher präventive Ausrichtung aber wenig oder gar nicht geeignet ist, langfristige und beziehungsorientierte Jugend-

arbeit zu finanzieren. Die Haltung der Praktikerinnen und Praktiker zu den unterschiedlichen Programmen und dem zeitweise großen politischen Interesse am Thema ist dann auch eher zwiespältig. Einerseits begrüßen sie das gewachsene Interesse und die inzwischen erreichte Sensibilität für das Thema Rechtsextremismus. Als besonders hilfreich wird es angesehen, wenn die entsprechende Kommune oder auch das Bundesland das Thema nicht länger mehr nur abstrakt oder verharmlosend behandelt, sondern auch als eigenes Problem benennt und anerkennt. Andererseits gibt es auch Befürchtungen, verstärkt ins förder- und jugendpolitische Abseits zu geraten, wenn man weiterhin an der Jugend- und Sozialarbeit mit dieser unpopulären Zielgruppe festhält.

Wer mit diesen Jugendlichen arbeitet, sieht sich leicht Isolation, Vorwürfen und Verdächtigungen sowie auch teilweise realen Gefahren ausgesetzt, durch seine Arbeit – wenn auch ungewollt – die rechtsextreme Jugendszene und/oder den organisierten Rechtsextremismus zu unterstützen. So sehen die Pädagoginnen und Pädagogen auch überwiegend die Bedingungen, unter denen sie arbeiten und nicht die Jugendlichen selber als die größte Erschwernis für die eigene Arbeit. Dazu gehört auch das Misstrauen, wenn deutlich wird, dass in einer Einrichtung oder einem Projekt auch mit rechtsorientierten Jugendlichen gearbeitet wird. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Jugendarbeit sehen sich zumeist in der paradoxen Situation, dass von ihnen zwar erwartet wird, dass sie diese Jugendlichen „bessern“ (oder zumindest von der Straße holen), aber dabei das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entweder besser nicht angesprochen werden soll oder aber grundsätzlich so starke Grenzsetzungen gefordert werden, dass es unrealistisch ist, die Zielgruppe überhaupt zu erreichen. Letztlich fühlen sich viele Praxisprojekte allein gelassen und kaum von anderen Institutionen oder auch dem eigenen Träger unterstützt, sobald sie dann wirklich mit dieser Zielgruppe zu tun haben.

1.3.3 Die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die pädagogische Arbeit in den Praxisprojekten wird zumeist von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durchgeführt. Die Einschätzung, dass Männer in der Sozialarbeit eher selten sind, gilt für dieses Feld nicht. So waren zum Erhebungszeitpunkt in den Projekten und Teams, mit denen wir gesprochen haben, mehr Männer (40) als Frauen (28) beschäftigt – explizit mit Leitungsaufgaben betraut waren sechs Männer und drei Frauen. Bei den Männern ist dabei der Typ ‘Einzelkämpfer’ häufiger vertreten, aber wir haben auch mit Frauen gesprochen, die allein unterwegs waren bzw. auf sich selbst gestellt gearbeitet haben. Zumeist bedauern diejenigen, die allein arbeiten, dass sie nicht in ein Team eingebunden sind. Wenn im Team gearbeitet wird, sind diese überwiegend gemischtgeschlechtlich zusammengesetzt, es gibt aber auch Erfahrungen mit reinen Männer- und Frauentams, z.B. in der Straßensozialarbeit.

Während in den westdeutschen Bundesländern diejenigen Fachkräfte überwiegen, die direkt nach einem Studium der Sozialarbeit oder Sozialpädagogik in ihrem jetzigen Berufsfeld tätig geworden sind, finden sich in Ostdeutschland verstärkt diskontinuierliche Berufsbiografien. Nach unserer Beobachtung sind vor allem männliche Mitarbeiter häufiger mit fachfremden Qualifikationen und über andere Berufswege zu dieser Arbeit gekommen,

während die Frauen fast alle ausgebildete Sozialpädagoginnen sind oder zumindest eine pädagogische Grundausbildung als Erzieherin, Lehrerin etc. absolviert haben. Ein Teil dieser Männer hat sich in den letzten Jahren berufsbegleitend pädagogisch weiterqualifiziert, einzelne finden dies aber auch weiterhin unnötig. In den größeren Teams konnten wir mitunter feststellen, dass einzelne Kolleginnen und Kollegen berufsbegleitende Ausbildungsgänge absolvieren oder sich im Rahmen von Fortbildungen spezialisieren. Insgesamt ist aber festzustellen, dass es schwierig und im ländlichen Raum geradezu unwahrscheinlich ist, Fachkräfte für die Jugendarbeit zu gewinnen.

1.3.4 Die Jugendlichen

Unsere Recherche beschränkte sich auf Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen deutscher Herkunft, d.h. nicht berücksichtigt haben wir Projekte, in denen mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund gearbeitet wird. Das Einstiegsalter in die rechte Szene hat sich den Berichten der befragten Pädagoginnen und Pädagogen zufolge weiter vorverlagert, so dass in der pädagogischen Praxis vereinzelt bereits mit 12- bis 13-Jährigen gearbeitet wird. Das Gros der Angebote richtet sich allerdings an die 14- bis 18-Jährigen. Einige Projekte arbeiten auch mit jungen Erwachsenen zusammen bzw. haben teilweise das Problem, dass Ältere, die weit über 20 Jahre sind, weiter regelmäßig in den Einrichtungen und Maßnahmen anzutreffen sind. Die Projekte haben in der Regel männliche und weibliche Jugendliche als Zielgruppe, wobei Mädchen und junge Frauen zahlenmäßig wesentlich weniger stark vertreten sind.

Durch die Verschiedenartigkeit der einbezogenen pädagogischen Ansätze und Projekte ist es nicht zu vermeiden, dass die Zielgruppen der Praxisprojekte sehr unterschiedlich sind. Dieses Spektrum reicht von eher unauffälligen Jugendlichen mit fremdenfeindlichen Orientierungen, die für die Jugendarbeit in der Regel noch gut zu erreichen sind, bis hin zu neonazistischen Straftätern, die in Kursen der Jugendgerichtshilfe oder sogar im Strafvollzug – nicht immer freiwillig – an pädagogischen Projekten teilnehmen. Es kann sich dabei zum einen um offen rechtsextreme Jugendliche handeln, die zugeben, dass sie in einer rechtsextremen Organisation oder Kameradschaft sind oder um solche, bei denen es zumindest sehr stark zu vermuten ist. Auch unter diesen rechtsextremen Jugendlichen ist der Grad der Politisierung, der inneren Verbundenheit und der Bereitschaft, Straftaten zu begehen, genauso unterschiedlich wie der mögliche Grad der eigenen Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz.

Als möglicher Gradmesser für verhärtete Einstellungen und verfestigten „Rechtsextremismus“ und der damit zusammenhängenden Frage der möglichen Erreichbarkeit und Zusammenarbeit, gilt in der pädagogischen Praxis vor allem das Kriterium, ob der Jugendliche (noch) auf der Suche nach Orientierungen, neuen Erfahrungen, nach Hilfe und Beziehungen ist. Auch innerhalb einer Clique unterscheiden sich die Jugendlichen in dieser Hinsicht häufig erheblich voneinander. Außerdem kommt es unter Jugendlichen mitunter zu grundsätzlichen Umorientierungen und Szenenwechseln. Das gilt vor allem für die zahlreichen Jugendlichen, die eher als rechtsorientiert bezeichnet werden können, weil sie nicht in Verbindung zum organisierten Rechtsextremismus stehen, aber fremdenfeindliche

und rassistische, teilweise auch antidemokratische Positionen vertreten oder sich solchen Mehrheitspositionen anschließen und damit gesellschaftlich kaum auffällig werden. Außerdem gibt es Jugendliche, die sich selbst nicht zur „rechten Jugendszene“ oder zu einer rechten Jugendkultur zählen; so werden fremdenfeindliche Einstellungen und rechts-extreme Tendenzen auch in der Technoszene – für die so genannten „Gabbas“ – beschrieben, sie können sich aber auch bei Jugendlichen finden, die eher diffuse Globalisierungsängste und Kritik am bestehenden politischen System formulieren und sich eigentlich selber eher als ‘links’ einordnen würden. In der aufsuchenden Sozialarbeit und den Qualifizierungsprojekten stellen Skinheads und andere gewaltbereite, männliche Jugendliche mit großem individuellem Hilfebedarf bei Problemen wie Alkoholismus, Obdachlosigkeit und eigener Gewalterfahrung einen großen Anteil. Die politischen Orientierungen scheinen angesichts dieser Problemlagen sekundär zu sein, obwohl Versatzstücke rechts-extremer Ideologien in diesen Kreisen artikuliert werden.

Man muss sich auch klar machen, dass im Rahmen der pädagogischen Praxis verschiedene Etikettierungen für die Jugendlichen, mit denen jeweils gearbeitet wird, verwendet werden. Neben der Existenz implizit zugrunde gelegter Definitionen von „rechts-extrem“, die sich mitunter erheblich voneinander unterscheiden, ist festzustellen, dass in den interviewten Projekten häufig Jugendliche anzutreffen sind, die aus Sicht der Pädagoginnen und Pädagogen nicht klar einzuordnen oder zu bezeichnen sind; häufig ist daher vereinfachend von ‘den Rechten’ die Rede, womit nicht konservative Jugendliche gemeint sind, die politisch z.B. der CDU nahe stehen, sondern die unterschiedlichen Schattierungen fremdenfeindlicher und rechtsextremer Positionen. Angesichts dieser Unklarheiten, mit denen unsere Datengrundlage untrennbar verbunden ist, ist es nicht möglich, eine klare und eindeutige Begrifflichkeit zu entwickeln und diese im vorliegenden Bericht konsistent durchzuhalten. Entsprechend des breiten Spektrums an Jugendlichen und unterschiedlichen Bezeichnungen ist in diesem Bericht teilweise von „rechtsextrem orientierten“ oder „rechtsgerichteten“ Jugendlichen, mitunter auch von „fremdenfeindlich eingestellten“ Jugendlichen oder von „fremdenfeindlich motivierten Gewalttätern“ die Rede, ohne dass damit fest umrissene Gruppierungen gemeint wären, zwischen denen immer klar unterschieden werden könnte.

1.4 Aufbau des vorliegenden Berichtes

Der vorliegende Bericht ist in drei Abschnitte gegliedert, die jeweils in verschiedene Kapitel unterteilt sind.

Im ersten Abschnitt (I) werden zentrale Aspekte der pädagogischen Arbeit mit rechts-extrem und/oder fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen thematisiert. Wir konzentrieren uns dabei auf solche Punkte, die in der Fachdiskussion und aus der Sicht der befragten Praktikerinnen und Praktiker zentralen Stellenwert haben, weil sie mit besonderen Herausforderungen verbunden sind, kontrovers diskutiert werden oder immer wieder als wichtige Voraussetzungen genannt werden. In diesem Zusammenhang geht es zunächst

um die Bedeutung, Formen und Verläufe pädagogischer Beziehungen (Kapitel 2) und anschließend um Regeln und Grenzsetzungen in diesem Arbeitsfeld (Kapitel 3). Darüber hinaus werden die Ansätze und Erfahrungen geschlechtssensiblen Arbeitens (Kapitel 4) und Möglichkeiten, die Zielgruppe mit Bildungsangeboten zu erreichen (Kapitel 5), erörtert.

Der zweite Abschnitt (II) stellt verschiedene Projekttypen, auf die wir im Rahmen der Recherche gestoßen sind, anhand eines Beispiels exemplarisch vor. In der pädagogischen Praxis vor Ort sind diese Projekttypen nicht immer eindeutig voneinander zu trennen, dennoch erscheint uns diese Unterscheidung geeignet zu sein, um typische Zugänge und die mit ihnen verbundenen Besonderheiten zu thematisieren. Streetwork (Kapitel 6), Gruppen- und Verbandsarbeit (Kapitel 7), erlebnispädagogische Kurzzeitmaßnahmen (Kapitel 8) und Trainingskurse (Kapitel 9) werden dabei hinsichtlich ihrer Entwicklung, Ziele, Arbeitsformen und Erträge dargestellt und kritisch beleuchtet.

Im dritten Abschnitt (III) geht es um die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen in der pädagogischen Praxis mit rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen gearbeitet wird. Dabei ist zunächst die vor Ort teilweise erhebliche Konkurrenz durch rechtsextreme Organisationen relevant (Kapitel 10). Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten der Kooperation und Vernetzung mit anderen Angeboten und Institutionen (Kapitel 11). Des Weiteren werden wir auf den Stellenwert eingehen, den konzeptionelle Grundlagen für diese pädagogischen Maßnahmen haben (Kapitel 12) sowie Erfahrungen und Potenziale der Evaluation skizzieren (Kapitel 13).

Zum Abschluss (Kapitel 14) werden solche Punkte, die uns unter übergeordneten Gesichtspunkten bedeutsam erscheinen, zusammengetragen.

I AUSGEWÄHLTE ASPEKTE DER PÄDAGOGISCHEN ARBEIT MIT FREMDENFEINLICH UND RECHTSEXTREM ORIENTIERTEN JUGENDLICHEN

2 Pädagogische Beziehungen

Der Aufbau tragfähiger Beziehungen zwischen Jugendlichen und Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeitern sowie die Arbeit in diesen Beziehungen gelten als zentrale Bestandteile pädagogischer Bemühungen. Entsprechende Forderungen finden sich im Rahmen unterschiedlicher pädagogischer Konzepte: Konfliktorientierte Pädagogik (Kraußlach 1981), akzeptierende Jugendarbeit (Krafeld 1996), lebensweltorientierte Pädagogik (Grunwald/Thiersch 2001). Auch in der Arbeit mit rechtsorientierten und rechtsextrem orientierten Jugendlichen wird der zentrale Stellenwert der Beziehungsarbeit regelmäßig betont (vgl. verschiedene Beiträge in: Deutsches Jugendinstitut 2000).

In der Fachliteratur werden Forderungen für diese pädagogischen Beziehungen formuliert: Sie sollen langfristig angelegt, vertrauensvoll und sicher sein, Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sollen sich dabei mit ihren Klienten identifizieren (Pollak 2002: 3) und ihnen gegenüber eine „fachliche Parteilichkeit“ (Klose/Schneider 2002: 8) zeigen. Andererseits warnt man vor Fehlentwicklungen, vor allem vor der Verquickung persönlicher und fachlicher Aspekte, die zu „intimisierten Zweierbeziehungen“ (Schröder 2002: 66) oder zu „quasinatürlichen Beziehungen“ (Pollak 2002: 82) zwischen Pädagogen/Pädagoginnen und Klienten führen können. Hinweise dazu, wie diese Gratwanderung bewerkstelligt werden kann, bleiben allgemein: Man empfiehlt regelgeleitetes, zweckgerichtetes Handeln (ebd.), die Vernetzung der Akteure (Schröder 2001: 66) oder die Erschließung externer Ressourcen (Krafeld et al. 1993: 41f.).

Im Folgenden versuchen wir, die verschiedenen Aspekte pädagogischer Beziehungen in der Arbeit mit rechtsgerichteten und rechtsextremen Jugendlichen sowie Fragen ihrer Umsetzung konkret und anwendungsbezogen zu thematisieren. Zunächst geht es dabei um den Stellenwert, der der Beziehungsarbeit in der Praxis zugemessen wird (2.1), anschließend werden die Aussagen der beteiligten Pädagoginnen und Pädagogen bzw. der Jugendlichen vorgestellt (2.2). Darüber hinaus werden wir uns mit unterschiedlichen Phasen, Formen und Problemen der Beziehungsarbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen auseinander setzen (2.3) und kurz auf die in diesem Zusammenhang berichteten Resultate eingehen (2.4). In einem abschließenden Resümee werden die zentralen Erkenntnisse in Form von Thesen zusammengefasst (2.5).

2.1 Zum Stellenwert von Beziehungsarbeit

In der Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen wird Beziehungsarbeit unterschiedlich große Bedeutung zuerkannt. Dabei zeigen sich keine systematischen Differenzen hinsichtlich unterschiedlicher Angebote oder Arbeitsformen. Aus dem Kontext einiger längerfristig angelegten Angebote der aufsuchenden oder der offenen Arbeit wird betont, der Aufbau und die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den Jugendlichen sei sehr wichtig bzw. zentral. Allerdings beschreibt man auch im Rahmen kurzfristiger Maßnahmen

– z.B. bei Trainingskursen oder erlebnispädagogischen Fahrten – die Entwicklung verbindlicher Beziehungen zu Jugendlichen oder nennt solche Beziehungen als Voraussetzung der eigenen Arbeit. Es entsteht der Eindruck, dass Beziehungsarbeit dann erwähnt wird, wenn sich in der Arbeit entsprechende Erfahrungen ergeben haben oder wenn die Gesprächspartner für diesen Bereich sensibilisiert sind. Nur in den wenigsten Fällen wird Beziehungsarbeit als Teil eines entsprechenden Konzeptes präsentiert oder als konsequente Antwort auf eine ausgearbeitete Defizit-Diagnose verstanden.

Auf Nachfragen werden in der Regel jedoch verschiedene Ziele genannt, mit denen der Aufbau pädagogischer Beziehungen gerechtfertigt wird. Einige Praktikerinnen und Praktiker stellen vor allem die Kompensation von Mangelenerfahrungen ins Zentrum ihrer Begründung: Den Jugendlichen soll ein Elternersatz geboten oder sie sollen zum Aufbau sozialer Beziehungen befähigt werden. Für andere Fachkräfte geht es dabei vor allem um die Verbesserung der eigenen Möglichkeiten, mit den Jugendlichen zu arbeiten: Beziehungsarbeit soll dazu beitragen, dass Jugendliche sich mit ihren Problemen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden bzw. dass sie, ihre Autorität und ihre Standpunkte von den Jugendlichen überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Vereinzelt werden diese pädagogischen Beziehungen auch deswegen angestrebt, um Einblick in rechtsextreme Jugendszenen zu gewinnen oder um ein Vertrauensverhältnis zu ihren Schlüsselpersonen aufzubauen. Schließlich sollen Beziehungen auch der pädagogischen Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Bezügen der Jugendlichen dienen: Sie sollen auf diese Weise effektiv mit anderen Meinungen konfrontiert werden, man möchte im Rahmen pädagogischer Beziehungen die Orientierung der Jugendlichen und ihre Motive thematisieren und ihnen auf diese Weise die Möglichkeit eröffnen, sich aus der rechtsextremen Szene zu lösen.

2.2 Die Beteiligten

2.2.1 Pädagoginnen und Pädagogen

Unterschiedlich ist die Bedeutung, die die befragten Praktikerinnen und Praktiker den Merkmalen und Eigenheiten beimessen, die sie selbst in die Arbeit mit den Jugendlichen einbringen. Häufig nehmen sie in diesem Zusammenhang Bezug auf ihr Geschlecht oder ihr Alter, darüber hinaus geht es auch um die politischen Orientierungen, um den Migrantenstatus oder um andere Eigenschaften.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigt sich eine Zweiteilung: Etliche Befragte betonen die Bedeutung des Geschlechts für die Arbeit mit den Jugendlichen, andere empfinden das Geschlecht angesichts pädagogischer und persönlicher Fähigkeiten als nebensächlich. Für erstere ist das Geschlecht der Pädagoginnen und Pädagogen wichtig, da diese den Jugendlichen jeweils spezifische Angebote machen (Jungenarbeit, Mädchenarbeit) und ihnen auch einen gleichberechtigten sowie von tradierten Rollenklischees unabhängigen Umgang miteinander vorleben könnten. Darüber hinaus werden Erfahrungen berichtet,

denen zufolge Frauen und Männer unterschiedliche Fähigkeiten haben bzw. seitens der Jugendlichen unterschiedlich in Anspruch genommen werden. In einigen Projekten besteht der Eindruck, dass Frauen sowohl zu männlichen als auch zu weiblichen Jugendlichen eher ein Vertrauensverhältnis etablieren können. An anderer Stelle hat man den Eindruck gewonnen, dass speziell die männlichen Jugendlichen vor allem am Kontakt zu erwachsenen Männern interessiert sind, vor allem dann, wenn sie vaterlos aufwachsen. Schwierigkeiten ergeben sich dann, wenn gleichgeschlechtliche Betreuer als Konkurrenz erlebt werden. Junge Frauen befürchten gelegentlich, dass Pädagoginnen für sie eine Konkurrenz darstellen, wenn es um die Gunst der männlichen Jugendlichen geht. Männliche Jugendliche müssen sich gegenüber weiblichen Mitarbeiterinnen in der Regel nicht beweisen, so dass die Mitarbeiterinnen z.B. bei gewaltsamen Konflikten gefahrlos vermitteln können. In den meisten Projekten und Einrichtungen wird es als vorteilhaft erlebt, über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verfügen, um deren jeweilige Eigenheiten besser nutzen zu können, somit den verschiedenen Bedürfnissen der Jugendlichen besser gerecht zu werden und um diverse Schwierigkeiten zu vermeiden.

Mitunter gilt es als wichtig, dass ältere Kolleginnen oder Kollegen in einem Projekt arbeiten: Größere Lebenserfahrung – die von den Befragten offenbar mit Kritikfähigkeit und Durchsetzungsvermögen assoziiert wird – erleben die Praktiker dabei als wichtigen Ausgleich für sozialarbeiterisches Verständnis. Teilweise wird auch gerade von älteren Pädagoginnen und Pädagogen berichtet, dass sie intensive Beziehungen zu den Jugendlichen aufbauen. Ähnlich wie in der Geschlechterfrage wird es generell als Bereicherung der pädagogischen Arbeit angesehen, wenn die Jugendlichen Pädagoginnen und Pädagogen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und verschiedenen Eigenschaften erleben.

Verschiedenartige Erfahrungen werden aus Projekten berichtet, in denen Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund tätig sind. In einigen Fällen können diese Zugang und Akzeptanz bei solchen Jugendlichen finden, die von deutschen Betreuern bislang nur schwer oder gar nicht erreicht wurden. Andere Gesprächspartner fühlen sich als Migranten von den Jugendlichen eher geduldet als akzeptiert und haben die Erfahrung gemacht, dass die Jugendlichen eher ein Vertrauensverhältnis zu einheimischen Pädagogen aufbauen. Schließlich gibt es auch Projekte, in denen offenbar keine spezifischen Erfahrungen mit zugewanderten Pädagoginnen und Pädagogen gemacht wurden, d.h. in diesen Fällen scheint der Migrantenstatus nicht als Besonderheit erlebt zu werden.

Unterschiedliche Einschätzungen bestehen auch bezüglich der politischen Orientierung der Pädagoginnen und Pädagogen bzw. hinsichtlich des Stellenwerts, der diesen zuerkannt wird – es sind allerdings nur wenige Fälle, in denen diesbezüglich Erfahrungen berichtet oder Besonderheiten deutlich wurden. Vereinzelt wird dabei das offensive Vertreten einer linken Position propagiert, wodurch rechte Jugendliche zum Umdenken angeregt werden sollen. Ob dies gelungen ist, scheint fraglich; allerdings werden in solchen Fällen Konflikte mit Kolleginnen oder Kollegen berichtet, die rechtem Gedankengut nicht mit gleicher Entschiedenheit entgegengetreten sind. In einem Fall wird deutlich, dass sich in der Belegschaft des Projektes ein Sympathisant der rechten Szene findet; auch in diesem Fall werden in den Interviews nicht die Auswirkungen auf die Jugendlichen thematisiert, sondern die Konflikte innerhalb des Kollegenteams.

Vereinzelt thematisieren die Pädagoginnen und Pädagogen auch Voraussetzungen, die sie ihrerseits erfüllen müssen, um Beziehungsarbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen leisten zu können. Als wichtig wird eingeschätzt, dass jeder Einzelne sich bei den Jugendlichen Respekt erwerben muss, z.B. dadurch, dass Streitigkeiten auf eine Weise geschlichtet werden, die den Jugendlichen gerecht erscheint. Darüber hinaus sei es wichtig, dass die Mitarbeiter an den Erfahrungen und Standpunkten der Jugendlichen interessiert sind und dass sie ihnen zuhören ohne gleich zu bewerten. Als unverzichtbar gilt es aber auch, selbst authentisch zu bleiben, d.h. die eigenen Grenzen zu respektieren und z.B. Verhaltensweisen oder Einstellungen, die als unerträglich erlebt werden, nicht einfach zu erdulden. Zu der geforderten Authentizität gehört es auch, Unklarheiten zuzulassen und keine einfachen Lösungen anzubieten sowie über sich selbst bzw. eigene Empfindungen zu sprechen. Darüber hinaus haben einzelne Fachkräfte auch den Eindruck, dass Jugendliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nicht als Kumpel brauchen, sondern als Erwachsene, mit denen sie sich auseinandersetzen können. Mitunter wird es auch als wichtig angesehen, das Scheitern der eigenen Arbeit ertragen zu können, ohne die eigenen Bemühungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

2.2.2 Jugendliche

In der Jugend- und Sozialarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen haben es Pädagoginnen und Pädagogen häufig mit verschiedenen Altersgruppen zu tun. Teilweise sind die Adressaten dieser Angebote erst 12 oder 13 Jahre alt, fast überall stellen die 16- bis 20-Jährigen das Gros der Klienten, aber mitunter sind die Projekte auch mit 30-Jährigen konfrontiert. In nahezu allen Projekten wird die Arbeit mit den jüngeren Jugendlichen eher als befriedigend und Erfolg versprechend erlebt als die mit den jungen Erwachsenen. Während Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bei den Jüngeren den Eindruck haben, sie durch ihre Angebote zu erreichen und pädagogisch etwas bewirken zu können, haben sie mit den Älteren häufig die Erfahrung gemacht, dass diese in ihren Denk- und Handlungsgewohnheiten bereits so verfestigt sind, dass pädagogische Bemühungen zum Scheitern verurteilt sind.

Unterschiedliche Positionen und Erfahrungen werden hinsichtlich der Frage geäußert, inwiefern mit ideologisch gefestigten oder organisierten Jugendlichen sinnvoll gearbeitet werden kann. Verschiedentlich wird beschrieben, dass sich in den Cliques, mit denen gearbeitet wird, auch einzelne Mitglieder rechtsextremer Organisationen befinden. Zumeist wird darin kein Problem gesehen, solange diese Jugendlichen sich an die Regeln der Einrichtung halten und nicht versuchen, diese für die Interessen ihrer Organisationen zu instrumentalisieren. In anderen Fällen wird hingegen rechtsextrem organisierten Jugendlichen grundsätzlich die Bereitschaft bzw. Offenheit abgesprochen, sich an Angeboten der Jugendarbeit zu beteiligen. Vereinzelt wird auch vermutet, dass Jugendliche Angeboten der Jugendarbeit auf Anweisung ihrer Organisationen fern geblieben sind. Während die befragten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hinsichtlich der Möglichkeiten der Arbeit mit einzelnen organisierten Rechtsextremen unterschiedlicher Ansicht sind, herrscht Einigkeit darüber, dass es unmöglich sei, gewinnbringend mit Führungskadern dieser Organisa-

tionen zu arbeiten: Diese würden grundsätzlich versuchen, Sozialarbeiter und Einrichtungen zur Verfolgung eigener Ziele zu nutzen.

In einigen Projekten wird berichtet, dass rechtsgerichtete und rechtsextreme Jugendliche in verschiedener Hinsicht überdurchschnittliche Beeinträchtigungen aufweisen. Demzufolge sind diese Jugendlichen intellektuell bisher wenig gefördert worden, so dass sie mitunter kaum lesen können und auch geringe Fähigkeiten haben, sich verbal auszudrücken und ihre Positionen argumentativ zu vertreten. Verschiedentlich werden auch Eindrücke berichtet, denen zufolge rechtsgerichtete Jugendliche Beziehungsstörungen aufweisen oder in ihren Familien Misshandlungen erlebt haben. In den Fällen, in denen exzessiver Alkoholkonsum und der Missbrauch illegaler Drogen bzw. anderer chemischer Substanzen vorliegt, werden mitunter irreparable Schäden vermutet, die pädagogische Bemühungen als perspektivlos erscheinen lassen.

2.3 Formen und Probleme von Beziehungsarbeit

2.3.1 Die Kontaktaufnahme

Häufig berichten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, dass es besonders schwierig ist, rechtsorientierte Jugendliche überhaupt zu erreichen. Im Vergleich zu anderen Jugendlichen wirken sie verschlossener und im Kontakt mit Sozialarbeitern bieten sie diesen wenig 'Andockstellen'. Da rechtsorientierte Jugendliche gar nicht oder erst sehr spät um Hilfe nachsuchen, wenn sie Probleme haben, sehen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sich verschiedentlich in der Situation, ihre zentrale Ressource, d.h. das Angebot von Hilfe und Unterstützung, gegenüber diesen Jugendlichen nicht nutzen zu können. Die Versatzstücke rechtsextremer Ideologien, die Jugendliche äußern, wirken in pädagogischen Projekten dann noch als zusätzliche Kontakthemmnisse. Besonders unzugänglich wirken diejenigen, die in rechtsextreme Organisationen eingebunden sind. Sozialarbeiter haben mit solchen Jugendlichen die Erfahrung gemacht, dass sie sich nicht wirklich auf Angebote einlassen, sondern nur daran interessiert sind, diese im Interesse ihrer Gruppierungen zu nutzen. Bei den Jugendlichen, die in rechtsextreme Organisationen oder in informelle Netzwerke eingebunden sind, entsteht außerdem der Eindruck, dass ihre Bedürfnisse nach sozialen Beziehungen und Unterstützung in diesen Gruppierungen abgedeckt werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es als zentrale Voraussetzung sozialpädagogischer Arbeit, tragfähige Kontakte zu rechtsorientierten bzw. rechtsextrem orientierten Jugendlichen aufzubauen. Dafür wird es als wichtig erachtet, zunächst an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen anzusetzen, die z.B. Fußball spielen wollen, gern mit Freundinnen und Freunden zusammen sind oder Geld verdienen wollen. Sozialarbeiter berichten, dass entsprechende Angebote zu gemeinsamen Aktivitäten führen können. In diesem Rahmen werden kurze Gespräche möglich, in denen man erste Standpunkte und Erfahrungen austauscht und die nebenbei dazu dienen, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu testen. Nach Einschätzung der Fachkräfte ist es für die Jugendlichen eine

seltene und wichtige Erfahrung, Kontakte zu Erwachsenen zu erleben, die sich nicht negativ auf sie beziehen. Gemeinsame Erfahrungen und Gespräche, die nicht durch die antizipierten Ärgernisse und Ermahnungen gekennzeichnet sind, können zur Etablierung von Vertrauensverhältnissen beitragen und auch die Grundlage für weitergehende Kontakte bilden, die darin bestehen, dass Jugendliche von sich erzählen, Hilfebedarf artikulieren und auch zunehmend bereit sind, sich für neue Erfahrungen und ungewohnte Aktivitäten zu öffnen.

Einige Angebote beinhalten eine frühzeitige Kontaktaufnahme zu großen Gruppen von Jugendlichen, z.B. durch Trainingskurse für Schulklassen, an denen innerhalb eines Stadtteils alle Schülerinnen und Schüler einer bestimmten Jahrgangsstufe teilnehmen. Solche Kurse sind zunächst wenig spezifisch auf die Förderung sozialer Kompetenzen und des verbalen Ausdrucksvermögens oder auf den Umgang mit Konflikten bezogen; sie bieten zunächst die Chance, dass Fachkräfte und Jugendliche sich kennen lernen. Wenn sie sich später im Rahmen zugespitzter Situationen – z.B. wenn Konflikte zwischen rivalisierenden Jugendgruppen eskalieren – erneut begegnen, können die Beteiligten an diesen früheren Kontakten anknüpfen. Besonders dann, wenn Jugendliche sich zunehmend in rechtsextremen Organisationen engagieren und sich ihre ideologischen Orientierungen verfestigen, können solche frühen Kontakte wertvolle Anknüpfungspunkte darstellen, um diese Jugendlichen ansprechen zu können.

Für die Etablierung und Pflege tragfähiger Beziehungen zu Jugendlichen wird es als wichtig angesehen, dass seitens der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen Vertraulichkeit gewährleistet wird, z.B. gegenüber den Eltern oder Medienvertretern. Unterschiedliche Einschätzungen und Erfahrungen gibt es hinsichtlich der Einbeziehung der Polizei, so z.B. wenn verbotene Aktionen der Jugendlichen bevorstehen oder es zu Konflikten in einem Jugendzentrum kommt. Ein Teil der befragten Praktikerinnen und Praktiker plädiert dafür, die Polizei grundsätzlich nicht einzuschalten, um das Vertrauen der Jugendlichen nicht zu gefährden. Andere haben die Erfahrung gemacht, dass die Beziehungen zu den Jugendlichen durch das Einschalten der Polizei unter bestimmten Bedingungen nicht gefährdet, sondern gestärkt werden: Wenn dies für die Jugendlichen transparent sei, würde das Einschalten der Polizei als konsequente Abgrenzung erlebt, außerdem sei es auch für die nicht beteiligten Jugendlichen ein wichtiges Signal zur Bestärkung ihres sozial verträglicheren Verhaltens.

Die Bedingungen für die Etablierung tragfähiger Beziehungen, sofern sie von den befragten Praktikerinnen und Praktikern beschrieben werden oder vor Ort festzustellen sind, unterscheiden sich erheblich voneinander. Teilweise werden bestimmte reizvolle Angebote oder die Eröffnung neuer Möglichkeiten – z.B. Fahrten oder Sportangebote – als wichtige Bedingung dafür empfunden, dass Jugendliche erreicht werden können, die sonst nur schwer zu beteiligen sind. Mitunter empfinden die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aber auch ein grundlegendes Interesse der Jugendlichen an ihnen und ihren Angeboten als wichtige Voraussetzung. Wenn es den Jugendlichen dagegen nur um Räume oder andere Ressourcen geht, die die Pädagogen zur Verfügung stellen sollen, sei dies keine hinreichende Bedingung für die Entwicklung tragfähiger pädagogischer Beziehungen. In einem Fall entstand allerdings auch der Eindruck, dass die vertrauensvollen Beziehungen, die sich im Rahmen sozialpädagogischer Angebote entwickeln, dadurch begünstigt werden, dass ein Betreuer demselben soziopolitischen Milieu angehört wie die Jugendlichen. In der

Fachwelt werden solche Tendenzen kritisch beurteilt, da man die Stärkung rechter Subkulturen befürchtet. An dieser Stelle kann nicht abschließend beurteilt werden, ob solche Betreuer, wenn sie nicht mit Aufgaben der politischen Bildung, sondern z.B. mit technischen Anleitungen betraut sind, nicht auch einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung labiler Jugendlicher leisten bzw. wie produktive Beiträge 'politisch unzuverlässiger' Betreuer generell aussehen können.

Besondere Bedingungen sind dann gegeben, wenn Jugendliche nicht freiwillig, sondern unter Druck an pädagogischen Angeboten teilnehmen. Dies ist zumeist im Rahmen von Trainingskursen der Fall, die aufgrund gerichtlicher Weisungen verordnet werden bzw. durch deren Besuch strafrechtliche Sanktionen vermieden oder gemildert werden können. In einem Fall wurde auch Einzelfallarbeit mit einem Jugendlichen beschrieben, dem für den Fall mangelnder Kooperationsbereitschaft die Einweisung des kleinen Bruders in ein Heim in Aussicht gestellt wurde. Solche Zwangskontexte führen nicht immer zur Teilnahme der angesprochenen Jugendlichen: Einige empfinden entsprechende Maßnahmen als 'Gehirnwäsche' und ziehen strafrechtliche Sanktionen vor. Von den Teilnehmern entsprechender Angebote wird ein breites Spektrum unterschiedlicher Eindrücke beschrieben: Einige scheinen diese pädagogischen Maßnahmen lediglich aus strategischen Gründen über sich ergehen zu lassen, ohne dass sie wirklich erreicht werden können; andere vermitteln den Eindruck, dass sie diese Kurse oder Betreuungsangebote mit Gewinn absolvieren, d.h. in diesen Fällen wird die Entwicklung tragfähiger Arbeitsbündnisse zwischen Pädagogen und fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem orientierten Jugendlichen beschrieben.

2.3.2 Verläufe von Beziehungsarbeit

Die befragten Pädagoginnen und Pädagogen betonen, dass die Beziehungen zu Jugendlichen langfristig aufgebaut werden müssen – genannt werden mitunter Zeiträume von 1 bis 2 Jahren, die es braucht, damit tragfähige Kontakte entwickelt werden können. In diesem Zeitraum können ganz unterschiedliche Phasen durchlaufen werden. Berichtet wird sowohl von kontinuierlichen, sich ständig verbindlicher gestaltenden Kontakten als auch von sehr wechselhaften Verläufen. So würden Jugendliche häufig sehr schnell vertrauliche Beziehungen zu Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern eingehen, sich dann unvermittelt distanzieren und getroffenen Vereinbarungen zuwiderhandeln, was die Sozialarbeiter als 'Austesten' empfinden, um sich anschließend erneut auf verbindlichere Kontakte einzulassen. Dementsprechend wird eine längerfristige, auf Kontinuität angelegte Arbeit vielfach als eine zentrale Voraussetzung dafür ansehen, dass mit rechts- und rechtsextrem orientierten Jugendlichen überhaupt erfolgreich gearbeitet werden kann. Aus diesen Erfahrungen werden in der Praxis unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen. Von einem Teil der Befragten werden diese Schwierigkeiten als besondere Bedingung der Arbeit mit belasteten Jugendlichen angesehen, was sowohl dazu führen kann, dass man sich anderen Zielgruppen zuwendet, als auch zu dem Versuch, diese Bedingungen möglichst professionell zu meistern. Andere sind zu der Einschätzung gelangt, dass sich relativ schnell herausstellt, mit welchen Jugendlichen erfolgversprechend gearbeitet werden kann; in ihren Bemühungen konzentrieren sich diese Pädagoginnen und Pädagogen dann vor allem auf den Aufbau erfolgversprechender Beziehungen.

In Bezug auf die aufsuchende Arbeit entstand der Eindruck, dass bei den Praktikerinnen und Praktikern Entwicklungsprozesse ablaufen, die einen typischen Verlauf zeigen. Nachdem es Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die der rechten Szene in der Regel persönlich nicht nahe stehen, zunächst einige Überwindung kostet, überhaupt mit rechtsextrremen Jugendlichen zu arbeiten, entwickeln sie in der Arbeit mit ihrer ersten Generation dieser Klienten oft ein geradezu euphorisches Verhältnis zu der Gruppe, mit der sie dann oft jahrelang arbeiten. Wenn diese Arbeit beendet ist, fällt es den Sozialarbeitern schwer, sich vergleichbar intensiv auf eine neue Gruppe einzulassen. Einige sind nicht dazu bereit, sich auf neue Jugendliche derselben Zielgruppe einzulassen, da sie ihnen im Vergleich zu ihrer ersten Gruppe weniger 'originell' oder 'interessant' erscheinen; diese Sozialarbeiter suchen sich dann oft neue Zielgruppen oder Aufgabengebiete. Andere lassen sich nach anfänglichen Schwierigkeiten auf neue Gruppen ein, achten aber darauf, ihr Verhältnis zu den neuen Klienten distanzierter zu gestalten als zur letzten Gruppe. Diese Entwicklung zu pädagogischen Beziehungen, die als distanzierter und unpersönlicher erlebt werden, stellt in den Augen der Befragten eine Professionalisierung dar, die z.B. damit einhergehen kann, dass Grenzsetzungen konsequenter erfolgen und dass sie das Repertoire ihrer pädagogischen Arbeitsformen erweitern, was wiederum als eine Quelle neuer Motivation erlebt wird.

2.3.3 Beendigung von Beziehungsarbeit

Der Abschluss der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ist im Rahmen kurzzeitiger Angebote – wie z.B. bei Trainingskursen – eher festgelegt als bei länger dauernden Angeboten der Straßensozial- oder der Clubarbeit, jedoch wird in beiden Angebotsformen das Ende der pädagogischen Beziehungen in der Regel nicht thematisiert. Bei den Kurzzeitmaßnahmen ist eine bestimmte zeitliche Dauer festgelegt, ohne dass immer angemessene Formen des Abschlusses erwogen werden. Bei den längerfristigen Angeboten scheint der Abschluss der Arbeit vielfach überhaupt nicht Gegenstand systematischer Erwägungen zu sein, weder in Form zeitlicher Befristungen noch dadurch, dass Überlegungen zur Art und Weise angestellt werden, wie die Arbeit befriedigend beendet werden kann.

Das Fehlen systematischer Überlegungen zum Abschluss der pädagogischen Arbeit führt gerade bei den längerfristigen Angeboten dazu, dass die Arbeit häufig aus zufälligen oder außerpädagogischen Gründen beendet wird. So wird berichtet, dass die Jugendlichen einfach nicht mehr kommen, ohne dass die Pädagoginnen und Pädagogen die Gründe dafür kennen. In anderen Fällen endet die Arbeit, weil der zuständige Kollege in den Erziehungsurlaub wechselt oder weil man sich darauf verständigt, nicht mehr mit rechts-extrem orientierten Jugendlichen arbeiten zu wollen. Vereinzelt wird aber auch deutlich, dass – zum Zeitpunkt des Interviews – in der Arbeit mit Jugendlichen einfach kein Ende gefunden wird, d.h. die 'Jugendlichen' kommen auch dann noch regelmäßig in die Einrichtung, wenn sie fast 30 Jahre alt sind und eigene Kinder haben. In solche Fällen wird zwischenzeitlich schon einmal die gesamte Einrichtung geschlossen, um den 'Dauerklienten' den Abschied zu 'erleichtern'. Eine Beendigung der Arbeit kann auch dadurch ausgelöst werden, dass die Mitarbeiter den Eindruck haben, ihre Einrichtung sei zu einem

Treffpunkt der rechten Szene geworden und pädagogische Interventionen daher nicht mehr möglich.

In einigen Projekten wird der Abschluss der gemeinsamen Arbeit inszeniert und gewürdigt, z.B. in Form eines Rituals, bei dem man sich gegenseitig verspricht und vergewissert, sich in Zukunft von der rechten Szene fern zu halten. Teilweise haben auch gemeinsame Fahrten die Funktion, einen gemeinsamen Schlusspunkt zu finden. In anderen Fällen scheint eher der Vollzug bestimmter Entwicklungen das Ende der Arbeit zu markieren. Dies kann sich darin zeigen, dass Jugendliche selbst zu Multiplikatoren werden, indem sie die im Rahmen eines Angebots erworbenen Kompetenzen an jüngere weitergeben, z.B. als Teamer, Trainer oder ehrenamtliche Helfer.

2.4 Resultate von Beziehungsarbeit

Hinsichtlich der Erfolge pädagogischer Arbeit mit rechtsgerichteten oder rechtsextremen Jugendlichen äußern sich die befragten Praktikerinnen und Praktikern nur zögerlich und sehr vorsichtig (vgl. Kapitel 13). Teilweise werden Entwicklungen beschrieben, die den Beteiligten als unspektakulär erscheinen. So wurde in verschiedenen Projekten z.B. beobachtet, dass sich die Atmosphäre in einem Jugendclub entspannt, die Jugendlichen besser miteinander auskommen oder dass sie Rücksicht auf die Pädagoginnen und Pädagogen nehmen. Sobald Sozialarbeiter konkretere Erfolge beschreiben, betonen sie die großen Unterschiede innerhalb der von ihnen betreuten Gruppen: Für wenige, manchmal auch nur für einzelne Jugendliche beschreiben sie produktive Entwicklungen, während sie bei anderen bzw. bei den meisten ihrer Klienten nicht den Eindruck haben, etwas bewegt zu haben. Positive Entwicklungen bei Einzelnen werden dann gesehen, wenn diese Unzufriedenheit mit ihrer Cliques artikulieren, den Kontakt zur rechten Szene abbrechen und sich darum bemühen, ein 'normales Leben' zu führen. Verschiedentlich haben Sozialarbeiter den Eindruck, dass es wichtig war, dass sie sich mit den Eltern der Jugendlichen auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt haben bzw. dass Erfolge nur bei den Jugendlichen zu verzeichnen waren, deren Familien einbezogen werden konnten.

Es werden auch Entwicklungen deutlich, die von den Praktikerinnen und Praktikern als Niederlage erlebt werden. Von Misserfolgen kann z.B. dann gesprochen werden, wenn pädagogische Bemühungen keine spürbaren Erfolge zeigen. Von solchen 'Nicht-Entwicklungen' ist oft dann die Rede, wenn vor allem mit älteren Jugendlichen gearbeitet wird. Besonders spürbar werden Misserfolge dann, wenn einzelne Jugendliche, mit denen jahrelang intensiv gearbeitet wurde und die Anzeichen für produktive Entwicklungen gezeigt haben, sich plötzlich erneut auf die rechte Szene einlassen und die Kontakte zu den Pädagoginnen und Pädagogen abbrechen. Solche Rück-Entwicklungen konnten z.T. festgestellt werden, wenn einzelne Jugendliche im Rahmen von Bildungs- oder Begegnungsveranstaltungen positive Entwicklungen durchlaufen haben; nach der Veranstaltung aber wieder mit ihrem alten Freundeskreis konfrontiert waren und wieder in diesen integriert werden wollten.

2.5 Schlussfolgerungen

In der praktischen Arbeit konzentrieren sich die pädagogischen Fachkräfte vor allem auf den Aufbau tragfähiger Beziehungen zu den jugendlichen Klienten. Demgegenüber bleibt oft unklar, mit welchen Zielen pädagogische Beziehungen aufgebaut werden und wie sie ausgestaltet werden sollen, so dass diese Beziehungen diffus bleiben. Vor diesem Hintergrund macht man sich zu wenig Gedanken darüber, wie professionelle Distanz und persönliche Akzeptanz erreicht werden sollen, wie pädagogische Beziehungen weiterentwickelt und angemessen beendet werden können.

Es hat sich gezeigt, dass es in der Regel als vorteilhaft eingeschätzt wird, wenn die Arbeit mit Jugendlichen von gemischten Teams geleistet wird, d.h. von Frauen und Männern, von Älteren und Jüngeren, von Migranten und Einheimischen. Weniger klar ist, ob es notwendig bzw. wünschenswert ist, dass diese Arbeit ausschließlich von solchen Praktikerinnen und Praktikern geleistet wird, die den Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen kritisch gegenüberstehen. Oder anders gefragt: Sind nicht auch Arbeitsformen oder Aufgaben denkbar, in denen sich eine solch kritische Grundhaltung als wenig hilfreich erweist? Außerdem ist genauer zu bestimmen, welche Bedeutung solche Mitarbeiter für diese Arbeit haben können, die keine ausgebildeten Pädagogen sind, aber über spezielle Qualifikationen oder Fähigkeiten verfügen bzw. den Jugendlichen auch ganz 'unpädagogisch' begegnen können.

Obwohl mit rechtsorientierten und rechtsextremen Jugendlichen schon jahrzehntelang gearbeitet wird, ist immer noch zu wenig systematisches Wissen über die professionellen Beziehungen zwischen Sozialarbeitern und (jugendlichen) Klienten verfügbar. Neben der Erkenntnis, dass im Rahmen dieser Beziehungen oftmals verschiedene Phasen durchlaufen werden – von großer Nähe und teilweise auch Kumpelhaftigkeit bis hin zu Fremdheits- und Differenzgefühlen (Bimschas 2002: 56) – wäre es z.B. wichtig, mehr über die persönlichen Aspekte dieser Beziehungen zu erfahren, die hier offenbar immer mitschwingen. Hilfreich könnte es in diesem Zusammenhang beispielsweise sein, wenn Pädagoginnen und Pädagogen im Rahmen ihrer Arbeit mehr Aufmerksamkeit darauf verwenden, die von ihnen in professionelle Beziehungen eingebrachten Eigenheiten und in ihnen entwickelten Erwartungen, Erfahrungen und Enttäuschungen zu reflektieren und zu dokumentieren, um diese damit systematisch und kontrolliert zum Bestandteil der eigenen Arbeit zu machen.

Deutlich wurde, dass die Kontaktaufnahme zu rechtsgerichteten Jugendlichen und die Etablierung tragfähiger Arbeitsbündnisse für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter häufig eine besondere Herausforderung darstellt und auch scheitern kann. Als nahezu unmöglich erscheint es in der Regel, organisierte Jugendliche zu erreichen. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns geboten, die vorliegenden Erfahrungen hinsichtlich einer frühzeitigen Kontaktaufnahme stärker zu berücksichtigen, die unter bestimmten Umständen geeignet sein können, Jugendlichen auch dann noch Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten zur Umorientierung zu bieten, wenn sie bereits Kontakte zur rechtsextremen Szene unterhalten.

In der Frage, mit welchen Jugendlichen (gut) gearbeitet werden kann, gibt es teilweise klare und nachvollziehbare Positionen, z.B. wenn die Arbeit mit jüngeren Jugendlichen als

erfolgsversprechender beschrieben wird als die mit älteren. Hinsichtlich der Frage, ob mit Jugendlichen, die in rechtsextreme Organisationen eingebunden sind, gearbeitet werden kann, können dann überzeugende Antworten gegeben werden, wenn entsprechende Erfahrungen gemacht wurden. Vielfach scheint diese Zielgruppe aber auch einem Tabu zu unterliegen, so dass die Möglichkeiten der pädagogischen Arbeit mit ihr gar nicht ernsthaft erwogen werden. Auf den Prüfstand der Machbarkeit gehört unseres Eindrucks die Maxime, dass in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen mit Cliques gearbeitet werden sollte. Wenn dieser Anspruch praktisch umgesetzt wird, ist dies für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter häufig mit Misserfolgserlebnissen verbunden, während sie in der Einzelarbeit eher den Eindruck haben, produktive Entwicklungen anregen zu können. Gegenwärtig werden beide Arbeitsformen allerdings häufig in Konkurrenz zueinander erlebt, d.h. wirkungsvolle Einzelarbeit scheint die Gruppenarbeit zu gefährden und die Arbeit mit Cliques erschwert es vielerorts Einzelne zu erreichen. Wenn beide Arbeitsformen miteinander kombiniert werden können, gilt dies tendenziell als Ergebnis günstiger Zufälle. Sinnvoll erscheint es vor diesem Hintergrund, über die Verbindung von Cliques- und Einzelarbeit nachzudenken und Vorstellungen dazu zu entwickeln, wie beide Arbeitsformen mit ihren jeweils spezifischen Potenzialen integriert werden können. Die Notwendigkeit einer solchen Integration wird auch durch die Erfahrungsberichte plausibel, denen zufolge Einzelarbeit scheitert, wenn die Cliques der Jugendlichen nicht berücksichtigt werden.

Erhebliche Unklarheiten bestehen auch hinsichtlich der Beendigung von (Jugend-) Sozialarbeit, d.h. in bestimmten Arbeitsfeldern – z.B. in der offenen Jugendarbeit – gibt es weder begründete Kriterien für den Abschluss sozialarbeiterischer Interventionen, noch haben sich in der Praxis entsprechende Verabschiedungsverfahren etabliert. Häufig endet die Arbeit aus Gründen, die mit pädagogischen Erwägungen nichts zu tun haben. Unseres Erachtens hängt diese Tendenz zu ‘endlosen’ Beziehungen zwischen Sozialarbeitern/ Sozialarbeiterinnen und Klienten u.a. damit zusammen, dass die Ziele sozialarbeiterischer Interventionen nicht immer klar sind. Hilfreich wäre es vor diesem Hintergrund, regelmäßig Rechenschaft über die Ziele der Arbeit abzulegen, Indikatoren für das Erreichen dieser Ziele zu haben und auch praktische Formen gelingender Verabschiedungen zu entwickeln.

Schließlich stellt auch die Verbindung sozialarbeiterischer Angebote zu außerpädagogischen Bereichen eine zentrale Herausforderung dar. Nachdem was uns aus verschiedenen Projekten berichtet wurde, haben Jugendliche ein feines Gespür für unterschiedliche Qualitäten von Anerkennung und Entwicklungsmöglichkeiten. Offenbar sind besonders produktive Entwicklungen dann besonders wahrscheinlich, wenn Jugendliche mit glaubwürdigen Autoritäten konfrontiert werden, z.B. dem Kapitän auf einem Segelschiff oder einem Bergführer der örtlichen Bergrettung. Motivationsfördernd wirkt es sich auch aus, wenn die Jugendlichen den Eindruck haben, dass es auf sie ankommt und sie sich in schwierigen Situationen wirklich bewähren können oder wenn sie nach der Vermittlung in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis eigenes Geld verdienen können. Hierfür bedarf es zunächst der Integration pädagogischer und außerpädagogischer Angebote, aber letztlich muss es der Sozialarbeit immer darum gehen, sich ‘überflüssig’ zu machen.

3 Regeln und Grenzen in der pädagogischen Auseinandersetzung

Verbindliche Regelungen und Grenzsetzungen gelten als wichtiger Bestandteil der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen, die fremdenfeindliche Einstellungen und rechtsextreme Orientierungen vertreten. Teilweise werden sie sogar als eines der konzeptionellen Kernprobleme in diesem Arbeitsfeld bezeichnet (Bohn/Münchmeier 1997: 104ff.). Durch Hausordnungen und Absprachen soll beispielsweise sicher gestellt werden, dass von pädagogischen Projekten keine Gewalt ausgeht, Jugendliche keine Waffen mitführen oder dass im Rahmen dieser Projekte keine rechtsextremistische Propaganda betrieben wird und sie somit zum Rekrutierungsfeld rechtsextremer Organisationen werden (Bohn/Münchmeier 1997: 107). Nicht explizit thematisiert werden in diesem Zusammenhang zentrale pädagogische Fragen, z.B. inwieweit Regeln und Grenzen Orientierungspunkte für Pädagoginnen und Pädagogen bieten können und Bedingungen dafür schaffen, dass mit einer als schwierig eingeschätzten Zielgruppe überhaupt pädagogisch gearbeitet werden kann. Außerdem existieren – abgesehen von den oben genannten Minimalregeln – keine anerkannten Vorstellungen dazu, welche Regeln zur Anwendung kommen sollen bzw. welche Grenzen gesetzt werden müssen, durch wen und wie sie festgelegt werden und welche Sanktionen im Fall von Regelverstößen zu ergreifen sind (vgl. Krafeld 1996: 28; Osborg 2002).

Im Folgenden werden die Positionen und Erfahrungen dargestellt, über die die von uns befragten Praktikerinnen und Praktiker hinsichtlich Grenzsetzungen und Regeln in der pädagogischen Arbeit berichteten. Zu diesen Fragen wurden in den Interviews reichhaltige und vielseitige Einschätzungen formuliert. Teilweise wurde das Finden und Durchsetzen von Regeln explizit als ein ganz wesentlicher Teil der pädagogischen Arbeit beschrieben.

Zunächst werden wir ausführlich auf einen Aspekt der Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen eingehen, der immer wieder als besonders problematisch beschrieben wird und an dem sich Fragen von Regeln und Grenzziehungen exemplarisch darstellen lassen: Der exzessive Alkoholkonsum bei rechten Jugendlichen (3.1). Anschließend werden wir allgemeiner darstellen, in welchen Bereichen und Kontexten Regeln und Grenzen gesetzt werden (3.2), wie Grenzsetzungen erfolgen (3.3) und über welche Resultate diesbezüglich aus der Praxis berichtet wird (3.4).

3.1 Exzessiver Alkoholkonsum als Herausforderung in der Arbeit mit rechten Jugendlichen

Übermäßiger Alkoholkonsum und dessen Begleiterscheinungen – d.h. das Grölen verfassungsfeindlicher Lieder und Parolen, die Belästigung von Passanten oder Gewalttätigkeiten – sind verschiedentlich der Anlass dafür, dass Sozialarbeiter den Auftrag erhalten, sich um rechtsorientierte Jugendliche zu kümmern. Auch im Rahmen bestehender Angebote sind

Pädagoginnen und Pädagogen, die mit rechten Cliques oder mit einzelnen rechtsextremen Jugendlichen arbeiten, regelmäßig mit Alkohol und den Folgen seines exzessiven Konsums konfrontiert. Die Arbeit mit alkoholisierten bzw. alkoholgefährdeten Jugendlichen schätzen sie dabei fast immer als schwierig ein, teilweise wird sogar das größte Problem in der Arbeit mit dieser Zielgruppe gesehen. Berichtet wird, dass alkoholisierte Jugendliche verstärkt Regeln brechen und Grenzen überschreiten, die von ihnen ansonsten respektiert werden. Im Rahmen festlicher Anlässe wird mitunter so stark getrunken, dass gewalttätige Eskalationen als zwangsläufige Folge erscheinen. Besonders problematisch stellt sich die Situation in bestimmten Szenen dar, in denen der Alkohol regelmäßig zu Entgleisungen führt, z.B. wenn Fußballfans mit Sonderzügen zu den Auswärtsspielen ihrer Clubs fahren.

Während alkoholische Getränke in der Fachliteratur teilweise als wichtiges Medium zur Kontaktaufnahme mit Jugendlichen angesehen werden (Kraußlach et al. 1990: 140f.), überwiegen in den Schilderungen der befragten Praktikerinnen und Praktiker diesbezüglich die negativen Konsequenzen: Jugendliche seien teilweise so stark betrunken, dass Gespräche mit ihnen nicht einmal im Ansatz geführt werden könnten. Vor allem dann, wenn Jugendliche von Sozialarbeitern an ihren Treffpunkten aufgesucht werden, sehen letztere dann häufig nur eine Möglichkeit: Sich zurückziehen und hoffen, dass der Kontakt bei anderer Gelegenheit wieder aufgenommen werden kann.

Bessere Möglichkeiten, Kontakt zu alkoholisierten Jugendlichen aufzubauen, ein Problembewusstsein zu fördern und dem Alkoholkonsum entgegen zu wirken werden zunächst vor allem dann gesehen, wenn die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter über Angebote oder Ressourcen verfügen, die für die Jugendlichen reizvoll sind, z.B. über einen Jugendclub. Es besteht dann die Möglichkeit, mittels rigider Kontrollen nur den Jugendlichen Zugang zu gewähren, die bereit sind, ihre alkoholischen Getränke vor dem Betreten der Einrichtung abzugeben, was mitunter dazu beiträgt, dass Alkohol nicht mehr ganz so exzessiv konsumiert wird. Solche drastischen Maßnahmen werden zumeist jedoch nicht für sinnvoll gehalten, vor allem deswegen, weil der Alkohol als wichtiger Bestandteil der Kultur und des Selbstverständnisses dieser Jugendlichen eingeschätzt wird. Im Falle von Verboten befürchtet man, dass ein Teil der Jugendlichen dann wegbleibt und gar nicht mehr erreicht werden kann, z.B. weil sie nur noch in Kneipen verkehren. Die Möglichkeit alkoholische Getränke zu konsumieren, gilt daher vielerorts geradezu als Voraussetzung dafür, dass rechtsgerichtete Jugendliche überhaupt kommen. Darüber hinaus hat man die Erfahrung gemacht, dass die Jugendlichen Verbote umgehen, indem sie alkoholische Getränke einschmuggeln oder vor der Einrichtung deponieren und dort konsumieren. Einseitig verhängte Alkoholverbote führen damit fast immer zu Diskussionen und stellen Pädagoginnen und Pädagogen vor die Entscheidung, wie sie auf Verstöße reagieren sollen. Zum Teil wird in dieser Frage die Position vertreten, Verbote müssten durchgesetzt und Verstöße konsequent sanktioniert werden. Teilweise schreckt man vor diesen Konsequenzen aber auch zurück: Sozialarbeiter lehnen die Vorstellung ab, Jugendliche regelmäßig zu kontrollieren und sie befürchten die Eskalation von Konflikten, wenn sie auf einer Durchsetzung von Verboten bestehen.

Zumeist wird daher nach Alternativen zu Verboten gesucht. Ein Ansatzpunkt wird darin gesehen, die Jugendlichen mit der alkohol-kritischen Position der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu konfrontieren, um auf diese Weise Diskussionen innerhalb der Jugend-

gruppe anzuregen. In zum Teil wochenlangen Diskussionen kann man sich dabei mitunter auf Kompromisse verständigen, z.B. auf eine „beschränkte Trinkerlaubnis“, die den Konsum von Bier erlaubt, während hochprozentige Getränke nicht oder nur zu bestimmten Gelegenheiten gestattet werden. Zunehmend bietet sich dann auch die Chance, Gespräche zum Thema Alkohol zu führen oder entsprechende Beratungen durchzuführen.

Verschiedentlich werden Zusammenhänge zwischen pädagogischen Angeboten und dem Alkoholkonsum der Jugendlichen festgestellt. Vor allem in den Einrichtungen, in denen Jugendliche darauf verzichten, Hochprozentiges zu konsumieren, werden positive Auswirkungen auf das soziale Klima in den Jugendgruppen und Einrichtungen beschrieben. Teilweise werden in diesem Zusammenhang auch Prozesse der Umorientierung beschrieben: Jugendliche orientierten sich verstärkt an pädagogischen Angeboten, an beruflichen Perspektiven oder an einem neuen Freundeskreis und nicht mehr so sehr an der Skinheadkultur. Zusammengenommen entsteht der Eindruck, dass übermäßiger Alkoholkonsum für Jugendliche in dem Maße an Bedeutung verliert, in dem sie sich in sinnvolle soziale Bezüge und Aktivitäten eingebunden fühlen. Entsprechende Beobachtungen werden in Beschäftigungsprojekten gemacht, in denen Jugendliche eigenes Geld verdienen, aber auch bei erlebnispädagogischen Fahrten, auf denen oft ein neues Gruppengefühl entsteht, Lust und Gelegenheiten zum Saufen auf ein Minimum reduziert werden sowie der Erlebniswert reizvoller Erfahrungen sich mit klarem Kopf merklich erhöht. Produktive Entwicklungen scheinen vor allem dann möglich zu werden, wenn Diskussionen und Konstellationen vermieden werden, bei denen die Jugendlichen Erwachsenen gegenüberstehen, die sie dazu bewegen wollen, ihr Verhalten zu ändern. Wenn die Jugendlichen dagegen beginnen, den übermäßigen Alkoholenuss innerhalb ihrer Cliquen zu problematisieren, kann dies zu veränderten Konsumgewohnheiten beitragen. Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter können Ansatzpunkte für solche Entwicklungsprozesse erkennen und z.B. dadurch fördern, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse innerhalb einer Clique genutzt werden.

Im Kontext pädagogischer Entwicklungsprozesse kommt es allerdings häufig zu Rückschlägen: Jugendliche betrinken sich erneut und verkehren wieder mit den früheren Saufkumpanen oder äußern wieder verstärkt eine Affinität zu rechtsextremen Ideen. Von einem Jugendlichen wird beispielsweise berichtet, dass er seine Qualifizierungsmaßnahme abbrach und fortan den Getränkeverkauf einer Veranstaltungsstätte organisierte, die von den Angehörigen der rechtsextremen Szene frequentiert wurde. Teilweise lassen sich solche Rückschläge mit dem Auslaufen eines Projekts in Zusammenhang bringen, in dem produktive Entwicklungen angestoßen, aber offensichtlich noch nicht verstetigt werden konnten. In diesen Fällen konnten im Verlauf einer zeitlich befristeten Maßnahme offenbar keine hinlänglich stabilen neuen Beziehungen oder Handlungsoptionen entwickelt werden. Mitunter brechen produktive Entwicklungen aber auch unabhängig vom Projektverlauf ab. Es gibt Indizien dafür, dass Jugendliche sich in solchen Fällen überfordert fühlen und angesichts der in ihren Augen zu großen Herausforderungen in alte Muster zurückfallen. Unabhängig von der Frage, welche kausalen Zusammenhänge hier wirksam sind, kann der Alkoholkonsum dieser Jugendlichen als Indikator ihrer Problembelastung oder der Integration in die rechtsextreme Szene verstanden werden: Steigender Alkoholkonsum kann dabei z.B. auf die verstärkten Kontakte zu einer Skinhead-Clique, verringerter Konsum auf eine Distanzierung von dieser hindeuten.

Die Möglichkeiten pädagogischer Praxis werden durch das soziale Umfeld mitunter erheblich eingeschränkt, z.B. wenn pädagogische Bemühungen, innerhalb einer Einrichtung oder für die Dauer einer Maßnahme auf den Konsum von Alkohol oder anderen Drogen zu verzichten, durch Externe entweder unwissentlich oder absichtsvoll unterlaufen werden. So wird von Fällen berichtet, in denen Jugendliche den Pädagogen schriftliche Bestätigungen vorlegten, in denen ihnen von den Eltern gestattet wurde, Zigaretten zu rauchen oder alkoholische Getränke zu konsumieren. Es kann auch vorkommen, dass die konsequent alkoholfrei geplante und durchgeführte Fahrt einer Jugendgruppe dadurch konterkariert wird, dass die Jugendlichen auf einem Fest der freiwilligen Feuerwehr durch Freibier zum Trinken animiert werden. Alkohol wird mitunter auch bewusst als Lockmittel eingesetzt, um Jugendliche an rechtsextreme Organisationen heranzuführen, die mit Sozialarbeitern um deren jugendliche Klienten konkurrieren. Aus einem Jugendzentrum, in dem die Mitarbeiter sich stetig um die Verminderung des Alkoholkonsums bemühen, wird berichtet, dass gelegentlich 'nette ältere Herren' freundlich grüßend zum Fenster hereinschauen und die Jugendlichen zum Freibier im Kontext von NPD-Veranstaltungen einladen – nicht immer ohne Erfolg. Es zeigt sich also, dass pädagogische Bemühungen gegen die Verstrickung jugendlicher in rechtsextreme Kreise, die das soziale Umfeld – z.B. in Hinblick auf Alkoholkonsum und entsprechende Angebote – nicht einbeziehen, nur wenig Aussichten auf Erfolg haben.

Der übermäßige Alkohol- und Drogenkonsum rechtsorientierter Jugendlicher wird mitunter für starke körperliche und seelische Schädigungen verantwortlich gemacht, die keinen Spielraum für produktive Entwicklungen lassen. Suchterkrankungen und schwere Abhängigkeiten, die bis zum Tod Einzelner führen, werden dabei nicht nur von Älteren berichtet, die nicht mehr zur eigentlichen Zielgruppe von Jugendarbeit zu rechnen sind (Krafeld 1996: 67), sondern auch von jüngeren Jugendlichen. Nicht nur deswegen ist es nicht immer sinnvoll und praktikabel, ältere von jüngeren bzw. stark problembehaftete von 'normalen' Jugendlichen zu trennen und in gesonderten Maßnahmen unterzubringen. Aus der Fußballfanszene wird außerdem berichtet, dass die jüngeren Fans lieber mit den älteren im Sonderzug fahren, wo regelmäßig bis zur Bewusstlosigkeit gesoffen wird, als von Pädagogen/Pädagoginnen in speziellen Bussen sicher zu den Spielen geleitet zu werden.

3.2 Bereiche und Kontexte der Grenzsetzung

So wie dies hinsichtlich des Alkoholkonsums deutlich wurde, vertreten einzelne Praktikerinnen und Praktiker generell die Ansicht, dass in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen keine Regeln oder Grenzen gesetzt werden sollten. Hintergrund dieser Haltung ist die Befürchtung, die Zielgruppe nicht mehr erreichen zu können, wenn man vorab Bedingungen formuliert. Von der Mehrzahl der Befragten werden allerdings Regelungen und Grenzsetzungen bezüglich verschiedener Bereiche der praktischen Arbeit als notwendig erachtet, vor allem in Bezug auf Drogen, Gewalt, Propaganda/Anwerbung und geschmackloses bzw. unangemessenes Verhalten.

Als Drogen gelten hier neben Alkohol vor allem Zigaretten, Tabletten und illegale Rauschmittel. Illegale Drogen werden nur von einem kleinen Teil der befragten Sozialarbeiter als Problem in der Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen beschrieben. Verschiedentlich sind illegale Drogen deswegen kein Problem, weil sie in rechten Jugendkulturen aus ideologischen Gründen abgelehnt werden – so gelten Haschisch, Heroin oder Kokain im Gegensatz zum nach „deutschem Reinheitsgebot“ gebrautem Bier als ‘undeutsch’. Verschiedentlich wird allerdings berichtet, dass sich auch rechtsorientierte Jugendliche am Verkauf illegaler Drogen beteiligen, d.h. die Verdienstmöglichkeiten in diesem Bereich scheinen ideologische Bedenken teilweise zu neutralisieren. Nur vereinzelt wird deutlich, dass z.B. rechtsgerichtete Hooligans regelmäßig Marihuana oder Haschisch konsumieren. Wenn solche illegalen Rauschmittel überhaupt Erwähnung finden, dann gilt ihr Konsum im Rahmen pädagogischer Angebote als verboten. Nur selten werden Zigaretten als Problem benannt und noch seltener wird deutlich, dass man Zigarettenkonsum im Rahmen pädagogischer Projekte verbietet oder beschränkt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass das Rauchen von Zigaretten unter Jugendlichen (und auch unter Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern) so verbreitet ist, dass man es nur in Ausnahmefällen problematisiert und auch nicht riskieren will, einen großen Teil der Zielgruppe zu verprellen, wenn Rauchen als Ausschlusskriterium gilt. Mitunter wird das Verbot von Zigaretten auch als sinnlos erlebt, da es von Jugendlichen ohnehin unterlaufen würde. In den befragten Projekten wird lediglich vereinzelt über den Konsum chemischer Drogen bzw. Tabletten durch jugendliche Klienten berichtet. Diesen Drogen werden, wenn sie thematisiert werden, zwar besonders schädliche Wirkungen zugerechnet, allerdings wurden keine Bemühungen berichtet, ihren Konsum einzuschränken oder zu verbieten. Es kann vermutet werden, dass der Konsum von Tabletten und chemischen Drogen weitgehend unbemerkt erfolgt und deswegen auch kaum zum Gegenstand pädagogischer Interventionen wird.

Geringere Spielräume werden gegenüber gewalttätigem Verhalten deutlich. Wenn Gewalt im Kontext der pädagogischen Arbeit thematisiert wird, dann immer in der Weise, dass im Projekt Gewalt nicht geduldet werde und ein klares Ausschlusskriterium sei. Fast immer beziehen sich entsprechende Aussagen auf physische Gewalt. Vereinzelt gilt das Gewaltverbot für die Teilnehmer eines Angebots auch außerhalb des unmittelbaren Kontextes des Projekts, d.h. Gewalttätigkeiten gegen andere Projektteilnehmer sind auch dann ein Ausschlusskriterium, wenn sie am Wochenende bzw. unabhängig von gemeinsamen Aktivitäten stattfinden. Teilweise bezieht sich dieses Verbot auch auf das Mitführen von Waffen, speziell dann, wenn man gemeinsam auf Fahrt geht; während Waffen in anderen Situationen offenbar eher geduldet bzw. in Kauf genommen werden.

Darüber hinaus richten sich Verbote auf diesem Feld der pädagogischen Arbeit auch gegen Verhaltensweisen, die als geschmacklos, unangemessen oder bedrohlich eingeschätzt werden. Vereinzelt wird berichtet, dass es den Jugendlichen im Rahmen der Projektarbeit untersagt sei, „rechtsextreme oder sexistische Sprüche“ zu äußern bzw. dass sie in solchen Fällen mit Widerspruch oder Rauswurf rechnen müssen. Darüber hinaus wird auch das Auftreten in einschlägigem Outfit – in erster Linie ist damit Skinhead-Kluft gemeint – beispielsweise im Kontext von Besuchen in Gedenkstätten problematisiert und zum Kriterium für den Ausschluss oder für den vorzeitigen Abbruch einer Fahrt. Speziell in Trainingskursen, die auch zur Ableistung gerichtlicher Auflagen dienen, werden klassische

Tugenden gefordert und als Grundlage der gemeinsamen Arbeit beschrieben: So wird die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit davon abhängig gemacht, dass die Jugendlichen an den Angeboten regelmäßig teilnehmen, dass sie pünktlich erscheinen und verlässlich sind.

Schließlich werden Reglementierungen in Bezug auf Propaganda/Anwerbung deutlich, vor allem gegen offensichtliche Bekenntnisse zu rechtsextremen Positionen oder die Werbung für entsprechende Organisationen. Teilweise wird den Angehörigen, manchmal auch nur den Führungskadern rechtsextremer Organisationen der Zugang zu den Räumen oder Angeboten pädagogischer Projekte untersagt, um ihnen weder Werbung noch Anwerbeversuche unter den Jugendlichen zu ermöglichen. Mitunter wird allerdings eingeräumt, dass entsprechende Personen erst dann identifiziert werden können, wenn sie sich propagandistisch betätigen. Pädagoginnen und Pädagogen beschreiben daher vor allem Verbote, die sich auf das Zeigen oder Verbreiten verfassungsfeindlicher Symbole, Abzeichen oder Materialien beziehen sowie Versuche rechtsextrem organisierter Gruppen, neue Mitglieder zu werben. Regelmäßig entspannen sich auch Konflikte zwischen rechtsgerichteten Jugendlichen und Sozialarbeitern, in denen es um Musik geht, die neben hämmernden und aggressiven Rhythmen auch rassistische, volksverhetzende oder kriegsverherrlichende Texte aufweist. Gerade dann, wenn sich in entsprechenden Liedern oft 'nur' Andeutungen und Verweise finden, ist es für Pädagoginnen und Pädagogen nicht immer einfach, diese zu identifizieren. Wenn sie erkannt werden, werden sie im Kontext pädagogischer Angebote entweder verboten, dürfen nur eingeschränkt gehört werden oder sie werden zum Gegenstand von Aushandlungen oder Gesprächen zwischen Pädagogen und Jugendlichen.

Im Vergleich verschiedener Projekte wird deutlich, dass Regeln und Grenzsetzungen stark von den jeweiligen Kontexten und Arbeitsformen abhängen. So gibt es pädagogische Angebote, die zumindest teilweise von Verboten oder Regelungsversuchen absehen, so z.B. im Umfeld der aufsuchenden Straßensozialarbeit, durch die man Jugendliche für eine dauerhafte Beteiligung im Projekt gewinnen möchte. Während die Jugendlichen an ihren Treffpunkten als Gastgeber beschrieben werden, denen man natürlich keine Vorschriften machen kann; verändert sich die Haltung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dann grundlegend, wenn die Jugendlichen in ihre Räume kommen oder an den von ihnen organisierten Fahrten teilnehmen. Es gilt dann, wenn die Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen sich selbst als Gastgeber sehen, eher als legitim und notwendig, durch Regelungen daraufhin zu wirken, dass im Projekt unter ihren Bedingungen gearbeitet wird. Neben dem Territorialprinzip – d.h. der jeweilige Hausherr bestimmt die Regeln – kann noch eine zeitliche Abfolge verschiedener Phasen festgestellt werden: In einer als niedrighschwellig angesetzten Startphase vermeidet man Regeln und Verbote, um Jugendliche nicht zu verprellen, während man später durchaus direktiv auf sie einwirkt, um durch die Konfrontation mit Regeln und Verboten Entwicklungen anzuregen. In späteren Phasen – so das Empfinden von Sozialarbeitern – haben Jugendliche durchaus ein Bewusstsein dafür, dass sie etwas zu verlieren haben, wenn sie Regeln brechen oder Grenzen überschreiten, wodurch Regeln an Verbindlichkeit gewinnen. In Abhängigkeit vom Kontext eines Angebotes gibt es außerdem verschiedene Sanktionsmöglichkeiten: Im Rahmen eines Trainingskurses, der zur Erfüllung gerichtlicher Auflagen dient, haben Forderungen nach regelmäßiger Teilnahme und Pünktlichkeit ein ganz anderes Gewicht als bei Angeboten, an

denen die Jugendlichen freiwillig und unverbindlich teilnehmen. Auch wenn Projekte ihren Teilnehmern attraktive Angebote unterbreiten können, z.B. die Teilnahme an erlebnispädagogischen Fahrten oder Verdienstmöglichkeiten, steigen die Chancen dafür, dass Regeln und Grenzen erfolgreich etabliert werden können.

3.3 Begründung und Umsetzung von Regeln und Grenzen

Für die beschriebenen Regeln und Grenzsetzungen nennen die befragten Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedliche Begründungen. Einerseits wird sich bei Begründungen auf die gültigen Gesetze oder auf Indizierungslisten bezogen, d.h. Verbote oder Ausschlusskriterien werden damit begründet, dass bestimmte Verhaltensweisen illegal seien. Das Legalitätsargument findet sich bspw. im Kontext des Verbots illegaler Drogen, von Gewaltanwendung, des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole und in Bezug auf indizierte Musik. In anderen Fällen betont man demgegenüber, es käme letztlich vor allem auf das Empfinden der Sozialarbeiter an, das auf diese Weise zum entscheidenden Maßstab wird. So werden etwa als menschenverachtend empfundene Redensarten, aggressive Musik oder die negativen Auswirkungen übermäßigen Alkoholkonsums von Sozialarbeitern so lange toleriert, bis deren 'Schmerzgrenze' erreicht ist. Vor allem wenn im Rahmen der Projektarbeit Gedenkstätten besucht werden, aber auch in anderen Kontexten, in denen die Wahrscheinlichkeit besteht, dass pädagogische Projekte öffentlich wahrgenommen werden, beziehen sich Pädagoginnen und Pädagogen bei Verboten auf Dritte. Das Verbot uniformierten Auftretens oder von Alkoholkonsum wird damit begründet, dass die Achtung vor den Anwesenden oder der Respekt vor den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung dies gebiete. Teilweise bezieht man sich im Rahmen von Grenzsetzungen vor allem auf sachliche Erfordernisse: So wird z.B. der Konsum von Alkohol und Zigaretten mit Verweis auf die Erfordernisse des Raumes, in dem man zusammentrifft (z.B. ein Rettungsraum der Bergwacht, in dem auch Verletzte versorgt werden müssen), untersagt oder das Hören aggressiver Skinheadmusik erscheint unzweckmäßig, während man sich auf einer Flussfahrt befindet, auf die nur das nötigste Gepäck mitgenommen werden kann.

Teilweise entsteht der Eindruck, dass die uns gegenüber gegebenen Begründungen mit denen identisch sind, die gegenüber den Jugendlichen angeführt werden. In anderen Fällen werden den Jugendlichen dagegen strategische Begründungen gegeben, die eventuell als überzeugender eingestuft werden als die 'authentischen' Begründungen der Sozialarbeiter.

Die Schilderungen der befragten Pädagoginnen und Pädagogen verdeutlichen, dass die Implementierung von Regeln im Rahmen der Projektarbeit ganz unterschiedlich aussehen kann. Während in einigen Fällen der Eindruck entsteht, dass Regeln vor allem durch die Pädagogen festgesetzt und teilweise auch schriftlich formuliert werden, werden sie andernorts stärker mit den Jugendlichen ausgehandelt. Solche Aushandlungsprozesse gelten dabei als eine Möglichkeit, die Nachhaltigkeit von Neuorientierungen der Jugendlichen zu stärken. Aushandlungen und Kompromisse können in den Augen der Befragten dazu bei-

tragen, Jugendliche einzubinden, zu denen man bei strikteren Regelungen den Kontakt verlieren würde. Regeln, die mit den Jugendlichen gemeinsam aufgestellt werden, sind offenbar jedoch nicht immer von langer Dauer, teilweise ist sogar die Rede davon, Regeln würden „ständig neu ausgehandelt“. Dementsprechend werden Regeln speziell dort, wo man sie mit den Jugendlichen gemeinsam festlegt, kaum schriftlich – im Sinne einer Hausordnung – fixiert, sondern sie bieten die Basis, um sich regelmäßig miteinander zu verständigen.

3.4 Resultate von Grenzsetzungen

In der Praxis werden mit Grenzsetzungen unterschiedliche Erfahrungen gemacht. In Hinblick auf die frühen Phasen der Arbeit mit Jugendlichen berichten einige unserer Gesprächspartner von ihrem Eindruck, dass strengere Regeln zunächst hilfreich sind. Dahinter steht offenbar die Erfahrung, dass es zwar möglich ist, im weiteren Kontakt mit Jugendlichen die einmal eingeführten Regeln zu lockern, dass es aber schwierig ist, etwas zu verbieten, was zunächst erlaubt war.

Hinsichtlich der Sanktionierung von Regelbrüchen wird deutlich, dass Pädagoginnen und Pädagogen oft Gratwanderungen vollführen müssen. Ahnden sie Regelverstöße konsequent, z.B. indem sie Jugendliche, die in einem Jugendclub Alkohol konsumieren, Hausverbot erteilen, nehmen sie in Kauf, dass sie diese Jugendlichen nicht mehr erreichen können. Vor dem Hintergrund dieser Befürchtungen werden Regelverstöße in einigen Projekten nicht immer verfolgt bzw. billigend in Kauf genommen. Als weitere Gründe für den gewährenden Umgang mit Regelverstößen nennt man den Wunsch, Eskalationen zu vermeiden und die praktischen Schwierigkeiten einer lückenlosen Überwachung. Das Hinnehmen von Regelverstößen dürfte in einigen Fällen zum Scheitern pädagogischer Angebote führen.¹ In einigen Projekten wurde uns allerdings berichtet, dass regelverletzende Jugendliche sich umorientiert bzw. das Projekt verlassen haben, ohne dass sie durch die Pädagogen dazu gezwungen worden seien. Werden Verstöße konsequent sanktioniert, kann dies die Ultima Ratio sein, die das Scheitern der Arbeit mit einer bestimmten Klientel dokumentiert, z.B. wenn ein Club geschlossen wird oder regelverletzende Jugendliche von pädagogischen Angeboten ausgeschlossen werden. Im Kontext konsequenter Sanktionierungen werden jedoch auch produktive Entwicklungen beschrieben: Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erwerben sich durch Konsequenz die Anerkennung der Jugendlichen, konformere Jugendliche werden innerhalb ihrer Cliquen gestärkt oder die 'Unbelehrbaren'

¹ Im Rahmen unserer Recherchen sind wir nicht auf Projekte gestoßen, die von dieser Art des Scheiterns berichten. Einerseits ist es eine Frage der Perspektive - d.h. die betreffenden Pädagogen werden solche Entwicklungen unter Umständen nicht als Scheitern empfinden, jedenfalls nicht, solange sie im Projekt arbeiten - andererseits hängt dies mit der Auswahl der einbezogenen Projekte zusammen, d.h. es ist uns nicht gelungen, mit Mitarbeitern solcher Projekte zu sprechen, deren Scheitern offenkundig geworden ist.

verlassen ein Projekt, während andere bleiben und sich dort zunehmend verbindlich engagieren.

Unabhängig davon, wie mit Regelverstößen umgegangen wird, beschreiben die befragten Pädagoginnen und Pädagogen in ihren Arbeitsbereichen positive Entwicklungen, die sie mit ihren Standards, mit den aufgestellten Regeln bzw. den Grenzen, die sie Jugendlichen setzen, in Zusammenhang bringen. Wenn weniger aggressive Musik gehört wird, entspannen sich die Jugendlichen; wenn kein harter Alkohol getrunken wird, kommen eher Gespräche miteinander zustande.

Es ist allerdings nicht zu unterschätzen, welche Bedeutung dem sozialen Umfeld pädagogischer Projekte in diesem Zusammenhang zukommt. Die Berichte aus den Projekten machen deutlich, dass durch das soziale Umfeld eine Vielzahl von Gelegenheiten geschaffen werden können, die den Bemühungen der Pädagogen zuwiderlaufen – vor allem hinsichtlich des oben genannten Umgangs mit Alkohol. So wird schließlich deutlich, dass die im Rahmen pädagogischer Angebote gesetzten Regeln und Grenzen erst dann tragfähig werden können, wenn sie in einem breiteren Kontext mitgetragen werden.

3.5 Resümee

In der Praxis besteht weitgehend Einvernehmen darüber, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter neben der grundsätzlichen Akzeptanz, die sie ihren Klienten als Personen entgegenbringen sollen, diesen gegenüber auch einen Entwicklungsauftrag haben, der es erforderlich macht, bestimmte Einstellungen oder Verhaltensweisen zu missbilligen, dagegen zu intervenieren oder Grenzen zu setzen. Dabei wurde allerdings deutlich, dass Grenzsetzungen in der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen einen komplexen Prozess darstellen, in dem ständig die Balance zwischen der Bestätigung der Jugendlichen und ihrer Konfrontation mit Anforderungen und Entwicklungsaufgaben gehalten werden muss. Wenn Grenzen zu weit gezogen oder Grenzverletzungen nicht überzeugend geahndet werden, riskiert man z.B. rechtsextreme Organisationen, Alkoholkonsum oder Gewalttätigkeit zu bestärken. Rigide Formen der Grenzsetzung bergen demgegenüber die Gefahr, die Zielgruppe nicht mehr erreichen zu können. In jedem Einzelfall ist abzuwägen, ob bei einer bestimmten Intervention nicht vielleicht die unerwünschten Konsequenzen dominieren.

In der Praxis werden Interventionsbedarf und Grenzen sowohl auf der Grundlage persönlicher Einschätzungen oder pädagogischer Erwägungen als auch anhand strafrechtlicher Kriterien bestimmt. Abgesehen von solchen Fällen, in denen massiven Abweichungen mit Bezug auf verschiedene dieser Begründungszusammenhänge begegnet wird, dominiert in der Regel entweder die Orientierung an externen, sachlichen Kriterien (Gesetze, Listen indizierter Musiktitel) oder am persönlichen Empfinden der Pädagoginnen und Pädagogen. Beide Varianten bergen Risiken, wenn sie isoliert praktiziert werden oder unvermittelt nebeneinander stehen. Eine ausschließliche Orientierung an extern-sachlichen Kriterien kann als Zeichen von Unsicherheit ausgelegt werden, während die alleinige Bezugnahme auf

Empfindungen der Sozialpädagogen die Gefahr der persönlichen Willkür birgt. Vor diesem Hintergrund scheint es besonders wichtig, sich bei Grenzsetzungen auf sachliche und persönliche Begründungen zu beziehen, diese transparent zu machen und überzeugend zu vermitteln.

Schwierig sind Grenzsetzungen dann, wenn kein Bedarf dafür gesehen wird. In Hinblick auf verschiedene Aspekte wurde deutlich, dass Pädagogen nicht immer über die notwendigen Informationen oder Diagnosekompetenzen verfügen, um Interventionsbedarf zu erkennen, z.B. bei chemischen Drogen, Tabletten oder volksverhetzender Musik. Einerseits wäre es notwendig, durch Fortbildungsveranstaltungen die entsprechende Sensibilität zu fördern, andererseits kann nicht erwartet werden, dass pädagogische Praktiker hinsichtlich der gesamten Bandbreite jugendkultureller Entwicklungen gleichermaßen kompetent sind und auch jederzeit entsprechend reagieren können. Es erscheint daher notwendig, dass man sich auch in der pädagogischen Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen durch die Kooperation mit entsprechenden Fachleuten Expertisen von außen holt.

Unabhängig davon, ob es um Alkohol, Gewalt oder rechtsextreme Organisationen geht, scheint es besonders wichtig zu sein, produktive Formen der Partizipation Jugendlicher an den Prozessen der Grenzsetzung zu erreichen. Grenzen und Regeln müssen von Sozialpädagoginnen und -pädagogen dann nicht mehr gegen die Jugendlichen durchgesetzt werden, wenn es in einer Einrichtung oder einem Projekt gelingt, die jugendlichen Klienten – oder zumindest einen substanziellen Teil von ihnen – davon zu überzeugen, dass sie die angebotenen Freiräume und Möglichkeiten besser nutzen können, wenn Alkoholexzesse nicht an der Tagesordnung sind, rechtsextreme Organisationen nicht dominieren und keiner Angst vor Gewalt haben muss. In den Berichten der Praktikerinnen und Praktiker finden sich verschiedentlich gelungene Beispiele für eine solche Partizipation der Jugendlichen an Prozessen der Grenzsetzung, während sie auf konzeptioneller Ebene in der Regel nicht thematisiert wird.

Abschließend kann festgehalten werden, dass in Bezug auf Regeln und Grenzsetzungen in der Arbeit mit rechtsgerichteten und rechtsextremen Jugendlichen ein breites Spektrum unterschiedlicher Einschätzungen und Erfahrungen erkennbar ist. Dem reichhaltigen, aber wenig gebündelten Praxiswissen stehen auf konzeptioneller Ebene nur relativ bescheidene und inkonsistente Vorstellungen gegenüber. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass Pädagoginnen und Pädagogen Gelegenheit erhalten, Erfahrungen und Positionen zu Interventionen und Grenzsetzungen regelmäßig zu thematisieren und auszutauschen, um die Chancen und Grenzen ihrer Arbeit erkennen zu können. Darüber erscheint es geboten, dieses Praxiswissen auch verstärkt für die Konzeptionsentwicklung zu nutzen.

4 Geschlechtssensible Jugendarbeit

Die Forschung belegt, dass Rechtsextremismus und Gewalt geschlechtsspezifisch betrachtet unterschiedliche Ausdrucksformen haben. So ist die gewaltbereite, rechtsextreme Jugendszene überwiegend männlich geprägt. Offen rechtsextrem auftretende oder organisierte junge Frauen und Mädchen sind dagegen eine zahlenmäßig eher kleine Gruppe. Fremdenfeindliche wie auch rechtsextreme Einstellungen werden aber auch von weiblichen Jugendlichen in nicht unerheblichem Maße vertreten. Immer wieder ist auch zu lesen, dass nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes davon ausgegangen wird, dass der Anteil an jungen Frauen in der rechtsextremen Szene – vor allem in der NPD – sowie an rechtsextrem orientierten und auch gewaltbereiten Mädchen steigt (Fromm/Kernbach 2002: 91), wobei dies vor allem für die neuen Länder konstatiert wird (Staud 2002).

In der Diskussion um die geschlechterreflektierenden Konzepte in der Jugendarbeit wird festgestellt, dass in der Jugendarbeit (auch rechtsorientierte) Jungen und junge Männer zahlenmäßig weitaus häufiger vertreten sind als Mädchen, während dennoch geschlechtssensible Jungenarbeit als weiterhin wenig entwickelt und praktiziert gilt (vgl. Möller 2000). Häufig problematisiert wird in diesem Zusammenhang auch, dass Sozialarbeit eher weiblich geprägt ist und männliche Ansprechpartner generell fehlen. Gefordert wird, dass zur Realisierung geschlechtssensibler Ansätze Ansprechpartner und erwachsene Vorbilder des jeweils eigenen Geschlechts nötig sind und deshalb gemischtgeschlechtliche Teams für die pädagogische Arbeit angestrebt werden.

Parteiliche Mädchenarbeit gibt es zwar seit vielen Jahren in Theorie und Praxis; unklar ist aber, ob geschlechterreflektierende oder auch geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen auch fremdenfeindliche und/oder rechtsextreme Mädchen erreichen können und wollen. Diskutiert wird zudem in den letzten Jahren verstärkt die Attraktivität der geschlechtsspezifischen Ansätze, die häufig mit geschlechtsgetrennten Angeboten gleichzusetzen sind und die teilweise mit dem Wunsch von Jungen und Mädchen kollidieren, in gemischten Gruppen zu bleiben. Insbesondere rechtsorientierte Mädchen gelten als schwer erreichbar für getrennte Angebote (vgl. Behn 1995). Es lässt sich festhalten, dass die Forderung nach einer verstärkten Entwicklung und Umsetzung von geschlechterreflektierender Jugend- und vor allem Jungenarbeit als eine der zentralen Herausforderungen in der Fachwelt gilt (vgl. Möller 2000; Scherr 2002; Sturzenhecker 2002). Dabei lassen sich folgende Ziele geschlechtssensibler pädagogischer Intervention für Jungen und Mädchen, junge Männer und Frauen vereinfacht zusammengefasst benennen: Im Rahmen geschlechterreflektierender Angebote sollen Jungen und Männer versuchen, Selbstbilder zu entwickeln, die nicht auf traditionellen Männlichkeitsvorstellungen und Hegemoniebestrebungen fußen; Mädchen und Frauen sollen sich kritisch mit einer traditionellen weiblichen Sozialisation auseinandersetzen und ein positives Selbstbild entwickeln.

Wir haben versucht, die Kategorie „Geschlecht“ in mehreren Dimensionen in unsere Recherche und in die Auswertung einzubeziehen: Die Pädagoginnen und Pädagogen wurden einerseits nach den Erfahrungen und Arbeitsansätzen mit weiblichen und männlichen Jugendlichen gefragt; diese werden unter 4.1 wiedergeben und mit einer Zwischenbilanz abgeschlossen. Außerdem haben wir versucht, die geschlechtsspezifische Arbeitsweise und

die Rollen von Männern und Frauen im pädagogischen Team zu thematisieren (4.2), das Kapitel schließt mit einem zusammenfassenden Fazit (4.3).

4.1 Erfahrungen mit Mädchen- und Jungenarbeit

Der Eindruck, dass Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vor allem Jungenarbeit ist, wird auch durch die Schilderungen der Praktiker eindeutig bestärkt. In jedem von uns besuchten Projekt sind Jungen in der Überzahl, in einigen sind gar keine Mädchen vertreten. Dies wird allerdings im Einzelfall sehr unterschiedlich reflektiert und thematisiert, manchmal wurde erst durch Nachfragen deutlich, dass es sich bei den geschilderten Jugendlichen oder Teilnehmern um eine reine Jungengruppe handelte.

Nun ist dieses Phänomen in der Jugendarbeit nicht auf die Gruppe der rechtsgerichteten Jugendlichen begrenzt und sagt eher wenig darüber aus, wie es um die Zahl der rechtsorientierten Mädchen steht – da Mädchen insgesamt in bestimmten Angeboten der Jugendhilfe weniger repräsentiert sind, weniger häufig auffällig werden oder Hilfebedarf aufweisen. Die Tatsache, dass in den recherchierten Praxisprojekten manchmal nur sehr wenige oder auch gar keine Mädchen vorkommen, heißt daher nicht, dass es insgesamt nur sehr wenige Mädchen sind, die rechtsextrem auftreten; sie geraten aber in jedem Fall weniger in den Blick der Jugendhilfe. Hinzu kommt die Beobachtung, dass nur eine sehr kleine Zahl dieser Mädchen selber gewaltbereit und auch nach außen hin sichtbar rechtsextrem auftritt. Die Praxis zeigt aber, dass die Einstellungen von Mädchen und Jungen weniger stark differieren. Es ist wohl eher realistisch davon auszugehen, dass ein nicht unerheblicher Anteil von Mädchen fremdenfeindliche Einstellungen vertritt und sich auch selber zur rechten Jugendszene zählt, dass jedoch ihre Ausdrucksformen weniger auffällig sind – und sie auch von den Fachkräften der Jugendarbeit als weniger rechtsorientiert oder rechtsextrem wahrgenommen werden, weil sie unauffälliger bleiben.

Unter den befragten Projekten war keines, das die Frage der Geschlechtsspezifität bzw. ein geschlechtsbezogenes pädagogisches Konzept in den Mittelpunkt gestellt hat.² Dennoch wurde die Geschlechterproblematik in unterschiedlicher Weise thematisiert: Einige Pädagoginnen und Pädagogen haben geschildert, dass sie gern mehr geschlechtsspezifisch arbeiten würden, es ihnen dazu aber an praktikablen Konzepten, insbesondere bezüglich der Jungenarbeit, fehlen würde. Dagegen wäre Mädchenarbeit deshalb nicht von Nöten, weil so gut wie keine Mädchen im Projekt vertreten seien. In mehreren Fällen wurde darauf hingewiesen, dass es an einem geeigneten gemischtgeschlechtlichen Team oder überhaupt an einer zweiten Person fehlt, um adäquate Angebote für Jungen und Mädchen zu machen.

² Im Umfeld der Recherche sind wir auf einzelne Projekte gestoßen, die diesen Aspekt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gerückt haben, diese sind aber eher im präventiven Bereich angesiedelt und haben weniger Erfahrungen mit explizit rechtsorientierten Jugendlichen.

Erfahrungen mit intendiert geschlechtsspezifischen Angeboten liegen nach unserer Recherche tatsächlich eher im Bereich von Mädchenarbeit vor, in Bezug auf Jungen werden sie als notwendig, aber nicht realisiert beschrieben.

4.1.1 Rechtsextrem orientierte Mädchen und junge Frauen

Von Praktikerinnen und Praktikern werden sehr unterschiedliche Erfahrungen und Eindrücke mit Mädchen und jungen Frauen geschildert. Mehrheitlich entsprechen sie den gängigen Vorstellungen von den eher untergeordneten Mädchen in der rechten Jugendszene, manche berichten allerdings auch Gegenteiliges: Das typische Bild, dass Mädchen eher selten und dann häufig in erster Linie als 'Freundin' von rechtsextremen Jungen und jungen Männern in der Szene anzutreffen und gar nicht oder nicht eindeutig politisch positioniert sind, wird von vielen Projekten bestätigt. So erscheinen längst nicht alle Mädchen im Umfeld der rechtsextremen Jugendszene selber rechtsorientiert oder rechtsextrem, ihre Motive und Haltungen scheinen eher unpolitisch zu sein. Häufig werden sie in Cliques als sehr randständig und durch männliche Jugendliche unterdrückt erlebt. Es wurde auch immer wieder berichtet, dass Mädchen in der rechten Szene keinen guten Stand haben und deutlich unterrepräsentiert sind. Andererseits gibt es aber auch immer wieder Mädchen, die sich selber durch rechtsextreme und fremdenfeindliche Positionen hervortun, sehr vereinzelt auch in Verbindung mit eigener Gewaltbereitschaft. Einzelne Mädchen werden auch als unabhängig und einflussreich erlebt, so dass der Eindruck entsteht, dass es eine kleinere Zahl von Mädchen gibt, die durchaus selbstbewusst, mit extremen Meinungen auftreten und dies allein oder auch in einer Mädchenclique. Außerdem gibt es immer wieder einzelne Mädchen und junge Frauen, die sich auch in gemischten Cliques soziale Anerkennung verschaffen, eine wichtige Rolle einnehmen und sich durchsetzen können. Häufig wurde den Mädchen ein positiver, mäßigender Einfluss auf die männlichen Mitglieder direkt und damit auch indirekt auf die Einrichtung und das Projekt zugeschrieben. Mädchen sind demnach selber häufiger genervt von Alkoholexzessen und lauter Musik, öfter interessiert an pädagogischen Angeboten und damit auch eher Verbündete der Sozialarbeiter. Andererseits können sie aber auch männliche Jugendliche durch aufstachelnde Sprüche und rechtsextreme und fremdenfeindliche Äußerungen negativ beeinflussen. Insbesondere bei Paarbeziehungen schildern Praktiker jedoch häufiger den positiven Einfluss von Mädchen bzw. jungen Frauen (z.B. in Hinblick auf Alkohol und Sozialverhalten) auf die Jungen bis hin zu einem Ausstieg aus der rechten Jugendszene. Dies macht aber auch ein Problem deutlich: Mädchen stehen in Gefahr, kaum wahrgenommen zu werden, wenn sie sich als weniger rechtsextrem, schwierig und dafür sozial kompetenter als Jungen herausstellen – gleichzeitig mag darin auch die Gefahr liegen, rechtsextreme Meinungen der eher 'netteren' Mädchen zu übersehen, gerade wenn sie nicht als gewaltbereites Renee (Skinheadmädchen), sondern eher als moderne junge Frau oder selbstbewusstes Girlie auftreten.

In der Fachwelt ist es umstritten, ob der Anteil der Mädchen und jungen Frauen in der rechten Szene ansteigt, wie es einige Verfassungsschutzberichte nahe legen, die dies zumindest vermuten – von den Fachkräften der Jugend(sozial)arbeit wurde diese Tendenz

nicht beobachtet oder darüber berichtet. Gerade bei spezifischen Angeboten für rechtsextreme oder straffällige Jugendliche ist der Anteil der Mädchen weiterhin meistens sehr gering und wird mit maximal 10% angegeben. Das bedeutet, dass ein Großteil der Kurse und Trainings gegen Gewalt und Rechtsextremismus reine Jungenkurse sind. In der aufsuchenden und offenen Arbeit ist der Mädchen-Anteil in der Regel etwas höher, aber auch hier wird häufig im Endeffekt mit reinen Jungengruppen und Cliques gearbeitet. Ein gesteigerter Mädchenanteil ist im Laufe der letzten Jahre nur bei den Fußballfans von einigen Projekten aus der Fanarbeit wahrgenommen worden. Dabei handelt es sich allerdings keineswegs überwiegend um rechtsorientierte weibliche Fans – im Gegenteil kann dies eher ein Indiz dafür sein, dass sich an einigen Orten die Fankultur ‘zivilisiert’ und sich von der rechtsextremen Szene entfernt hat.

Viele der von uns besuchten Projekte arbeiten nicht ausschließlich mit rechtsorientierten Jugendlichen. Erfahrungen mit Mädchen aus anderen Jugendszenen, z.B. mit nicht rechten Mädchen liegen bei den Projekten allerdings kaum vor, denn diese sind kaum dort anzutreffen, wo überwiegend rechtsorientierte (männliche) Jugendliche auftauchen. Wenn aber szenübergreifende Angebote z.B. in Form eines Segeltörns, Seminars oder eines Hilfsprojektes entwickelt werden, sind die weiblichen Teilnehmerinnen und Engagierten in der Regel die linken und alternativen Mädchen, während die Teilnehmer aus der rechten Szene fast ausschließlich männlich sind. Die Zusammenarbeit mit diesen Mädchen und jungen Frauen wird vonseiten der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sehr positiv erlebt. Für die rechtsorientierten männlichen Jugendlichen scheint das Hauptinteresse bzw. die eigentliche Attraktivität an solchen gemischten, szenübergreifenden Aktivitäten zu sein, dass die Chance besteht, dort auf Mädchen zu treffen. Auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedauern, dass sie nicht mehr mit Mädchen arbeiten und zu tun haben. Gerade in den Projekten, in denen keine Frauen, sondern ausschließlich einzelne oder auch mehrere Männer als Pädagogen beschäftigt sind, sind in der Regel sehr wenige, häufig auch gar keine Mädchen vertreten, was von den Pädagogen dann damit erklärt wird, dass keine Frau als Ansprechpartnerin präsent sei. Dabei wird allerdings wenig darüber nachgedacht, ob es dafür auch noch andere Gründe geben könnte. So kann dies auch damit zusammenhängen, dass kaum Angebote gemacht werden die Mädchen interessieren oder dass die Mädchen nicht auf Dauer in einer kleinen Minderheit bleiben wollen und sich von den männlichen Jugendlichen genervt oder belästigt fühlen, auch wenn sie eigentlich Interesse an einem Angebot oder einer Gruppe haben.

Wenn Sozialarbeiterinnen oder Pädagoginnen in einem Projekt arbeiten, sind sie fast immer auch darum bemüht, die Mädchen besonders anzusprechen und eigene Angebote zu etablieren. Dies geschieht allerdings häufig weniger aus der Motivation, geschlechtsspezifisch arbeiten zu wollen als aus der Erfahrung heraus, dass sich anspruchsvollere Angebote in gemischten Gruppen bzw. auch mit den Jungen im Projektalltag kaum realisieren lassen. Zudem erweist es sich häufig als schwierig, einen engeren und verbindlicheren Kontakt zu den Mädchen aufzubauen, gerade auch in den Fällen, in denen sich Mädchen in sehr hierarchischen oder devianten Gruppenkonstellationen befinden und von den Jungen an den Rand gedrängt und missachtet werden. Hierzu ein kurzes Praxisbeispiel:

Im Rahmen der normalen Angebote für Cliques wurden Mädchen von dem Streetworkprojekt nicht erreicht. Obwohl sie zu einer rechten Clique gehörten, war Rechtsextremismus eigentlich nicht ihr Thema. In der Clique kamen sie zudem kaum zu Wort, das Geschlechterverhältnis wirkte festgefahren. Von den Projektmitarbeiterinnen wurde dann ein anderer Zugang gesucht und Mädchengruppen an Haupt- und Sonderschulen gegründet. Zu den Erfahrungen gehörte es, dass Mädchen an diesen Gruppen teilnahmen und dort auch lernten, selbstbewusster aufzutreten, allerdings ohne dass sie dies in ihrem sozialen Umfeld außerhalb der Gruppe durchhalten konnten. Eine Konsequenz daraus war, nun zu versuchen, Mädchen möglichst noch früher (zwischen 10 und 12 Jahren) zu erreichen, um einer Festschreibung der traditionellen Geschlechterrollen besser entgegenwirken zu können.

Eine kontinuierliche Mädchenarbeit z.B. in Form einer Mädchengruppe aufzubauen, gelingt den Projekten häufig nicht. Auch wenn die Mädchen anfangs Interesse zeigen, hält dieses meist nicht lange an. Etwas anderes ist es aber, wenn gezielt interessante Angebote für Mädchen gemacht werden, wie eine eigene Fahrt, ein Abendprogramm, ein Kreativ-Workshop. Einige Projekte hatten auch positive Erfahrungen mit Mädchenfußballmannschaften. In einem Projekt wurde versucht, eine Art Frauentreff/-frühstück für junge (rechte) Frauen und Mütter – eine Gruppe die sonst, obwohl vom Alter noch dazugehörig, kaum in den Blick der Jugendhilfe gerät – zu etablieren und gemeinsame Aktivitäten anzustoßen. Zumindest im Recherchezeitraum ist dies nicht gelungen; über die Wahrnehmung punktueller Hilfeleistung hinaus gab es wenig Interesse und es ließ sich keine Verbindlichkeit herstellen.

Angebote, die weniger kreativ-musisch oder kulturell orientiert sind, sondern eher politische und historische Bildung allein bzw. spezifisch für Mädchen bieten, haben wir nicht gefunden. Insgesamt wurde sehr wenig über direkte inhaltliche oder politische Auseinandersetzungen mit Mädchen berichtet, obwohl in einzelnen Schilderungen bestätigt wird, dass sich auch Mädchen mit stark fremdenfeindlichen und rassistischen Sprüchen und Verhaltensweisen hervortun. In einzelnen, wenigen Fällen haben Projekte auch Erfahrungen mit Mädchen-Cliques oder einzelnen Mädchen gemacht, die rechtsextrem und gewaltbereit sind. Wir haben im Rahmen unserer Recherche kein Projekt vorgefunden, das als Mädchenprojekt auch aktuell mit rechtsextremen Mädchen bzw. Mädchengruppen oder -cliques gearbeitet hat. Eine Mitarbeiterin hat geschildert, dass zu einer größeren Clique drei Mädchen gehören, die selber gewalttätig sind und andere Mädchen angegriffen und überfallen haben. In einem anderen Fall gab es den nicht gelungenen Versuch, eine Gruppe von Reenes in ein Angebot einzubinden, so hat ein Jugendhaus über einen kurzen Zeitraum mit einer gewaltbereiten Mädchenclique in einer Mädchengruppe gearbeitet, die sich aber dann wieder aufgelöst hat.

Eine mögliche Voraussetzung, um Mädchenarbeit längerfristig zu etablieren, besteht wohl darin zu akzeptieren, dass die Mädchen weiterhin häufig den Kontakt und die Anerkennung von Jungen/männlichen Jugendlichen suchen und Mädchenangebote eher punktuell Rückzugs- und Entspannungsräume sind. Dies ist zwar keine überraschende Einsicht und ganz ähnliche Erfahrungen gibt es auch mit anderen Jugendlichen, es bleibt aber schwierig – auch für die Pädagoginnen – damit umzugehen, gerade wenn deutlich

wird, dass diese jungen Frauen und Mädchen den Kontakt zu rechtsextremen und gewaltbereiten Männern und ihrer Szene weiterhin suchen, obwohl sie dort selbst in Gefahr stehen, Opfer von Gewalt und Erniedrigung zu werden. Vor allem weil ja ein wesentliches Motiv der Mädchenarbeit in dem Versuch liegt, deutlich zu machen, dass es für sie bessere Alternativen gibt und ihnen zu helfen, sich aus den männlich-dominierten Cliques herauszulösen.

4.1.2 Arbeit mit männlichen Jugendlichen

Dass insgesamt wesentlich mehr Erfahrungen mit Jungen vorliegen als mit Mädchen, ist im letzten Abschnitt bereits deutlich geworden. „Bei den Linken sind mehr Mädchen, Arbeit mit Rechten ist Jungenarbeit“ – solche oder ähnliche Aussagen sind häufig bestätigt worden: „Je auffälliger eine Clique, desto geringer der Mädchenanteil“. Wenn auch den meisten Praktikern klar ist, dass Jugendarbeit dann faktisch Jungenarbeit ist, gibt es doch große Unterschiede, inwieweit darunter auch bewusste Jungenarbeit gemeint ist oder diese als Chance begriffen wird.

Jungenarbeit ist für männliche Mitarbeiter durchaus ein Thema: Einige haben angesprochen, dass sie gern in dieser Richtung mehr machen würden, andere versuchen Angebote, z.B. parallel zu Mädchenangeboten, offensiver als Jungenangebot zu etablieren. Aktionen wie Nachtangeln oder auch sportliche Aktivitäten wie American Football richten sich häufig ausschließlich an Jungen, in einigen Fällen wird Jungenarbeit aber auch praktisch mit Fußballspielen gleichgesetzt und erschöpft sich darin. Dies wird unterschiedlich stark problematisiert. Einige Male ist der Wunsch oder Bedarf genannt worden, mehr reflektierte, geschlechtsbezogene Jungenarbeit zu entwickeln und das Fehlen passender Konzepte bedauert worden; praktische Ansätze gab es dann aber nur wenige. Hier ein Beispiel von einem Mitarbeiter, der versucht hat, im Rahmen eines Cliquentreffs eine Jungengruppe aufzubauen und zu begleiten:

Zu der Clique von jüngeren rechtsorientierten Skins gehören vier Mädchen und ca. zehn Jungen. Ein Mitarbeiter hat sich seit einiger Zeit mit neuen Konzepten der Jungenarbeit beschäftigt und bietet für einen Nachmittag in der Woche einen speziellen Jungennachmittag an, der von den Jungen auch regelmäßig wahrgenommen wird; eine parallele Mädchengruppe war zwar erwünscht, konnte aber nicht realisiert werden, weil keine Mitarbeiterin zur Verfügung stand. Ziel dieses Angebots war es, den Jungen Möglichkeiten zu eröffnen, ein besseres Selbstwert- und Körpergefühl zu entwickeln, insbesondere durch neue Erfahrungen und gemeinsame Abenteuer außerhalb der Einrichtung. Dem Pädagogen wurde schnell klar, dass er sich dabei wegen der etwachen Nähe zu Angeboten und Ritualen aus der rechten Szene etc. auf eine Gratwanderung begibt, für die er mehr Unterstützung, Begleitung und theoretische Fundierung brauchte. Im Kollegenteam wurde das Anliegen wenig unterstützt, sondern eher kritisch gesehen und die Gefahr größer eingeschätzt, letztlich diese Jugendlichen als rechtsorientierte Clique zu fördern. Durch den verstärkten Versuch des Kollegen, auch mehr persönliche Nähe zu den männlichen Jugendlichen herzustellen oder zuzu-

lassen, sahen die Mitarbeiter zudem die Gefahr, Grenzen aufzuweichen, die für die Arbeit mit rechten („keine persönlichen Kontakte“) unerlässlich seien. Als der Mitarbeiter in den Erziehungsurlaub ging, wurde das Angebot eingestellt.

In einem anderen Projekt haben die männlichen Mitarbeiter berichtet, dass die Anstöße zur Jungenarbeit von den Kolleginnen kamen, die ihrerseits mit einer Mädchenclique gearbeitet haben, was sicher kein ungewöhnlicher Anlass ist. Hieraus entstand dann ein mehr oder weniger offener Konflikt, denn es stellte sich heraus, dass den Frauen eben etwas anderes vorschwebte als Fußball und dass die Männer mit Jungenarbeit wenig anfangen konnten: Jungenarbeit gelte in den Augen der männlichen Jugendlichen als 'schwul' und könne schon von daher kaum Akzeptanz finden, war ihr Argument; ein dennoch gestarteter Versuch eines Männerabends endete dann tatsächlich im Chaos und mit Schlägereien. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Bedenken nicht nur von den Jugendlichen kamen, sondern auch die Pädagogen mit geschlechtsreflektierender Jugendarbeit wenig anfangen können. Halbherzige Angebote ohne den Anspruch, auch die eigene Rolle zu reflektieren, scheinen aber von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Letztlich besteht Jungenarbeit für die meisten Mitarbeiter darin, als (erwachsener) Mann eine tragfähige fachliche Beziehung zu den männlichen Jugendlichen aufzubauen, Hilfe anzubieten und ihnen als Ansprechpartner und auch als Vorbild zu dienen. Persönliche Gespräche scheinen dabei aber weniger eine Rolle zu spielen als gemeinsame Aktivitäten. Indirekt spielen bei der Arbeit mit männlichen Jugendlichen Beziehungen zu Mädchen und Frauen eine große Rolle: Praktiker berichten, dass trotz der oft herausgekehrten Männlichkeit und der Herabsetzung von Frauen sich viele männliche Jugendliche dennoch eine Beziehung zu einer Frau wünschen und sich auch stark verändern, wenn sie tatsächlich eine solche Beziehung aufnehmen. Das führt dazu, dass solche Beziehungen von Pädagoginnen und Pädagogen häufig durchaus gewünscht und nach Möglichkeit auch befördert werden. So wird auch bedauert, dass die Chancen einiger männlicher Jugendlicher bei Mädchen nicht gerade gut sind, so dass Möglichkeiten der Unterstützung bis hin zu Tanz- und Flirtkursen durchgeführt oder zumindest erwogen werden. Wenn dies auch nicht in jedem Fall mit einer Abkehr von fremdenfeindlichen oder autoritären Einstellungen verbunden ist, bedeutet die Aufnahme einer ernsthafteren Beziehung – vor allem die Gründung einer Familie – häufig doch den Rückzug aus der rechtsextremen Szene und die Aufnahme eines mehr oder weniger geregelten Lebens. Dieser Rückzug gestaltet sich vor allem dann als echte Abkehr, wenn die junge Frau selber keine rechtsextreme Orientierung vertritt. In einem Einzelinterview hat ein junger Mann dargelegt, dass die Motivation für den Ausstieg durch Erfahrungen wie Kurse und Einzelbetreuung durch einen engagierten Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe zwar gestiegen ist, dass das Durchhalten dieses Schrittes aber vor allem auf seine Freundin und jetzige Frau sowie den Wunsch, seine Arbeitsstelle zu behalten, zurückzuführen ist. In einzelnen Fällen entstehen auch über die Szene- und Cliqueschranken Freundschaften und Beziehungen zu Frauen aus der linken Szene und führen zu einem Einstellungswechsel.

Diese Ausrichtung kann aber einem positiven Verständnis von Jungenarbeit entgegenstehen: Um Mädchen wird häufig, gerade wenn es um zusätzliche Freizeit- oder Bildungsaktivitäten geht, geradezu geworben. Bei einem geplanten Gedenkstättenbesuch

mit den – ausschließlich männlichen – Teilnehmern eines Trainingskurses wurden z.B. Freundinnen und Schwestern als Teilnehmerinnen zugelassen. Die Überlegung des Teams war dabei pragmatisch von der Hoffnung geprägt, dass die ganze Atmosphäre besser wird, wenn auch Mädchen dabei sind. Dass dies nicht unproblematisch ist, liegt nahe: Die Mädchen und ihre Verortung in der rechten Szene waren kaum bekannt; die unterschiedlichen Interessen und Anliegen der jungen Frauen wurden wenig wahrgenommen, auch ist es nicht unwahrscheinlich, dass im Rahmen solcher Aktionen Mädchen verstärkt in rechte Zusammenhänge hereingeholt werden. Die veränderte Gruppendynamik und der mögliche Zwang, vor den Mädchen ‘cool’ zu bleiben, können zudem den inhaltlichen Anliegen verstärkt entgegenstehen – insgesamt wäre zu berücksichtigen, dass pädagogische Arbeit in gemischten Gruppen anders verläuft als in geschlechtshomogenen Gruppen.

4.1.3 Zwischenbilanz: Pädagogik mit männlichen und weiblichen Jugendlichen

Pädagogische Arbeit mit rechtsextremorientierten Jugendlichen bedeutet überwiegend, geschlechtsgemischte Arbeit mit männlichen und weiblichen Jugendlichen, auch wenn Mädchen in einer wesentlich kleineren Zahl vertreten sind.

Eigene Mädchenangebote können dabei den Mädchen Rückzugsräume bieten und ihnen mehr Selbstbewusstsein vermitteln. Mädchenarbeit kann somit ein wichtiger Zugang sein, um Mädchen in gemischten, rechtsorientierten und -extremen Cliques anzusprechen und ihnen Alternativen aufzuzeigen. Auch wenn zahlreiche Mädchenangebote existieren, gelingt es nicht immer, das Interesse der Mädchen zu wecken und verbindliche Beziehungen herzustellen. Versuche, sich auch politisch oder konfrontativ mit diesen Mädchen auseinander zu setzen, sind kaum zu finden. Inwieweit dies im Rahmen von geschlechtshomogenen Mädchenprojekten bzw. parteilicher Mädchenarbeit eher gelingen könnte, kann hier nicht beantwortet werden, weil wir kein solches Beispiel gefunden haben. In der Regel sind Mädchenangebote außerdem weniger sport-, körper- und erlebnisorientiert – mit Ausnahme der Fußballmannschaften der Fanprojekte. Einige Angebote wie soziale Trainingskurse etc. sind fast ausschließlich auf männliche Jugendliche/Täter ausgelegt, es scheint kaum adäquate Arbeitsansätze oder Zugänge zu Mädchen zu geben, die selber rechtsextrem und/oder gewaltbereit sind. Allerdings bleibt die rechtsextreme Szene und auch das Leben in gewaltorientierten Cliques für die Mehrzahl der Mädchen letztlich eher unattraktiv – daher liegt in der Zuwendung zu diesen Mädchen auch eine große Chance der Ablösung aus dieser Szene. Mädchen, die trotz massiver eigener Gewalterfahrung und Erniedrigung in solchen Zusammenhängen bleiben, überfordern allerdings ‘normale’ Jugendarbeit und bedürfen in der Regel spezialisierter bzw. therapeutischer Hilfe.

Ein Großteil der faktischen Jungenarbeit ist dagegen eher unfreiwillig auf Jungen begrenzt, aber auch wenn dies bewusst und offensiv als Jungenarbeit vertreten wird, sind es doch überwiegend traditionelle ‘Männer-Angebote’ wie Fußball oder Angeln, die damit verbunden sind. In einzelnen Fällen zeigt sich aber, dass es gelingen kann, diese Klischees zu durchbrechen: So ist es z.B. Pädagogen und Künstlern gelungen, Skins dazu zu bewegen, sich an einem Kunstprojekt zu beteiligen und anzufangen zu malen oder sich auf ein Theaterstück einzulassen. Insgesamt gab es wenig klare Vorstellungen, was Jungenarbeit

grundsätzlich und speziell bezogen auf diese Zielgruppe sein sollte und welche Ziele verfolgt werden können. Eher geht es den Pädagogen darum, dass sie sich als männliches Vorbild oder in einer gewissen Vaterersatzrolle sehen, da es diesen männlichen Jugendlichen überwiegend an gleichgeschlechtlichen Ansprechpartnern und positiven Vorbildern fehlt.

Wenn Projekte schwerpunktmäßig mit rechtsorientierten männlichen Jugendlichen konfrontiert sind gibt es häufig Bestrebungen, Kontakte zu Mädchen herzustellen. Daher ist zu beachten, dass es problematisch ist, wenn um Mädchen und junge Frauen geworben wird, weil dies in unterschiedlicher Weise die Arbeit erleichtert oder zu bereichern scheint, ohne dass klar wird, mit welcher Zielrichtung mit den Mädchen gearbeitet werden soll. Es besteht stattdessen das Risiko, einerseits eher außenstehende Mädchen erstmals oder verstärkt in die rechte Jugendszene zu integrieren, andererseits können Mädchen, die selber rechtsextreme Einstellungen vertreten, durchaus zur Verfestigung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Ideologien in einer Clique oder Gruppe beitragen.

Diesem Anspruch steht im Alltag allerdings außerdem entgegen, dass Mädchen in vielen Punkten als unproblematischer erlebt und als Bereicherung und Erleichterung für die pädagogische Arbeit gesehen werden. Darin kann die Gefahr liegen, dass Mädchen gegen ihr individuelles Wohl an ein Projekt gebunden werden.

Grundsätzlich ist der Wunsch, männliche und weibliche Jugendliche mit einem Projekt erreichen zu wollen, sicher nicht falsch. Er bedarf aber der Grundlage einer geschlechtersensiblen Jugendarbeit mit/in gemischten Angeboten, den wir in der Praxis nicht vorgefunden haben.

4.2 Männer und Frauen in der pädagogischen Arbeit

Die Einschätzung, dass Männer in der sozialen Arbeit eher selten sind, gilt für dieses Praxisfeld nicht generell. So waren in den Projekten und Teams, mit denen wir gesprochen haben, insgesamt deutlich mehr Männer als Frauen beschäftigt. Bei den Männern ist auch der 'Einzelkämpfer ohne Team' häufiger vertreten, aber wir haben ebenso vereinzelt Frauen getroffen, die allein gearbeitet haben. Insgesamt bedauerten aber alle diejenigen, die allein auf sich gestellt waren, das Fehlen eines Teams. Die existierenden Teams sind überwiegend gemischtgeschlechtlich zusammengesetzt. Es gibt aber auch positive Erfahrungen in reinen Männer- und Frauenteamen, z.B. in der Streetwork. In einem Beispiel war ein gemischtes Team bereits gescheitert, der männliche Kollege war nicht von den Jugendlichen akzeptiert worden. Danach haben zwei Pädagoginnen versucht, mit der rechtsextremen und gewaltbereiten Clique von neun männlichen und zwei weiblichen Jugendlichen zu arbeiten: Ihr Eindruck war, dass sie als Frauen davon profitierten, dass sie in den Augen der jungen Männer und Jungen nicht als Konkurrenz galten. Auch andere Frauen bestätigten, dass sie sich sicher – auch subjektiv sicherer als männliche Kollegen – vor körperlichen Angriffen und Anmache fühlten.

In einem Praxisprojekt schilderte eine Sozialpädagogin, wie es ihr gelang, einen engen

Kontakt zu einer gewaltbereiten, rechtsextreme Clique als Streetworkerin aufzubauen. Für sie haben die Tatsachen, dass sie zum einen eine Frau, zum anderen deutlich älter als die Jugendlichen war, ihre Arbeit wesentlich mitgeprägt und den Zugang erleichtert. Die Gefahr eigener Bedrohung oder von Übergriffen vonseiten der Jugendlichen erschien ihr wesentlich geringer als bei männlichen Kollegen. So wurde ihr von den Jugendlichen zugestanden, auch körperlich einzugreifen, wenn es zu Rangeleien unter den männlichen Jugendlichen kam oder Gewalt untereinander verhindert werden sollte. Als besonders schwierig erwiesen sich dagegen Reaktionen der Umwelt: Eine Sozialpädagogin mit bürgerlichem Hintergrund und eigener Familie, die – in aller Öffentlichkeit – mit gewaltbereiten Skins zu tun hat: Dies erweckt wohl (noch) mehr Unverständnis – zumindest im ländlichen und kleinstädtischen Raum – als bei männlichen Streetworkern. Ihr ist häufig mit massiver Kritik („Wie kann man nur ...“) begegnet worden.

In Projekten, in denen Männer und Frauen zusammenarbeiten, zeigte sich eine geschlechtsspezifische Aufteilung im Team, die als wenig überraschend anzusehen ist. Frauen arbeiten in der Regel mit männlichen und weiblichen Jugendlichen, Mädchenarbeit wird ausschließlich von Frauen angeboten und durchgeführt. Fast alle Mitarbeiterinnen haben versucht, eigene Angebote für Mädchen zu etablieren oder fühlen sich in besonderer Weise auch als deren Ansprechpartnerinnen. Dies gelingt nicht immer: Vereinzelt wurde berichtet, dass die Mädchen wenig Interesse an weiblichen Ansprechpersonen hätten. Vor allem wenn diese selber noch sehr jung sind, wurden sie eher als Konkurrenz wahrgenommen, so dass die Pädagoginnen nur schwer einen positiven Kontakt aufbauen konnten.

Die Männer arbeiten ganz eindeutig schwerpunktmäßig mit den männlichen Jugendlichen. Wenn auch Mädchen dabei sind, was – wie bereits erwähnt – häufig angestrebt wird, kommt es in der Regel nicht zu einem engeren Vertrauensverhältnis oder zumindest ist uns dies in keinem Fall berichtet worden. Eher finden sich die Männer damit ab bzw. es gilt als 'normal', dass man(n) mit Mädchen und jungen Frauen kaum arbeiten kann, wenn keine Frau im Team ist. Andererseits sind Frauen ganz selbstverständlich – teilweise auch die bevorzugten – Vertrauenspersonen für männliche Jugendliche. Das heißt zum einen, dass ein Mann im Team nicht unbedingt auch ein männlicher Ansprechpartner für Jungen sein muss. Für die Mädchen wiederum stehen männliche Ansprechpartner – abgesehen von ihren rechtsextrem orientierten Freunden – kaum zur Verfügung. Unklar bleibt letztlich häufig, worin männliche Mitarbeiter ihren pädagogischen Auftrag gegenüber rechtsorientierten Mädchen sehen oder auch sehen könnten.

Von den Pädagoginnen und Pädagogen haben wir übereinstimmende Einschätzungen zur Arbeit in gemischtgeschlechtlichen Teams und zu geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen geschildert bekommen. Die Tatsache, in einem gemischtgeschlechtlichen Team zu arbeiten, wurde grundsätzlich als sehr positiv eingeschätzt. Aus den Schilderungen geht hervor, dass damit oft auch eine Arbeitsteilung im Team verbunden ist, die aber nicht in allen Fällen gutgeheißen wurde. Frauen werden nicht nur von Mädchen, sondern häufig auch von Jungen eher als Ansprechpartnerinnen für persönliche Probleme und Fragen gesehen; und dies gilt sowohl für junge als auch für ältere Pädagoginnen. Frauen sind also häufig in besonderem Maße für Beziehungsarbeit zuständig. Einige Frauen haben sich durchaus unzufrieden darüber geäußert, dass männliche Kollegen ihnen allein das 'Persönliche' überlassen und so gerade nicht als männliche, gleichgeschlechtliche

Ansprechpartner für die Jugendlichen zur Verfügung stehen. In den pädagogischen Teams gibt es häufig eine geschlechtstypische Arbeitsaufteilung, die sich in der Regel auch teamintern fortsetzt. Und obwohl diese Aufteilung den meisten Teams bewusst ist und stellenweise auch offen – vor allem von den Mitarbeiterinnen – kritisiert wird, wird dies kaum reflektiert bzw. konfliktreich ausgetragen. So dominiert letztlich in vielen Teams doch eher die Haltung, im Grunde komme es doch auf das ‘Fachliche’ oder eben auch auf das ‘Menschliche’ an; das Geschlecht sei dagegen zweitrangig bzw. es wird nicht als integrativer Bestandteil von Fachlichkeit angesehen. Diese Haltung ist unter den Fachkräften in den neuen Bundesländern sicher verbreiteter, aber auch in den alten Bundesländern anzutreffen.

In einigen Teams ist es zwar Teil des beschriebenen pädagogischen Konzepts, bewusst gängige Rollenklischees zu verlassen, wie sie die Jugendlichen selber fast durchweg vertreten, und stattdessen positive Beispiele für den respektvollen, gleichberechtigten Umgang für Männer und Frauen zu geben. Dies scheint aber – zumindest was das Rollenverständnis angeht – kaum zu gelingen bzw. oft bleibt unklar, was damit eigentlich gemeint ist: Sollen bewusst traditionelle Klischees positiv besetzt oder sollen sie hinterfragt werden? So haben sich einige Teams explizit als Familienersatz eingeschätzt, die ähnliche Rollen wie Vater, Mutter und auch ältere Geschwister übernehmen.

Während einige Frauen für sich Ursachen von Respekt und Anerkennung tatsächlich in einer eher mütterlichen Rolle sahen und dies befürworteten, gibt es andererseits Pädagoginnen, die das für sich in keiner Weise so gesehen haben oder sehen wollen, es gelingt ihnen jedoch kaum, dieser Zuschreibung zu entgehen, zumal für Frauen damit auch eine untergeordnete Rolle im Team verbunden sein kann, auch wenn der Mann/die Männer formal gar keine Leitungsposition einnehmen. Auch unter männlichen Sozialarbeitern und Pädagogen gibt es verschiedene Rollenverständnisse: Neben der väterlichen Rolle überwog eher die des ‘kumpelhaften’ Ansprechpartners, wobei das Ausstrahlen von Autorität in jedem Fall als zentrale Voraussetzung für die Arbeit gesehen wird. Einige Männer sind körperlich stark präsent und entsprechen der Vorstellung von ‘harten Kerlen’, die sich allein schon durch ihr muskulöses Aussehen Respekt verschaffen. Männliche Mitarbeiter mit langen Haaren wiederum gelten bei den Jugendlichen automatisch erstmal als ‘links’. Während einige der weiblichen Kolleginnen rein optisch ein eher flippiges bis punktiges Outfit aufwiesen, traten bei den männlichen Sozialarbeitern einige eher martialisch auf.

Es lässt sich festhalten, dass es Männern und Frauen – je individuell und geschlechtsspezifisch unterschiedlich – gelingen kann, sich bei rechtsextremen Jugendlichen Respekt zu verschaffen und auch stabile fachliche Beziehungen zu ihnen aufzubauen und in engen Kontakt mit ihnen zu treten. Frauen haben allerdings in der Zusammenarbeit mit den männlichen Jugendlichen Schwierigkeiten und persönliche Grenzen genannt, die von Männern nicht oder weniger deutlich thematisiert wurden: Jungen und männliche Jugendliche, die sich untereinander und Mädchen gegenüber – in Ausnahmefällen auch gegenüber Pädagoginnen durch herabwürdigendes, sexistisches Verhalten hervortun, deren Sprache schwer zu ertragen ist oder deren Auftreten als abstoßend empfunden wird. Ein Spruch wie: „Lass das mal die Fotzen machen...“, wenn es um das gemeinsame Aufräumen im Projekt geht, mag für Männer und Frauen inakzeptabel sein, trifft Frauen aber wesentlich unmittelbarer und persönlicher, auch wenn es wie in diesem Fall zum direkten Verweis

des Jugendlichen führt. Schwerer zu ertragen ist es für die Frauen auch, zu sehen und zu erleben, wenn junge Frauen und Mädchen sich unhinterfragt unterordnen, sich von ihren 'Freunden' oder in Cliques tyrannisieren oder gar misshandeln lassen. Als ebenso schwer erträglich wird auch die Erfahrung geschildert, wenn junge Frauen in mehr oder weniger selbstzerstörerischer Form agieren, wenn sie gewaltsamen Sex dulden oder dies auch selbst provozieren. Auch persönliche Erfahrungen mit rechtsextremen und gewaltbereiten Mädchen und jungen Frauen, die selbst Gewalt anwenden, wurden uns nur aus weiblicher Sicht geschildert. Einige Mitarbeiterinnen haben dargelegt, dass die Anwendung von Gewalt bei Mädchen für sie selber befremdlicher und daher noch weniger nachvollziehbar und akzeptabel ist als bei Jungen – und in diesem Fall die Arbeit mit den Mädchen für sie schwerer ist als mit den männlichen Cliquesmitgliedern.

4.3 Fazit: Geschlechtsreflektierte Pädagoginnen und Pädagogen – geschlechtssensible Pädagogik?

Es gibt inzwischen zahlreiche Erfahrungen mit spezifischen, getrennten Angeboten für rechtsorientierte Mädchen und Jungen. Grundsätzliche Überlegungen, inwiefern es eigener Konzepte der Mädchenarbeit bedarf, inwieweit dies parteiliche Mädchenarbeit ist oder sein kann und wo mögliche Besonderheiten der Arbeit mit dieser Klientel liegen, gibt es kaum. Unklar ist häufig auch, welche Rolle männliche Mitarbeiter in der pädagogischen Arbeit gegenüber diesen Mädchen einnehmen sollen und können. Pädagoginnen sind zudem in der Praxis auch für die männlichen Jugendlichen zuständig und damit indirekt auch für Jungenarbeit, ohne dass dies reflektiert oder an ein Konzept geknüpft wird, denn für die Jungenarbeit wiederum sind eigentlich die Männer zuständig. Ebenso fehlt es an Vorstellungen, welche Art von Jungenarbeit gebraucht wird. Einige Pädagoginnen und Pädagogen bedauerten den Mangel an einer eher reflexiven Jungenarbeit, andere sahen darin etwas, dass für 'ihre' Jugendlichen – oder auch zu ihnen selbst – gar nicht passt. Insgesamt gibt es mehr Tendenzen zu einer eher traditionellen, geschlechtstypischen Aufteilung: Die Männer spielen Rugby, die Mädchen werden Cheerleader, die Mädchen reden und gehen zusammen einkaufen, die Jungen fahren Angeln. Eine Infragestellung herrschender Geschlechternormen und -grenzen ist damit nicht unbedingt zu erwarten, eher besteht die Gefahr, dass Klischees gestärkt werden.

Dass rechtsorientierte Jugendliche in der Regel strikte Rollennormen und hierarchische Strukturen favorisieren und vor allem die Jungen betont 'männlich' und teilweise brutal auftreten, ist Bestandteil ihrer Identität. Dementsprechend schwierig ist es, dieses Verhalten mit Angeboten ganz anderer Art in Frage stellen zu wollen bzw. Ansätze der Mädchen- und Jungenarbeit zu entwickeln und umzusetzen, die den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen, einen identitätsstärkenden Charakter haben und dennoch die gängigen Verhaltensmustern aufbrechen. Der jeweilige Anspruch einer geschlechtersensiblen Jugendarbeit muss in Bezug auf die Zielgruppe also besonders reflektiert werden.

Auch wenn immer wieder die praktischen Schwierigkeiten benannt wurden, geschlechtsspezifisch getrennte Angebote für einen längeren Zeitraum attraktiv zu gestalten, spielten explizit geschlechtssensible Ansätze in gemischten Gruppen in den Projekten praktisch keine Rolle. Solche Ansätze sind wenig bekannt bzw. werden kaum thematisiert. Geschlechtsbewusste Arbeit wird praktisch mit geschlechtsgetrennter Arbeit gleichgesetzt. Tatsächlich erscheint dieser Ansatz der geschlechtergemischten Arbeit unter den geschilderten Umständen und den Bedingungen der Zielgruppe als ein schwieriges Unterfangen, schließlich geht es um die Frage, inwieweit die Problematisierung des Rollenverständnisses und die Stärkung der Geschlechtsidentität bei männlichen und weiblichen Jugendlichen integraler Bestandteil der pädagogischen Angebote werden kann. Es stellt sich aber die Frage, ob er nicht dennoch und gerade deshalb weiterentwickelt werden muss. Aufgabe der weiteren Praxisforschung und Begleitung wäre es in diesem Zusammenhang, verstärkt Hinweise zu liefern, nicht nur inwieweit solche Prozesse im Rahmen pädagogischer Angebote gelingen können, sondern auch, inwiefern darin weitere Potenziale liegen, die rechtsextremen Orientierungen entgegenwirken können.

Eine weitere Voraussetzung ist die Bereitschaft und Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen bzw. der Teams, sich auch mit der eigenen Geschlechtsidentität auseinander zu setzen. Die Vorstellungen von männlichen und weiblichen Mitarbeitern, wofür Geschlechterreflexion gut sein soll und welche Konsequenzen diese haben sollte, sind mehr als vage. Trotz des aktuellen Gender(mainstream)-Diskurses wird die Notwendigkeit, die Kategorie Geschlecht auch in Bezug auf das Team und die eigene Fachlichkeit zu reflektieren, kaum gesehen. Außerdem fehlen Praktikerinnen und Praktikern noch bessere Begründungen, Unterstützung und praktikable Konzepte. Die grundsätzliche Notwendigkeit einer geschlechtsbezogenen Arbeit wird in der Praxis durchaus gesehen und die vorliegenden Beispiele zeigen, dass Versuche mit unterschiedlicher Reichweite und Erfolg unternommen werden, weil darin ein Potenzial zur qualitativen Steigerung der eigenen Arbeit gesehen wird.

5 Bildungsarbeit

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind seit Mitte der 1980er-Jahre verstärkt als Jugendgewalt und jugendkulturelle Phänomene wahrgenommen worden, denen in erster Linie mit den Möglichkeiten der Sozial- und Jugendarbeit begegnet werden sollte. Diese Sichtweise wurde aber, vor allem seit der Auseinandersetzung um das AgAG-Programm Mitte der 1990er-Jahre, auch immer wieder aus unterschiedlichen Perspektiven problematisiert. Eine zentrale Kritik an diesem Verständnis lautet zusammengefasst und zugespitzt, dass dies zu einer (sozial)pädagogisierten und entpolitisierten Herangehensweise beigetragen hätte, die den Schwerpunkt auf Beziehungsarbeit lege und weitere pädagogische Aktivitäten vernachlässigen würde. Damit hätte sich Jugendarbeit von der aufklärerischen Bildungsarbeit verabschiedet und rede einer klientenorientierten Beliebigkeit das Wort (Dudek 2002). Festzustellen ist in der aktuellen jugendpolitischen Diskussion inzwischen ein deutlich verstärktes Interesse an politischer Bildung. So hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2000 Aktionsprogramme ins Leben gerufen, die auf die Stärkung von Zivilgesellschaft und Gegenkulturen zielen, wesentlich erscheint hier die Förderung der politischen und interkulturellen Jugendbildung. Einigen Kritikern galt die außerschulische Bildung außerdem seit langem als eher elitäre Veranstaltungen für eine kleine Gruppe interessierter und engagierte Jugendlicher; mit den aktuellen Programmen soll es auch darum gehen, bildungsferne, benachteiligte wie auch rechtsorientierte Jugendliche besser zu erreichen.

Darüber hinaus bekam die Diskussion durch die PISA-Ergebnisse weiteren Auftrieb: nicht nur die schulische, auch die außerschulische Bildung erfährt verstärkte Aufmerksamkeit, zahlreiche aktuelle jugendpolitische Beiträge beschäftigen sich seitdem mit dem originären Bildungsauftrag der Jugendhilfe und der Jugendarbeit. Unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielen Bildungsarbeit auch mit benachteiligten und auffälligen Jugendlichen zu verwirklichen ist, ist dabei besonders in der Diskussion (Hafeneger 2001). Gleichzeitig wird vor einem verkürzten Begriff von Bildungsarbeit in der Wissensgesellschaft gewarnt, der diese darauf reduziert, Defizite der Schulen auszugleichen, die Jugendlichen für den Arbeitsmarkt fit zu machen oder sie auf die interkulturelle Anforderung der Globalisierung einzustimmen: Die Vertreterinnen und Vertreter der Bildungsarbeit betonen, dass auch weiterhin – und gerade jetzt – deutlich werden muss, dass außerschulische Bildung anders ist und bleibt als schulische Bildung, weil es auch weiterhin um eine ganzheitliche, identitätsstärkende Bildung gehen muss, die auf der jeweils eigenen Aneignung und der Auseinandersetzung der individuellen Jugendlichen beruht (vgl. u.a. Lindner 2002). Insgesamt führen diese Entwicklungen dazu, dass Bildungsarbeit auch mit rechtsgerichteten, männlichen Jugendlichen mehr ins Blickfeld geraten ist und in letzter Zeit dazu auch Materialien oder Anregungen für die Praxis neu erschienen sind (z.B. Scherr 2001).

Bildungsarbeit wird nach unseren Recherchen in der pädagogischen Praxis in unterschiedlichen Arbeitsformen und Aufgabenfeldern thematisiert: Sowohl als immanenter aber nicht immer expliziter Bestandteil von Jugend- und Sozialarbeit als auch in 'klassischer' Form von Maßnahmen und Angeboten, die von der Jugendarbeit und/oder Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit für diese Zielgruppe durchgeführt werden. Der konsta-

tierte Widerspruch zwischen Bildungsarbeit einerseits und Beziehungsarbeit/Sozialpädagogik andererseits bestätigt sich bei einem Blick in die pädagogische Praxis dabei nicht immer. In jedem Fall aber besteht unter Fachkräften Konsens darüber, dass Bildungsarbeit bei dieser Zielgruppe vor besonderen Herausforderungen steht, denn zum einen gilt diese Zielgruppe als schwer erreichbar und zum anderen geht es auch immer darum, mit Bildungsarbeit den rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegen zu wirken.

Realisiert wird dieser Anspruch von den Praxisprojekten der Jugendarbeit durchaus unterschiedlich. Aus unserer Sicht lassen sich grob zwei Ansätze unterscheiden: Zum einen gibt es den Versuch von Aufklärung und direkter Thematisierung von rechtsextremen Haltungen in der alltäglichen Jugendarbeit, zumeist verbunden mit einer permanenten Auseinandersetzungen im Rahmen der bestehenden Beziehung zu diesen Jugendlichen. Einzelne Träger der außerschulischen Jugendbildung versuchen außerdem, in diesem Sinne mit politischen Bildungsmaßnahmen rechtsorientierte Jugendliche direkt zu erreichen und 'aufklärerisch' zu wirken (5.1). Andere Projekte der Jugendarbeit setzen eher auf unterstützende Angebote zur allgemeinen Qualifikation und des sozialen (5.2) oder politischen Lernens (5.3), wobei sich diese Zugangswege in der Praxis auch ergänzen können. Beide Formen finden sich in der Jugendhilfe auch bei solchen Angeboten, die unter besonderen Bedingungen stattfinden, weil die Jugendlichen nicht freiwillig, sondern im Rahmen von richterlichen Auflagen oder einer Haftstrafe daran teilnehmen (5.4). Im fünften Abschnitt dieses Kapitels werden einige Erfahrungen aus der Gedenkstättenarbeit näher beleuchtet werden, die in Zusammenarbeit von Trägern der außerschulischen Jugendbildung und Projekten der Jugendarbeit – teilweise auch im Rahmen gerichtlicher Auflagen – durchgeführt wurden (5.5). Das Kapitel endet mit einer abschließenden Einschätzung (5.6).

5.1 Aufklärung, Thematisierung und Bearbeitung von Rechtsextremismus

In der pädagogischen Praxis gibt es durchaus unterschiedliche Einschätzungen, inwieweit es sinnvoll ist oder gelingen kann, rechtsextreme Einstellungen im Rahmen von Bildungs- und Jugendarbeit direkt anzusprechen, zu diskutieren und zu bearbeiten. Wenn es auch Konsens unter Praktikerinnen und Praktikern ist, dass rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen grundsätzlich nicht hingenommen werden sollen, so differieren die daraus abgeleiteten Strategien. Konfrontation und Auseinandersetzung werden von einigen Fachkräften bewusst gesucht. Sie unterstreichen die Bedeutung einer politischen Bildung, die über die rechtsextreme Ideologie und ihre historische Wurzeln aufklärt und sie ad absurdum führt. Andere meinen, wichtiger als überzeugende Rhetorik und Fakten sei es, authentisch eine andere Meinung zu vertreten, als erwachsener Ansprechpartner zu Verfügung zu stehen oder konkrete Hilfe zu leisten. In jedem Fall hängt dies damit zusammen, dass diese Fachkräfte ihre Arbeit auch politisch verstehen; ein solches Verständnis, das einen eigenen (politischen) Standpunkt und auch eine politische Zielrichtung beinhaltet, ist in der Jugend- und Sozialarbeit nicht selbstverständlich und wird nicht von allen Projekten

vertreten. So wird auch der politischen Bildung³ insgesamt unter den Praktikerinnen und Praktikern der Jugendarbeit sehr unterschiedliches Gewicht beigemessen, ebenso uneinheitlich ist ihre praktische Relevanz in den einzelnen Projekten und in den unterschiedlichen Bereichen der Jugendhilfe.

Etwas anders stellt sich die Situation für Projekte dar, die sich selber als Bildungsträger verstehen und vor allem dem Bereich der außerschulischen Jugendbildung zugehören: Zwar wird die große Relevanz der politischen Bildung betont, dafür wird aber häufig angezweifelt, ob sie eine geeignete Form der Auseinandersetzung für rechtsextrem orientierte Jugendliche darstellt. Dabei wird auch darauf verwiesen, dass politische Bildung von ihrem gesamten Herangehen nicht geeignet sei, etwas Spezifisches zu bekämpfen oder zu verhindern, sondern allgemein Menschen fördern und Sachverhalte klären soll. Es besteht unter den Praktikerinnen und Praktikern der Bildungs- und auch der Jugendarbeit aber immerhin große Übereinstimmung darin, dass Bildungsarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen besonderen Bedingungen unterliegt. Die Zusammenarbeit mit manifesten Rechtsextremen oder straffälligen Jugendlichen wird dabei von der Bildungsarbeit in der Regel als nicht möglich oder wünschenswert eingestuft, auch wenn dabei berücksichtigt wird, dass die Übergänge zwischen 'normalen' und 'extremen' Jugendlichen in der Praxis durchaus fließend sind. Extreme, straffällige oder gewalttätige Jugendliche, die häufig große Lernschwierigkeiten haben, sind also selten Zielgruppen der außerschulischen Bildung, sind aber in Einzelfällen dort anzutreffen.

Über freie Ausschreibungen von Verbänden oder Bildungsstätten sind auch weniger manifest rechtsorientierte Jugendlichen kaum zu erreichen. Träger der Bildungsarbeit treffen vor allem dann auf diese Jugendlichen, wenn sie Angebote mit Schul- und Berufsschulklassen realisieren oder mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zusammenarbeiten; wobei solche Kooperationen mit Projekten der Jugend(sozial)arbeit bislang eher selten sind. Nur in einzelnen Fällen haben z.B. Praxisprojekte berichtet, dass mit einer Bildungsstätte, einem Verband oder auch einer Landeszentrale für politische Bildung gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt wurden oder engere Beziehungen bestünden.

Es gehört zumindest in den neuen Ländern mehr oder weniger zum Alltag der außerschulischen Bildungsarbeit, dass unter den Teilnehmenden, die sich häufig aus Schulklassen zusammensetzen, zu einem erheblichen Teil rechtsorientierte Jugendliche vertreten sind. Inzwischen sind einige Konzepte von Trägern der Bildungsarbeit entstanden, die versuchen auch Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bei Schülern und Auszubildenden bewusst aufzugreifen, was im Schul- bzw. Berufschulalltag oft nicht gelingt oder nicht gewollt ist. Ein besonderer Schritt ist z.B., dass über einen längeren

³ Wenn Bildungsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen immer auch eine politische Komponente hat, weil sie zu mehr Demokratie- und Empathiefähigkeit beitragen soll, sprechen wir von politischer Bildung im engeren Sinne, d.h. hiermit sind Bildungsangebote gemeint, die sich entweder mit politischen Sachverhalten, Einstellungen und Fragestellungen beschäftigen oder von ihrer Form her politische Erfahrungen wie Partizipation, Aushandeln von Kompromissen, Austragen von Konflikten etc. konkret ermöglichen.

Zeitraum mit einer Gruppe von Jugendlichen mehrere Seminare im Modulsystem durchgeführt werden und deren individuelle Entwicklung und Interessenlage auch in betreuten Kleingruppen und Einzelinterviews nachgespürt und festgehalten wird. Seminare oder Veranstaltungen direkt zu dem Thema „Rechtsextremismus“ anzubieten, hat sich allerdings nach Einschätzung von Bildungsreferentinnen und -referenten eher weniger bewährt. Zum einen empfiehlt es sich, wie bei anderen Problemkomplexen auch, nicht das ‘Gegen’ in den Vordergrund zu stellen, sondern zu versuchen beim Positiven anzusetzen und Werte wie Demokratie oder Toleranz, die vermittelt werden sollen, thematisch und methodisch in den Mittelpunkt zu stellen. Außerdem wird so nicht von vornherein den ‘Rechten’ in der Gruppe ein besonderes Forum geboten. Ansonsten zeigen die Erfahrungen, dass sich bei der Bildungsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen im Prinzip – neben den besonderen Herausforderungen – ähnliche Probleme und Fragen stellen wie bei allen anderen Teilnehmern: Auch hier gilt das Überwältigungsverbot, stattdessen muss das Interesse der Teilnehmenden gewonnen werden; dies gelingt jedoch nicht mit moralisierenden Belehrungen oder Verboten – Angebote müssen an den Erfahrungen und Fähigkeiten der Jugendlichen anknüpfen, sollen neue Einsichten und Erfahrungen ermöglichen und zur Stärkung von Identität und sozialer Kompetenz beitragen. Es bestand in den vorliegenden, wenigen Beispielen durchaus der Eindruck, dass dies auch bei rechtsorientierten Jugendlichen gelingen kann.

Der größere Anteil der Bildungsarbeit und der konkreten Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendliche geschieht also – wenn überhaupt – in sozialpädagogisch orientierten Projekten der Jugendarbeit. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Praxisprojekte auch dargestellt hat, dass sie politische Diskussionen und die Thematisierung von Rechtsextremismus und seinen Ideologien bewusst vermeiden, weil sie solche Auseinandersetzungen als unfruchtbar erlebt haben, nur auf aufgesetzte Ideologiefragmente stoßen oder insgesamt die politischen Inhalte als vorgeschoben empfinden. Einige Praktikerinnen und Praktiker beschränken sich daher auf Bildungsangebote und Aktivitäten, wie sie im Kapitel 5.2 beschrieben werden und die eher allgemeinen Unterstützungs- und Hilfscharakter haben. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprachen auch an, dass sie solchen politischen Gesprächen und Themen bewusst ausweichen, weil sie diese persönlich als verunsichernd erleben. Manchmal fehlen ihnen auch einfach die Worte. Einige fühlen sich politisch nicht bewandert und schlagfertig genug, um sich auf solche Auseinandersetzungen einzulassen, oder es entsteht der Eindruck, dass die Vorstellungen der Jugendlichen so absurd sind, dass es besser scheint, gar nicht darauf einzugehen. Manche interpretieren auch die vorgetragenen Äußerungen eher als Männlichkeitsrituale und das Interesse an körperlichen Auseinandersetzungen bzw. Gewalt scheint so sehr im Vordergrund zu stehen, dass sich politische und thematische Anknüpfungspunkte nur schwer finden lassen. Wenig Bedeutung wird der politischen Auseinandersetzung und Bildung in der Arbeit häufig auch mit gemäßigten („normalen“) rechtsorientierten Jugendlichen beigemessen, da diese in der Regel eher wenig politisch interessiert oder informiert sind und kaum Interesse an politischer Bildung zeigen.

Demgegenüber wird die Thematisierung rechtsextremer Einstellungen und ihrer Hintergründe aus Sicht anderer Praktikerinnen und Praktiker eine bedeutende Rolle zuerkannt. Diese passiert z.B. in der direkten politischen Auseinandersetzung mit den rechtso-

rientierten Jugendlichen, die im pädagogischen Alltag stattfindet und als implizite politische Bildungsarbeit im Rahmen von Jugendarbeit bezeichnet werden soll. In den geschilderten Praxissituationen geht es dabei fast ausschließlich um Auseinandersetzungen mit männlichen Jugendlichen. Dazu kommen explizite Bildungsveranstaltungen, die im Rahmen von Jugendarbeit auch vorkommen, die aber eher eine Ausnahme im Projektalltag darstellen. Externe Referenten oder die Teilnahme an politischen Bildungsangeboten ergänzen also nur mehr das bestehende Angebot von Zeit zu Zeit, können aber eine wichtige Funktion haben, weil in solchen Veranstaltungen der Gruppendynamik und dem sozialen Lernen eine besondere Bedeutung zukommt.

Diese Praktikerinnen und Praktiker schreiben der politischen Bildung – insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, aber auch bezüglich der Vermittlung demokratischer Werte – im Rahmen ihrer Arbeit eine gewichtige Rolle zu. Sie sehen die rechtsextremen Einstellungen als Facette der Identität der Jugendlichen, mit der sie sich pädagogisch auseinander setzen wollen. Weil sich diese Jugendlichen politisch definieren, ist es in ihren Augen leichter, Anknüpfungspunkte zu finden, um sie für Themen wie Arbeitslosigkeit, Migration und/oder Geschichte zu interessieren. Gesucht wird auch häufig die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik und Materialien, über die die Jugendlichen verfügen. Es wird außerdem immer wieder mit Filmen oder Videos gearbeitet. Dabei geht es z.B. darum, Spielfilme, die die Jugendlichen vorschlagen oder favorisieren durchzuarbeiten⁴ oder Dokumentarfilme einzusetzen; inzwischen existieren einige geeignete Filmdokumentationen, die sich z.B. mit dem Leben von Skins und der rechtsextremen Szene auseinander setzen. Da viele der Jugendlichen sich außerdem nicht sehr gut ausdrücken können, gibt es auch gute Erfahrungen mit kreativen Methoden und dem Erstellen von Collagen, Videos oder Wandzeitungen. Dazu bedarf es aber besonderer Rahmenbedingungen oder Veranstaltungen mit kleineren Gruppen, die außerhalb des normalen Alltags – also nicht im Jugendclub oder in den Projekträumen – stattfinden. Nicht immer gelingt es, solche Veranstaltungen durchzuführen. Die Pädagoginnen und Pädagogen führen das gerade bei den extrem rechtsorientierten Jugendlichen darauf zurück, dass der Gruppendruck für diese Jugendlichen groß ist bzw. einzelne auch direkt abgehalten werden sich zu beteiligen. Gerade wenn es sich um größere Aktivitäten handelt, z.B. bei einer Berlinfahrt mit Besuch des Bundestages, gelingt es nicht, die besonders problematischen Jugendlichen tatsächlich zur Teilnahme zu bewegen. Jugendliche berichten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch davon, dass sie in ihrem rechtsextremen Umfeld bewusst nicht darüber reden, wenn sie an solchen Bildungsveranstaltungen mit politischem Inhalt teilnehmen.

Besondere Methoden oder gar Konzepte liegen dieser impliziten Bildungsarbeit nicht zugrunde, einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen von politischer Bildung, für andere ist es eher Bestandteil ihrer normalen 'Beziehungsarbeit'. In den Interviews wurde

⁴ Hierbei muss allerdings von den Fachkräften reflektiert werden, dass Spielfilme häufig den rechten Jugendlichen die Identifizierung mit der Täter-Rolle ermöglichen (z.B. Erfahrungen mit Spielbergs „Schindlers Liste“) und gerade deshalb von den Jugendlichen gewünscht werden.

deutlich, dass es in Hinblick auf die Form der politischen Auseinandersetzungen in der Praxis innerhalb von grundsätzlich ähnlichen Ansätzen und Arbeitsformen ganz unterschiedliche Strategien gibt, die wohl mehr in der Persönlichkeit der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als in unterschiedlichen Konzepten begründet sind: Einige betonen, dass sie bewusst und auch gern und offensiv die Auseinandersetzung suchen und diese als besondere pädagogische Chance und Herausforderung sehen; andere führen diese Auseinandersetzung eher, weil sie sie für politisch oder pädagogisch geboten halten, auch wenn es ihnen eher schwerfällt und in jedem Fall zusätzlicher inhaltlicher und methodischer Vorbereitungen bedarf. Grundsätzlich übereinstimmend wird aber von allen Fachkräften die Überzeugung vertreten, dass es darauf ankomme, die eigenen Grenzen und Meinungen deutlich zu machen und dies möglichst authentisch und dadurch glaubwürdig zu vertreten. Negative Erfahrungen liegen allerdings vor, wenn versucht wird, mit moralischen Appellen, bloßen Verboten oder Bekenntnissen aufzutreten, während interessiertes Nachfragen Jugendliche häufig überrascht und auch verunsichert. Es ist aber auch nicht jede Situation geeignet, um auf provozierende Bemerkungen oder Meinungen ernsthaft zu reagieren. Ignorieren, lachen oder zurückpöbeln sind erprobte Übergangslösungen bis sich wiederum eine Situation ergibt, die eine ernsthaftere Diskussion zulässt und die angesprochenen Fragen gemeinsam zum verabredeten Thema gemacht werden können. Die Pädagoginnen und Pädagogen haben sich häufig zwar solides Wissen über zentrale Themen wie Rudolf Hess, rechtsextreme Symbole und Organisationen erworben; aber für eine intensivere Auseinandersetzung bedarf es einer inhaltlichen und methodischen Vorbereitung, zumal mitunter Jugendliche darunter sind, die bereits Schulungen hinter sich haben oder sich über das Internet mit neuesten rechtsextremen Theorien und Strategien vertraut machen. Auch wenn es in der Gruppe oder Clique häufig Wortführer gibt, die unbelehrbar wirken, werden solche Gespräche und thematischen Beschäftigungen als sinnvoll eingeschätzt, weil es unter den Jugendlichen fast immer unentschiedene oder Mitläufer gibt, die sich neu orientieren können. Als Gesprächsmethode in offenen Diskussionen, aber auch in Gruppensituationen setzen einige – in den Praxisbeispielen vor allem männliche Pädagogen – bewusst auf Konfrontation, paradoxe Interventionen und Provokation, eine Ausbildungen oder Fortbildung – z.B. in Mediation, Konfliktmanagement oder als Trainer – haben die Mitarbeiter in der Regel nicht bzw. nur dann, wenn sie vorwiegend im Bereich der Antigewalt- und Aggressivitätstrainings arbeiten. Es wird von den Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen in diesem Zusammenhang allerdings auch auf die eigenen Grenzen verwiesen, Bildungsarbeit mit diesen schwierigen Zielgruppen zu leisten, und deutlich gemacht, dass man sich hier nicht immer unterstützt, kompetent und methodisch gerüstet fühlt. In der konkreten Auseinandersetzung gibt es immer wieder Situationen, die verunsichernd wirken, weil es an einer erkennbaren Strategie und Methode oder auch einfach an geeigneten Rahmenbedingungen fehlt.

5.2 Soziale Bildung in Projekten der Jugendarbeit

Eine ganze Anzahl von Fachkräften schilderten, dass sie die Chance der Bekämpfung des Rechtsextremismus eher in der allgemeinen Bildung und Förderung der Jugendlichen sehen. In allen von uns untersuchten Projekten der offenen oder aufsuchenden Jugendarbeit gehört Bildungsarbeit insofern zum Alltag als mit unterschiedlichen Angeboten und Methoden versucht wird, soziales, kulturelles und politisches Lernen zu fördern. Die Praktikerinnen und Praktiker, die wir sprachen, hatten alle den Anspruch, die Jugendlichen, mit denen sie zu tun haben, auch zu 'bilden' oder zu 'verändern', wobei es sich dabei um längere Prozesse und nicht um einmalige Angebote oder um plötzliche 'Überwältigungsversuche' handeln sollte. Dies reicht von der Vermittlung sehr basaler Qualifikationen wie Konzentrations- und Kommunikationsfähigkeit, um das eigene Leben besser zu meistern, über den Versuch, Gruppenarbeit zu realisieren bis hin zu expliziten Bildungsseminaren. Da gerade in den Projekten in den neuen Ländern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer wieder darauf verweisen, dass sie die rechtsorientierten Jugendlichen als ängstlich, erfahrungsarm und verunsichert erleben, kommen dabei Angeboten, die versuchen, Kompetenz, Selbständigkeit und Selbstbewusstsein zu erhöhen, große Bedeutung zu. Die Unterschiede zwischen eher erlebnispädagogischem und projektorientiertem Lernen in Gruppen und 'klassischer' Bildungsarbeit sind dabei fließend. In der Regel handelt es sich eher um niedrigschwellige Angebote wie einen gemeinsamen Kino- oder Theaterbesuch, gemeinsamer Sport, einen Ausflug in einen anderen Stadtteil oder einen thematischen Abend. Als besonders lohnend und positiv ist es von einigen Projekten beschrieben worden, wenn es gelingt, einzelne Experten und Fachleute wie Künstler oder Handwerker für ein Bildungsangebot oder eine Aktion zu gewinnen.

Uneinheitlich ist die Einschätzung zur Bedeutung, die solchen Angeboten im Einzelfall zukommt. Während sie in einigen Fällen eher dazu dienen, Kontakte zu Jugendlichen aufzubauen und tragfähige Beziehungen zu ihnen herzustellen, wird andernorts eher die Möglichkeit, durch gruppenorientierte Angebote, die über reine Freizeitaktivitäten hinausgehen, gezielt persönliche und soziale Kompetenzen zu fördern und neue Erfahrungen zu vermitteln, betont. Immer wieder sind die Pädagoginnen und Pädagogen aber auch mit Jugendlichen konfrontiert, die deutlich machen, dass sie keinerlei Interesse an inhaltlichen Veranstaltungen haben und dass sie sich schon gar nicht in langfristigen Projekten und Gruppen, z.B. zur Erstellung eines eigenen Mädchenkalenders oder zur Planung einer gemeinsamen Fahrt, engagieren wollen. Diese Probleme werden allerdings weniger als spezielle Problematik in der Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen, denn als generelle Hilflosigkeit, Jugendliche zu motivieren und längerfristig zu interessieren, beschrieben.

Als besondere Problematik wurden Alkoholkonsum und Konzentrationsprobleme gesehen, teilweise ist die Beeinträchtigung der Jugendlichen so massiv, dass die pädagogische Arbeit sehr eingeschränkt verläuft. Trotzdem gelingt es den Fachkräften vereinzelt Projekte, z.B. die Realisierung eines eigenen Videofilms, umzusetzen. Dies bedeutet allerdings, dass zur Fertigstellung eines kurzen Films ein sehr langer Zeitraum eingeplant werden muss. Wenn solche Projekte dann unter widrigen Umständen überhaupt abgeschlossen oder realisiert werden können, steht dies – und weniger die Qualität des Produktes – als positive

Erfahrung und Erfolgserlebnis im Vordergrund.

In der aufsuchenden Arbeit mit rechtsextremen, teilweise gewaltbereiten Cliques gab es auch vereinzelt die Erfahrung oder Befürchtung, dass sich stärkende und unterstützende Angebote für Cliques wie gemeinsame Aktivitäten und Bildungsangebote eher kontraproduktiv auswirken können, weil diese Gruppen dadurch unnötig gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund bieten die Fachkräfte inzwischen ausschließlich Unterstützung, Vermittlung und Beratung für einzelne Jugendliche an. Häufig gelingt es auch praktisch nicht, mit einer größeren Gruppe zu arbeiten. Ein Teil der Angebote wird daher ausschließlich für Mädchen realisiert, allerdings nicht, weil es sich um geschlechtssensible Angebote handelt, sondern weil sich inhaltliches Arbeiten in gemischten oder Jungengruppen als sehr schwierig oder gar nicht realisierbar erwiesen hat.

Häufig werden solche Angebote und Projekte von den Praktikerinnen und Praktikern gar nicht als 'Bildungsveranstaltung' verstanden und durchgeführt, wenn man als Maßstab hierfür eine Zielsetzung, eine reflektierte Methodenwahl und eine Auswertung voraussetzt. Es wurde dann auch direkt angesprochen, dass man sich in diesem Bereich mehr Kompetenz und Know-how wünschen würde. Besonders die eher unspektakulären Angebote wie regelmäßige Abende oder programmatische Gruppentreffen, die mehr Verbindlichkeit oder Eigeninitiative von den Jugendlichen erfordern, scheitern häufig nach kurzer Zeit oder verschieben ihren inhaltlichen Fokus, so dass es dann doch eher 'auf Fußballspielen' hinausläuft.

Bei einem Teil der sozialpädagogischen Projekte gibt es auch Erfahrungen mit selbstorganisierten Workshops, Wochenenden, Reisen und vereinzelt mit eigenen Bildungsurlaubsangeboten. Die Teilnehmenden setzen sich fast ausschließlich aus den Jugendlichen zusammen, die zu den regelmäßigen Besuchern der Einrichtungen bzw. zum festen Klientel der Sozialpädagogen gehören. Teilweise kommen außerdem externe Referenten, engagierte Ehrenamtliche oder auch andere Träger als Kooperationspartner hinzu. Die Vorbereitung solcher Veranstaltungen scheitert häufig bereits im Vorfeld, weil sich zu wenig (freiwillige) Teilnehmer finden. Gerade bei rechtsorientierten Jugendlichen kommt es vor, dass sich Jugendliche dem Eindruck der Pädagogen nach kaum trauen, sich auf eine Fahrt einzulassen, auch wenn sie nur in ein Tagungshaus im gleichen Bundesland führt. Oder diejenigen, die sich gemeldet haben, springen im letzten Moment wieder ab oder kommen einfach nicht. Wenn es dennoch gelingt, eine Teilnehmergruppe zusammenzustellen, erweist es sich als schwierig, einen passenden Ort, einen Zeltplatz oder eine Tagungsstätte zu finden, wo es möglich ist, auch mit mehr oder weniger offensichtlich rechtsextrem orientierten Jugendlichen hinzufahren. Oft ist es nicht unwahrscheinlich, dass Probleme in disziplinarischen Fragen auftreten, manchmal dominieren oder gefährden diese die gesamte Veranstaltung. Einige Projekte haben daraus die Konsequenz gezogen, solche Fahrten nicht mehr durchzuführen oder nur mit wenigen, ausgewählten Jugendlichen zu fahren und einen hohen Betreuungsschlüssel sicherzustellen.

Andererseits wird in den Schilderungen der pädagogischen Fachkräfte immer wieder deutlich, dass eine gelungene Bildungsveranstaltung an einem anderen Ort oder auch eine gemeinsame Freizeit von den Pädagogen als sehr bereichernd für die Arbeit wahrgenommen und beschrieben wird, gerade weil das soziale Lernen in der Gruppe in der Regel trotz thematischer oder kreativer Angebote im Vordergrund steht. Auch wenn über eine längere

Phase mit einer Clique oder Gruppe gearbeitet wurde, sind solche gemeinsamen Aktivitäten in der Regel Höhe- und Kristallisationspunkte für die Arbeit mit der Gruppe. Insbesondere die Erfahrung bei weiteren Fahrten selber Fremder zu sein, anderen Jugendlichen und Jugendkulturen zu begegnen, wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als wesentliche Erfahrung für die Jugendlichen beschrieben – die allerdings nicht automatisch oder in jedem Fall auch mit veränderten Einstellungen und Bewusstsein einhergeht.

5.3 Politisches Lernen und Partizipation in der Jugendarbeit

Erfahrungen mit konkreten politischen Lern- und Beteiligungsprozessen, das Austragen von Konflikten, die Übernahme von Ämtern, Engagement in der Kommune, Interessenvertretung oder Selbstverwaltung durch die Jugendlichen sind weitere zentrale Bestandteile von Jugendarbeit, die sich als praktische politische Bildung und als Beitrag zur Demokratieförderung versteht. Nach unserem Eindruck spielen solche Prozesse in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen aber nur eine sehr geringe Rolle. Einige Projekte nehmen zwar für sich in Anspruch, die gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation von Jugendlichen zu fördern, praktische Umsetzungen dazu finden sich aber nur selten. Nur einzelne der besuchten Projekte versuchen auch die rechtsorientierten Jugendlichen in kommunalpolitische oder karitative Aktivitäten einzubinden. Ansonsten beschränkten sich die Beteiligungsprozesse auf Aufgaben innerhalb der Einrichtung und auch dort geschah dies nur in geringem Umfang. Beteiligung bezieht sich zumeist auf praktische Aktivitäten wie die Mitarbeit bei Renovierungstätigkeiten; die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse oder Strukturen bleibt die Ausnahme. In manchen Projekten werden Regeln und Verhaltensweisen gemeinsam ausgehandelt, in anderen Fällen aber auch vorgegeben. Praktische Versuche, mehr auf die Eigeninitiative der Jugendlichen zu setzen, sind – wie oben beschrieben – in der Vergangenheit oft gescheitert. Insgesamt gibt es wenig verfügbare Kenntnisse oder Strategien in den Projekten, wie Beteiligung und praktizierte Demokratie in den Einrichtungen und auch unter den Jugendlichen und in der Gruppe gefördert werden können.

In der pädagogischen Arbeit mit Fußballfans gelingt es ansatzweise, rechtsorientierte Jugendliche in die Organisation von Spielen, Turnieren und weiteren Aktivitäten verantwortlich einzubeziehen. So werden auch Modelle ausprobiert, indem ältere Verantwortung für jüngere Fans übernehmen und eine selbstregulative Fankultur entsteht. In der Mehrzahl der anderen Projekte werden Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment als Ziele angeführt, aktive Partizipation spielt aber eine eher geringe Rolle. Nach Einschätzung von Praktikerinnen und Praktikern haben sich auch Versuche der Selbstverwaltung von rechtsorientierten Jugendlichen, wie sie häufig mit kleineren Jugendräumen oder Jugendclubs im ländlichen Raum praktiziert wurden und werden und teilweise auch in größeren Städten ausprobiert wurden, nicht bewährt. Die Gefahr, dass so ein Treffpunkt der rechtsextremen Szene entsteht und deren Hegemoniebestreben damit unterstützt wird, ist groß. Auch ist

uns kein Beispiel bekannt geworden, das Anhaltspunkte geben könnte, wie sich die Erfahrungen der Selbstorganisation in einem solchen Fall positiv auswirken. In der Vergangenheit sind einige Versuche auch daran gescheitert, dass Räume und Treffpunkte innerhalb kürzester Zeit zerstört wurden. Erfahrungen rechtsorientierte Jugendliche bewusst in Strukturen der selbstorganisierten Jugendarbeit oder der demokratischen Gruppenarbeit einzubinden, sind uns nur vereinzelt begegnet und erscheinen ohne professionelle Begleitung und Leitung wenig aussichtsreich.

Politische und gesellschaftliche Partizipation zu fördern ist ein Anspruch von demokratischer Jugendarbeit, der sich offensichtlich nur eingeschränkt auf die uns bekannten Projekte übertragen lässt: Aktive Interessenvertretung für und von Jugendlichen setzt im Allgemeinen voraus, dass diese bereit sind, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen und demokratische Werte anzuerkennen. Andererseits kann Demokratie nur in demokratischen Prozessen wirklich gelernt werden und Erfahrungen von Beteiligung und Selbstwirksamkeit wären gerade für Jugendliche, die bislang wenig Bildungserfahrungen und Chancen auf echte Teilhabe haben, besonders wichtig. Ein Teil der Jugendlichen in den Projekten begreift sich aber als politisch aktive Rechtsextreme; darunter sind auch solche, die bereits an Schulungen oder zumindest an Veranstaltungen und Demonstrationen teilgenommen haben. Da diese Form des Engagement nicht gefördert werden soll, bleibt die Frage weitgehend offen, ob es trotzdem möglich sein kann, eine politische und auf Teilhabe ausgerichtete Jugendarbeit zu gewährleisten und so auch rechtsorientierte Jugendliche für andere Inhalte und Formen des politischen Engagements zu gewinnen. In einigen Fällen ist es Projekten gelungen, einzelne rechtsgerichtete Jugendliche in Jugendaktionen einzubinden oder auch 'rechte' und 'linke' Jugendliche zu gemeinsamen Anliegen und Aktivitäten in der Kommune zusammenzubringen. Allerdings setzt dies wohl voraus, dass es noch keine organisatorische Anbindung dieser Jugendlichen gibt.

Partizipationskonzepte und Beteiligungsmöglichkeiten müssen also weiterentwickelt, modifiziert und erprobt werden, um sie auch mit rechtsorientierten Jugendlichen umzusetzen. Hierzu gibt es wenig Erfahrungen und keine vorliegenden Konzepte.

5.4 Bildungsmaßnahmen als „Auflage“

Es gibt in den Projekten vereinzelt Erfahrungen mit Bildungsangeboten, die im Rahmen von richterlichen Auflagen, sozialen Trainingskursen oder auch im Strafvollzug von sozialpädagogischen Fachkräften umgesetzt werden und die daher nicht auf Freiwilligkeit basieren. Trotz dieser Vorgabe bleibt bei solchen Kursen der Kreis der Teilnehmer relativ uneinheitlich, so dass sich auch hier sowohl Jugendliche finden, die als unzugänglich und organisiert gelten, teilweise auch die aktive Teilnahme verweigern; aber auch solche, die sich als durchaus interessiert und relativ offen zeigen. Übereinstimmend wird allerdings festgestellt, dass insgesamt ca. 90% der Teilnehmer männlich sind, so dass viele Kurse geschlechtshomogen zusammengesetzt sind.

Auflagen gelten für einige Projekte als wichtige Grundlage und als ein willkommener

Anlass für die Durchführung von Bildungsveranstaltungen, an denen die Jugendlichen freiwillig nicht teilnehmen würden. Andere Träger führen in Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe gezielt solche Maßnahmen regelmäßig durch, manche Kurse werden auch von öffentlichen Trägern angeboten. Einige dieser Maßnahmen zielen darauf ab, die bisherigen Einstellungen der Jugendlichen bewusst zu erschüttern, andere setzen den Schwerpunkt eher auf „traditionelle emanzipatorische“ Bildungsarbeit und versuchen neue demokratische Werte zu vermitteln und mit Hilfe von Planspielen und praktizierter Beteiligung einzuüben.

Insgesamt ist allerdings festzustellen, dass der erzieherische Anspruch fast immer deutlicher betont wird als in der freiwilligen Jugendarbeit. Zwang und Kontrolle werden in der Bildungsarbeit in der Regel abgelehnt, vor allem in Trainingskursen liegen die Schwerpunkte jedoch anders. Auch die Konfrontation mit dem Teilnehmer wird in einigen Fällen bewusst gesucht und praktiziert. Neben der thematischen Auseinandersetzung werden hier vor allem Methoden eingesetzt, die auf eine verminderte Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung sowie eine bessere Selbstwahrnehmung und ein gesteigertes Empathievermögen zielen.

Grundsätzlich erscheint es erstmal nahe liegend, wenn z.B. rechtsorientierte Jugendliche statt reiner 'Arbeitseinsätze' auch Auflagen erhalten, die einen inhaltlichen Bezug haben, wie er bspw. durch ein Bildungsseminar oder einen Gedenkstättenaufenthalt hergestellt werden kann. Mit einigen Jugendlichen können so erstmals Kontakte und zum Teil auch tragfähige fachliche Beziehungen hergestellt werden.

Was eher verhaltensorientierte Trainings und Kurse betrifft, so gibt es keine einheitliche Einschätzung darüber, wie wirksam dort auch politische Einstellungen bearbeitet werden können. Auch unter Praktikerinnen und Praktikern ist es umstritten, inwieweit es sinnvoll und ethisch zu rechtfertigen ist, Jugendlichen im Rahmen von Maßnahmen der Jugend- oder Bildungsarbeit eigene Erfahrungen von Ausgrenzung und Unterdrückung durch konfrontative Methoden oder experimentelle Situationen zu vermitteln. Hier stehen sich unter Praktikern zwei Positionen gegenüber: Die einen plädieren dafür, auch bei rechtsextremen, eventuell straffälligen Jugendlichen an den grundsätzlichen Prinzipien einer emanzipativen Bildungsarbeit festzuhalten. Sie versuchen auch im Rahmen einer angeordneten Maßnahme, diese Jugendlichen als Subjekte des Lernprozesses ernst zunehmen, ihnen eine Stimme zu geben und mit positiven Anreizen und neuen Werten ihr altes Weltbild zu erschüttern. Andere Projekte setzen bewusst auf Disziplin, Strenge und auch auf Methoden, die durchaus manipulativen und/oder sehr provozierenden Charakter haben, weil dies als Voraussetzung gilt, überhaupt an solche Jugendliche heranzukommen, die durch massive Gewalterfahrung und Gruppendruck als abgestumpft und uninteressiert erlebt werden. Im Rahmen von sozialen Trainingskursen wird die Begründung gegeben, dass es sich dabei um Jugendliche handelt, die das Leben und die Sicherheit anderer Menschen bedrohen und daher die eingesetzten Methoden immer noch verhältnismäßig harmlos, aber möglicherweise wirksam sind. Andere Pädagoginnen und Pädagogen, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, lehnen für sich solche Methoden als manipulativ und nicht legitim ab.

Auch im Rahmen der freiwilligen Bildungsarbeit scheint von Methoden, die eher experimentellen Charakter haben, z.B. das von eigenen Trainern durchgeführte amerikanische Programm ‚Blue Eyed/Brown Eyed‘, eine relativ große Faszination auszugehen. Allerdings

wird auch die Gefahr gesehen, dass solche negativen Erfahrungen kaum positive Effekte erzielen können, sondern eher autoritäre Muster und Strukturen fördern (Lang/Leiprecht 2000).

5.5 Historische Bildung und Gedenkstättenarbeit

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der deutschen Geschichte nimmt in der Bildungsarbeit, die sich gegen Rechtsextremismus richtet, seit jeher einen besonderen Stellenwert ein. Ein erheblicher Anteil der politischen Diskussion mit rechtsextremen Jugendlichen kreist um die rechtsextreme Geschichtsdarstellung und -bewertung und ist von dem Bemühen der Jugendarbeit gekennzeichnet, diese Auffassungen zu widerlegen.

Grundsätzlich hat die historische Bildung und die Gedenkstättenpädagogik nicht den Anspruch, spezielle Angebote für Rechtsextreme oder gegen Rechtsextremismus zu machen. Differenziert ist außerdem die Einschätzung der Wirksamkeit der eigenen Angebote und wer durch sie erreicht werden kann (vgl. Rook 2002). Auch bei den Pädagogen, die bereit sind bzw. es als sinnvoll ansehen mit rechtsextremen Jugendlichen zu arbeiten und Erfahrung mit dieser Zielgruppe haben, wird betont, dass eine gewisse Offenheit, ein Interesse an Neuem, zumindest etwas Empathievermögen Grundvoraussetzungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind, um erfolgreich arbeiten zu können. Außerdem ist auch die Gedenkstättenpädagogik wie andere Bereiche der Bildungsarbeit in ihrem Alltag immer wieder mit fremdenfeindlichen und geschichtsrelativierenden Einstellungen von Jugendlichen konfrontiert und versucht verstärkt, eher projektorientierte, niedrigschwellige Angebote für diese Zielgruppen zu entwickeln. Ziel dieser Angebote ist es weniger, neues Wissen und Informationen zu vermitteln als vielmehr Interesse zu wecken und eine persönliche Auseinandersetzung mit Geschichte und ihrer Bewertung zu erreichen.

Es gibt also einzelne Versuche in der Gedenkstättenarbeit, auch mit rechtsextremen Jugendlichen zu arbeiten. Dies geschieht durch Kooperationen mit der Jugend- und Sozialarbeit oder mit dem Strafvollzug. Auch werden im Rahmen von Auflagen oder Trainingskursen Jugendliche zu Gedenkstättenbesuchen verpflichtet. Die Idee, doch mal in eine Gedenkstätte, insbesondere in ein ehemaliges Konzentrationslager zu fahren, wurde in einzelnen Projekten auch von den Jugendlichen selbst an die Pädagoginnen und Pädagogen herangetragen, wobei dieser Wunsch in einigen Fällen als bloße Provokation angesehen und deshalb abgelehnt wurde. Eine gemeinsame Fahrt in eine Gedenkstätte kann aber auch Ergebnis einer längeren produktiven Auseinandersetzung im Projekt sein. In zwei Praxisbeispielen, die wir recherchiert haben, werden Gedenkstättenbesuche als Bestandteil von sozialen Gruppen- bzw. Trainingskursen durchgeführt, in einem anderem Fall lagen Erfahrungen mit Besuchen und Recherchen in einer Gedenkstätte sowie mit Zeitzeugengesprächen im Rahmen einer Bildungsveranstaltung vor.

Die praktischen Erfahrungen aus der Jugendarbeit zeigen, dass es bei einem Aufenthalt in einer Gedenkstätte oder anderen Formen der historischen Bildung wie Zeitzeugengesprächen meist nicht ausreicht, sich auf die eigenen sozialpädagogischen Fähigkeiten und

Kenntnisse zu verlassen, sondern dass es sich empfiehlt, die Zusammenarbeit mit Fachleuten auf diesem Gebiet zu suchen. In einem Praxisbeispiel hat sich z.B. herausgestellt, dass selbst dann, wenn eine inhaltliche Vorbereitung stattgefunden hat und die Rahmenbedingungen und Regeln geklärt sind, zwar die minimalen aber noch nicht die hinreichenden Voraussetzungen für einen produktiven Aufenthalt gegeben sind. Das Besuchen des Geländes und der Ausstellungen ist außerdem für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr beeindruckend und oft auch persönlich belastend; dies muss aber nicht heißen, dass der gleiche Effekt auch bei den Jugendlichen eintritt. Es zeigt sich vielmehr die Gefahr, dass Pädagogen, wenn sie mit den Jugendlichen als Besucher kommen, vordringlich mit eigenen Eindrücken beschäftigt sind. Außerdem passiert es immer wieder, dass einzelne Jugendliche bewusst 'cool' oder provokant auftreten (wollen). Ein großes Interesse am historischen Hintergrund und an Details bei den Jugendlichen wiederum muss daher auch keineswegs für eine 'läuternde' Wirkung sprechen, sondern kann ein Zeichen dafür sein, dass sie das Ganze eher als eine interessante Informationsveranstaltung betrachten.

Ein Teilnehmer eines Gedenkstättenseminars, der sich inzwischen aus der rechten Szene gelöst hat und von uns interviewt wurde, schilderte, dass der Aufenthalt in der Gedenkstätte für ihn in dieser Form nur bedingt beeindruckend war. Er verwies auf ein allgemeines historisches Interesse, aber seine persönliche Betroffenheit war eher gering, direkte Auswirkungen zu seiner damaligen politischen Orientierung ließen sich nicht erkennen. Er selber erklärte dies damit, dass eine Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus für seine politische Sozialisation kaum eine Rolle gespielt hat und er sich immer aus fremdenfeindlichen Gründen, nie aus nationalsozialistischen Motiven heraus rechtsextrem orientiert hätte. Im Rahmen des Gedenkstättenaufenthaltes ist es aber offensichtlich kaum gelungen, auf diese Motive zu sprechen zu kommen und mögliche thematische Verknüpfungen zum Alltag der Jugendlichen herzustellen.

Positive Erfahrungen in der Gedenkstättenarbeit zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass solche Besuche nicht nur gut vorbereitet werden, sondern auch in enger Kooperation mit den pädagogischen Mitarbeitern der Gedenkstätte konzipiert und zielgerichtet für eine bestimmte Gruppe ausgerichtet wurden. Mögliche festgefügte Erwartungen der Jugendlichen, wie ein solcher Besuch ablaufen wird und um welche Themen es gehen soll, lassen sich dann gezielt umgehen. Eigene Erfahrungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern und ihr bisheriges Wissen, aber auch Skepsis und Kritik können so gezielt aufgegriffen werden. Bestandteil solcher Konzepte ist dann auch ein – zumindest im kleinen Rahmen – projektorientierter Zugang, in dem es darum geht, selber ein Ausstellungsthema oder auch Quellen auszuwählen, zu bearbeiten und im Rahmen der Gruppe über dieses Thema, die neuen Erkenntnisse und das besondere Interesse daran zu sprechen. Die betreffenden pädagogischen Fachkräfte schildern, dass sie bei einigen Jugendlichen durchaus den Eindruck gewonnen haben, der Aufenthalt sei ein einschneidendes Erlebnis gewesen, das eine bereits begonnene Ablösung oder den Distanzierungsprozess zur rechtsextremen Szene unterstützen kann.

In einem Projekt, in dem mit straffälligen Jugendlichen gearbeitet wird, hat es sich außerdem bewährt, dass jeder Jugendliche einen Begleiter bzw. eine Begleiterin zur Seite gestellt bekommt, diese können zum einen eingreifen, wenn ein Jugendlicher sich tatsäch-

lich nicht an die vereinbarten Regeln hält, sie haben aber zum anderen auch die Möglichkeit, aufkommende Fragen direkt zu beantworten und die Jugendlichen zu unterstützen, wenn es darum geht, Texte zu lesen und zu verstehen.

5.6 Fazit⁵

Der Schwerpunkt der praktischen Bildungsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen liegt eindeutig bei Ansätzen und Projekten, die eher sozialpädagogisch orientiert sind. Es ist außerdem davon auszugehen, dass eine Vielzahl von rechtsorientierten und auch rechts-extremen Jugendlichen inhaltliche Angebote und politische Auseinandersetzung durchaus suchen und schätzen. Dabei bietet und nutzt die Jugendarbeit eine Vielzahl von Möglichkeiten, mit ihren Angeboten Jugendlichen allein und in der Gruppe neue Erfahrungen und Kompetenzen zu vermitteln. Es ergeben sich hier Chancen des niedrigschwelligen sozialen und politischen Lernens, auch und gerade für solche Jugendliche, die ansonsten eher als bildungsfern angesehen werden. Zu den unterschiedlichen Angeboten der politischen und sozialen Bildung und ihrer Bedeutung lässt sich festhalten, dass sich zwar auch gezielt angesetzte Veranstaltungen der politischen Bildung und Wertevermittlung in der Praxis der offenen, mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit finden, der wesentlich größere Teil der Bildungsarbeit geschieht aber implizit im Alltag: Als persönliches Gespräch, als spontane Diskussion oder als kurzfristig eingeschobene thematische Einheit über aufgeworfene gesellschaftliche und politische Themen. Diese Form der Bildungsarbeit wird sehr stark sowohl von der Persönlichkeit als auch der Fachlichkeit der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geprägt. Eine grundsätzliche Unterscheidung oder klare Trennung zur 'Beziehungsarbeit' ist dabei nicht möglich. So wird 'Beziehungsarbeit' in der Regel in der Praxis auch nicht als Gegensatz zu pädagogischen Angeboten oder der Bildungsarbeit insgesamt gesehen, sondern man betont, dass beide Aspekte zusammengehören, auch wenn es unter den Praxisprojekten unterschiedliche Gewichtungen gibt. Bildungsarbeit gestaltet und verändert Beziehungen. Beziehungen zu den Jugendlichen wiederum sind die Grundlage dieser Form der Bildungsarbeit. Dies unterstreicht die große Bedeutung, die dieser Form der politischen 'Alltags'-Bildung zukommt. Dennoch gibt es Erfahrungen mit Jugendlichen, die zumindest angesichts der Möglichkeiten der Jugendarbeit politisch unbelehrbar erscheinen oder deren persönliche und soziale Einschränkungen so weitgehend sind, dass sie andere Formen von Hilfe bedürfen.

In der außerschulischen Bildungsarbeit betont man eher, gar nicht den Anspruch zu haben, mit rechtsextremorientierten Jugendlichen zu arbeiten, was in Bezug auf ,normale

⁵ Zum Problem der Auswertung und Nachhaltigkeit einzelner Angebote und Bildungsveranstaltungen soll an dieser Stelle auf das Kapitel 3 zur Evaluation verwiesen werden, in dem es auch noch einmal explizit um Bildungsveranstaltungen geht.

Seminare' und freiwillige Angebote auch angemessen erscheint. Dennoch ließe sich – wie einzelne wenige Beispiele zeigen – darüber nachdenken, wie es über die bisherigen Formen hinaus gelingen kann, Konzepte für längerfristige, niedrigschwellige Bildungsprozesse zu entwickeln und umzusetzen, indem durch konkrete Kooperation mit Schulen, Berufsschulen, Betrieben, aber vor allem auch mit Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendhilfe das Aktionsfeld ausgeweitet wird. Vorausgesetzt, sie verfügt über die nötigen Ressourcen, kann die Bildungsarbeit sich dann verstärkt auch mit rechtsextremorientierten Jugendlichen auseinandersetzen. Einzelne Beispiele etwa aus der Gedenkstättenarbeit weisen darauf hin, wie wichtig und produktiv es ist, wenn auf diesem Gebiet Profis der Bildungsarbeit und der Sozialpädagogik zusammenarbeiten, vor allem auch, weil letztere sonst mehr oder weniger allein vor dieser Aufgabe stehen.

Die Potenziale einer Zusammenarbeit von außerschulischer Bildungsarbeit und Jugend(sozial)arbeit sind aus unserer Sicht noch lange nicht ausgeschöpft: Zwar formulieren beide Seiten zumindest indirekt einen Bedarf an verstärkter Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung, aber konkrete gemeinsame Projekte bis hin zu gemeinsamen jugendpolitischen Aktivitäten sind selten zu finden. Bildungsreferentinnen, die in Jugendclubs Veranstaltungen anbieten, die bei Trainings mitteams oder regelmäßige Seminare, die in und mit einer Jugendbildungsstätte zusammen durchgeführt werden, sind Möglichkeiten, die relativ einfach zu realisieren wären. Gleichzeitig profitieren auch Bildungsveranstaltungen im hohen Maße von sozialpädagogischen Kompetenzen. So müsste es gelingen, die Vorteile und Stärken beider Arbeitsformen besser zu nutzen. Denn ohne Kooperation mit der Jugend- und Sozialarbeit hat die Bildungsarbeit kaum die Möglichkeit an rechtsextrem orientierte Jugendliche heranzutreten, Beziehungen aufzubauen und auch längerfristig mit einer Gruppe zusammenzuarbeiten. Für die außerschulische Bildungsarbeit hieße dies allerdings, die Kriterien für Zielgruppen und Veranstaltungen nicht zu anspruchsvoll zu formulieren, sondern sich der Realität zu stellen, dass bei geeigneten Methoden und Themen auch lernschwache und kommunikationsarme wie auch scheinbar ideologisch gefestigte Jugendliche durchaus interessierte Teilnehmer sein können.

Auch die Projekte der Jugendarbeit und Jugendhilfe würden von einer solchen Zusammenarbeit profitieren, denn sie sehen sich im Alltag mit ihrem eigenen Bildungsanspruch oft überfordert. In verschiedener Hinsicht sind sie für die gezielte Durchführung von Bildungsangeboten nicht in gleicher Weise qualifiziert wie die Bildungsarbeit. Außerdem besteht bei einigen Projekten der Jugend- und Sozialarbeit weiterhin ein Nachholbedarf, wenn es darum geht, den Blick nicht allein auf die individuellen Benachteiligungen oder Beeinträchtigungen eines Jugendlichen zu werfen, sondern sich verstärkt mit politischer Bildung auseinanderzusetzen und sich auch mit den politischen Implikationen der Szenezugehörigkeit der Jugendlichen zu beschäftigen. Zurzeit werden bestehende Chancen in der Jugendarbeit vertan, wenn Angebote und Aktivitäten nicht als politische Bildungsangebote verstanden, genutzt und durchgeführt werden. Sicher sollte nicht jede 'Skatrunde' als wichtige Bildungserfahrung gewertet werden, andererseits ist das Potenzial politischen Lernens bei einem Videoabend, einer Gruppenarbeit oder im Rahmen eines Clubrates leicht zu übersehen oder zu verschenken, wenn es nicht auch als Gelegenheit wahrgenommen, geplant und ausgewertet wird, die gemeinsames Lernen und Reflektieren befördern kann.

Grundsätzlich sind Jugend- und außerschulische Bildungsarbeit eng miteinander verwoben und zielen gemeinsam auf die Stärkung der jugendlichen Identität und Beziehungslernen. Es ist daher bedauerlich, dass in manchen jugendpolitischen und fachlichen Diskussionen weiterhin der Konflikt Beziehungs- versus Bildungsarbeit betont oder beide Formen bloß alternativ diskutiert (und finanziert) werden, anstatt auf möglichst vielfältige Formen der Zusammenarbeit zu setzen.

II EXEMPLARISCHE ARBEITSFORMEN

In diesem Berichtsteil werden Beschreibungen konkreter Projekte vorgestellt, in denen auf unterschiedliche Weise mit rechtsorientierten, rechtsextremen und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen pädagogisch gearbeitet wird. Diese Beschreibungen ergänzen die themenzentrierten Teile des Berichts, sie dienen der anschaulichen Präsentation unterschiedlicher Arbeitsansätze unter jeweils spezifischen Bedingungen. Dabei stehen sie nicht nur für einzelne Projekte, sondern für verschiedene Projekttypen mit ihren typischen Potenzialen und Begrenzungen – daher haben wir uns entschieden, sie in weitgehend anonymisierter Form vorzustellen. Die Projektbeschreibungen sind nach einem einheitlichen Schema aufgebaut, wobei zunächst der Darstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefolgt wird, die über das Projekt informiert haben. In einer abschließenden Einschätzung wird dann jeweils der Versuch unternommen, die Leistungen und Begrenzungen eines Projekttyps aus externer Perspektive dazustellen.

6 Streetwork

Das Projekt leistet aufsuchende Sozialarbeit in einem Neubaugebiet einer ostdeutschen Stadt, außerdem werden Beratungs- und Veranstaltungsangebote für einzelne Jugendliche und für Cliques realisiert und es wird mit einem Sportverein kooperiert.

6.1 Struktur und Entwicklung des Projekts

Das Gesamtprojekt nahm 1992 seine Arbeit auf, damals gefördert im Rahmen des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG). 1993 wurde der Verein gegründet, der bis heute Träger des Gesamtprojekts ist. Seit 1996 wird die Arbeit vor allem aus kommunalen Mitteln finanziert, ergänzt durch Sachkostenzuschüsse des Landes und durch die Förderung spezifischer Maßnahmen aus EU-Geldern. Momentan sind im Gesamtprojekt etwa zehn Mitarbeiter beschäftigt, die in drei Teams in einem Neubaugebiet einer ostdeutschen Stadt arbeiten.

Die Anfangszeit der pädagogischen Arbeit wird als chaotisch beschrieben: Die Clubräume des Projekts sind mehrfach ausgebrannt. Die zu Beginn der Arbeit nicht einschlägig qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren täglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert und mussten hunderte von Überstunden leisten – diese Arbeitsbedingungen seien von westdeutschen Kollegen damals mit Kopfschütteln und Unverständnis registriert worden. Inzwischen wird der Arbeitsalltag im Projekt als wesentlich ruhiger, professioneller und distanzierter erlebt.

In den letzten Jahren haben sich im Gesamtprojekt allerdings unterschiedliche Vorstellungen zu den Standards der pädagogischen Arbeit herauskristallisiert: Eines der drei Streetwork-Teams war nicht bereit, die Standards mitzutragen, die von den anderen beiden Teams entwickelt wurden – vor allem hinsichtlich der Notwendigkeit zur Qualifikation der Mitarbeiter und zur Grenzsetzung in der pädagogischen Arbeit mit jugendlichen Klienten. Das ‘Minderheitenteam’ toleriere nicht nur verfassungsfeindliche Symbole und den Konsum von Alkohol, sondern verbringe auch die eigene Freizeit mit ‘Altglätzen’. Als auch die projektkoordinierende Mitarbeiterin nicht mehr bereit war, das von der Mehrheitsmeinung abweichende Team mit zu vertreten, wurde für dieses Team eine Abkoppelung vom Gesamtprojekt vereinbart, d.h. dieses Team arbeitet inzwischen weitgehend autonom.⁶

⁶ Die folgende Beschreibung der Projektarbeit bezieht sich im Wesentlichen auf die Arbeit der beiden ‘Mehrheits-teams’, speziell auf das eine Team, von dem ein Mitarbeiter selbst über die Arbeit berichtet hat, während das ‘Minderheitenteam’ nur gelegentlich berücksichtigt wird, d.h. hier liegen nur Schilderungen aus der Perspektive der ‘Mehrheitsteams’ vor.

Geleitet wird das Projekt durch eine Koordinatorin, die von Beginn an im Projekt arbeitet. Nachdem sie zunächst selbst mit Jugendlichen gearbeitet hat, ist sie inzwischen vor allem damit befasst, Abrechnungen und Berichte zu schreiben, das Projekt in Gremien zu vertreten und auch im Jugendhilfeausschuss mitzuarbeiten. Berufsbegleitend hat sie ein Studium der Sozialarbeit absolviert. In dem Team, mit dem ein Gespräch geführt werden konnte, arbeiten drei Kollegen zusammen, die sich altersmäßig, durch ihre Kompetenzen und ihre Arbeitsschwerpunkte ergänzen. Eine junge Frau aus der Punkerszene, eine ausgebildete Sozialarbeiterin, betreut u.a. einen Mädchentreffpunkt, führt dort Beratungen durch und wird als diejenige beschrieben, die schnell Kontakt zu Jugendlichen aufbauen kann. Ein anderer Sozialarbeiter wird als 'normal' – d.h. keiner spezifischen Szene zugehörig – beschrieben und bemüht sich speziell um Angebote für Kinder. Der dritte Mitarbeiter ist Psychologe, qualifiziert sich gegenwärtig durch ein berufsbegleitendes Studium zum Sozialarbeiter, was mit den Vorgaben durch die Förderrichtlinien zusammenhängt. Er hat einen Migrationshintergrund, lebt allerdings schon viele Jahre in Deutschland und ist auch Trainer in einem Sportverein, mit dem das Projekt kooperiert.

6.2 Bedingungen der Projektarbeit

Die finanzielle Ausstattung hat sich im Verlauf der letzten Jahre verschlechtert, dem gesamten Projekt stehen von Jahr zu Jahr pauschal jeweils 5 bis 10% weniger Geld zur Verfügung. Dies hat vor allem Auswirkungen auf die Angebote und die Ausstattung: Momentan können keine erlebnispädagogischen Fahrten ins Ausland angeboten werden, sondern nur noch kurze Ausflüge ins Umland. Hinsichtlich der Sachausstattung profitiert das Projekt noch immer von den Anschaffungen aus AgAG-Mitteln, die dem Projekt aus heutiger Sicht vergleichsweise üppig erscheinen. Hinzu kommt eine gewisse Verunsicherung, da sich die kommunalen Finanzierungsmodalitäten in naher Zukunft ändern werden. Aufgrund des finanziellen Engpasses werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurzeit jeweils im Dezember eines Jahres entlassen, um dann im folgenden Januar wieder eingestellt zu werden. Bereits in den vergangenen Jahren konnte das Januar-Gehalt den Mitarbeitern erst im März ausgezahlt werden. Fortbildungsmaßnahmen können vom Projekt nicht eigenständig finanziert, sondern müssen aus Landesmitteln beantragt werden: Im laufenden Jahr wird das Team zu einer zweitägigen Fortbildung ins Archiv der Jugendkulturen fahren. Fortbildungen werden als wichtig betrachtet, um die Mitarbeiter zu motivieren.

Von dem Team, das von seinen Erfahrungen berichtete, wurde die Arbeitsatmosphäre als ausgezeichnet beschrieben – die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich im Projekt wohl und haben den Eindruck, sich gut zu ergänzen und gut miteinander zu kooperieren. Sie geben an, sich mit dem Projekt zu identifizieren und selbstbestimmte Arbeit leisten zu können. Eine Bestätigung der eigenen Arbeit wird darin gesehen, dass das Projekt regelmäßig Anerkennung von außen erhält und dass die Mitarbeiter als Berater gefragt sind. Die Projektkoordinatorin hat angesichts dieser positiven Arbeitsatmosphäre kürzlich das Angebot einer unbefristeten Stelle bei einem öffentlichen Träger abgelehnt.

Der Stadtteil, in dem das Projekt arbeitet, hatte in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit zeitweise das Image, eine Hochburg rechter Jugendkulturen zu sein. Inzwischen hat dieses Bild nur noch in abgeschwächter Form Bestand, d.h. der Stadtteil ist nicht mehr Gegenstand der Medienberichterstattung und Konflikte zwischen konkurrierenden Jugendszenen konnten entschärft werden. Allerdings berichten die Sozialarbeiter von einer weit verbreiteten Fremdenfeindlichkeit unter den Jugendlichen im Stadtteil, die mit entsprechenden Orientierungen im Umfeld in Verbindung gebracht werden. In ihrem Bemühen, Jugendliche im Stadtteil zu erreichen und in Angebote einzubinden, erleben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Konkurrenz zu rechtsextremen Organisationen. Angehörige einer solchen Organisation halten sich regelmäßig im Stadtteil auf, sie tragen Jacken mit der Aufschrift „Streetworker“ und bemühen sich offensiv Jugendliche anzusprechen und den Sozialarbeitern den Zugang zu ihnen zu verwehren.

6.3 Ziele und Zielgruppen der Projektarbeit

Als Zielgruppe der Projektarbeit werden problembehaftete Jugendliche im Stadtteil bezeichnet. Während die Sozialarbeiter den Eindruck haben, dass fast alle dieser Jugendlichen fremdenfeindliche Orientierungen vertreten, so sind rechtsextreme Einstellungen nur bei einem Teil von ihnen auszumachen. Ein Ziel der Projektarbeit ist es, zu einer Umorientierung fremdenfeindlich eingestellter Jugendlicher beizutragen. Dies soll erreicht werden, indem die Jugendlichen zur Vertretung ihrer Interessen befähigt (Empowerment) und ihnen Demokratie, Humanismus und Toleranz als Werte vermittelt werden.

Im Team konzentriert man sich auf jüngere Jugendliche im Alter zwischen 13 und 16 Jahren, die noch keine verfestigten Einstellungen aufweisen. Mit älteren Jugendlichen bzw. mit solchen, die verfestigte Einstellungen aufweisen und in rechtsextremen Gruppen integriert sind, könne grundsätzlich zwar auch gearbeitet werden, allerdings zeigen sich dabei erhebliche Schwierigkeiten:

- ▶ Diese Arbeit erfordere großen Einsatz, während der Erfolg sehr ungewiss ist;
- ▶ Jugendliche mit verfestigten Orientierungen werden als berechnend erlebt, d.h. sie versuchen Sozialarbeiter für ihre Ziele einzuspannen, ohne sich dabei auf kontinuierliche Kontakte oder Prozesse einzulassen;
- ▶ Die Arbeit mit Rechtsextremen werde häufig stigmatisiert, d.h. man gerät in den Verdacht, rechtsextreme Organisationen zu unterstützen oder mit ihnen zu sympathisieren.

6.4 Angebote und Arbeitsweise

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen Jugendliche im Stadtteil an den Plätzen auf, an denen sie sich aufhalten. Im Rahmen dieser niedrigrschwelligen Angebote, die sich an

keine spezielle Zielgruppe richten, werden Gespräche mit den Anwesenden geführt, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, den Jugendlichen auch zuzuhören – nach den Erfahrungen der Sozialarbeiter sind viele Jugendliche, zu denen sie Kontakt aufnehmen, nicht daran gewöhnt, dass Erwachsene ihnen zuhören. Solche Besuche finden regelmäßig statt, so dass die Chance besteht, dass sich Vertrauensverhältnisse entwickeln. In dieser aufsuchenden Weise wurde vom Team beispielsweise zwei Jahre lang mit einer 40-köpfigen Clique im Stadtteil gearbeitet. Die Regeln für das Verhalten während dieser Begegnungen in der Kontaktphase bestimmen die Jugendlichen – im Verständnis der Sozialarbeiter sind die Jugendlichen hier die ‘Platzherren’ bzw. Gastgeber, während es ihnen als (ungebetenen) Besuchern freisteht, die Situation zu verlassen.

In der Kontaktphase unterbreiten die Sozialarbeiter den Jugendlichen dann weiterführende Angebote, die im weiteren Verlauf – neben der kontinuierlich fortgeführten aufsuchenden Arbeit – das zweite Standbein der Projektaktivitäten darstellen. Diese Angebote sind einerseits themen- bzw. zielgruppenspezifische Treffs und Beratungen in einem Jugendzentrum: Mädchennachmittag, freies Fußballtraining mit anschließendem Grillabend, Treffpunkt für Lückekinder. Darüber hinaus werden erlebnispädagogische Fahrten angeboten, die den Erfahrungshorizont der teilnehmenden Jugendlichen erweitern und auch dazu beitragen sollen, dass neue Kompetenzen erworben werden. Früher wurden Fahrten nach Irland, Frankreich, Italien und in die Türkei durchgeführt, inzwischen sind es Fahrradtouren und Zeltreisen übers Wochenende oder Herbstfreizeiten an der Ostsee. Bei diesen Fahrten und bei den Angeboten im Jugendzentrum werden bestimmte Grenzen und Regeln durch die Sozialarbeiter definiert bzw. mit den Teilnehmenden ausgehandelt: Kein Alkoholkonsum, keine Drogen, keine verfassungsfeindlichen Symbole.

Ein besonderer Aspekt der Projektarbeit besteht in der Kooperation mit einem American Football-Verein, bei dem einer der Sozialarbeiter als Trainer arbeitet. Durch die personellen Verbindungen zwischen Projekt und Sportverein bilden die sportlichen Wettkämpfe und das soziale Leben im Umfeld einen Fokus der Projektaktivitäten. Speziell für die jungen Männer im Stadtteil ist diese Sportart attraktiv, da sie sehr körperorientiert ist, d.h. sozial akzeptierte Möglichkeiten zum Ausagieren von Gewalt bietet und ihr ein Hauch von Exklusivität anhaftet. Darüber hinaus hat der Verein das Image, ein Sprungbrett für einen Job bei einer Wachgesellschaft zu sein. Allerdings ist dieser Sport mit großen Herausforderungen verbunden, so dass viele Interessenten über eine erste Kontaktaufnahme nicht hinauskommen bzw. sich für sie nur die Möglichkeit bietet Hilfsarbeiten durchzuführen. Die Mannschaften setzen sich aus Spielern ganz verschiedener sozialer Herkunft und politischer Orientierungen zusammen.

Im Rahmen und am Rande dieser verschiedenen Projektaktivitäten bemühen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um individuelle Kontakte zu einzelnen Jugendlichen, die teilweise auch dann noch andauern, wenn die Jugendlichen nicht mehr an diesen Angeboten partizipieren. Diese Einzelkontakte bieten die Gelegenheit, Erlebnisse in den Gruppen aufzuarbeiten – z.B. für Jugendliche, die im Sportverein keinen Anschluss gefunden haben – oder Fragen zu diskutieren, die in der Gruppe tabu sind. Für Jugendliche bestehe so die Möglichkeit, soziale Erfahrungen zu machen, die im Rahmen ihrer Jugendcliquen nicht möglich sind bzw. nicht zugelassen werden.

6.5 Leistungen und Erträge der Projektarbeit

Erste Erfolge der Projektarbeit werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darin gesehen, dass es gelingt, Kontakte und Gesprächskontexte mit Jugendlichen zu etablieren, die sonst nicht erreicht werden können. Auf diese Weise ist eine Grundlage für die weitere Einbindung problembehafteter Jugendlicher gegeben, die sowohl in der Teilnahme an weiteren Aktivitäten des Projekts (Beratungen, Fahrten) als auch in der Integration in den mit dem Projekt kooperierenden Sportverein bestehen kann. Im Rahmen dieser verschiedenen Kontakte werden Gespräche geführt, in denen es den Sozialarbeitern nach eigenem Bekunden gelingt, Jugendliche, die in rechte Cliques eingebunden sind, 'produktiv zu verunsichern', d.h. sie zu Fragen und kritischer Reflexion ihres Umfelds anzuregen.

Darüber hinaus gelingt es im Projekt, Jugendlichen Anregungen zu neuen Erfahrungen zu vermitteln. So haben sie im Sportverein bspw. Kontakt zu einem dunkelhäutigen Trainer, dem sie nicht mit Ressentiments und Abwehr, sondern mit vielen Fragen und Neugier begegnen. Hohen Stellenwert haben in diesem Zusammenhang auch die vom Projekt angebotenen erlebnispädagogischen Fahrten, die einen Kontext bieten, der neue und Kompetenz erweiternde Aktivitäten begünstigt. So haben Jugendliche auf einer Auslandsfahrt z.B. eine Kabarettvorführung eingeübt und präsentiert – etwas, wozu sie nach Einschätzung der Sozialarbeiter in ihrem heimischen Umfeld nicht bereit gewesen wären. Während einer Fahrt nach Italien haben sich die deutschen Jugendlichen mit ihren italienischen Altersgenossen in englischer Sprache verständigt, was zu Freundschaften geführt hat, die über den Auslandsaufenthalt hinaus Bestand haben.

Außerdem wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beruhigung der zeitweise sehr angespannten Situation im Stadtteil konstatiert – die Konflikte zwischen den Angehörigen verschiedener Jugendzonen sind seltener geworden und haben an Schärfe verloren. Solche Veränderungen können nicht an bestimmten Ursachen festgemacht werden, doch hat man im Projekt den Eindruck, einen Anteil an dieser produktiven Entwicklung zu haben.

In Hinblick auf einzelne Jugendliche werden von den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern teilweise gar keine Entwicklungen wahrgenommen – zumindest nicht in den Zeiträumen, in denen mit ihnen im Projekt gearbeitet wird. Allerdings entsteht in einigen Fällen nachträglich der Eindruck, dass problembehaftete Jugendliche die 'Kurve gekriegt' und Wege gefunden haben, ihr Leben erfolgreich zu meistern, d.h. einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und soziale Beziehungen aufzubauen. Auch solche individuellen Verbesserungen rechnen die Projektmitarbeiter nicht umstandslos ihren Bemühungen zu, doch vermuten sie, an diesem Erfolg teilgehabt zu haben.

Schließlich wird auch die Entwicklung im Projekt selbst als Erfolg wahrgenommen. Die Sozialarbeiter haben den Eindruck, sich in den letzten Jahren zu einem funktionstüchtigen Team entwickelt zu haben, d.h. Formen der Arbeitsteilung gefunden zu haben, die den Stärken und Fähigkeiten der Einzelnen Rechnung tragen und die auch zu einer angenehmen Arbeitsatmosphäre beitragen. Als Bestätigung ihrer guten Arbeit zeigt sich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im fachlichen Umfeld Anerkennung erhalten: Das Projekt erhält regelmäßig Anfragen Beratungen durchzuführen und arbeitet in diversen Gremien mit.

6.6 Begleitung und Dokumentation der Projektarbeit

Das Projekt erhält von Beginn an regelmäßige Praxisberatung durch einen externen Berater, mit dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich zeitweise jeden Monat für zwei Tage zusammensetzen, um Erfahrungen auszuwerten, Ziele und Schwerpunkte der Projektarbeit zu reflektieren und die weitere Arbeit zu planen. Darüber hinaus führt das Projekt seit 1998 regelmäßig 'interne Evaluationen' durch, womit gemeint ist, dass Protokolle und Berichte verfasst und diskutiert werden und dass man bei dieser Gelegenheit auch die Methoden der eigenen Arbeit reflektiert. Darüber hinaus fertigen die Sozialarbeiter Cliquenanalysen an, mittels derer auf der Grundlage der mit bestimmten Gruppen gemachten Erfahrungen und der sich dabei abzeichnenden Prozesse der Bedarf für die weitere Arbeit ermittelt wird.

6.7 Abschließende Einschätzung

Ein besonderes Potenzial des Projekts scheint uns in der Verbindung niedrigschwelliger, aufsuchender Arbeit mit den verschiedenen weiterführenden Angeboten zu liegen. Dadurch wird es möglich, auch schwer erreichbare Jugendliche anzusprechen und ihnen die Perspektive der Integration in kontinuierliche Angebote anzubieten. Sowohl die Betätigung in einem Sportverein als auch Beratungen in einem Jugendclub oder die Teilnahme an erlebnispädagogischen Fahrten bieten dabei nicht nur Chancen zur persönlichen Stabilisierung, sondern auch neue Herausforderungen: Erwachsene, die zum Zuhören und zur Auseinandersetzung bereit sind, ein dunkelhäutiger Trainer, der als Autorität erlebt und angenommen wird, erlebnispädagogische Fahrten, bei denen man nicht nur fremde Länder und neue Menschen kennen lernt, sondern auch sich selbst in neuen Zusammenhängen erfährt.

Von seiner Anlage her bietet das Projekt allerdings nur begrenzt Möglichkeiten, Entwicklungen von Jugendlichen zu bilanzieren: Man arbeitet mit Jugendlichen, solange sie nicht integriert sind und erfährt nur gelegentlich etwas über ihre weitere Entwicklung – und damit auch über die Erfolge der eigenen Arbeit. So bleibt z.B. unklar, ob der Kontakt zu dem dunkelhäutigen Trainer oder die Freundschaft mit italienischen Jugendlichen allmählich zu einer veränderten Einstellung gegenüber Ausländern beiträgt oder ob diese Erfahrungen als singuläre Ausnahmereisenercheinungen verarbeitet werden, ohne grundlegende Vorbehalte zu tangieren – ein aus der Vorurteilsforschung bekanntes Phänomen. Kenntnisse über den Verbleib oder die weitere Entwicklung der Jugendlichen wären jedoch wichtig, um den eventuellen Bedarf zur Modifikation der eigenen Arbeit zu erkennen.

Darüber hinaus kann vermutet werden, dass Teile der potenziellen Zielgruppe von diesem und vergleichbaren Projekten nicht angesprochen bzw. letztlich nicht erreicht werden, da Jugendliche z.B. schon älter sind, sich bereits im Einfluss rechter Organisationen befinden, durch die Angebote des Projekts nicht angesprochen werden oder eine Beeinträchtigung ihres Cliquenlebens befürchten. Im Rahmen einer Evaluation könnte eventuell

geklärt werden, ob bestimmte Jugendliche bzw. Jugendcliquen durch ein derartiges Angebot prinzipiell nicht erreicht werden und wie Angebote aussehen könnten, die dies leisten.

Es ist anzunehmen, dass die Angebote und Leistungen des Projekts durch die dauerhaft schlecht abgesicherte Finanzierung zumindest zeitweise stark beeinträchtigt sind. Unseres Erachtens stellt diese Zuwendungspraxis eine sowohl für Mitarbeiter als auch für die Jugendlichen verlustreiche und ärgerliche Situation dar, die vermieden werden könnte, wenn für das Projekt längerfristige Finanzierungsmodalitäten realisiert werden könnten. Darüber hinaus erscheint es uns unklar und wenig wünschenswert, dass der Zuwendungsgeber, dem die fachliche Aufsicht obliegt, offensichtlich keine verbindlichen Standards für die Qualität der zu leistenden Arbeit formuliert bzw. durchsetzt, so dass es einem Team des Gesamtprojekts gelingt, sich von fachlichen Ansprüchen der Qualitätsentwicklung abzukoppeln. Auch diese strukturellen Fragwürdigkeiten machen deutlich, dass eine Evaluation hier wichtige Anregungen geben könnte – sowohl um gute Arbeit abzusichern und weiterzuentwickeln als auch um schlechte Arbeit besser vermeiden zu können.

7 Gruppenarbeit / Verbandsarbeit

In dem hier beschriebenen Projekt geht es um den Aufbau einer Jugendgruppe der ehrenamtlichen Bergwacht mit jugendlichen Skinheads in einer kleinen Gemeinde im Gebirge.⁷

7.1 Struktur und Entwicklung der Projektarbeit

Seit Mitte der 1990er-Jahre trat in der kleinen Ortschaft eine größere Jugendgruppe öffentlich in Erscheinung, die der rechten Skinheadszene zuzuordnen war. Das einzige Angebot für die Jugendlichen im Ort bestand zu dieser Zeit aus einer Blockhütte, die von einer ABM-Kraft betreut wurde. Dieser Club wurde aber bald wieder von der Gemeinde geschlossen, weil die Gefahr gesehen wurde, dass sich dort die rechtsextreme Jugendszene einen Treffpunkt schafft, unbeeindruckt von der ABM-Kraft, der es nicht gelang, mit den Jugendlichen pädagogisch zu arbeiten. Die Jugendlichen waren mit dieser Situation äußerst unzufrieden. Die Gemeinde trat schließlich an einen Sozialpädagogen aus dem Ort mit der Bitte heran, mit den Dorfjugendlichen ehrenamtlich zu arbeiten.

Der Pädagoge war aktives Mitglied der Bergwacht und wollte die jugendlichen Skinheads für die Bergwachtarbeit gewinnen und dort eine Jugendgruppe aufbauen. Da es zu diesem Zeitpunkt keinerlei alternative Angebote und auch keinen Jugendraum im Ort gab, war ihr Interesse an Jugendarbeit, erlebnispädagogischen Angeboten und vor allem einem eigenen Treffpunkt groß. Die örtliche Bergwachtgruppe unterstützte – trotz anfänglicher Skepsis gegenüber den rechtsorientierten Jugendlichen – das Vorhaben und stellte Ausrüstung und Gerät zur Verfügung. Die Hütte der Bergwacht konnte als Gruppenraum und Treffpunkt genutzt werden. Finanzielle Mittel für einzelne Maßnahmen und Aktionen konnten aus Landesmitteln eingeworben werden – als landesweiter freier Träger und Verband ist die Bergwacht an unterschiedlichen Stellen antragsberechtigt.

Das Projekt war von Beginn an sehr eng mit der Person des Pädagogen verknüpft, der die Jugendgruppe gegründet und begleitet hat. Nach der Wende hatte der ausgebildete Bergsteiger und Kletterer ein Studium der Sozialpädagogik absolviert und sich dabei intensiv mit Gruppen- und Erlebnispädagogik beschäftigt. Er gründete nach dem Studienabschluss einen eigenen Trägerverein, um hauptberuflich sowohl erlebnispädagogische Fahrten und Kletterkurse für Schulklassen und Jugendgruppen als auch soziale Trainingskurse durchzuführen. Für größere Aktionen und Fahrten standen daher durch den

⁷ Dieses Beispiel ist insofern kein typischer Fall von Verbandsarbeit, weil der Versuch ehrenamtlicher Jugend- und Gruppenarbeit mit rechtsextrem und offen fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen eine Ausnahme darstellt. Einzelne engagierte Personen, günstige Voraussetzungen und besondere Rahmenbedingungen treffen so aufeinander, dass ein kaum übertragbares, aber interessantes Beispiel für Jugendarbeit das Ergebnis ist.

Verein und die Bergwacht weitere Teamer und Leiter zur punktuellen Unterstützung zur Verfügung. Hauptberufliche Ansprechpartner für Jugendarbeit gab es weder vor Ort noch auf höherer Ebene, der Jugendbereich war im Landesverband der Bergwacht wenig ausgeprägt und sollte erst noch weiter aufgebaut werden.

Der Pädagoge hat inzwischen allerdings den Ort verlassen und arbeitet an anderer Stelle in der Jugendarbeit. Ein Teil der Jugendlichen sind – nun als junge Erwachsene – weiterhin bei der Bergwacht und als Kletterer aktiv; die ehemalige Jugendgruppe besteht aber nicht mehr, auch weil die ehemaligen Jugendlichen außerhalb arbeiten oder studieren. Der Versuch ehemaliger Mitglieder, selbst eine Jugendgruppe für Jüngere aufzubauen und zu leiten, ist gestartet worden, aber bislang noch wenig erfolgreich, so dass gegenwärtig nicht absehbar ist, ob diese Form der Jugendarbeit vor Ort in Zukunft kontinuierlich fortgeführt werden kann.

7.2 Zielgruppen und Ziele der Projektarbeit

Die Clique der auffälligen Dorfjugend, die erreicht werden sollte, bestand aus 14- bis 17-jährigen, überwiegend männlichen Jugendlichen. Trotz des eher einheitlichen Auftretens als rechte Skins war die Gruppe auch in der sozialen Zusammensetzung heterogen: Die meisten gingen noch zur Schule, es sind sowohl Hauptschüler als auch Gymnasiasten unter ihnen. Zwei Jugendliche waren bereits mit einschlägigen Jugendstrafen belegt worden, andere sind eher unauffällig und wenig gewaltbereit. Ob Einzelne zu diesem Zeitpunkt organisiert waren, ist nicht bekannt. Später stellte sich heraus, dass zeitgleich zur Anfangsphase intensive Anwerbeversuche rechtsextremer Organisationen stattfanden, die aber später wieder eingestellt wurden.

Mit dem Angebot an die Jugendlichen sind unterschiedliche Erwartungen verknüpft: während es der Gemeinde daran liegt, dass es in Zukunft keinen Ärger mehr mit den Jugendlichen gibt und die Bergwacht auf neue Mitglieder hofft, werden allein von dem Sozialpädagogen – neben dem allgemeinen Anliegen, rechtsextremen Kräften im Ort entgegenzuwirken – die pädagogischen Ziele formuliert. Aus einer hierarchisch strukturierten, informellen Skinhead-Clique soll eine demokratisch orientierte, offene Jugendgruppe werden. Für die einzelnen Jugendlichen heißt das, sie sollen über neue Kompetenzen und Aufgaben neues Selbstvertrauen gewinnen und schließlich eine neue Identität als Bergsteiger, Kletterer und Helfer aufbauen, die sich nicht länger mit rechtsextremer Ideologie vereinbaren lässt. Der Pädagoge nennt als seine übergeordneten Ziele eine Erziehung zu Vernunft, Einsicht und Menschlichkeit. Die Gruppenstunden und weiteren Aktivitäten beziehen deshalb die Vermittlung von Normen ein, die zur Bergwachtarbeit gehören, z.B. die grundsätzliche Bereitschaft, Menschen zu helfen, ganz unabhängig von deren Herkunft. Zur Ausbildung als Bergretter und Bergsteiger gehört das Einüben einer Bergsteigerethik, dies bedeutet u.a. ein Interesse daran, Natur zu erfahren und zu erhalten, Solidarität und Zuverlässigkeit sowie Internationalität einer grenzüberschreitenden Bergsteigergemeinschaft.

7.3 Angebote und Arbeitsweise

Das Projekt beruht im Wesentlichen auf klassischer Gruppenarbeit eines Jugendverbandes in Verbindung mit erlebnispädagogischen Elementen: Die Integration der Einzelnen soll im Rahmen eines reflektierten und erst geleiteten, dann selbst organisierten Gruppenprozesses geschehen, in der die Gruppe selbst als Beziehungsangebot verstanden wird. Umgesetzt wurde dies durch regelmäßige wöchentliche, verbindliche und im Ablauf strukturierte Treffen in der Gruppe, verbunden mit einem eigenem Gruppenraum. Ein wichtiges Element der Gruppenarbeit ist außerdem die gemeinsame Bergwachtluft, sie soll den Identifizierungsprozess und das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem (internationalen) Verband stärken.

Das soziale Lernen in der Gruppe sollte vor allem durch gemeinsame Erlebnisse gestärkt werden, dazu gehörten Aktivitäten wie z.B. Klettern und Schneewandern, die den Interessen der Jugendlichen entgegenkommen und gleichzeitig geeignet sind, Kompetenz und Beteiligung zu erfahren, aber auch verantwortliches Agieren erfordern. Die begleitenden Gespräche, Reflexionen und Feed-backs waren darauf angelegt, Kommunikation und Kritikfähigkeit zu fördern, schließlich sollte so ein Transfer der neuen Erfahrungen in den Alltag der Jugendlichen ermöglicht werden. Außerdem versuchte der Pädagoge als Gruppenleiter nicht nur den Gruppenprozess aktiv zu begleiten und auch in der Gruppe zu reflektieren, sondern zudem die Gruppenstrukturen durch die Initiierung und Steuerung von Konflikten und Entscheidungsprozessen aktiv zu beeinflussen.

Als ausgebildeter Bergführer wollte er die Jugendlichen anspornen, nicht nur aktiv in der Bergwacht mitzuhelfen, sondern selber eine Ausbildung als Bergretter zu beginnen, womit für die betroffenen Gruppenmitglieder aus der eher freizeitorientierten Beschäftigung eine ernsthafte Aufgabe wurde. Da die Ausbildungen und Prüfungen als Sanitäter und Bergwächter langwierig und aufwändig sind, was den Jugendlichen anfangs kaum im vollen Maße bewusst war, kam es darauf an, die Jugendlichen immer wieder zu motivieren, die Anforderungen Schritt für Schritt zu bewältigen. Diese Mischung aus Gruppenarbeit, regelmäßigen Übungen und größeren Fahrten/Events in den Ferien – vor allem in die Alpen und andere Hochgebirge – wurde deshalb auch im weiteren Verlauf der Projektarbeit beibehalten. Neben den eher mühsamen Phasen der Ausbildung sollte es immer wieder neue Highlights als Anreiz und Herausforderungen geben – z.B. die Teilnahme an Wettbewerben oder die Ausbildung am Motorschlitten für die Winterrettung.

7.4 Erfahrungen und Erträge

Die Jugendlichen waren zu Beginn des Projekts offen für neue Angebote und Freizeitaktivitäten. Der Pädagoge trat in dieser Situation als Kletterer und Bergsteiger an sie heran, der ihnen etwas beibringen will und kann – und außerdem einen neuen Treffpunkt bietet, zu dem er sie einlädt. So gab es sehr schnell erste Gelegenheiten für die Jugendlichen, selbst das Klettern auszuprobieren und auch den Vorschlag, eine Floßfahrt

in Tschechien durchzuführen. Mit der Planung und Durchführung dieser gemeinsamen Fahrt – die für die meisten Jugendlichen auch gleichzeitig der erste Auslandsaufenthalt war – wurden erste Verbindlichkeiten geschaffen. Im Anschluss gab es eine grundsätzliche Bereitschaft bei der Mehrheit der Clique, sich regelmäßig zu treffen und auch formal eine Bergwachtgruppe zu werden. Die Treffen der Gruppe fanden in der Bergwachthütte statt, was den Nebeneffekt hatte, dass dort Rauchen verboten und Trinken nur in Maßen gestattet war, dies wurde auch von den Jugendlichen akzeptiert. Zu Beginn gab es durch den Pädagogen klare Reglementierungen bezogen auf Alkohol, das Hören von rechter Musik etc., die später nicht mehr nötig waren, weil sich die Gewohnheiten und Interessen der Jugendlichen verändert hatten.

Politische Themen und explizite Auseinandersetzungen über die rechte Weltanschauung der Jugendlichen spielten in der Gruppenarbeit nach den Schilderungen des Pädagogen nur eine untergeordnete Rolle. Ihm selber ging es zwar einerseits darum deutlich zu machen, dass er die ‘rechten’ Einstellungen der Jugendlichen nicht teilte, andererseits wollte er den vorherrschenden Einteilungen der Jugendliche in ‘Rechte und Linke’ aber auch grundsätzlich entgegenwirken und deutlich machen, dass er sich vor allem als Bergsteiger versteht. Abstrakte politische Diskussionen erschienen ihm eher fruchtlos und nicht passend für ihn. Dagegen hat es sich aus seiner Sicht bewährt, politische Einstellungen anhand konkreter Anlässe und Konflikte und bei den regelmäßigen gemeinsamen Reflexionen zu besprechen. Diese ergaben sich vor allem bei den Fahrten und internationalen Treffen, die ebenfalls einen wichtigen Teil der Projektarbeit darstellen. Die Fahrten ins Ausland und die Erfahrung, dort als Skin auf große Ablehnung zu stoßen (z.B. Kinder, die Steine werfen, große Skepsis bei den anderen Bergsteigern in internationalen Camps), gaben seiner Ansicht nach für die Jugendlichen Anlass über ihr Auftreten nachzudenken. Solche Ereignisse und Erlebnisse wurden jeweils abends (am Lagerfeuer) gemeinsam reflektiert und besprochen. Das wesentliche Thema war dabei die deutsche Geschichte, vor allem der Nationalsozialismus und die historischen Erfahrungen der Nachbarländer. Vor allem der Wunsch, selbst anerkanntes Mitglied in einer internationalen Bergsteigergemeinschaft zu werden, schien das verbliebene Skin-Outfit und Selbstbild in Frage zu stellen.

Als zentral für die pädagogische Arbeit erwiesen sich die Herausforderungen und Grenzerfahrungen, die vor allem mit dem Klettern und Bergsteigen verbunden sind. Alte Gruppenhierarchien galten beim Klettern nicht mehr – so ist der Stärkste oder Lauteste nicht der Beste beim Klettern, mit Springerstiefeln ist man grundsätzlich falsch ausgestattet und die vermeintlich schwächeren Mädchen sind oft besonders geschickt und schnell. Rettungsübungen, Gletscherwanderungen, Abseilen etc. lassen sich nur in verlässlichen und disziplinierten Teams bewältigen, wobei es dem Pädagogen darauf ankam, die Jugendlichen möglichst selbständig agieren zu lassen und nur in Notfällen einzugreifen.

Die äußeren Bedingungen waren somit oft hilfreich, um Prozesse anzustoßen: Auf einer Floßfahrt z.B. können keine Musikanlagen mitgenommen werden, so dass das Abspielen der üblichen lauten Musik mit ihren teilweise menschenverachtenden Texten entfiel. Außerdem brachten die Anforderungen der Ausbildung und etwaige Rufbereitschaft in Notfällen notwendigerweise eine Umstellung des Lebensstils mit sich: Sportliches Training, um fitter zu werden, ein striktes Alkoholverbot im Bereitschaftsdienst und insgesamt weniger Zeit zum ‘Rumhängen’ in der Clique. Dies führte insgesamt in relativ kurzer Zeit zu

starken Veränderungen im Freizeitverhalten und in der Lebensführung der Jugendlichen.

Die Ausbildungen für die Bergrettung oder als Sanitäter etc. erstreckten sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Einzelne Jugendliche waren aber gleich zu Beginn der Gruppenarbeit wieder abgesprungen, auch die wenigen Mädchen, die am Anfang noch beim Klettern gern dabei waren, schlossen sich nicht kontinuierlich der Gruppe an. Von den verbliebenen Jugendlichen absolvierten einige allerdings nicht nur die Grundausbildung, sondern versuchten selber Bergführer und Ausbilder zu werden. Es ist also im Rahmen des Projekts gelungen, eine arbeitsfähige Bergwachtjugendgruppe mit 15 Mitgliedern ins Leben zu rufen, die mit voranschreitender Ausbildung und Engagement auch Anerkennung vonseiten der Erwachsenen im Ort bekommen hat, die die Jugendlichen vorher als öffentliches Problem ansahen. Einen besonderen Anreiz bot auch die Skepsis der erwachsenen Bergwachtleute, ob gerade diese Jugendlichen geeigneten Nachwuchs darstellen und sie überhaupt in der Lage sein würden, die Ausbildung zu bewältigen und durchzuhalten. Dies unter Beweis zu stellen gelang den Jugendlichen recht gut – so sind sie z.B. erfolgreich bei Wettkämpfen gegen erfahrene Bergwachtmannschaften angetreten. Die neuen Qualifikationen und Kompetenzen wurden den Jugendlichen auch in Form von Prüfungen, Zeugnissen und Nachweisen bestätigt.

7.5 Begleitung und Dokumentation

Eine fachliche oder wissenschaftliche Begleitung des Projektes hat nicht stattgefunden. Auch eine Evaluation gab es nicht. Inwieweit es im Einzelnen tatsächlich gelungen ist, den Jugendlichen 'neue' Werte und demokratische Strukturen zu vermitteln und nicht einfach ein autoritäres Weltbild durch ein anderes ersetzt wurde, lässt sich ohne Evaluation kaum nachweisen. Der Pädagoge nimmt die praktischen Veränderungen und die faktische Bedeutung der Bergwachtarbeit für die Jugendlichen als Hinweis, dass auch eine Übernahme der Werte und grundlegende Veränderungen der Einstellungen stattgefunden haben. Aber auch dies ist nicht dokumentiert oder in schriftlichen Berichten festgehalten. Es existiert lediglich eine umfangreiche Sammlung von Dias und ein Video, mittels derer einzelne Maßnahmen und Aktionen anschaulich dargestellt werden bzw. erläutert werden können. Außerdem gibt es einige Artikel des Pädagogen, in die die geschilderten Erfahrungen eingeflossen sind und die sich mit den Möglichkeiten der Gruppenarbeit und der Erlebnispädagogik sowie mit dem Klettern als Methode auseinandersetzen.

7.6 Abschließende Einschätzung

Das geschilderte Projekt ist von seinen Bedingungen und seiner Durchführung her voraussetzungsvoll und stark an die Person des Pädagogen gebunden. Seine Bedeutung liegt

vor allem darin, dass Jugendliche auf ehrenamtlicher Basis in verbandliche Strukturen integriert worden sind. Das Interesse der Jugendlichen an herausfordernden körperlichen Aktivitäten und Abenteuern in der Natur wird außerdem umfassend aufgegriffen. Die eher disziplinierenden, traditionellen Strukturen der Bergwacht werden genutzt, um den Jugendlichen Halt und Orientierung zu geben – dabei wird versucht, autoritäres Denken und hierarchische Unterordnung durch demokratische Orientierung und fortschreitende Partizipation zu ersetzen. Ob dies in jedem Fall gelungen ist, kann hier nicht beurteilt werden. Sicher war die Gruppe und die neue Aufgabe für die Jugendlichen auch deshalb attraktiv, weil die ‘Bergsteigerwelt’ trotz aller Gruppenpädagogik eine eher männlich geprägte Domäne ist, in der feste Strukturen und Weltbilder eine gewisse Tradition besitzen. Der Versuch erscheint uns aber bemerkenswert, weil es eine zentrale Herausforderung für Praktikerinnen und Praktiker darstellt, erst einmal die Interessen der Jugendlichen ernst zu nehmen, zu berücksichtigen und angemessene Angebote für sie zu entwickeln – so wären diese Jugendlichen zuerst wohl schwerlich für ein Seminar der politischen Bildung oder einen Tanzkurs zu interessieren gewesen. Andererseits darf Jugendarbeit aber nicht zum opportunistischen Dienstleister werden, der in der Gefahr steht, allen Wünschen der Jugendlichen entgegen zukommen und dabei ihre Einstellungen verharmlost werden. In diesem Fall wird versucht, mit einer klaren Wertorientierung dieser Gefahr zu begegnen.

Ein begünstigender Faktor für die geschilderten Entwicklungen ist sicher der Umstand, dass die Jugendlichen relativ jung und wenig ideologisiert waren. Auch sind sie weniger eine klar abgegrenzte, rechtsextrem orientierte und gewaltbereite Skinclique, wie sie in größeren Städten anzutreffen sind, sondern eher als ‘Dorfjugend’ zu verstehen. Einige der Jugendlichen gingen auf weiterführende Schulen und studieren inzwischen. Zwei der Jugendlichen – allerdings gerade die eher auffälligeren, schwierigen – sind wieder abgesprungen; sie waren eventuell auch durch die Anforderungen der Ausbildung überfordert. Für den Pädagogen gab es nicht die Möglichkeit, mit ihnen in anderer Form weiterzuarbeiten – in diesem Fall fiel die Entscheidung, sich auf diejenigen zu konzentrieren, die dabei bleiben wollten und konnten. Auch ein adäquates Mädchenangebot ließ sich nicht realisieren, dies lässt sich wohl auch dadurch erklären, dass nur punktuell Frauen als Begleiterinnen zu größeren Aktionen hinzukamen, aber der Pädagoge in der Regel allein gearbeitet hat und eine weibliche Ansprechperson fehlte. Eventuell lag es aber auch daran, dass das langfristige Interesse der Mädchen – trotz erster guter Erfolge beim Klettern – an der männlich geprägten Gruppe und Bergwachtarbeit nicht ausreichte.

Die Tatsache, dass sich nach dem Weggang des Pädagogen die Gruppe nach einiger Zeit aufgelöst hat und auch die Weiterarbeit mit nachkommenden Jugendlichen eher schwierig verläuft, weist darauf hin, dass die Ablösung des Pädagogen als Teamer und zentraler Ansprechpartner wenig geglückt ist. Zwar ist es nicht ungewöhnlich, dass sich Jugendgruppen verändern oder sich auch irgendwann wieder auflösen; angestrebt ist aber eigentlich ein Hereinholen von Jüngeren und ein fließender Generationsübergang bei der Gruppenleitung, der in diesem Fall nicht erreicht wurde. Dies könnte durchaus darauf hinweisen, dass die Gruppe zu sehr auf eine Leitungsperson fixiert war und die angestrebte Selbstorganisation nicht wirklich realisiert wurde. Vor allem wurde aber vonseiten des Verbandes versäumt, eine professionelle – wenn auch neben- oder ehrenamtliche – Begleitung und Unterstützung der Gruppe für die weitere Arbeit zu gewährleisten.

Inwieweit es im Rahmen des Gruppenprozesses und der Integration in den Verband tatsächlich gelungen ist, die Partizipation der Jugendlichen im Sinne von selbstorganisierter Jugendarbeit umzusetzen – und eventuell auch die Bergwacht selber dabei zu verändern – bleiben an dieser Stelle offene Fragen.

8 Erlebnispädagogische Kurzzeitmaßnahme

Das Projekt organisiert mehrtägige Fahrten auf einem Segelschiff, an denen Jugendliche aus unterschiedlichen Gruppierungen teilnehmen.

8.1 Struktur und Entwicklung des Projekts⁸

Das Projekt wurde in einer Küstenstadt entwickelt, in der es über Jahre hinweg immer wieder zu gewalttätigen Konflikten zwischen verschiedenen Jugendgruppen kam, die ansonsten keine Kontakte zueinander unterhalten. Begonnen wurde mit dem Projekt im Jahr 2000 auf Initiative des örtlichen Präventionsrates; getragen wird das Projekt von einem Verein, der Kriminalprävention fördert. Kooperationspartner ist vor allem das örtliche Jugendamt, dessen Sozialarbeiter die pädagogische Arbeit des Projekts leisten. Finanziert wird die Maßnahme aus Landesmitteln (Präventionsrat) und aus kommunalen Geldern (Jugendamt). Außerdem wird von den beteiligten Jugendlichen eine Eigenbeteiligung (50,- DM bzw. ein entsprechender Betrag in Euro) beigesteuert. Zwischen 2000 und 2002 wurden auf dieser Grundlage jährlich ein bis zwei 3- bzw. 5-tägige Fahrten auf einem Segelschiff durchgeführt, an denen jeweils zwischen 11 und 30 Jugendliche teilnahmen. Pädagogisch begleitet wurden die Fahrten von drei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern des Jugendamtes. Die seemännische Verantwortung für die Fahrt liegt beim Kapitän des Segelschiffs und seiner 5- bis 7-köpfigen Crew, die sich aus Freiwilligen zusammensetzt, die für eine begrenzte Zeit auf dem Schiff anheuern.

Die erste Segelfahrt wurde durch eine Studentin filmisch begleitet und in Form eines 15-minütigen Videofilms dokumentiert. Für die späteren Fahrten entschied sich das Projekt für eine Erweiterung der medialen Begleitung durch einen Filmdienst, der eine Fahrt mit einem 3-köpfigen Team begleitete. Im Rahmen weiterer Fahrten soll die mediale Begleitung weiter ausgebaut werden, d.h. die filmische Begleitung soll zusammen mit Jugendlichen vorbereitet und realisiert werden. Im Vorfeld wurde der Schwerpunkt dieses Filmprojekts – das im Rahmen des Programms Xenos finanziell gefördert wird – verschoben: Jugendliche drehen selbst Videofilme über ihren Alltag, in dem die Segelfahrt nicht im Mittelpunkt steht. Für das Segelprojekt wird es über das Jahr 2002 hinaus wahrscheinlich keine Fortsetzung geben, allerdings sollen einige Jugendliche aus dem Segelprojekt im Filmprojekt mitarbeiten, dessen Finanzierung für einige weitere Jahre gesichert ist.

⁸ Die Informationen über das Projekt stammen aus verschiedenen Gesprächen: Eines mit einer Vertreterin des Trägervereins, zwei Gespräche mit einer der beteiligten Sozialarbeiterinnen, die im Abstand von neun Monaten geführt wurden und eines mit dem Leiter des Filmprojekts, in welches das Segelprojekt allmählich einmündet. Darüber hinaus wurde ein Drehtermin im Filmprojekt beobachtet, bei dem zwei der mitsegelnden Jugendlichen aktiv waren.

8.2 Ziele und Zielgruppen der Projektarbeit

Das Projekt richtet sich an Jugendliche, die möglichst unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft sind sowie konträre Einstellungen und Positionen vertreten. Konkret sollen links-autonom orientierte und rechts- bzw. rechtsextrem eingestellte Jugendliche sowie junge Aussiedler gewonnen werden, zwischen denen es vor Ort bereits zu Konflikten gekommen ist. Angehörige dieser Jugendkulturen sollen zu gleichen Teilen an der Fahrt beteiligt werden, wobei auch darauf geachtet wird, je zur Hälfte junge Frauen bzw. junge Männer zu erreichen. Nach Möglichkeit soll versucht werden, ältere Jugendliche zu erreichen, d.h. über 16- oder über 18-Jährige, deren Einstellungen bereits verhärtet sind. Indem diese Jugendlichen für einige Tage gemeinsam auf einem Segelschiff – auf engstem Raum und unter besonderen Bedingungen – leben und arbeiten, soll ihnen die Möglichkeit genommen werden, sich aus dem Weg zu gehen und Kontakte sowie Vorbehalte nur innerhalb der eigenen Clique zu entwickeln bzw. zu pflegen. Das Projekt soll dadurch, dass Vertreter der unterschiedlichen Gruppierungen miteinander konfrontiert werden und auch zur Kooperation gezwungen sind, dazu beitragen, dass die latenten Konflikte zwischen den Jugendgruppen am Ort, die gelegentlich gewaltförmig eskalieren, überwunden werden können.

8.3 Angebote und Arbeitsweise

Angeboten wurden jedes Jahr – das heißt 2000 bis 2002 – eine 3-tägige Segelfahrt auf der Ostsee für bis zu 30 Jugendliche. Darüber hinaus wurden 2001 und 2002 je eine 5-tägige Wiederholungsfahrt für diejenigen angeboten, die im Jahr zuvor an der 3-tägigen Fahrt teilgenommen hatten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden gezielt – z.B. im Rahmen von Freizeiteinrichtungen oder Bildungsmaßnahmen – gesucht und angesprochen, um die angestrebte heterogene Zusammensetzung der Gruppe zu gewährleisten. Die angesprochenen Jugendlichen wurden in Einzelgesprächen über die Bedingungen und Abläufe der geplanten Fahrten informiert und auch darüber, wer aus den verschiedenen Szenen schon gefragt wurde bzw. sich zur Beteiligung entschlossen hat. Dabei wurde auch besprochen, dass an Bord weder Waffen noch Alkohol erlaubt sind.

Vor allem die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter waren es, die die Fahrt in der beschriebenen Weise vorbereiteten und auch für ein Rahmenprogramm sorgten. An Bord nahmen jedoch dann der Kapitän und seine Crew 'das Heft in die Hand', so dass die durch die Sozialarbeiter geplanten gruppenspezifischen Übungen und Angebote nicht stattfanden. Die Tage an Bord waren durch die Erfordernisse der Schiffsführung und durch das Wetter bestimmt. Die Jugendlichen wurden cliquenübergreifend zu Wachen eingeteilt, um die Stammbesatzung bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Wenn Jugendliche unzuverlässig waren bzw. sich nicht an die Arbeitsteilung hielten, konnte dies dazu führen, dass das Schiff vom Kurs abkam oder sich erhebliche Verzögerungen ergaben. In solchen Fällen er-

lebten die Jugendlichen, wie die verantwortlichen Crew-Mitglieder gerügt wurden und teilweise wurde aus den Reihen der Jugendlichen selbst wohl auch erheblicher Druck auf die unzuverlässigen Mitfahrer ausgeübt.

Im Rahmen des Projekts kommt dem Kapitän offenbar auch in pädagogischer Hinsicht eine besondere Rolle zu. Dies verdeutlichen zwei Vorfälle, die eine begleitende Sozialarbeiterin von zwei verschiedenen Fahrten berichtet.

Eines Abends, nachdem das Segelschiff vor Anker gegangen war, äußerten sieben Jugendliche den Wunsch, mit dem Beiboot an Land zu rudern, um dort alkoholische Getränke, Zigaretten und Schokolade einzukaufen. Der Konsum alkoholischer Getränke widersprach den zuvor vereinbarten Regeln und war deswegen nicht Bestandteil der normalen Verpflegung, ebenso wenig wie Zigaretten und Schokolade, die an Bord auch sonst niemand zur Verfügung hatte. Im Rahmen der seemännischen Einführung waren die Jugendlichen zuvor außerdem darüber informiert worden, dass es nur in Notfällen zulässig sei, mit dem Beiboot an Land zu rudern. Der mit erheblicher Vehemenz vorgetragene Wunsch der Jugendlichen widersprach damit in mehrfacher Hinsicht den Regeln dieser Segelfahrt. Dem Kapitän oblag es, in dieser Situation über das Ansinnen der Jugendlichen zu entscheiden. Er sprach weder ein Verbot aus noch ließ er sich auf Diskussionen ein, sondern gestattete den 'Ausflug' grundsätzlich, bestand „aus Gründen der Sicherheit“ allerdings darauf, dass die Ausflügler in wiederholten Manövern den Umgang mit Schwimmwesten einüben. Diese „notwendige Sicherheitsübung“ war erst dann abgeschlossen, als der Kapitän davon ausgehen konnte, dass die Jugendlichen im nächsten Geschäft erst ankommen würden, wenn dies bereits geschlossen ist. So geschah es dann auch: Die Jugendlichen ruderten an Land, fanden geschlossene Läden vor und mussten unverrichteter Dinge zurückrudern. In den Augen der Sozialarbeiterin, die diesen Vorfall berichtete, war es bemerkenswert, dass die Jugendlichen relativ kleinlaut an Bord zurückkamen, so recht niemandem die Schuld dafür geben konnten, dass sie ihr Ziel nicht erreicht hatten und im anschließenden Gespräch den Vorfall produktiv verarbeiteten – etwa in dem Sinne, auf hoher See sei es schließlich auch nicht möglich, mal eben an Land zu rudern, um sich mit Genussmitteln einzudecken.

Auch in einem zweiten Vorfall entschied sich der Kapitän, auf Verbote und Diskussionen zu verzichten.

Ein junger Mann, der sich bereits verschiedentlich nicht an den Pflichten beteiligt hatte, die an Bord arbeitsteilig erledigt werden mussten und aus seiner Unzufriedenheit mit der Fahrt kein Hehl machte, hatte sich zu einer Mahlzeit auf den Platz des Kapitäns gesetzt. Die Hinweise der Crew, er sitze auf dem Platz des Kapitäns, ignorierte der junge Mann achselzuckend. Der Kapitän hat dann, als er den Raum betrat, explizit registriert, dass sein Platz besetzt ist, diese Besetzung ausdrücklich als „in Ordnung“ bezeichnet, aber daraus eine Verschiebung der Aufgaben abgeleitet: Er selbst könne sich jetzt ja wie einer der Jugendlichen verhalten, während der Besetzer die Kapitänspflichten zu erfüllen habe, d.h. jetzt bald in den Kartenraum

gehen und den Kurs bestimmen müsse. Ohne weitere Diskussionen habe daraufhin der Besetzer den Platz des Kapitäns innerhalb kürzester Zeit wieder freigegeben und sei auch während der weiteren Fahrt nicht mehr auffällig geworden.

Nach den Fahrten wurden von den Veranstaltern verschiedene Gelegenheiten angeboten, um die Kontakte zwischen den beteiligten Jugendlichen zu intensivieren und zu vertiefen: Die bei den Fahrten gedrehten Videofilme wurden vorgeführt und man trifft sich zum Bowlingspielen.

8.4 Leistungen und Erträge der Projektarbeit

Im Vorfeld der Fahrten erwies es sich als schwierig, die gewünschte Zielgruppe zu erreichen. Um die 30 Jugendlichen für die erste Fahrt zu gewinnen, war es notwendig, insgesamt 80 Vorgespräche zu führen. Besonders bei den Jugendlichen, die der rechtsextremen Jugendszene nahe standen bzw. angehörten, gab es im Vorfeld viel Bewegung, d.h. Jugendliche, die sich zunächst beteiligen wollten, sagten dann doch ab. Dabei zeigte sich, dass es für die Jugendlichen von großer Bedeutung war, wer sich bereits zur Beteiligung bereit erklärt hatte – vor allem aus dem jeweils ‘eigenen Lager’. Nicht erreicht werden konnten Jugendliche, die in der rechten Szene eine Führungsposition innehaben oder deren Haltung als besonders extrem bezeichnet werden konnte – wie es von den Veranstaltern eigentlich angestrebt war. Zumindest bei der ersten Fahrt waren – wie geplant – je 10 Jugendliche aus links-autonomen, rechtsorientierten und Aussiedlerkreisen beteiligt, insgesamt 15 Mädchen und 15 Jungen im Alter zwischen 16 und 22 Jahren.

Im Verlauf der Fahrten wurden verschiedene positive Entwicklungen registriert. Nach teilweise heftigen Diskussionen und Konflikten über die Arbeitsteilung – die vor allem auch unter den Jugendlichen ausgetragen wurden – hat es die gesamte Gruppe geschafft, so zusammenzuarbeiten, dass man miteinander auskam und dass die auf dem Segelschiff notwendigen Abläufe reibungslos funktionierten. Unsachgemäß ausgestattete Jugendliche haben in Situationen, in denen sie Probleme hatten, Hilfe und Solidarität von anderen erfahren. Einzelne Jugendliche begannen, das eigene Outfit (u.a. Springerstiefel) als ungeeignet zu erkennen und abzulegen. Dies ging mitunter damit einher, dass sie sich für neue Angebote öffneten, z.B. dadurch, dass sie sich bei Angst oder Problemen an die Sozialarbeiter wendeten. Andere hatten die an Bord geltenden Regeln zunehmend verstanden und akzeptiert, wozu der Kapitän mit seinen Interventionen und seinem Führungsstil wohl maßgeblich beigetragen hat. Für einzelne Momente wurde ein kollektives Glücksgefühl beschrieben, dass es auch für die rechten Jugendlichen überflüssig machte, den heimlich mitgeführten Alkohol zu trinken.

Direkt nach der Fahrt hat es bei den Teilnehmern zunächst ganz unterschiedliche Reaktionen gegeben: Von Euphorie, dem unbedingten Wunsch, bald wieder mitzufahren oder auf dem Schiff sogar anzuheuern, bis hin zu Klagen und der Erklärung, sich nie wieder so einer Strapaze auszusetzen. Einzelne Jugendliche, die auch bei Präsentationen des

Projekts aktiv beteiligt waren, indem sie z.B. Presseinterviews gaben, haben wohl auch Steigerungen des Selbstwertgefühls erlebt. Die nachträglichen Veranstaltungen für die gesamten Gruppen, vor allem die Filmvorführungen, waren wichtige Gemeinschaftserfahrungen.

Hinsichtlich der mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Fahrten werden unterschiedliche Eindrücke berichtet: Teilweise haben sich im Nachhinein neue Kontakte und Freundschaften zwischen Teilnehmern entwickelt, teilweise können aber auch keine neuen Entwicklungen festgestellt werden. Speziell bei den Teilnehmern, die aus einem rechtsextremen Umfeld stammen, entstand der Eindruck, dass sie sich nach den Fahrten zumeist in ihre Cliquen zurückziehen und sich weiteren Erfahrungen mit den anderen Jugendlichen verschließen. Lediglich in Einzelfällen haben sich dauerhaftere und stabilere Kontakte zu einer der begleitenden Sozialarbeiterinnen entwickelt, der gegenüber dann auch Unzufriedenheit mit dem rechten Freundeskreis und dessen Verhalten artikuliert wurde sowie erste Anzeichen für Umorientierungen gezeigt wurden. Dementsprechend war bisher auch keiner der rechtsextrem orientierten Jugendlichen bereit, sich an einer der 5-tägigen Wiederholungsfahrten zu beteiligen – bei einigen konnte sogar konstatiert werden, dass sie inzwischen noch stärker in die rechte Szene integriert sind oder im Zusammenhang mit Straftaten Gefängnisstrafen verbüßen. Auch von den Aussiedlerjugendlichen war keiner bereit, sich an einer Wiederholungsfahrt zu beteiligen, was vor allem mit Bedenken der Eltern begründet wurde. Die Wiederholungsfahrt konnte daher nur mit einer homogenen Gruppe links-alternativer Gymnasiasten durchgeführt werden. Dadurch, dass sich auch die Rekrutierung von Teilnehmern für die neuen 3-tägigen Fahrten schwierig gestaltete, gewannen die Sozialarbeiter den Eindruck, dass die bisherigen Segelfahrten innerhalb der verschiedenen Jugendszenen nicht die gewünschte Breitenwirkung und Bekanntheit entfalten konnten.

Durch eine der begleitenden Sozialarbeiterinnen werden die bisherigen Fahrten als zu kurz eingeschätzt: In wenigen Tagen sei es offenbar nicht möglich, die gewünschten Konfrontationen und Klärungen zwischen Jugendlichen aus unterschiedlichen Kontexten anzuregen und zu realisieren. Außerdem sei es in diesen Zeiträumen auch nicht möglich, sich und die anderen unter extremen Bedingungen zu erfahren u.a. auch deswegen, weil immer noch Land in Sichtweite ist. Vor diesem Hintergrund wird seitens der Pädagoginnen und Pädagogen ein skeptisches Zwischenfazit gezogen: Man habe sich verschiedentlich an schönen Bildern und Eindrücken berauschen können, doch die geplante Integration Jugendlicher aus unterschiedlichen Kontexten habe bisher nicht realisiert werden können.

8.5 Begleitung und Dokumentation

Das Projekt wurde im Rahmen verschiedener Fachveranstaltungen und Presseberichte präsentiert, sowohl durch Pädagogen als auch durch einzelne der beteiligten Jugendlichen. Eine schriftliche Dokumentation oder Evaluation des Projekts liegt nicht vor. Allerdings wird das Projekt durch Videofilme visuell dokumentiert, die im Verlauf des Projekts an

Bedeutung gewonnen haben und zum eigentlichen Schwerpunkts entwickelt wurden (vgl. den Absatz Struktur und Entwicklung des Projekts). Nachdem die Jugendlichen bei den ersten Fahrten lediglich diejenigen waren, über die ein Videofilm gedreht wurde, sollen sie in Zusammenarbeit mit Fachleuten in Zukunft die Filme eigenverantwortlich planen, selbst hinter der Kamera stehen und auch die technische Bearbeitung des Filmmaterials durchführen. Die auf diese Weise erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen werden ihnen schriftlich zertifiziert und sollen ihnen zu größerem Selbstbewusstsein und besseren beruflichen Chancen verhelfen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass das Filmprojekt personell nur schwach mit dem Segelprojekt verbunden werden kann, d.h. es sind vor allem Jugendliche, die selbst nichts mit dem Segelprojekt zu tun haben, die sich am Filmprojekt beteiligen.

8.6 Abschließende Einschätzung

Die Schilderungen zum Projekt erwecken den Eindruck, dass die Segelfahrten für die einzelnen Jugendlichen und für die gesamten Gruppen wichtige Erlebnisse waren. Für die Jugendlichen waren sie mit neuen Erfahrungen verbunden, sowohl hinsichtlich der Seefahrt als auch bezüglich des sozialen Miteinanders in diesem besonderen Kontext. Die intensive Einbindung in das Leben auf einem Segelschiff und die spürbare Verantwortung für dessen Funktionieren sowie die Erfahrung von Grenzen, die durch die Natur und die Abläufe an Bord gesetzt werden, haben möglicherweise dazu beigetragen, dass die alltäglichen Reibereien und Konflikte mit Sozialarbeitern und Eltern für einen kurzen Zeitraum als relativ unbedeutend und überwindbar erlebt wurden. Eine Bedingung hierfür war die offenbar glückliche Hand des Kapitäns, der die den Jugendlichen vertraute Personalisierung von Interessenkonflikten erfolgreich vermieden hat.

In wenigen Einzelfällen scheinen die Segelfahrten für Jugendliche auch Ansatzpunkte für dauerhaftere und vertiefte Beziehungen zu anderen Jugendlichen und zu Sozialarbeitern zur Verfügung gestellt zu haben, die sich erst nach den Fahrten entwickelt haben. Für das Gros der beteiligten Jugendlichen werden im Kontext des Projekts allerdings nicht solche konkreten Entwicklungen berichtet. Nur eine Minderheit der Jugendlichen, wozu keiner der rechtsorientierten Jugendlichen gehörte, hat sich bislang auf eine Wiederholungsfahrt eingelassen. Auch die sozialen Beziehungen zwischen den örtlichen Jugendlichen konnten durch die Segelfahrten augenscheinlich nicht erkennbar modifiziert werden.

Eine der begleitenden Sozialarbeiterinnen hat die Vermutung geäußert, dass die ausgebliebenen Veränderungen mit der zu geringen Konfrontationsintensität und den nicht ausreichend extremen Bedingungen der Fahrten zusammenhängen. Aus unserer Sicht erscheint es dagegen grundsätzlich fraglich, ob die im Alltagsleben gewachsenen und verwurzelten Haltungen, Verhaltensweisen und Konstellationen durch zeitlich begrenzte und räumlich ausgelagerte Erfahrungen in Ausnahmesituationen produktiv verändert werden können. Es bedürfte diesbezüglich vermutlich geeigneter Vor- und Nachbereitungen, die den Transfer der Ausnahmeerfahrungen ins Alltagsleben erleichtern. So könnte es wichtig

sein, die Erfahrungen der Segelfahrt zu thematisieren und gegensätzliche oder ähnliche Erfahrungen im Alltag der Jugendlichen (Familie, Schule, Berufsausbildung, Freundeskreis, Partnerschaft) anzusprechen und zu bearbeiten. Solange es nicht möglich oder erstrebenswert erscheint, den Jugendlichen ein völlig neues soziales Umfeld zu bieten, müsste auch nach Wegen gesucht werden, die daheim gebliebenen Angehörigen der Jugendcliquen in die durch die Segelfahrt angeregten Entwicklungen einzubeziehen. Ohne entsprechende Flankierung bleibt den beteiligten Jugendlichen nach ihrer Rückkehr in den 'Heimathafen' – neben der sozialen Isolation – vermutlich nur die Option der bedingungslosen Akzeptanz ihrer alten Cliquen. Die Fragen, welche Impulse pädagogische Kurzzeitmaßnahmen für weitergehende Entwicklungsprozesse geben können und welche Bedingungen dabei gegeben sein müssen, können letztlich allerdings nur im Rahmen konkreter Evaluationen beantwortet werden.

9 Trainingskurs

Bei dem dargestellten Projekt handelt es sich um Trainingskurse mit rechtsorientierten und rechtsextremen, gewaltbereiten Jugendlichen, die dem Träger durch gerichtliche Auflagen zugewiesen werden.

9.1 Struktur und Entwicklung des Projektes⁹

Das Projekt ist angesiedelt bei einem großen freien Träger in einer mittelgroßen Stadt in den neuen Bundesländern. In der Zentrale des Trägers befindet sich auch das Büro des Projektes und allgemeine Beratungs- und Seminarräume, die genutzt werden können.

Ein männlicher Sozialpädagoge und eine weibliche Sozialpädagogin haben das Angebot entwickelt und führen es im Team durch. Entstanden ist es im Rahmen eines sozialpädagogischen Programms, das sich mit unterschiedlichen Trainingsmodulen und Angeboten an jugendliche Straftäter richtet. Dies sind vor allem gewaltbereite/auffällige Jugendliche, die nach §10 JGG bzw. §§29 und 30 KJHG mit Auflagen und Betreuungsweisungen vermittelt werden. Es werden Kurse und auch Einzelbetreuungen durchgeführt. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch die Kostenübernahme des öffentlichen Trägers.

Ein zentrales Element des Programms ist ein einwöchiges Anti-Gewalt-Training, das jugendliche Gewalttäter mit ihrer Tat und den Folgen für die Opfer konfrontiert. Insbesondere zielt dieses Training darauf, die Hemmschwellen für weitere Gewalttaten zu erhöhen. In diesen Kursen wurde deutlich, dass ca. 75% der Teilnehmer der rechten bzw. rechtsextremen Jugendszene angehören und damit auch weitestgehend ihre Gewalttaten und Übergriffe begründet haben. Da dies im Anti-Gewalt-Training nicht ausreichend thematisiert werden konnte, entstand die Idee, ein weiteres Angebot bzw. ein zweites Modul zu entwickeln, das sich noch einmal gezielt an rechtsextreme Jugendliche unter den Teilnehmern wendet und das diese nach dem Anti-Gewalt-Kurs zusätzlich absolvieren sollen bzw. müssen. Es wurde ein Kurskonzept entwickelt, das Jugendliche in die Lage versetzen soll, sich mit aktuellem Rechtsextremismus, der nationalsozialistischen Vergangenheit und eigenen rechtsextremen Einstellungen auseinander zu setzen. Die Entwicklung dieses Angebots wurde flankiert von dem Anliegen der Jugendrichter, Auflagen zu erteilen, die auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den ideologischen Hintergründen der Tat vorsehen. Eine solche Möglichkeit gab es bis dahin in der Region nicht. Inzwischen wurden diese Kurse mehrmals durchgeführt, wobei die konzeptionelle Entwicklung weitergeht und Modifika-

⁹ Die Informationen über das Projekt stammen aus einem Projektbesuch/Interview mit den Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, aus einem Interview mit einem der pädagogischen Kooperationspartner sowie aus einer Vorstellung und Selbstdarstellung des Projektes.

tionen vorgenommen werden. Die Jugendlichen werden vom Jugendgericht – in Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe – an das Programm verwiesen. Die Anzahl der Kurse und damit auch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hängt also vor allem davon ab, wie viele Jugendliche dort entsprechend in Erscheinung treten.

9.2 Zielgruppen und Ziele

Die Zielgruppe sind Jugendliche, die entweder die gerichtliche Auflage erhalten haben, an den Trainings teilzunehmen oder vor einer Verhandlung versuchen könnten, ihre Aussichten vor Gericht durch die Teilnahme zu verbessern. Dieser Umstand bringt es mit sich, dass die Jugendlichen in der Regel ohne innere Motivation in die Kurse kommen und kaum Bereitschaft zeigen, selber etwas zu verändern oder aus der rechten Jugendszene aussteigen zu wollen. Diese Jugendlichen sind zu 90% männlich. Fast alle haben Propagandadelikte nach §86a begangen und sich außerdem schwere Körperverletzung zuschulden kommen lassen, 80% dieser Delikte wurden in Gruppen begangen. Die meisten Jugendlichen sind bereits als Mehrfachgewalttäter aufgefallen. Die große Mehrheit dieser Jugendlichen hat keinen Schulabschluss oder nur einen Förderschulabschluss, wobei auch Schulabbrecher unter den Teilnehmern sind, die bereits in der 5. oder 6. Klasse die Schule verlassen haben. Flüssiges Lesen und Schreiben beherrschen nur wenige von ihnen. Viele sind verhaltensauffällig und haben starke Konzentrations- und Gedächtnisprobleme. Solche und andere Defizite gelten nicht als Ausschlusskriterium für die Teilnahme an einem Kurs, es gibt auch keine Mindestanforderungen an Intelligenz oder Lesefähigkeit, wie sie in ähnlichen Trainings teilweise als Voraussetzungen zur Teilnahme angesehen werden. Diese Grundbedingungen der Kurse werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als besondere Schwierigkeit und Herausforderung angesehen, dem mit Konzept und Durchführung Rechnung zu tragen ist.

Das Ziel des Trainings ist die Verhinderung weiterer Gewalttaten und der Ausstieg des/der Jugendlichen aus der rechtsextremen Jugendszene und ihren Gruppierungen und Organisationen, denen zumindest ein Teil dieser Jugendlichen bereits seit Jahren angehört. Durch die Anordnung und den Ablauf der beiden Kursteile ergeben sich dabei gestaffelte Teilziele: In dem ersten Kursmodul zum Gewaltverhalten, den alle Jugendlichen zuvor absolvieren müssen, geht es darum, die Jugendlichen mit ihrer Tat und den Folgen, die diese für das Opfer hat, zu konfrontieren, ihre Wahrnehmung und Empathiefähigkeit zu schulen, die Einstellung zur Gewalt zu verändern und die Schwellen zur Gewaltanwendung zu erhöhen. Im darauf folgenden zweiten Teil soll deutlich werden, dass die rassistische Vorstellung der Ungleichwertigkeit und andere rechtsextreme Ideologiefragmente wie das Geschichtsbild, die so genannte Kameradschaft etc. auf Lügen basieren, die sich in keiner Weise als Orientierung oder Halt eignen. Am Ende des Trainings sollen die Jugendlichen sich selber als Aussteiger sehen und diesen Ausstieg dann auch in ihrem Alltag praktizieren. Die Jugendlichen sollen anschließend weiter in Kontakt mit dem Projekt bleiben; im Einzelfall besteht die Möglichkeit einer weiteren individuellen Betreuung.

9.3 Konzept und Arbeitsweise

Der Aussteiger-Trainingskurs¹⁰ besteht aus einem Kompaktprogramm von drei Tagen, wobei zurzeit noch einzelne Elementen weiterentwickelt und variiert werden, denn noch liegen nicht sehr viele Erfahrungen und keine erprobten Konzepte oder eine Art ‘Curriculum’ – wie im Bereich der Anti-Gewalt- oder Aggressivitätstrainings – vor.

Am ersten Tag steht die Konfrontation mit der Ideologie im Zentrum. Der Einstieg besteht aus einer experimentellen Situation: Der Tag beginnt ohne weitere Einführung mit einem scheinbar wissenschaftlichen Vortrag, in der Zuhörerschaft befinden sich zahlreiche weitere Personen (Cotrainer u.a.). Die Jugendlichen wissen nicht genau, wer außer ihnen auch Kursteilnehmer ist. In dem Vortrag geht es um den (angeblichen) Zusammenhang von Körperbau und Charaktereigenschaften, dieser wird bewusst ernsthaft dargestellt und akribisch – mit Folien, Unterlagen etc. – nachgewiesen. Schließlich läuft es darauf hinaus, einem bestimmten Typus negative Eigenschaften und Anlagen zuzuschreiben. Über längere Darlegungen von anschaulichen Beispielen kommt es schließlich zu einer Einteilung der Zuhörenden nach den herausgearbeiteten Kategorien, wobei die Mehrzahl der betreffenden Jugendlichen der ‘Negativ-Kategorie’ zugeordnet werden, die fortan als gesonderte Gruppe sitzen und zuhören müssen, während die Vortragenden und das Restauditorium über ein weiteres Vorgehen beraten. Nach einer kurzen Pause wird dann die Situation aufgelöst und aufgeklärt. Ziel dieses ‘Experimentes’ ist es, die Unzulässigkeit solcher Zuschreibungen durch ihre absurde Übersteigerung deutlich zu machen. Sollte ein Jugendlicher im Kurs dennoch weiter solche Vorurteile/Einstellungen äußern, kann er mit Verweis auf dieses Experiment daran erinnert werden, wie lächerlich solche Zuschreibungen sind und was es heißt, selber Opfer einer solchen Zuschreibung zu werden. Dies geschieht dann auch durch die Teilnehmer untereinander. So sollen gemeinsame Gruppennormen etabliert werden, die diskriminierende Sprüche, Beschimpfungen und Verhaltensweisen möglichst ausschließen.

In einer nächsten Einheit sollen die Jugendlichen sich mit solchen Menschen auseinandersetzen, die als so genannte Minderheit von ihnen bislang verfolgt wurden. So wird ein Dokumentarfilm gezeigt, der das Schicksal von Flüchtlingen sehr anschaulich darlegt. Anschließend treffen die Jugendlichen auf Menschen, die sie selber zu ‘Feinden’ erklärt haben, z.B. ein Asylsuchender, eine junge Migrantin oder ein dunkelhäutiger junger Polizist, die sich in der Gruppe vorstellen und über ihre Erlebnisse mit Vertretern der rechtsextremen Szene berichten, sich aber auch in Zweierkonstellationen mit den Jugendlichen auseinandersetzen. Der einzelne Jugendliche ist dabei aufgefordert, dem

¹⁰Der erste Teil des Programms, der vor allem auf die Aufarbeitung der Gewaltdelikte zielt, wird von den Projektmitarbeitern als Voraussetzung für den speziellen Kurs der rechtsextrem motivierten Straftäter angesehen. Es wurde im Projekt ein eigenes Trainings-Konzept für eine Kurswoche entwickelt, in dem sich Elemente und Inhalte wiederfinden, die in vergleichbaren Trainings wie z.B. dem AAT angewandt werden. Im Weiteren beschränken wir uns auf die Darstellung des zweiten Kursteils.

Gegenüber direkt zu sagen, was er von ihm/ihr denkt und welche Einstellungen er vertritt – was den Jugendlichen äußerst schwer fällt. Abschließend wird an diesem Tag noch das bisherige Wissen über den Nationalsozialismus und den Rechtsextremismus der Jugendlichen abgefragt und diskutiert. Hierzu wurde vom Projekt ein entsprechendes Quiz entwickelt, in dem es um Begriffe, Daten und Ideologiefragmente geht.

Ein zentrales Element des Kurses ist ein Besuch in einer nahe gelegenen Gedenkstätte eines ehemaligen Konzentrationslagers. Im Vorfeld werden klare Verhaltensregeln festgelegt und Informationen zur Geschichte des Lagers gegeben. Diese Einheit wird gemeinsam mit den pädagogischen Mitarbeitern der Gedenkstätte durchgeführt, die auch an der Konzeption beteiligt sind. Für jeden Jugendlichen kommt ein persönlicher Begleiter mit, bewusst wird in mehreren Autos angereist, um deutlich zu machen, dass es jederzeit möglich ist, jemanden auch wieder zurückzuschicken. In der Nähe der Gedenkstätte werden die Besucher von einem Mitarbeiter empfangen, es folgt ein längerer Fußmarsch dorthin, auf dem erste Informationen und Gespräche möglich sind. Über die Angebote der Gedenkstätte ist es möglich, sehr gezielt einzelnen Themen nachzugehen, z.B. der Situation von Kindern und Jugendlichen im Lager oder auch dem Verhalten der Wachmannschaften und der Rolle der SS. Dadurch, dass die Pädagogen in der Gedenkstätte schon im Vorfeld über die Teilnehmer und ihre Situation informiert sind, können sie gezielt versuchen Themen anzusprechen, die einen möglichst konkreten Bezug zu ihrer Alltagswelt haben. So wurde z.B. dem Thema der Essenszubereitung und -verteilung mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als eine junge Frau am Kurs teilnahm, die eine Ausbildung zur Köchin absolvierte. Nach einer weiträumigen Erkundung des Geländes wird ein Einzelschicksal vorgestellt und die Jugendlichen bekommen selber Gelegenheit, (fotokopierte) Akten und Fotos einzusehen und über ihre Eindrücke zu sprechen. Gemeinsam mit den Betreuern besuchen sie schließlich auch das Krematorium und die Ausstellung. Die Begleiter helfen den Jugendlichen, die Ausstellungstexte zu lesen und zu verstehen und achten darauf, dass es nicht zu unangemessenen Reaktionen und Verhaltensweisen auf dem Gelände kommt. Am Ende des Aufenthalts gibt es eine gemeinsame Abschlussrunde mit den beteiligten Gedenkstättenmitarbeitern. Auch am nächsten Tag besteht eine Einheit darin, Eindrücke zu beschreiben und mit Hilfe von entstandenen Fotos, Bildern und Collagen auszudrücken.

In der vorletzten Einheit des Trainings geht es um eine weitere neue Erfahrung; so hat sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde bereit erklärt, in den Kurs zu kommen und mit den Jugendlichen zu reden, was ihm wohl sehr gut und besonders eindrücklich gelingt. Die Kenntnisse der Jugendlichen über das Judentum und das Leben der Jüdischen Gemeinde – so wie in anderen Bereichen der politischen und kulturellen Bildung – erweisen sich dabei bis auf wenige Ausnahmen als äußerst gering bzw. auch als abstrus.

Als Abschluss ist jeweils eine Ausstiegs- und Abschlussrunde vorgesehen, in der Jugendliche sich zum Ausstieg aus der rechten Szene bekennen sollen. Es wird außerdem ein Vertreter eines weitergehenden Aussteigerprogramms eingeladen, der das Angebot vorstellt und es gibt die Möglichkeit, weitere individuelle Verabredungen zu treffen.

9.4 Erfahrungen und Erträge

In Einzelfällen mussten Jugendliche den Kurs verlassen, weil sie nicht bereit waren mitzuarbeiten und den Kurs störten. Es ist auch vorgekommen, dass Jugendliche unentschuldig gefehlt haben und z.B. am Morgen der Fahrt in die Gedenkstätte einfach nicht erschienen sind, obwohl klar war, dass sie dann den Kurs wiederholen bzw. mit weiterreichenden Konsequenzen rechnen müssen. Nach den bisher durchgeführten Trainings gehen die MitarbeiterInnen davon aus, dass ca. die Hälfte der Jugendlichen, die diesen Kurs durchlaufen haben, definitiv ausgestiegen sind. Von der anderen Hälfte wissen sie entweder nicht genau, was aus ihnen geworden ist oder es ist klar, dass sie weiterhin in der lokalen rechten Szene aktiv sind. Es ist auch vorgekommen, dass ein Jugendlicher, der vor der Verhandlung die Kurse absolvierte und bei dem Team den Eindruck erweckte, ernsthaft aussteigen zu wollen, in der Verhandlung seine rechtsextremen Einstellungen beteuerte und so bewusst eine höhere Strafe in Kauf nahm. Dies sowie weitere Hinweise und Berichte der Jugendlichen haben dem Projekt deutlich gemacht, dass zumindest auf einen Teil der Teilnehmer großer Druck ausgeübt wird. Die Angst vor einem Ausstieg und den möglichen Konsequenzen ist größer, als das vorher vonseiten des Projektes gedacht oder bedacht wurde, zumal sich das Programm nicht an Führungskräfte und Kader, sondern an gewalttätige Jugendliche richtet. Auch jüngere Teilnehmer sind oft schon viele Jahre in der lokalen und regionalen rechtsextremen Szene verwurzelt. Diese wiederum scheint das Angebot durchaus zu beobachten und zu argwöhnen, was dort passiert. Eine Folge dieser Erkenntnis war, auf bestimmte Elemente wie demonstrative Abschiedsrituale zu verzichten, z.B. das Wegwerfen von rechtsextremen Outfits und Insignien etc., weil dies offensichtlich besonders beobachtet und durch Hausbesuche kontrolliert wurde. Die Teilnehmer sollen aber nicht in Gefahr gebracht werden. Das Projekt versucht, dieser Situation insofern Rechnung zu tragen, als die Jugendlichen die Möglichkeiten für einen individuellen, 'heimlichen' Ausstieg bekommen sollen, z.B. durch die anschließende Vermittlung an ein größeres Aussteigerprogramm.

Es lässt sich als Bilanz festhalten, dass ein Teil der Jugendlichen so intensiv in der rechtsextremen Szene eingebunden ist, dass das Angebot, auch wenn noch eine Einzelbetreuung stattfindet, nicht weit genug geht, um Jugendlichen konkrete Alternativen – eventuell an einem anderen Ort – zu bieten und sie auch zu schützen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten im Vorfeld nicht mit der großen Angst dieser Jugendlichen gerechnet. Die besonderen Schwierigkeiten sieht das Projekt daher vor allem im rechten Umfeld der Jugendlichen und weniger darin, dass es nicht gelänge, die Jugendlichen kursintern zu erreichen und mit ihnen zu arbeiten. Für diejenigen, die noch nicht so lange oder so tief in die rechtsextreme Szene integriert sind, haben die Mitarbeiter allerdings den Eindruck, ein adäquates Angebot entwickelt zu haben.

Die Erfahrungen mit den einzelnen Bildungsangeboten beurteilt das Team überwiegend positiv. Gerade weil diese Jugendlichen sich zwar einerseits auf die rechtsextreme Ideologie beziehen, andererseits aber oft nur über bruchstückhaftes oder krudes Wissen verfügen, gelingt es oft, sie im Rahmen des Kurses durch neue Informationen und Erfahrungen zumindest zu irritieren, indem ihnen die Fragwürdigkeit ihrer Vorstellungen

deutlich gemacht wird und sie mit ganz anderen Positionen konfrontiert sind. Durch die teilweise konfrontativen und manipulativen Methoden besteht aus Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, auch an solche Jugendlichen heranzukommen, deren Empathievermögen ansonsten sehr gering ist. Die Fachkräfte sehen die Notwendigkeit, andere Methoden zu finden, als sie normalerweise in der Bildungs- und Jugendarbeit üblich sind, weil sie den zukünftigen Schutz und das Recht der Opfer dieser Jugendlichen bewusst über die mögliche Befindlichkeit der 'Täter' stellen. Zu den Prinzipien der Kurse gehört eine autoritäre Festlegung von Regeln, das obligatorische 'Siezen' der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auch in unterschiedlicher Weise von den Teilnehmenden distanzieren, um deutlich zu machen: „Wir sind anders als ihr und ihr müsst euch schon sehr verändern, wenn ihre unsere Unterstützung sucht“ sowie die direkte Provokation der Teilnehmenden. Besonders beim Einsatz des so genannten 'Experimentes' wird deutlich, dass es sich hierbei um eine Gratwanderung handelt, die durchaus grundsätzliche ethische und pädagogische Fragen aufwirft. Aus der Innensicht des Projektes hat sich die Methode bewährt. Jugendliche, die mit herkömmlichen Methoden der Bildungsarbeit vielleicht kaum zu erreichen sind, scheinen von autoritärem Auftreten beeindruckt oder auch verängstigt und zollen den Mitarbeitern schließlich eventuell Respekt für die gelungene 'Darbietung'. Im besten Fall können sie für sich erkennen, dass es zwar passieren kann reingelegt zu werden, dass es aber auch gelingen kann, solche Mechanismen zu durchschauen und aufzudecken.

Als besonders erfolgversprechend hat sich aus Sicht des Teams die Konfrontation mit dem Schicksal von Gleichaltrigen oder auch die persönliche Begegnung mit anderen 'gegenerischen' Jugendlichen herausgestellt, in einzelnen Fällen haben sich daraus sogar persönliche Beziehungen entwickelt.

Auch der Tag in der Gedenkstätte erscheint den Projektmitarbeitern ein für die Jugendlichen geeignetes Angebot zu sein. Es wird dem Besuch keine per se katharsische Wirkung zugeschrieben, vielmehr geht es darum, Kompetenzen vor Ort und auch die besonderen Möglichkeiten des Ortes selber als Lernerfahrung zu nutzen. So haben die Mitarbeiter z.B. beobachtet, dass die Jugendlichen nach den ersten Einheiten beginnen, kritisch darauf sehen, ob andere Gruppen sich denn auch ähnlich angemessen und respektvoll auf dem Gelände verhalten, wie sie es eingeübt haben und dass sie selbst bemüht sind, keinesfalls als Rechte aufzufallen oder erkannt zu werden. Auch wenn im Projekt klar ist, dass Aussteigerbekenntnisse oder Sätze wie: „Wenn man das gesehen hat, kann man gar nicht mehr rechts sein.“ nach dem Gedenkstättenbesuch in Bezug auf ihre Nachhaltigkeit im Alltag skeptisch zu betrachten sind, entsteht dennoch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer wieder der Eindruck, dass Jugendliche beginnen, Dinge neu zu bedenken bzw. zu bewerten.

Noch in Veränderung ist der letzte Teil des Trainings: Im Sinne der Konfrontation mit Neuem und mit 'anderen Kulturen' wurde in den ersten Kursen in Zusammenarbeit mit einem multikulturellen Zentrum ein Trommelworkshop durchgeführt, der zwar insofern funktioniert hat, dass die Jugendlichen ziemlich begeistert mitgemacht haben und den 'fremden' afrikanischen Anleitern mit Respekt begegnet sind, aber im Team entstand der Eindruck, dass diese Einheit zu sehr als lockerer Abschluss empfunden wurde, so dass sie wieder aus dem Programm herausgenommen wurde. Das nun stattfindende Gespräch –

verbunden mit einer Lesung zum Schicksal einzelner Gemeindemitglieder während des Holocaust – mit dem Vertreter der Jüdischen Gemeinde wird als sehr eindrücklich für die Jugendlichen geschildert.

Als positive Bestätigung erfährt das Projekt das Interesse und die Anerkennung seiner Tätigkeit vor Ort wie auch die fortlaufende Praxis der Jugendrichter, Jugendliche in die Maßnahmen zu schicken. Als gute Erfahrungen beschreiben die Mitarbeiter vor allem auch die Bereitschaft Dritter zu kooperieren, so dass es gelang, afrikanische Vertreter des multikulturellen Zentrums oder auch den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in den Kurs einzubinden.

Das Projekt bzw. auch der Träger sind interessiert, ihre Arbeit und ihr Konzept darzustellen und tun dies im Rahmen von Fachveranstaltungen und Veröffentlichungen. Teilweise wurde auch Journalisten die Möglichkeit gegeben, über das Programm zu schreiben bzw. eine Gruppe zu begleiten. Da diese Berichte aber schließlich als plakativ und anwesende Journalisten z.B. im Rahmen des Gedenkstättenbesuchs eher als störend empfunden wurden, werden solche Anfragen und Ansinnen inzwischen zurückhaltender beantwortet. Auffällig ist an dem Projektbeispiel dennoch, dass es offensiver als andere in diesem Feld an die Öffentlichkeit geht. Dabei legen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Wert darauf, auf den konfrontativen Ansatz ihrer Arbeit zu verweisen und auch deutlich zu machen, dass sie parteiliche Arbeit gegen Rechtsextremismus leisten und sich bewusst auf die Seite der Opfer bzw. des Opferschutzes stellen wollen. Dieses öffentliche Agieren und Positionieren erleichtert auch die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, die sonst kaum bereit wären, mit diesen straffälligen, rechtsextremen Jugendlichen zu arbeiten.

9.5 Begleitung und Dokumentation

Das Projekt ist bei einem großen Träger eingegliedert und wird dort durch die Abteilungsleitung betreut und auch nach außen vertreten. Es bestehen außerdem zahlreiche Kontakte zu anderen Institutionen und Partnern, z.B. zu den pädagogischen Mitarbeitern der Gedenkstätte, die teilweise auch in die Kursarbeit und die Weiterentwicklung der Konzepte einbezogen werden. Eine Fall- und Einzelsupervision ist noch nicht umgesetzt worden, soll aber etabliert werden. Bislang besteht nur die Möglichkeit zur Teamsupervision mit anderen Kolleginnen und Kollegen. Am Ende des Kurses wird eine ausführliche Auswertung im Team vorgenommen und eine Beurteilung für jeden Teilnehmenden erstellt.

Die Erfahrungen mit bestimmten vorliegenden Testverfahren (z.B. mit dem „Rosenzweigtest“) die versuchen, Einstellungen vorher und nachher zu ‚messen‘, erweisen sich als zwiespältig, einige Verfahren sind zu sprachlastig und bei mangelnden Schreib- und Lesekenntnissen nicht geeignet. Außerdem gibt es in diesen Tests auch für die meisten Jugendlichen durchaus die Möglichkeit, die sozial gewünschte Antwort zu erkennen und zu geben. Mangels Alternative werden zwar weiterhin Tests angewandt, aber ihre Bedeutung zur Beurteilung der möglichen Wirksamkeit des Trainings wird eher kritisch beurteilt. Eine systematische Dokumentation oder Evaluation der laufenden Projektarbeit gibt es nicht.

Am Ende der Kurse bzw. im Rahmen der weiteren Maßnahmen werden interne, ausführliche Berichte über die individuellen Entwicklungen der einzelnen Jugendlichen verfasst. Nach Möglichkeit wird die Entwicklung weiter verfolgt, dies gelingt aber fast nur in den Fällen, in denen die Jugendlichen von sich aus Rückmeldungen geben und z.B. den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (positive) Entwicklungen mitteilen.

9.6 Abschließende Einschätzung

Es gibt inzwischen einige Praxisversuche, im Rahmen von Sozialen Gruppen- oder Trainingskursen über ein Anti-Gewalttraining oder AAT hinaus, verstärkt den rechtsextremen Hintergrund der Tat zu thematisieren. In der Regel wird versucht, Elemente der politischen und historischen Bildung einzusetzen. Dies geschieht vereinzelt, unsystematisch und teilweise ganz ohne zugängliche oder schriftlich fixierte Konzepte. Auch hat sich bislang keinerlei Kanon herauskristallisiert, der als Grundlage für andere Praxisprojekte taugen könnte. Unklar ist zu einem gewissen Punkt auch die rechtliche Grundlage solcher Bemühungen, die teilweise den Anspruch einer Umerziehung oder 'Reindoktrination' haben, der nicht unproblematisch ist. Insofern ist es ein besonderer Verdienst des Projektes, ein eigenes Konzept entwickelt und umgesetzt zu haben und es auch zur Diskussion zu stellen, zumal der Gesamtumfang des Projektes eher klein ist und nur zwei feste Mitarbeiter im Programm hauptberuflich beschäftigt sind. Mit pädagogischer und sozialer Hilfe – und strafrechtlicher Sanktion – soll ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene eingeleitet und unterstützt werden.

Im Kurs werden die ideologischen Ansichten der meisten Jugendlichen erschüttert, ein Ausstieg aus der rechten Szene ist damit aber noch keineswegs erreicht. Wenn allerdings ungefähr die Hälfte der Teilnehmenden tatsächlich langfristig aussteigen, wäre dies sicher eine sehr gute Quote, die wohl auch dadurch erklärt werden kann, dass die implizite Androhung weiterer strafrechtlicher Sanktionen einen Beitrag dazu leistet. Leider wird das Projekt bislang nicht evaluiert, was nicht nur die möglichen Erfolge und Grenzen klarer herausstellt, sondern auch zur Weiterentwicklung eines solchen Trainings beitragen könnte. Besonders in der praktizierten systematischen Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und einem weitergehenden Aussteigerprogramm – die es auf Bundesebene, aber auch in einigen Bundesländern gibt – könnten weitere Potenziale liegen, die bislang zu wenig genutzt werden.

Beide Kursmodule basieren auf einer 'konfrontativen' Pädagogik. Die Jugendlichen werden zwar mit ihrer Benachteiligung und ihren Einschränkungen wahr- und in den Kurs aufgenommen, aber auch als reale und mögliche zukünftige Täter gesehen; die Parteilichkeit in der Arbeit soll den Opfern dieser Jugendlichen gelten. Andererseits beruht dieser Ansatz natürlich genau auf den autoritären Strukturen und Verhaltensweisen der Jugendlichen, die eigentlich bearbeitet werden sollen. Die sich daraus ergebenden grundsätzlichen Anfragen lassen sich wohl allen Programmen und Trainings stellen, die sich auf ein Konzept der Konfrontation berufen und dabei auf diverse Quellen verweisen, so auf das Modell-Lernen

von Bandura, die Provokante Therapie Farelly, aber auch C. G. Rogers Identitätsmodell etc. Die Grundannahmen solcher Konzepte sind nicht unumstritten und sollten zuvor kritisch reflektiert werden. Eine bewusste Methodenwahl und die reflektierte Arbeit im Team ist ebenso unerlässlich. Im vorliegenden Praxisbeispiel sind aber diese Voraussetzungen gegeben. Die im Projekt selbstgewählte Bezeichnung „konfrontative Pädagogik“ – gerade wenn sie als Abgrenzung zur vermeintlich „akzeptierenden“ Jugendarbeit verstanden wird – verkürzt aber dennoch das komplexe Trainingsgeschehen, denn es ist durchaus intendiert, eine Beziehung und ein Vertrauensverhältnis zwischen Jugendlichen und Trainern aufzubauen und längerfristig in Kontakt zu bleiben und Hilfe zu leisten. Dass andererseits auf die Einhaltung der Regeln geachtet wird und auch Anzeigen und rechtliche Sanktionen bei Fehlverhalten vorgesehen sind, ist auch in Projekten, die sich selber als eher „akzeptierend“ bezeichnen würden, normal.

Entgegen dem in der Jugendhilfe durchaus gebräuchlichen Argument, dass die rechts-extremen Einstellungen bei diesen gewalttätigen, in aller Regel nicht zu den Kadern gehörenden Jugendlichen nur sekundäre und von daher eher zu vernachlässigende Phänomene sind, wird in diesem Projekt davon ausgegangen, dass – egal wie bizarr einige Vorstellungen der Jugendlichen sind und auch wenn von einem ‘verfestigten’ rechtsextremen Weltbild nicht die Rede sein kann – diese Vorstellungen zur Rechtfertigung von Gewalttaten herangezogen werden und aus diesem Grunde angesprochen und bearbeitet werden müssen. Außerdem liefert das Beispiel exemplarische Hinweise auf die potenzielle Begrenztheit eines pädagogischen Angebots angesichts einer starken rechtsextremen Szene, die mit Hausbesuchen und Bedrohung einzelner Jugendlicher reagiert.

III BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN

10 Rechtsextreme Organisationen und pädagogische Arbeit

Rechtsextreme Organisationen treten im Umfeld fast aller einbezogenen Projekte in Erscheinung, was darauf hindeutet, dass deren Aktivitäten nicht auf bestimmte Regionen oder Kommunen beschränkt sind. Die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen, die zu rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen tendieren oder bei denen solche bereits verfestigt sind, kann durch rechtsextreme Parteien und Organisationen, die vor Ort tätig sind, maßgeblich beeinflusst werden. In der publizierten Fachdiskussion zur pädagogischen Arbeit mit rechtsgerichteten und rechtsextremen Jugendlichen wird den damit verbundenen Schwierigkeiten allerdings nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Oft wird betont, dass akzeptierende Sozialarbeit (Scherr 2000: 14) oder pädagogische Einmischung generell (Krafeld 2000: 268) dort nicht möglich sind, wo rechtsextreme Deutungsmuster oder Szenen das öffentliche Leben dominieren. Für den Fall, dass rechtsextreme Organisationen vor Ort stark präsent sind, könnten diese Bedenken als Empfehlung für den Verzicht auf pädagogische Bemühungen gedeutet werden. An anderer Stelle ist von der Notwendigkeit die Rede, rechtsradikale Organisationen zurückzudrängen, um mit rechtsorientierten Jugendlichen arbeiten zu können. Dies soll durch die Abgrenzung gegen Mitglieder rechtsradikaler Parteien und Organisationen und das Verbot von Propaganda erreicht werden (Koch 1993: 354). Diese Empfehlungen spiegeln einen breit akzeptierten Konsens unter Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern wider, lassen aber offen, wie eine solche Abgrenzung aussehen soll und kann.

Im Folgenden sollen die in der pädagogischen Praxis gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen angesichts der Präsenz rechtsextremer Organisationen konkreter beschrieben werden, um zu einer weiterführenden Thematisierung der damit verbundenen Herausforderungen beizutragen.

Zunächst geht es um die Informationen und Informationsquellen, über die Pädagoginnen und Pädagogen hinsichtlich rechtsextremer Organisationen verfügen (10.1). Anschließend betrachten wir, in welcher Weise die Angebote dieser Organisationen eine Konkurrenz für die Jugend- und Sozialarbeit bedeuten (10.2) und wie vor diesem Hintergrund die Erfolgsaussichten der eigenen Arbeit beurteilt werden (10.3).

10.1 Informationen über rechtsextreme Organisationen

Einige der befragten Pädagoginnen und Pädagogen berichten von den in der rechtsextremen Szene etablierten Parteien bzw. Kameradschaften und deren Aktivitäten zur Werbung neuer, vor allem jugendlicher Mitglieder. In einigen Kommunen war bis zur Mitte der 1990er-Jahre vor allem die FAP durch massive Präsenz und offensive Anwerbeversuche in Erscheinung getreten. Die letzten Jahre betreffend wird entsprechendes vor allem von der NPD und ihrer Jugendorganisation, der JN, berichtet. Bei der NPD wird in der jüngsten

Vergangenheit eine Modernisierung festgestellt: Die Partei bemüht sich verstärkt um die Entwicklung jugendgerechter Angebote, in denen z.B. Musik und Freizeitangebote neben eher traditionellen Schulungen treten. Teilweise scheinen diese Neuerungen die gewünschte Wirkung zu zeigen, d.h. Jugendliche können auf diese Weise zumindest zeitweise erreicht werden, teilweise beobachtet man in den Projekten aber auch, dass z.B. Skinheads sich durch rechtsextreme Parteien nicht in nennenswerter Weise angesprochen fühlen.

Mitunter herrscht bei den Pädagoginnen und Pädagogen allerdings nur ein diffuses Wissen über die Organisationen und Angebote der rechtsextremen Szene, so dass lediglich allgemeine Aussagen gemacht werden: Die rechtsextreme Szene sei zu einem hohen Anteil organisiert, habe ihre Aktivitäten verstärkt oder rechtsextreme Organisationen träfen sich 'irgendwo im Wald'. Die Diffusität dieses Wissens hat unterschiedliche Ursachen. Ein Grund ist in der Unübersichtlichkeit und Unbeständigkeit der rechtsextremen Szene zu sehen, die sich häufig umstrukturiert und vielerorts nicht in konstanter Form organisiert ist. Im Spektrum dieser Szene existieren mitunter auch weitgehend unbekanntes Gruppierungen, die nur einem begrenzten Kreis von Fachleuten bekannt sind. Einzelne der befragten Pädagoginnen und Pädagogen haben versucht, sich ein eigenes Bild der rechtsextremen Szene zu machen, in der die von ihnen betreuten Jugendlichen verkehren. Sie haben Großveranstaltungen besucht und an Demonstrationen teilgenommen, die von Rechtsextremisten veranstaltet wurden. Ihren Aussagen zufolge haben sie auf diese Weise vor allem ein Gespür für die Gefahr und Faszination bekommen, die von diesen Veranstaltungen für die Jugendlichen ausgeht. Wenn Pädagogen nicht die Möglichkeit sehen, sich entsprechende Informationen zu besorgen, fühlen sie sich auf die Mitteilungen der Jugendlichen angewiesen, die aber offenbar selbst dann nicht immer genau Bescheid wissen, wenn sie selbst in der rechtsextremen Szene aktiv sind. Und nicht jeder der Bescheid weiß ist bereit, Informationen an Außenstehende weiterzugeben.

Dieses wenig konkrete Wissen scheint durchaus den Intentionen rechtsextremer Organisationen zu entsprechen. Verschiedentlich beobachtet man in der pädagogischen Praxis, dass Jugendliche, die rechtsextremen Organisationen angehören, sich in hohem Maße um Unauffälligkeit bemühen. Dieses angepasste Verhalten führen die Befragten auf den disziplinierenden Einfluss der Organisationen und teilweise sogar auf deren direkte Anweisungen zurück. Nicht die Jugendlichen, von denen Pädagoginnen und Pädagogen wissen oder vermuten, dass sie rechtsextrem organisiert sind, gelten vielfach als problematisch, sondern eher solche, die unorganisiert sind, exzessiv Alkohol konsumieren oder durch Gewalttätigkeit in Erscheinung treten. Die teilweise ungenauen Kenntnisse über rechtsextreme Organisationen und ihre Aktivitäten sind nach Ansicht einer Befragten aber nicht nur auf die Verschleiерungsinteressen der Organisationen selbst zurückzuführen, sondern auch auf die fehlende Bereitschaft des sozialen Umfelds, entsprechende Aktivitäten offen zu thematisieren und dadurch eventuelle Imageschäden für ihre Kommune oder Region in Kauf zu nehmen.

Die Attraktivität rechtsextremer Organisationen wird auf verschiedenen Ebenen gesehen. Der NPD und ihrer Jugendorganisation gelingt es offenbar vielerorts, dem Interesse der Jugendlichen an Politik angemessener zu entsprechen als anderen Parteien. Gerade in kleineren Orten gibt es nach Beobachtungen von Praktikerinnen und Praktikern mitunter

kaum eine Alternativen zu den Polit-Stammtischen, Schulungen und Informationskampagnen dieser rechtsextremen Parteien. Darüber hinaus gelingt es diesen Organisationen offensichtlich, in ihren Freizeitangeboten neben den traditionellen Outdoor-Aktivitäten, denen häufig der Charakter der Wehrrüchtigung anhaftet, verstärkt jugendkulturelle Elemente zu integrieren, die für Jugendliche attraktiv sind: Freundinnen dürfen mitgebracht werden, Musik- und Tanzabende oder Fußballturniere werden veranstaltet. Schließlich wird in Hinblick auf einzelne Szenen auch von familienähnlichen Versorgungsstrukturen berichtet, die besonders für Jugendliche aus defizitären Verhältnissen attraktiv sind: Ältere Männer, die nicht nur gelegentlich zu einem Glas Bier einladen, sondern Jugendlichen in Notsituationen auch mit kleineren Krediten aushelfen; mütterliche Frauen, die Jugendliche, die von den Eltern vor die Tür gesetzt wurden, bei sich aufnehmen und versorgen.

10.2 Rechtsextremisten und Pädagogik in Konkurrenz um Jugendliche

Für viele der befragten Pädagoginnen und Pädagogen sind rechtsextreme Organisationen und die mit ihnen assoziierten Teile der rechtsextremen Szene eine Konkurrenz zu den eigenen Angeboten. Auch wenn wir nur über Angaben zur Sichtweise der Pädagogen verfügen, so lässt sich aus deren Schilderungen ableiten, dass diese Konkurrenz für beide Seiten relevant ist: Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sehen die Aktivitäten der Rechtsextremen als Versuch, ihnen mit den eigenen Mitteln die Klientel abspenstig zu machen und umgekehrt sehen diese sich nicht nur durch Aussteigerprogramme, sondern auch durch Angebote der Jugendarbeit mit unliebsamer Konkurrenz konfrontiert.

Entsprechende Hinweise lassen sich aus der Art und Weise ableiten, in der rechtsextreme Organisationen auf sozialpädagogische Angebote oder Bildungsmaßnahmen reagieren. Verschiedentlich berichten Sozialarbeiter, dass diese Gruppierungen versuchen, die Kontakte zwischen ihnen und den Jugendlichen zu unterbinden oder zu erschweren, einerseits durch Verbote oder Einschüchterungen, andererseits durch verlockende Angebote. Jugendliche haben beispielsweise erzählt, durch Mitglieder dieser Organisationen zu Hause aufgesucht worden zu sein, wobei diese überprüft haben, ob die Ausstattung der Räumlichkeiten oder die Kleidung noch den Vorgaben der Organisation entspricht. In anderen Fällen hätten die Rechtsextremisten versucht, die pädagogischen Angebote durch zeitgleich angebotene Konkurrenzveranstaltungen zu übertreffen und die Jugendlichen auf diese Weise an sich zu binden. Und auch dann, wenn die Teilnahme an pädagogischen Angeboten nicht verhindert wird bzw. werden kann, bemühen sich die rechten Organisationen darum, Präsenz zu zeigen und Kontrolle auszuüben, indem z.B. auch andere Mitglieder an diesen Angeboten teilnehmen oder die Teilnehmer durch Kameraden zu Veranstaltungen geleitet und wieder abgeholt werden.

Verschiedentlich erzielen rechtsextreme Organisationen mit diesen Maßnahmen die gewünschte Wirkung. Aus den Projekten wird beispielsweise berichtet, dass ihnen Jugendliche mitunter regelrecht abgeworben werden, indem Bier und Zigaretten spendiert oder reizvolle Erlebnisse (z.B. Lagerfeuer, Ausflüge) in Aussicht gestellt werden. In anderen

Fällen entsteht bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Eindruck, dass sie mit Hilfeangeboten Jugendliche dann nicht mehr erreichen können, wenn diese in organisierte oder informelle Unterstützungsnetzwerke eingebunden sind, die direkt durch diese Organisationen angeboten werden oder sich im Umfeld dieser Szene etabliert haben. Schließlich wird auch dann der Eindruck der Konkurrenz virulent, wenn im Rahmen pädagogischer Angebote Anwerbeversuche rechtsextremer Parteien oder Kameradschaften offenbar werden. An einigen Orten wird von besonders offensiven Varianten der Konkurrenz durch rechtsextreme Organisationen berichtet: Rechtsextremisten geben sich als Sozialarbeiter aus, tragen teilweise sogar Jacken mit der Aufschrift „Streetworker“ und können auf diese Weise für erhebliche Irritationen unter Jugendlichen und Eltern sorgen. Die regulären Sozialarbeiter stehen dann vor der Aufgabe, ihren (potenziellen) Klienten zu erklären, dass sie selbst die 'richtigen', qualifizierten Sozialarbeiter sind.

Hinsichtlich des Vergleichs mit den Möglichkeiten und Angeboten rechtsextremer Organisationen werden von den befragten Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedliche Einschätzungen geäußert. An einigen Standorten besteht der Eindruck, dass die Rechtsextremen über größere Ressourcen (z.B. Geld) verfügen und Jugendlichen daher besonders reizvolle Angebote machen können. Für deren Angebote spreche außerdem die Aura des Geheimnisvollen, d.h. Jugendliche finden es nach Ansicht der Befragten teilweise besonders spannend, an konspirativen, eventuell nicht immer legalen, jedenfalls häufig wenig transparenten Aktivitäten teilnehmen zu können, zu denen offenbar nicht jeder Zugang hat. An diesem Punkt sehen andere Befragte produktive Ansatzpunkte und Vorteile für ihre eigenen Angebote: Als offiziell anerkannte Pädagogen bzw. Sozialarbeiter können sie offen und transparent mit ihren Angeboten umgehen, Kontakte zu Eltern und anderen Einrichtungen aufnehmen – die Jugendlichen müssen so ihre Freizeitaktivitäten nicht vor Eltern oder Lehrern geheim halten. Ein wichtiger Pluspunkt der regulären Bildungs- und Sozialarbeit wird also in ihrer Respektabilität gesehen. An anderer Stelle wird außerdem betont, dass sich ein Projekt oder eine Einrichtung bei den Jugendlichen durch längerfristige, kontinuierliche Angebote eine stabile Vertrauensbasis und so viel Anerkennung erworben hat, dass rechtsextreme Organisationen keine ernsthafte Konkurrenz darstellen. Diesen bleibe dann nur die Möglichkeit, Jugendliche durch Drohungen und Einschüchterungen anzuwerben bzw. sie vom Verlassen der rechtsextremen Szene abzuhalten.

10.3 Bilanzierung durch Pädagoginnen und Pädagogen

Entsprechend dieser unterschiedlichen Erfahrungen und Einschätzungen fallen auch die Bilanzierungen bezüglich der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem Organisierten bzw. der Bemühungen, sich mit pädagogischen Angeboten gegen rechtsextreme Organisationen durchzusetzen, unterschiedlich aus. Jugendliche, die sich bereits im Einfluss der organisierten rechtsextremen Szene befinden oder in diese sogar eingebunden sind, werden als schwierige Klienten angesehen. Verschiedentlich gelingt es Pädagoginnen und Pädagogen trotz intensiver Bemühungen nicht, diese Jugendlichen zu einer Herauslösung aus dieser

Szene anzuregen oder kurzfristige Erfolge werden durch spätere Eintritte in andere Organisationen oder erneute polizeiliche Auffälligkeit relativiert: Die Rückfallquote rechts-extrem organisierter Jugendlicher kann nicht genau beziffert werden, ein Pädagoge schätzt sie auf 50%. Mitunter wird die Einschätzung geäußert, mit rechtsextrem organisierten Jugendlichen könne – wenn überhaupt – nur einzeln erfolgreich gearbeitet werden, nicht jedoch im Kontext von Gruppen. Da sich organisierte Jugendliche teilweise gar nicht auf pädagogische Bemühungen einlassen oder nicht zur Einzelarbeit bereit sind, sieht man vielerorts nur die Möglichkeit, diejenigen, die als Organisierte oder als Führungskader bekannt sind, von pädagogischen Angeboten auszuschließen bzw. ihnen Hausverbot zu erteilen. Als Erfolg sieht man es in solchen Situationen an, wenn andere Jugendliche sich angesichts des Ausschlusses profilierter Rechtsextremisten für die Teilnahme an einem pädagogischen Angebot entscheiden oder solche Sanktionen sogar selbst fordern und mittragen. Teilweise wird daher eingeschätzt, dass Jugendliche durch pädagogische Angebote der rechtsextremen Szene entfremdet und an reguläre Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit gebunden werden konnten. In einem Fall wird allerdings auch von weniger einschneidenden Erfolgen berichtet: Die Jugendlichen und die rechtsextremen Organisationen, in die sie eingebunden sind, hätten sich aus pragmatischen Gründen für die Beachtung der Regeln des pädagogischen Angebots entschieden, die Jugendlichen würden allerdings deutlich machen, dass dies nicht für ihre Aktivitäten außerhalb des Projekts gilt. In diesem Fall scheint man sich auf einen Burgfrieden geeinigt zu haben, ohne dass verlässliche Einschätzungen zu den längerfristigen Auswirkungen dieses Arrangements geäußert werden.

10.4 Fazit

Abschließend lässt sich festhalten, dass rechtsextreme Organisationen und ihre Mitglieder fast überall zum Umfeld der pädagogischen Arbeit mit fremdenfeindlich und rechtsextrem orientierten Jugendlichen gehören. Vielerorts stehen pädagogische Angebote und rechtsextreme Organisationen sogar in einem ausgeprägten Konkurrenzverhältnis zueinander. Den Rechtsextremisten gelingt es dabei offenbar vor allem solche Jugendliche erfolgreich anzusprechen, die sich von deren verbotenen, konspirativ-geheimnisvollen Seiten angezogen fühlen und sich von den etablierten Instanzen ihres sozialen Umfelds (z.B. Eltern, Schule) abgrenzen wollen. Pädagoginnen und Pädagogen können dagegen vor allem ihre Respektabilität einbringen: Sie sollten sich dieser Ressource bewusst sein und sie auch offensiv einsetzen. Auch wenn Jugendliche zunächst an rechtsextreme Organisationen gebunden werden, berichten pädagogische Mitarbeiter doch immer wieder von Versuchen der Kontaktaufnahme durch diese Jugendlichen. In dieser Situation bedarf es eines großen Fingerspitzengeföhls und ausgeprägter Urteilskraft, um Jugendliche zurückzugewinnen, ohne sich durch rechtsextreme Organisationen instrumentalisieren zu lassen.

Wenn man sich für die Arbeit mit dieser Zielgruppe entschieden hat, ist es in der Regel nicht möglich, Einflüsse und Verbindungen zu solchen Organisationen vollständig zu un-

terbinden. Vielmehr müssen die Pädagoginnen und Pädagogen sich vor Ort zusammen mit den Jugendlichen über die Notwendigkeit der Distanzierung von diesen Organisationen verständigen sowie angemessene und wirkungsvolle Formen der Abgrenzung entwickeln. Dafür bedarf es in der Regel der Absprache und Kooperation mit den vor Ort sonst noch tätigen pädagogischen Angeboten und Institutionen (z.B. Schulen, Jugendzentren, Beratungsstellen) und teilweise auch mit der Polizei. Erfolgversprechende Ansätze der Zusammenarbeit zeigen sich vereinzelt auch mit Aussteigerprogrammen, die vor allem dann über die notwendigen Ressourcen und Angebote verfügen, wenn rechtsextreme Organisationen ihre (Ex-) Mitglieder bedrohen und einschüchtern.

11 Kooperationen, Netzwerke und jugendpolitische Zusammenarbeit

Kooperation, Netzwerkarbeit und eine damit verbundene sozialräumliche Ausrichtung sind wesentliche Anforderungen, die an sozialpädagogische Projekte, Einrichtungen und Angebote gestellt werden (Deinet/Kirsch 2002). Angestrebt und gefordert werden in diesem Zusammenhang für die Jugendhilfe auch integrierte, vernetzte Hilfen und Angebote, die sich weniger an Zuständigkeiten nach dem KJHG, sondern an den Erfordernissen der Jugendlichen orientieren. Vernetzung soll sich aber nicht auf die verbesserte Kooperation innerhalb der Jugendhilfe beschränken, vielmehr sollen einzelne Projekte verstärkt in sozialräumliche Netzwerke eingebunden werden, die sie selber aktiv mit aufbauen und gestalten, um sozial- und kommunalpolitisch zu agieren und sich eine eigene Öffentlichkeit zu schaffen. Die vor Ort vorhandenen Ressourcen, Jugendliche zu fördern, zu beteiligen und präventiv gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit oder Suchtgefahren zu arbeiten, sollen besser zusammenwirken und interdisziplinär genutzt werden (vgl. u.a. Wolff 2002).

Dieser Diskurs in der Jugendhilfe wird nicht vordringlich vor dem Hintergrund von Rechtsextremismus unter Jugendlichen geführt, dennoch werden solche Netzwerke auch für die Arbeit mit „rechtsgerichteten/extremistischen Jugendlichen“ explizit als besonders bedeutungsvoll eingeschätzt:

Ein sozialräumlich integriertes Netzwerk (...) wirkt sich nicht nur auf die regionale Interessenvertretung von Bildungs- und Sozialbelangen aus, sondern schafft auch ein variables Informations- und Verständigungssystem bei brisanten sozialen Problemen, von denen einzelne Maßnahmen und Projekte zumeist überfordert sind. Rechtsextremistische Täter z.B. bewegen sich in der Regel nicht in den Präventions- und Antigewaltprojekten, sondern „dazwischen“. So bekommen sie nie eine kollektive Abwehr, sondern nur individuelles Zurückschrecken zu spüren. (...) In einem aktivierbaren Netzwerk, das auch gleichzeitig soziale Äquivalente für solche jungen Leute vermitteln kann, würde der Raum für rassistische Aggression enger, der psychische Ertrag für solche Täter geringer, die Chancen sie aus Szenen „organisch“ herauszulösen größer (Böhnisch 2002: 1045).

Es handelt sich dabei um keine neuen Überlegungen; die Möglichkeiten verbesserter und verstärkter Zusammenarbeit und der Aufbau von Netzwerken wurden z.B. im Hinblick auf kommunale Prävention auch schon im Zusammenhang mit dem AgAG-Programm diskutiert und im Rahmen eines eigenen Modellprojektes untersucht.¹¹ Aber über die Jugendarbeit

¹¹ Der gesamte fünfte und abschließende Band zum Aktionsprogramm ist diesem Thema gewidmet. Er bezieht sich auf ein Modellprojekt, das 1994 - 1996 durchgeführt wurde. Zentrales Anliegen war es, Projekte vorzustellen und zu fördern, die auf der Grundlage von Sozialraumorientierung die Vernetzung von gewaltpräventiven Aktivitäten in einer Region oder einem Stadtteil vorantreiben. („Kommunale Gewaltprävention“; AgAG Band 5, 1997) Runde Tische,

hinaus gewinnt auch in der allgemeinen Diskussion um die Bekämpfung des Rechtsextremismus der Netzwerkgedanke einen immer höheren Stellenwert. So ist die Förderung von Kooperation und die Bildung von lokalen und regionalen Netzwerken einer der Schwerpunkte, der – im Untersuchungszeitraum – in allen bundesweiten Programmen in diesem Themenfeld wie Xenos, Civitas und Entimon ausdrücklich angestrebt wird.

Wir haben im Rahmen der Interviews die Pädagoginnen und Pädagogen nach ihren Kooperationspartnern und Erfahrungen in der Zusammenarbeit gefragt und uns nach der Einbindung in die lokalen und politische Gremien und die Strukturen der Jugendhilfe erkundigt. Darüber hinaus wurde diese Thematik im Rahmen zweier Regionalkonferenzen und auf einem Expertenhearing erörtert.

In diesem Kapitel soll zunächst dargestellt werden, wie die Relevanz von Kooperationen von Praktikerinnen und Praktikern eingeschätzt wird und welche konkreten Erfordernisse und Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit vorliegen (11.1), wobei die Kooperationspartner Schule und Polizei/Justiz etwas ausführlicher betrachtet werden (11.2). Daran schließt sich ein Abschnitt zu den Möglichkeiten des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit an (11.3), es folgt ein Abschnitt zum gemeinsamen Agieren in den bestehenden Strukturen der Jugendpolitik und Jugendhilfe (11.4). Zum Abschluss wird noch einmal nach Erfahrungen mit sozialräumlichen Netzwerken oder politischen Bündnissen (11.5) gefragt. Eine Einschätzung beschließt das Kapitel (11.6).

11.1 Zur Erfordernis und praktischen Relevanz von Kooperationen

Aus Sicht der Praxisprojekte erfordert die Arbeit mit der Zielgruppe „rechtsorientierte/rechtsextreme Jugendliche“ aus unterschiedlichen Gründen eine besonders gute Einbindungen und verlässliche Kooperationspartner. Diese gewünschten, angestrebten und geforderten Kooperationen haben unterschiedliche Dimensionen:

- Es geht darum, stabile Netzwerke für die Jugendlichen aufzubauen. Ein Großteil von ihnen hat Beziehungsabbrüche erlebt und negative Bildungskarrieren hinter sich. Solche Jugendlichen z.B. beim Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen, gestaltet sich dementsprechend schwierig. Außerdem bedarf es verlässlicher und attraktiver Beziehungsgeflechte und Angebote, die den besonderen Anforderungen gerecht werden sollen, eine Alternative zu ihrer bisherigen Szene darzustellen und Veränderungsimpulse zu geben.
- Es geht um Kooperation in der Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung vor Ort und in der Region, weil einzelne Angebote/Maßnahmen in der Gefahr sind, angesichts rechter Dominanz unter Jugendlichen überfordert zu werden. In der Vergangenheit hat sich auch

Gremien oder Räte, die zur Vernetzung in der Gewalt- oder Kriminalitätsprävention beitragen wollen, gibt es inzwischen in zahlreichen Kommunen, das Thema Rechtsextremismus ist aber dabei wohl häufig ausgeklammert.

immer wieder gezeigt, dass sich Schwerpunkte der rechten Jugendszene innerhalb einer Stadt bzw. Region neu bilden und verlagern (z.B. in den ländlichen Raum). Es geht um fachlichen Austausch (auch überregional) und kollegiale Beratung, die als sehr wichtig eingeschätzt wird, um sich sowohl über neue Entwicklungen in der rechten Szene informieren und austauschen zu können, als auch Konzepte weiterzuentwickeln.

- Grundsätzliche Verbesserungen und Veränderungen für die Zukunfts- und Beteiligungschancen von Jugendlichen oder die Bekämpfung des gesellschaftlich verankerten Rechtsextremismus können nur in größeren, sozialräumlichen Netzwerken erreicht werden.

Welche konkreten Erfahrungen liegen aber mit Kooperation tatsächlich vor?

Die Formen der Kooperation hängen mit der Art und auch mit der Größe des jeweiligen Praxisprojektes zusammen. Projekte, die bei größeren Trägern angesiedelt sind, haben in der Regel mehr Austausch untereinander und eine gesichertere Außenvertretung in Gremien als kleinere Träger. Auch ist nicht verwunderlich, dass Angebote öffentlicher Träger stärker in die Jugendhilfestrukturen eingebunden sind als freie Träger. Einige Praxisprojekte sind etabliert, anerkannt und gut integriert – andere fristen eher ein Randdasein mit kurzfristigen Finanzierungen und mangelnder Unterstützung. Ein Großteil der Kooperationsformen, die vor allem dazu dienen, den Klienten der Sozialarbeit integrierte Hilfen zu bieten und ein Netzwerk aufzubauen, sind in der Jugend(sozial)arbeit grundsätzlich unerlässlich und werden – ähnlich wie in der Arbeit mit anderen Zielgruppen – angestrebt. Besonders gut scheint dies dort zu gelingen, wo mehrere Arbeitsbereiche von einem Träger oder einem Projektverbund abgedeckt und in räumlicher und personeller Nähe wahrgenommen werden, wo z.B. ein Angebot der offenen Jugendarbeit in einem Jugendhaus mit aufsuchender Arbeit, Beratungsstellen oder betreuten Wohnangeboten kombiniert wird. Einige Beispiele für diese praktizierte Hilfe aus einer Hand haben wir vor allen in den neuen Bundesländern gefunden. Allerdings stoßen auch gute Kooperationsbeziehungen zu Arbeitsämtern, Trägern der Berufshilfe, Firmen etc. an Grenzen, wenn es darum geht, in strukturschwachen Regionen die Perspektiven der Jugendlichen zu verbessern, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle zu erhalten. In den neuen Ländern wird die Aussicht, dass sich für die Jugendlichen Chancen vor Ort ergeben, als sehr gering eingeschätzt.

Man stößt in der Praxis auch immer wieder auf eher kleine Projekte und ‘Einzelkämpfer’, denen in ihrem Jugendamt, ihrem Stadtteil, ihrem Dorf die Zuständigkeit für Jugendarbeit und damit auch für rechtsorientierte, auffällige Jugendliche zugeschrieben wird und die gleichzeitig erleben, dass damit die Verantwortung und das Interesse des Gemeinwesens auch erschöpft scheint. Die Tatsache, mit diesen Jugendlichen pädagogisch zu arbeiten, kann dabei durchaus negative Folgen für Projekte und einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Neben einer möglichen oder realen Bedrohung, die von der rechtsextremen Szene selber ausgeht, sehen sich einige Projekte auch der Gefahr der Isolation oder der Verdächtigung, diese Szene zu unterstützen, ausgesetzt. Nicht nur die Antifa oder andere linke Jugendliche reagieren mit grundsätzlicher Ablehnung auf solche Projekte. Eine Streetworkerin in einer süddeutschen Kleinstadt hat dargestellt, wie sich Bekannte und auch Institutionen abgewandt haben, weil man kein Verständnis hatte, wie man sich mit ‘diesen Jugendlichen’ – einer gewaltbereiten Clique rechter Skins

– abgeben kann. Unter diesen Umständen z.B. eine Unterbringung für einen Jugendlichen zu organisieren, wird dann zu einem schwierigen Problem. Auch in der Zusammenarbeit mit anderen Jugendeinrichtungen und Jugendarbeitern sind solche grundsätzlichen Bedenken für die betroffenen Fachkräfte oftmals spürbar. In einem Projekt beschreibt ein Mitarbeiter exemplarisch, dass weniger die eigentliche Arbeit mit der Zielgruppe als vielmehr die Isolation – auch innerhalb der Jugendhilfe – und die damit einhergehenden Probleme dazu geführt haben, dass die pädagogische Arbeit zunehmend als Belastung empfunden und ein offenes Jugendhaus mit vornehmlich rechter Klientel vom Projekt selber geschlossen wurde. Die vereinzelt auch unter Praxisprojekten, vor allem aber auch in Kommunen vorzufindende Tendenz und Gefahr, die ‘eigenen’ Jugendlichen eher zu verharmlosen („die sind doch gar nicht rechts“) bzw. das Problem schlichtweg ganz auszublenzen („solche Jugendlichen gibt es bei uns nicht“), hat unter anderem auch den Hintergrund, dass Projekte fürchten, in der Öffentlichkeit und in der Jugendhilfe als ‘rechtes’ Projekt, als ‘rechter’ Treffpunkt eingeordnet und damit abgeschrieben zu werden.

11.2 Kooperationsformen und Partner

Neben der selbstverständlichen Kooperation mit dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe gibt es im praktischen Alltag der Projekte zahlreiche, teilweise auch eher punktuelle Kontakte zu Behörden, der Arbeitsverwaltung, Beratungsstellen und zu weiteren Jugendeinrichtungen.

Insbesondere die Zusammenarbeit mit Sportvereinen oder anderen freien Trägern, die im bewegungs- oder erlebnispädagogischen Bereich tätig sind, ist für einzelne Projekte der aufsuchenden und offenen Jugendarbeit, aber auch für Angebote der Jugendgerichtshilfe von großer Bedeutung, wobei es darum geht, soziale Unterstützung und pädagogische Begleitung mit sportlichen/freizeitorientierten Angeboten zu kombinieren. Ein Großteil der Jugendlichen sind keine Vereinsmitglieder, ehrenamtlich organisierte Angebote sind für diese Jugendlichen häufig nicht geeignet, gleichzeitig ist aber ihr Interesse an Sport groß. Allerdings ist es für die Projekte nicht immer einfach, Partner und Anbieter zu finden, die mit der Klientel fremdenfeindlicher bis hin zu rechtsextremen Jugendlichen zusammenarbeiten wollen oder Hallen und Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

11.2.1 Kooperationen mit Schule

Außerschulische Bildungsangebote, Seminare und Trainings von freien Trägern, die zum Themenfeld „Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit“ an Schulen durchgeführt werden, gibt es inzwischen eine ganze Reihe. Einige der von uns befragten Projekte arbeiten relativ eng mit bestimmten Schulen zusammen oder machen dort Angebote, wobei unterschiedliche Schultypen von der Hauptschule bis zum Gymnasium und Berufsschulen genannt wurden: Einzelne Infoveranstaltungen, aber auch eigene Bildungsveranstaltungen

und Kurse werden von Trägern der Jugendarbeit – und der Bildungsarbeit – mit Schulklassen durchgeführt, auch Lehrerfortbildungen werden übernommen. Diese Arbeit wird – im Gegensatz zur konkreten Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen – eher als präventive Arbeit verstanden, allerdings sind auch in den Schulklassen immer wieder offensichtlich rechtsgerichtete Schülerinnen und Schüler anzutreffen, auch wenn dies von den Lehrern nicht immer erkannt oder zugegeben wird. Gleichberechtigte Partnerschaften sind dabei kaum beschrieben worden, vielmehr treten die Pädagogen und Projekte als Experten von außen auf; die Zusammenarbeit mit den Lehrern erweist sich bei der Umsetzung eines Bildungsangebotes dann häufig als schwierig, wenn diese Probleme haben, sich auf andere Methoden und demokratische Arbeitsweisen einzustellen.

Einige Projekte nutzen die Möglichkeit, möglichst viele Jugendliche über Schulen zu erreichen und auch in Ansätzen präventiv arbeiten zu können. Solche Angebote können dazu dienen, sich selber und das eigene Angebot bei den Jugendlichen bekannt zu machen und diesem Anerkennung zu verschaffen. In nur einem Fall unserer Recherche wurde die verbesserte Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule als zentrales Ziel genannt, durch die Arbeit mit Schulklassen und Lehrern sollen dabei Kontakte zu Anlaufstellen im Jugendamt aufgebaut werden. Durch ein Konzept der „Kontextgenauen Überleitung“ werden so einzelnen Schülern, die sich als rechtsorientiert und auffällig erweisen, Einzelfallhilfen angeboten.

Die Mehrzahl der Projekte macht keine Angebote an Schulen und hat eher wenig Kontakt zur Institution Schule bzw. zu Lehrern. Trotzdem wird vielfach das Desinteresse und die mangelnde Verantwortlichkeit der Schule für die Schülerinnen und Schüler beklagt. Die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter sehen sich häufig als einzige ‘erwachsenen Ansprechpartner’ oder ernsthaftes Beziehungsangebot; ähnlich wie die Familien erscheinen die Lehrer und Lehrerinnen für die meisten (rechten) Jugendlichen als Erziehungs- und Sozialisationsinstanz nur eine geringe Rolle zu spielen. Auch die Thematisierung von Rechtsextremismus und das Gespräch über fremdenfeindliche Einstellungen und Vorurteile sowie generell politische Diskussionen erhalten – aus Sicht der Jugendhilfe – in der Schule viel zu wenig Raum und bleiben den Sozialpädagogen vorbehalten.

11.2.2 Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz

Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist nur für einen Teil der Projekte ein Thema. Immerhin wird sie auch in einzelnen Fällen genannt, wenn es um konkrete Kooperation geht. Kontakte bestehen aber oft eher punktuell und formal, etwa wenn Anzeigen erstattet oder bestimmte Veranstaltungen geschützt werden sollen. Es gibt allerdings auch bei Praktikern und Praktikerinnen die Einschätzung, dass eine Zusammenarbeit mit der Polizei nicht mit einer parteilichen Jugendarbeit zu vereinbaren ist und daher grundsätzlich nicht in Frage kommt. Andere Praktiker haben erst nach problematischen Erfahrungen eine solche Zusammenarbeit in Frage gestellt: Eine schwierige Situation, die viele Projekte kennen, entsteht, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Polizei oder dem Verfassungsschutz nach Informationen über Jugendliche oder geplante Aktivitäten gefragt werden und diese selbstverständlich davon ausgehen, dass Projekte als Zuträger zur Verfügung stehen.

Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geraten dabei fast zwangsläufig in einen Rollen- und Gewissenskonflikt. Sie wollen das Vertrauen einzelner Jugendlicher nicht missbrauchen, aber andererseits auf keinen Fall rechtsextreme Aktivitäten indirekt dulden. Einige lehnen es grundsätzlich ab, als 'Informationsquelle' für eine Sanktionsinstanz zur Verfügung zu stehen, andere haben Informationen weitergegeben, sahen aber ihre weitere Arbeit durch das daraus folgende Vorgehen der Polizei gefährdet oder hatten den Eindruck, dass Absprachen nicht eingehalten wurden. Wichtig ist in jedem Fall, den Jugendlichen offen zu legen, wie mit etwaigen Rechtsbrüchen oder auch möglicherweise brisanten Informationen umgegangen wird und diesen Ankündigungen und Vorgaben dann auch konsequent zu folgen.

Die Hoffnung auf Unterstützung und Hilfe durch die Polizei, z.B. in konkreten Gefährdungssituationen, wurde teilweise enttäuscht: Eine Pädagogin berichtete, dass sie die Zusammenarbeit aufgegeben hat, nachdem die Polizei, die nur präventiv gerufen wurde, um ein Jugendhaus zu schützen, stattdessen ohne Anlass und brutal gegen alle anwesenden Jugendlichen – Punks und Rechte – vorgegangen war.

Es gibt andererseits auch Projekte, in denen – sicher eher ungewöhnlich für sozialpädagogische Ansätze – die gute Zusammenarbeit und der Schutz durch die Polizei als ein grundlegender Bestandteil der Arbeit angesehen wird. Eine Voraussetzung dafür ist, der lokalen Polizei die Aufgaben und Ziele des Projekts zu verdeutlichen, um dann zu einer klar abgegrenzten Form der Zusammenarbeit zu kommen. Auch gibt es Beispiele dafür, dass die Polizei regelmäßig Informationen an Projekte über neue Entwicklungen in der rechten Szene weitergibt. Nur in einem Beispiel ging es darum einzelne, junge Polizisten mit in ein pädagogisches Angebot zu integrieren und auch auf dieser Ebenen zusammenzuarbeiten. Eigene pädagogische Angebote vonseiten der Polizei oder auch des Verfassungsschutzes, die quasi als Konkurrenz zur Jugendhilfe auftreten würden, sind uns in unserer Recherche nicht begegnet, vermutlich beschränken sich deren Aktivitäten wohl vorrangig auf unterschiedliche Formen von Aussteigerprogrammen und -angeboten. Eine Zusammenarbeit mit Staatsmacht und Justiz ergibt sich vor allem für die Jugendgerichtshilfe und freie Träger, die Angebote machen, die im Rahmen richterlicher Auflagen umgesetzt werden. In einem Projekt wurde deutlich, dass ein bestimmtes Aussteigerangebot für rechte Jugendliche erst auf Anregung des Jugendgerichts entstanden ist. Die Jugendlichen wiederum werden im Rahmen von Auflagen teilweise direkt an Projekte verwiesen, die zum Thema Rechts extremismus arbeiten.

11.3 Fachlicher Austausch

Längst nicht alle Projekte haben oder kennen überhaupt Möglichkeiten eines fachlichen Austauschs in Hinblick auf die besonderen Erfordernisse der Zielgruppe. Eher gut eingebunden sind vor allem etablierte Streetwork- und auch Fanprojekte, die überwiegend in landes- und bundesweiten Arbeitszusammenhängen und Arbeitsgemeinschaften eingebunden sind. Als bundesweiter regelmäßiger Austausch von Praxisprojekten mit dem

Schwerpunkt „rechtsextreme Jugendliche“ (allerdings auch mit einem praktischen Schwerpunkt im norddeutschen Raum) wäre als vereinzelt Beispiel das Praktikertreffen im Lidice-Haus zu nennen, das seit vielen Jahren besteht und sich als expliziter Ort versteht, an dem fachlicher Austausch zur Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ermöglicht wird. Allerdings kannte nur ein kleiner Teil der von uns besuchten Projekte diesen Kreis und nutzte diesen Zusammenhang.

Einige wenige Projekte sind auf regionaler Ebene im Austausch; wir haben allerdings nur ein Beispiel für eine beständige Form dieser regionalen Zusammenarbeit vorgefunden: Den Arbeitskreis Ruhr, in dem sich vor allem engagierte Jugendamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu einem regelmäßigen Austausch treffen. Von lokalen Austauschmöglichkeiten mit dem Schwerpunkt „Jugendarbeit und Rechtsextremismus“ wurde nur aus Projekten in Großstädten berichtet, wobei auch diese zum Teil eher in der Vergangenheit relevant waren und heute kaum noch arbeiten. Eine Ausnahme ist z.B. ein selbstgestalteter Arbeitskreis von Sozialarbeiterinnen, der in Leipzig existiert und von der dortigen RAA unterstützt wird.

Vielfach haben Praktikerinnen und Praktiker explizit das Problem benannt, wenig Kontakte zu anderen Projekten bzw. Kollegen mit ähnlichen Erfahrungen und Problemen zu haben. Trotz der Wahrnehmung von Fortbildungen und Tagungen etc. zum Thema käme es ihnen immer wieder vor, als würde niemand anderes tatsächlich auch mit rechten Jugendlichen arbeiten. Einige Projekte haben angegeben, dass sie Austauschmöglichkeiten und Arbeitszusammenhänge sowohl auf lokaler als auch auf Bundesebene vermissen, die es teilweise in den 1990er-Jahren noch im Rahmen des AgAG – Programms gab, teilweise haben auch vor Ort noch Arbeitskreise oder Plenen weitergearbeitet, als das Programm ausgelaufen war – inzwischen bestehen diese Strukturen und Arbeitszusammenhänge praktisch nirgendwo mehr.

11.4 Gremien der Jugendhilfe und jugendpolitische Zusammenarbeit

Der Grad der Einbindung der einzelnen Praxisprojekte in die Strukturen der Jugendhilfe und der jugendpolitischen Interessenvertretung hängt stark von der Arbeitsform ab, ein wesentlicher Teil der Pädagogen ist sogar direkt als Streetworker oder Jugendförderer beim Jugendamt beschäftigt. Eine gewisse Einbindung ist zwar bei fast allen freien Trägern gewährleistet, häufig wird diese aber eher als notwendige Pflichtübung betrachtet oder besteht darin, Aufträge vom Jugendamt bzw. vom Jugendhilfeausschuss entgegenzunehmen. Nur bei größeren Trägern/Projekten ist eine ständige Vertretungsarbeit durch Koordinatoren oder Geschäftsführer abgesichert. Berichte über eine aktive Mitgestaltung von Planungs- und Entscheidungsprozessen – auch unter der Beteiligung von Jugendlichen – gab es nur in einer Ausnahme. Dies liegt sicher auch daran, dass in vielen Orten Jugendpolitik und Jugendhilfeplanung noch immer nicht den Stellenwert einnimmt, der ihr zukommen sollte.

Nach unseren Erkenntnissen werden sowohl Jugendhilfeausschüsse als auch Jugendringe vonseiten der Jugend(sozial)arbeit nur sehr bedingt als Orte wahrgenommen,

an denen Interessenvertretung für Jugendliche und auch für Jugendarbeit geschieht. Dementsprechend gibt es wenig Zusammenarbeit mit den Akteuren der verbandlichen und selbstorganisierten Jugendarbeit und Jugendpolitik, die wiederum häufig skeptisch gegen hauptberuflich getragene Projekte und vor allem gegen die Zusammenarbeit mit der Zielgruppe sind. Zwar sehen sich alle Praktiker als Fürsprecher für 'ihre' Jugendlichen und deren Interessen, kommunalpolitische Aktionen, Erfahrung mit Einmischung und direkter Partizipation aber spielten im Alltag – so unser Eindruck – eher eine sehr untergeordnete Rolle. Auch in der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ist es für Praxisprojekte offensichtlich schwierig, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie eine solche Interessenvertretung aussehen oder gelingen kann: So kann es nicht darum gehen, dieser Zielgruppe eine politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit zu geben, solange diese für rechtsextreme Inszenierung und Propaganda ausgenutzt werden kann, andererseits sollen Jugendliche Erfahrungen mit Partizipation und Selbstwirksamkeit machen, brauchen Ausbildung und Arbeitsplätze und müssen lernen, ihre Interessen demokratisch zu vertreten.

Welche Rolle spielt nun der als notwendig erachtete Austausch und das abgestimmte Vorgehen gegen jugendlichen Rechtsextremismus innerhalb bestehender Strukturen? Nur ein Projekt hat dargestellt, dass es sich selber – in Absprache mit dem Jugendhilfeausschuss – die Aufgabe gestellt hat, Angebote der Jugendhilfe zu koordinieren, Kooperationen vor Ort unter den Trägern zu fördern und auch gemeinsame Veranstaltungen und Fortbildungen zu organisieren. Teilweise haben Praktiker, die in größeren Städten tätig sind, eigene Austauschgremien ins Leben gerufen, weil sie den Eindruck hatten, dass ihre Themen und Fragen aus der Arbeit mit rechten Jugendlichen in den bestehenden Gremien nicht ausreichend thematisiert werden. Sicher ist es jedoch grundsätzlich nicht wünschenswert, dass das Thema Rechtsextremismus unter Jugendlichen nur in speziellen Kreisen, in eigenen AG's thematisiert wird, sondern dies darf als Querschnittsaufgabe nicht aus dem Blick geraten.

Bei den jeweiligen Jugendämtern und kommunalen Verwaltungen, auch wenn sie selbst als Träger von Projekten auftreten, ist Interesse, Unterstützung und Kompetenz für das Thema Rechtsextremismus sehr unterschiedlich vertreten. So gibt es Jugendämter, die aus Sicht der Praxisprojekte uninformiert und desinteressiert sind, während in anderen Orten ein eigener fachlich kompetenter Schwerpunkt aufgebaut wurde oder sich z.B. die Jugendgerichtshilfe intensiv dieser Problematik annimmt. Vereinzelt ist es – vor allem wohl durch das Engagement der Jugendarbeit – gelungen, dieses Thema als eine zentrale Herausforderung in der Jugendhilfe zu verankern und kommunale Arbeitsstellen oder zumindest Maßnahmenkataloge oder Aktionspläne zu etablieren. Eine bessere Koordination in und zwischen Städten und Landkreisen in Bezug auf die jeweiligen Anforderungen, die Veränderungen und Wanderbewegungen in der rechten Jugendszene für die Jugendhilfeplanung darzustellen, wird zwar als Notwendigkeit an unterschiedlicher Stelle benannt, ist uns aber in der Praxis nicht begegnet. Die Vorstellungen und Wünsche der Praktikerinnen und Praktiker gerade in der ländlichen Region gingen dabei vor allem in die Richtung, dass der Austausch und die Kooperation im Rahmen einer verbesserten kreisweiten Jugendhilfe- und Regionalplanung insgesamt zu verbessern sind, um dann auch den fachlichen Austausch und das gemeinsame Vorgehen in Bezug auf die Zielgruppe

der rechten Jugendlichen besser zu koordinieren, ohne dass deshalb zwangsläufig weitere, zusätzliche Gremien entstehen sollen.

11.5 Sozialräumliche Netzwerke und Bündnisse gegen Rechtsextremismus

Projekte, die sich selber über die normalen Kooperationen hinaus als ‘Netzwerker’ oder doch als Teil eines Netzwerkes sehen, haben wir in drei Fällen vorgefunden.

In einem Fall handelt es sich dabei um ein Netzwerk, dessen Ausrichtung über den Jugendhilferahmen hinausgeht und die Förderung der strukturschwachen Region – vor allem den Ausbau des Tourismus und die Entwicklung von Arbeitsplätzen – zum Ziel hat. Der Anstoß für ein solches Netzwerk und die unterschiedlichen Projekte der Jugendarbeit und Jugendberufshilfe, die dazu gehören, ging in diesem Fall von einer engagierten Pastorin aus. In dem beteiligten Projekt geht es darum, Berufs- und Ausbildungschancen der Jugendlichen zu verbessern und ihnen zumindest befristet Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Damit wird dieses Projekt zu einer gewissen eigenständigen politischen Größe. Die Einbindung in die Strukturen der Jugendhilfe andererseits und die Kooperation mit anderen Jugendeinrichtungen ist bei diesem Projekt allerdings wenig ausgeprägt. In einem anderen Beispiel ist es ein kirchlicher Träger, der seine Angebote im Kirchenkreis als Netzwerk versteht und mit einem mobilen Angebot Vernetzung in der Jugendarbeit fördern will. Bereits kurz erwähnt wurde ein Streetwork-Projekt, das sich als Katalysator und Organisator im Stadtteil verstanden hat und dort Einrichtungen vernetzt und eine Stadtteil-AG gegründet hat.

In einigen Fällen werden Mitarbeiter oder Projekte als Experten zum Thema Rechtsextremismus in der kommunalpolitischen Öffentlichkeit gehört und wahrgenommen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht allein mit den Jugendlichen, sondern auch an anderen Stellen zu thematisieren, ist dabei ein Anliegen, das viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter formulieren, wobei es allerdings wenig konkrete Beispiele für diese Umsetzung gibt. Ein eher abstrakter Einsatz für mehr Zivilgesellschaft und Demokratie, wie er von der Jugendarbeit oftmals gefordert wird, spielt in der Praxis ebenfalls kaum eine Rolle. Das Hauptaugenmerk der meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt eindeutig auf der konkreten Arbeit mit den Jugendlichen – alles was an Vertretungsarbeit, Austausch, Öffentlichkeitsarbeit und politischer Einmischung passiert, geschieht am Rande oder bleibt in den Händen einer Person, die dann hauptsächlich mit diesen Aufgaben betraut ist und nur noch wenig pädagogisch arbeitet.

Keines der von uns besuchten Projekte war in ein bestehendes sozialräumliches Netzwerk eingebunden, wie sie z.B. in definierten Stadtteilen durch das Quartiersmanagement etc. gefördert werden sollen, auch wenn einzelne Projekte in solchen Stadtteilen angesiedelt waren. Eine verstärkte Zusammenarbeit in dieser Richtung wurde nur als Wunsch genannt, dem aber die konkreten Anforderungen durch die Arbeit mit einzelnen Jugendlichen entgegenstünden. Die aktive Mitarbeit und das eigene Selbstverständnis von Praxisprojekten, Teil eines Netzwerkes zu sein, ist uns also nur in wenigen Ausnahmen be-

gegnet – die Erfahrung von sozialräumlichen Netzen fehlt in der Praxis weitestgehend. Ob dies auf die Ausrichtung der pädagogischen Arbeit der untersuchten Praxisprojekte zurückzuführen ist oder doch eher darauf, dass solche Netzwerke, in denen Jugendarbeit und Jugendhilfe mit weiteren Akteuren und Beteiligten in Kommunen oder Landkreisen zusammenarbeiten und planen noch seltene Ausnahmen sind, kann nicht abschließend beantwortet werden, weil wir nicht nach Netzwerken außerhalb unseres Themengebiets gesucht haben.

Es gibt allerdings inzwischen zahlreiche Einrichtungen, Vereine und Initiativen, die sich Vernetzung, Beratung und Politik gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ‘auf die Fahnen geschrieben’ haben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt zumeist auf der Jugend- und Bildungsarbeit. Trotzdem sind Kooperationen mit den Angeboten der Jugendhilfe und Jugendarbeit, die auch versuchen, direkt mit ‘rechten’ Jugendlichen zu arbeiten, selten. Vereinzelt gibt es in öffentlicher oder freier Trägerschaft Anlaufstellen zum Thema Rechtsextremismus, z.B. das städtische Referat in Düsseldorf oder die Arbeitsstelle Rechtsextremismus von Arbeit und Leben in Braunschweig, in denen versucht wird, nicht nur Informationen zu bündeln und Beratung zu leisten, es werden auch eigene Projekte und Konzepte der Jugend- und Bildungsarbeit verfolgt. Eine Besonderheit gerade dieser Stellen liegt darin, dass teilweise auch Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit mit rechtsgerichteten und/oder gewaltbereiten Jugendlichen vorliegen und nicht allein präventive Arbeit geleistet wird. Bereits erwähnt wurde der Arbeitskreis Ruhr, der ein Beispiel für eine regionale Vernetzung darstellt und versucht, politisches Engagement mit dem fachlichen pädagogischen Austausch vor allem von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Jugendämtern der Region zu verbinden. Insgesamt bleiben jedoch praxisnahe ‘Netzwerke’, die pädagogische Arbeit und politische Arbeit verknüpfen wollen und dabei auch versuchen, rechtsgerichtete Jugendliche selber zu erreichen, eine Ausnahme.

Auf der Ebene der Bundesländer sind im Untersuchungszeitraum unterschiedliche Versuche unternommen worden, Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu unterstützen und Kooperationen zu fördern – bekannte Beispiele wären hier der Verein Miteinander e.V. für Sachsen-Anhalt oder die RAA Brandenburg mit den angegliederten mobilen Beratungsteams, die inzwischen auch in den anderen neuen Bundesländern aufgebaut wurden. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt aber, auch in dem Selbstverständnis dieser Organisationen, in der Förderung demokratischer Strukturen und der eher präventiv ausgerichteten Jugend- und Bildungsarbeit – eine konkrete Zusammenarbeit mit pädagogischen Projekten, die direkt mit rechtsgerichteten Jugendlichen arbeiten, bleibt die Ausnahme.

Für die Praxisprojekte, die wir gesprochen und besucht haben, spielte die Mitarbeit in solchen Initiativen und Bündnissen oder Landesprogrammen demnach keine Rolle. Zwar wurden solche ‘zivilgesellschaftlichen’ Aktivitäten durchaus begrüßt und als mögliche Erleichterung der eigenen Arbeit eingeschätzt, gleichzeitig wurde aber auch die Befürchtung geäußert, mit der eigenen Arbeitsweise und der direkten Arbeit mit der Zielgruppe immer mehr ins Abseits zu geraten.

Die Trennung zwischen denjenigen, die mit diesen Jugendlichen arbeiten und denjenigen die es nicht tun scheint – bei allen fließenden Übergängen der Zielgruppen – weiterhin groß zu sein. Vielfach fühlen die Praktikerinnen und Praktiker, die mit rechten

Jugendlichen arbeiten, sich in dieser Szene nicht erwünscht, teilweise sind sie es auch explizit nicht, weil „akzeptierende“ Jugendarbeit grundsätzlich abgelehnt wird. Das Selbstverständnis und auch das Selbstbewusstsein, als sozialpädagogisches Projekt bewusst nach außen zu treten, die Arbeit öffentlich zu machen und sich in politischen Bündnissen zu engagieren, fehlt einer Vielzahl von Praktikern.

11.6 Fazit

Trotz der Bedeutung, die dem Thema „Kooperation“ zuerkannt wird und die dieses auch unter Fachkräften hat, gibt es in der Praxis neben einigen positiven Beispielen auch zahlreiche Probleme, die den Kooperationsbeziehungen und der Netzwerkarbeit im Wege stehen. Praktikerinnen und Praktiker der sozialpädagogisch orientierten Jugendarbeit haben in der Regel wenig eigene praktische Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen, wenn es darum geht, gemeinsame Interessenvertretung zu betreiben sowie kommunalpolitische Partizipation und zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Gemeinwesen zu befördern.

Noch einmal zu betonen sind die schon angesprochenen Schwierigkeiten für ein Projekt, das mit rechtsextremen Jugendlichen arbeitet, interessierte Kooperationspartner zu finden, die in der Lage und auch bereit sind, mit dieser Zielgruppe zu arbeiten. Und so gibt es auch wenig Zusammenarbeit über die Jugendhilfe hinaus. Dennoch ist die konkrete Kooperation in pädagogischen Maßnahmen vor Ort sicher noch relativ gut gewährleistet und zeichnet auch die gut funktionierenden Projekte aus. Angestrebt und teilweise verwirklicht ist auch der fachliche Austausch zur Förderung der pädagogischen Angebote. Sehr unterschiedlich und in der Tendenz eher gering ist jedoch die Beteiligung an Kooperationen und gesellschaftlichen Aktivitäten, die über die pädagogische Arbeit mit den Jugendlichen hinausgehen. Dazu gehört die Integration in Strukturen, die die Interessenvertretung von Jugendlichen sowie Jugendarbeit im Rahmen von Jugendhilfe und Jugendpolitik vor allem auch in der Kommunalpolitik gewährleisten sollten. Hier liegen sicher noch Potenziale, die vorhandenen Strukturen besser zu nutzen und der jugendpolitischen Zusammenarbeit mehr Gewicht einzuräumen. Dabei geht es sowohl darum, den Jugendlichen und ihren Interessen (sofern sie berechtigt sind) und Zukunftsperspektiven mehr Gehör zu verschaffen als auch darum, sich als Projekt einzumischen und abzusichern.

Eigene Kapazitäten für weitergehende politische Kooperationen oder Netzwerkarbeit sind in den Projekten nicht vorhanden. Projekte sind teilweise in Gremien oder AG's vertreten, diese sind aber wohl eher dem Austausch vorbehalten, haben kaum eigene Aktivitäten oder eine Strategie der Vernetzung aufzuweisen. Eine konkrete Vorstellung von einem eher sozialräumlichen Ansatz des Arbeitens oder gar eine konkrete Ausrichtung auf Veränderung im Sozialraum als expliziter Bestandteil oder sogar Schwerpunkt der Arbeit, ist uns unter den Praxisprojekten nicht begegnet. Unklar bleibt auch, wie eine produktive Verbindung zwischen den traditionellen jugendpolitischen Strukturen und einer gemeinwesenorientierten Netzwerkarbeit in der Kommune gelingen kann, ohne dass unproduktive Konkurrenz oder Doppelstrukturen entstehen.

Die Zusammenarbeit zwischen politischen Initiativen gegen Rechtsextremismus und der konkreten pädagogischen Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen ist schließlich eher die seltene Ausnahme als die Regel. Aus Sicht der Praxisprojekte scheint eine verstärkte Zusammenarbeit aus pragmatischen Gründen aber auch aufgrund grundsätzlicher 'ideologischer' Vorbehalte gegen ihre Arbeit nicht unbedingt einfach – wenn sie gelänge, könnte sie allerdings der Gefahr von Isolation und auch der Entpolitisierung der eigenen pädagogischen Arbeit entgegenwirken. Es muss also an dieser Stelle die Frage offen bleiben, wie eine Mitarbeit der Praxisprojekte in einem funktionierenden Netzwerk gegen Rechtsextremismus aussehen könnte und welche Auswirkungen dies auf die pädagogische Arbeit mit der Zielgruppe hätte.

12 Zum Stellenwert von Konzepten

In der fachlichen Diskussion um Jugendarbeit ist der Stellenwert von Konzepten in den letzten Jahren immer größer geworden: Schwierigkeiten und Benachteiligung von Jugendlichen wird verstärkt versucht mit passenden Konzepten zu begegnen (vgl. Wolf 1998). Dies gilt auch für die Phänomene Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen, gegen die seit Jahren dringlich angemessene Konzepte gefordert werden. Dabei besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass es in der Jugendarbeit mit rechtsorientierten und rechtsextremen Jugendlichen im Wesentlichen um professionelle, durch Fachkräfte abgesicherte Angebote gehen muss. Diese sollen nicht nur unterstützende, sondern auch verändernde Interventionen sein: Jugendlichen sollen Alternativen und neue Quellen der Selbstachtung erschlossen werden, die nicht auf Kosten Anderer gehen, noch den Weg ins gesellschaftlich Abseits ebnet (vgl. Müller 1995).¹²

Unter Konzepten werden in der Jugendarbeit im Allgemeinen festgelegte, konkrete Vorgehensweisen verstanden, die – auf Grundlage umfassender Analysen der Rahmenbedingungen vor Ort – zur Erreichung bestimmter pädagogischer Ziele entwickelt werden. Eine konzeptionelle Entwicklung und Planung der eigenen Arbeit gilt dabei schon seit längerem als unverzichtbare Grundlage professioneller Jugendarbeit (Scherr 1995). Vor allem in der Diskussion um Qualitätsentwicklung und Evaluation wird der Konzeptentwicklung großes Gewicht zugesprochen. Im scheinbaren Widerspruch dazu gelten Praktikerinnen und Praktiker aber auch immer wieder als überfordert, wenn es um die Formulierung und Ausarbeitung von Konzepten geht: „Aber gerade in dieser Verbindung zwischen erfahrener Praxis und Konzepten tut sich soziale Arbeit schwer. Beides klafft oft auseinander, so findet man eine hehre allgemein vage und anspruchsvolle Konzeptbeschreibung neben einer begriffslosen, den Alltag ganz okkupierenden Praxis“ (Thiersch 2002). Eine Konzeptentwicklung soll daher nach Möglichkeit im Austausch zwischen Theorie und Praxis entstehen, in der Kooperation von Praktikern, wissenschaftlicher Begleitung und Beratung.

Als konzeptionelle Grundlage für die Jugendarbeit generell ist zurzeit vor allem die (verstärkte) Sozialraumorientierung im Gespräch (vgl. u.a. Unsere Jugend 9/2002, Deinet/Krisch 2002). Auch die durch PISA angestoßene Debatte um informelles Lernen und Bildungsarbeit ist für die konzeptionellen Überlegungen der Jugendarbeit aktuell von Belang (vgl. Kapitel 5). In Bezug auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendlichen werden außerdem seit längerem vor allem geschlechterreflektierende Ansätze eingefordert (vgl. Kapitel 4); relativ neu ist das Konzept einer „gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“, das Franz Josef Krafeld in die Diskussion gebracht hat (Krafeld 2000), nachdem das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ in den letzten Jahren verstärkt in die

¹² Da Jugendarbeit im ursprünglichen und rechtlichen Sinn keinen erzieherischen Anspruch hat, sondern auf Freiwilligkeit, Ehrenamt und Selbstorganisation beruht, ist diese verstärkte Betonung von pädagogischen Konzepten nicht unumstritten, in Bezug auf rechtsorientierte Jugendliche wird sie aber eigentlich nicht in Frage gestellt.

öffentliche Kritik geraten ist. Solche umfassenderen konzeptionellen Grundlagen können der Praxis theoretische Fundierung und auch Orientierung für das methodische Vorgehen geben. Als geeignete Arbeits- und Angebotsform gilt unter Fachleuten das Konzept der mobilen Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als besonders aussichtsreich: Es versucht aufsuchende Arbeit mit selbstorganisierter Clubarbeit, Gruppen- und Einzelfallarbeitsformen zu verbinden und ist stark Gemeinwesen orientiert ausgerichtet. In der Praxis sind uns allerdings Beispiele einer in diesem Sinne entwickelten Mobilen Jugendarbeit nur sehr vereinzelt begegnet. Welche Rolle spielen also grundlegende Ansätze, Konzepte und Konzeptentwicklung für die praktische Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen? Wie und auf welchen Grundlagen werden Arbeitsformen gewählt, Methoden eingesetzt und Angebote weiterentwickelt?

Im folgenden Kapitel soll verdeutlicht werden, was in der Praxis unter Konzepten verstanden und welche Bedeutung ihnen zugemessen wird (12.1) und wie und unter welchen Bedingungen Projekt- und Konzeptentwicklung in der Praxis erfolgt (12.2). Im dritten Abschnitt geht es um die Praxisrelevanz des in diesem Zusammenhang öffentlich am meisten diskutierten und bekanntesten Konzepts der „akzeptierenden Jugendarbeit“ (12.3), abschließend folgt eine zusammenfassende Einschätzung (12.4).

12.1 Was verstehen die Praxisprojekte unter Konzepten?

Wenn man in der Praxis nach Konzepten der pädagogischen Arbeit fragt, erhält man sehr unterschiedliche Informationen: Dies geht von der ausführlichen Darstellung eines selbstentwickelten Programms über die Beschreibung einzelner Angebote bis hin zum Verweis auf allgemeine pädagogische Ziele. Manchmal scheint sich die Bedeutung des Konzepts tatsächlich in einem Kapitel im Projektantrag zu erschöpfen, dessen praktische Relevanz fragwürdig ist. Einige Praxisprojekte lehnen für sich die Erstellung von (schriftlichen) Konzepten sogar grundsätzlich ab, zum Beispiel mit dem Verweis darauf, dass dies nur Alibifunktion hätte. Andere Projekte verweisen auf eigene Konzepte als wichtige Voraussetzung ihrer Arbeit: Dies gilt vor allem für Projekte, die durch einzelne Angebote eindeutiger geprägt und die bewusst auf eine einzelne Zielgruppe zugeschnitten sind, dagegen tut sich die offene und teilweise auch die aufsuchende Jugendarbeit offensichtlich schwerer mit spezifischeren Konzepten.

Insgesamt lassen sich bei den Praxisprojekten grundsätzlich zwei Kategorien unterscheiden: Das sind einerseits (wenige) Projekte, die explizit, auch in Arbeitsform und Konzept, auf rechtsorientierte Jugendliche ausgerichtet sind; andererseits jene, die eher zufällig oder notgedrungen mit der Zielgruppe arbeiten. Bei Streetworkern und Teams in der aufsuchenden Cliquen- und Einzelarbeit finden sich beide Herangehensweisen. Zur ersten Kategorie zählen Projekte wie soziale Gruppenkurse und Trainings, die für die Zielgruppe konzipiert wurden und die Auseinandersetzung und Widerlegung der Ideologie des Rechtsextremismus in ihr Konzept aufgenommen haben. Dies geschieht z.B. durch Elemente der interkulturellen, politischen und historischen Bildung und der Gedenk-

stättenarbeit. Auch durch lebenspraktische Unterstützung der Jugendlichen oder die Zusammenarbeit mit Aussteigerprogrammen sollen einzelnen Jugendlichen konkrete Alternativen zur rechtsextremen Szene geboten werden. Die Projekte bzw. deren Träger, die wir in diesem Feld untersucht haben, haben alle ein eigenes Konzept. In einigen Projekten beruht dies mehr auf konfrontativen; in anderen mehr auf unterstützenden Ansätzen. In der zweiten Kategorie sind mehrheitlich Angebote und Projekte der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Jugendberufshilfe zu finden, die mit rechtsorientierten oder auch mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiten, weil diese in der Zielgruppe von arbeitslosen, benachteiligten oder auch 'normalen' Jugendlichen vertreten sind. In diesen konzeptionellen Überlegungen nehmen fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen der Jugendlichen keinen besonderen Stellenwert ein, dennoch ist die praktische pädagogische Arbeit durchaus von den Anforderungen der Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen geprägt. Ob es den Projekten dann gelingt, ihre Arbeitsweise aber auch ihre Ziele gemäß den aktuellen Erfordernissen weiterzuentwickeln, ist dabei eine entscheidende Frage, wobei die Form eines solchen impliziten Konzepts und der Prozess seiner Erarbeitung stark variieren können.

12.2 Formen und Bedingungen der Projektentwicklung

Eine Vielzahl von Projekten haben begonnen, mit rechtsorientierten Jugendlichen zu arbeiten, ohne dass es eine konzeptionelle Grundlage dafür gab. Vielmehr musste das Konzept erst parallel zu den praktischen Erfahrungen oder auch auf konkrete Anfragen hin erarbeitet werden. Häufig gaben akute Anlässe und Konflikte, z.B. bei Überfällen und Angriffen auf Migrantinnen und Migranten, den Anlass, öffentliche Mittel für kommunale Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen, die damit den Auftrag bekam, mit den auffälligen Jugendlichen zu arbeiten, ohne dass es hierfür in der Gemeinde oder durch die Jugendhilfeplanung bereits weitere Überlegungen oder auch öffentliches Engagement gegen Rechtsextremismus gab. Inwiefern dann Analysen vor Ort und die eigentliche Zielfindung und Konzeptentwicklung überhaupt erfolgte, ist höchst unterschiedlich. Häufig haben sich die Bedingungen in der Laufzeit von Projekten so verändert, dass Veränderungen vor allem von außen vorgegeben wurden. Nur einigen Trägern ist es gelungen eine längerfristige Förderung zu erhalten, ihre Angebote weiterzuentwickeln und Ziele neu zu bestimmen, spätestens dann bedurfte es aber konzeptioneller Grundlagen und einer entsprechenden Unterstützung und Kooperation im jugendpolitischen Umfeld.

Ein Praxisprojekt hat z.B. einige Jahre in der offenen Jugendarbeit mit auffälligen, rechtsextremen Jugendlichen gearbeitet. Der Versuch einer grenzensetzenden offenen Jugendarbeit im Rahmen einer rechtsdominanten Jugendszene wurde zunehmend kritisch vom Team beurteilt. So stellte sich heraus, dass es nicht immer gelang, organisierte Rechte zu erkennen sowie 'Kader' grundsätzlich auszuschließen, daraufhin wurde im Team beschlossen, das Angebot in dieser Form einzustellen und das Haus

zu schließen. Dies hatte wesentlich damit zu tun, dass die Mitarbeiter keine weitere fachliche oder öffentliche Unterstützung bekamen oder diese für sich und ihre Arbeit sahen, um die bestehenden Probleme zu lösen, sondern sich von Kommune und Jugendhilfe zunehmend im Stich gelassen fühlten. In einer dreimonatigen Unterbrechung der praktischen Arbeit ist mit Beratung von außen und begleitet von einem Trägerwechsel ein neues Konzept entwickelt worden, von dem auch der Jugendhilfeausschuss überzeugt werden konnte. In einer neuen Ausrichtung wurde nun auf eigene Häuser und Treffs verzichtet, stattdessen ist die trägerübergreifende, kooperative Entwicklung und Beratung von Jugendangeboten neben aufsuchenden Angeboten zu einem neuen Schwerpunkt geworden; exklusive Angebote für rechtsorientierte Jugendlichen gibt es nun nicht mehr.

Gerade die Projekte, die kurz nach der Wende in den neuen Ländern entstanden, haben häufig ihre Tätigkeit ohne Erfahrungen und Qualifikation in der Jugendarbeit aufgenommen. Pädagoginnen und Pädagogen berichteten, dass zu Beginn ihrer Tätigkeit die alltäglichen Anforderungen zu starken Belastungen führten und es praktisch keine festen Arbeitszeiten gab. Ideen zu notwendigen Angeboten wie Gruppenarbeit, Erlebnispädagogik und Bildungsveranstaltungen gab es zwar, diese konnten aber oft nicht umgesetzt werden, weil es an methodischer Kompetenz fehlte. Erst in längeren Prozessen ist es gelungen, über aktuelle Anforderungen hinaus nach einem Konzept zu fragen und ein solches zu entwickeln. Damit verbunden war zum einen häufig eine berufsbegleitende Qualifikation der MitarbeiterInnen – als besonders wichtig wurde auch eine externe Begleitung bzw. ein fachlicher Austausch, wie es ihn im Rahmen des AgAG-Programms gegeben hatte, genannt. Inzwischen hat sich die Arbeit zunehmend professionalisiert, wobei Projekte auch über zwiespältige Entwicklungen sprachen, weil Teams und Untergliederungen im Projekt eine Professionalisierung der Arbeit abgelehnt haben oder es oft schwierig ist, gute Fachkräfte für die Jugendarbeit zu finden.

Einige Praktikerinnen und Praktiker sahen oder sehen sich außerdem an so enge Vorgaben und Aufträge ihrer Träger oder Zuwendungsgeber gebunden, dass ein eigenes Konzept überflüssig oder sinnlos erscheint, weil praktisch kein Einfluss auf die Tätigkeitsfelder und Arbeitsformen gesehen wird. Dies passiert offensichtlich vor allem dann, wenn öffentliche Geldgeber in der Jugendarbeit einen kostengünstigen Dienstleister sehen, der ihnen im Austausch mit einem Personalkostenzuschuss die Jugendlichen 'ruhig stellt', ohne dass es hierfür wiederum eine konzeptionelle Grundlage in der Kommune bzw. beim öffentlichen Träger gäbe. Dies ist nicht nur im Kontext solcher ungesicherten Projekte zu beobachten, die überwiegend fachfremdes Personal auf ABM/SAM-Stellen einsetzen, wie dies auch weiterhin z.B. im ländlichen Raum häufig in der Jugendarbeit geschieht, sondern auch bei professionell abgesicherten und gut ausgestatteten Projekten.

Eine ausgebildete Pädagogin ist bspw. bei einem Träger beschäftigt, dessen Einrichtung versucht, aufsuchende, offene und beratende Angebote zu verbinden. Sie ist u.a. auch für die Betreuung eines 'rechten' Clubs zuständig, der den Jugendlichen mehr oder weniger zur Selbstverwaltung von der Stadt überlassen wurde. Dort treffen sich Jugendliche und auch junge Erwachsene, darunter organisierte, auch vorbestrafte

Rechtsextreme, denen der Treff als willkommener Kneipenersatz gilt, für den man eine pädagogische Mitarbeiterin in Kauf nimmt. Es wurde ihr schnell deutlich, dass es in diesem Rahmen für sie oder auch ihren Kollegen nicht möglich ist pädagogisch zu arbeiten; die Stadt macht eine weitere Kofinanzierung aber von dieser Betreuung abhängig – inzwischen versucht der Träger eine andere Finanzierung der Personalstelle zu finden, ansonsten sähe die Pädagogin für sich nur die Möglichkeit zur Kündigung.

Insgesamt sind sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern Tendenzen festzustellen, die zum einen auf eine stärkere Verpflichtung von einzelnen Projekten durch den öffentlichen Träger als auch auf die wachsende Abhängigkeit von Programmförderungen verweist. Zahlreiche Praktikerinnen und Praktiker berichten, dass sie dadurch einen stark erhöhten Aufwand an Verwaltung, einzelnen Anträgen und Abrechnungen sowie auch an verstärkter Lobbyarbeit zu bewältigen haben, der sowohl grundlegende konzeptionelle als auch die konkrete pädagogische Arbeit beschränkt. Vor allem aber ist der jeweilige Handlungsspielraum stark eingengt und die Sinnhaftigkeit und Relevanz eigener Konzepte, die über einen konkreten Antrag hinausgehen, wird in Frage gestellt.

12.2.1 Recherche vor Ort, Analyse von Zielgruppen

Idealtypisch würde ein Projekt ein Konzept aufgrund eines zuvor ermittelten Bedarfes und recherchierter Bedürfnisse – in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung – entwickeln. Insgesamt erweisen sich die Erfahrungen von Praxisprojekten auf wenige Ausnahmen begrenzt, wenn es darum geht, eigene Analysen, wie sie z.B. als Lebensweltanalysen in der Fachliteratur empfohlen und veranschaulicht werden (vgl. u.a. Deinet/Krisch 2002), durchzuführen und daraufhin Schwerpunkte zu entwickeln. Recherchen, eigene Erhebungen sowie die Erstellung von Stadtteil- und Cliquenanalysen oder auch Einzelporträts gibt es vereinzelt; Möglichkeiten und auch konkrete Erfahrungen damit hatten allerdings nur die Praxisprojekte und Praktiker, die direkt bei Jugendämtern angestellt sind oder zu sehr anerkannten und großen Trägern gehören. In diesen Fällen wurden Erkundigungen in der Jugendszene, z.B. durch Interviews oder Stadtteilspaziergänge, als Grundlage der konzeptionellen Arbeit angesehen, um entscheiden zu können, mit welchen Cliquen gearbeitet werden soll oder ob ein Angebot im Stadtteil überhaupt notwendig und sinnvoll ist. Um mehr von 'ihren' Jugendlichen zu erfahren und Angebote zielgenauer zu entwickeln, zu planen und auch zu bewerten, führen außerdem einzelne Projekte regelmäßig Interviews mit Jugendlichen.

Wenn es auch selten solche systematischen Analysen gibt, verfügen dennoch viele Praktiker über recht gute Kenntnisse zu den lokalen Jugendszenen, über Rechtsextremismus und die kommunalen Bedingungen vor Ort. Obwohl dies auch immer wieder als unabdingbar für die eigene Arbeit genannt wird, reicht dieses Wissen – auch nach eigener Einschätzung – nicht immer aus. So gestaltet sich die Analyse der konkreten Zielgruppen häufig sehr schwierig oder auch gefährlich: Organisierte Jugendliche sind nicht bereit, Auskünfte zu geben und/oder es wird ihnen untersagt, Kontakt zu Sozial- und Jugendarbeitern aufzunehmen. Teilweise entstehen kurzfristige und lokale rechtsextreme Gruppierungen.

gen, die für Pädagoginnen und Pädagogen kaum einzuschätzen sind. Und so gilt es als besondere Schwierigkeit, wenn einzelne Projektmitarbeiter nicht oder kaum beurteilen können, ob ein Jugendlicher bereits eingebunden und rechtsextrem organisiert ist, wie verfestigt seine Einstellungen sind, wie seine Stellung in der Gruppe ist usw. Wichtig ist, dass für die Praxisprojekte die Möglichkeit bestehen muss, sich gegen die Arbeit mit bestimmten Jugendlichen zu entscheiden, wenn die Gefahr der Unterstützung einer subkulturellen rechtsextremen Jugendszene oder gar einer Organisation nicht auszuschließen ist. Ein Praxisprojekt (in Trägerschaft des Jugendamtes) berichtete, dass entgegen dem ursprünglichen städtischen Auftrag mit rechten Cliques im Stadtteil zu arbeiten, ihr Konzept akzeptiert wurde, stärker alternative Jugendkulturen zu fördern und nur im Rahmen von Einzelhilfen mit Mitgliedern der rechten Jugendszene zu arbeiten, da sich in der Stadtteilanalyse herausgestellt hatte, dass es sich bei der vermeintlichen Clique um eine rechtsextreme Kameradschaft handelte und andere, nicht rechte Jugendliche im Stadtteil dringend Unterstützung benötigten.

12.2.2 Zieldefinition und Konzeptentwicklung

Gefragt nach den Zielen der Projektarbeit werden häufig umfassende und idealistische Ziele wie das grundsätzliche Eintreten für Demokratie und Antifaschismus oder politische Einmischung, die Interessenvertretung für Jugendliche und Jugendarbeit, genannt. Solche Ideale werden aber kaum als Ausgangspunkt der konkreten Konzeptentwicklung verstanden und finden sich auch nicht unbedingt in den tatsächlichen Schwerpunkten der Projektarbeit wieder. Pädagoginnen und Pädagogen, die mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen arbeiten, sehen sich häufig in der Situation, diese Arbeit vor sich und anderen rechtfertigen zu müssen; es ist daher wenig verwunderlich, dass dazu auch der Verweis auf große und ideale Ziele gehört, zumal ein hohes Maß an Idealismus wahrscheinlich tatsächlich bei vielen Teams eine Grundvoraussetzung der Arbeit ist. Problematisch erscheint dies nur dann, wenn dieser Idealismus an Stelle eines Konzeptes tritt oder eine kritische Reflexion der eigenen Methoden und Angebote ausbleibt, weil die ursprüngliche Absicht ja richtig war und „Scheitern aushalten“ groß geschrieben wird.

Auf die Frage nach den Zielen der konkreten pädagogischen Arbeit werden häufig allgemeine Prinzipien wie das Ansetzen an den Bedürfnissen und der Lebenswelt der Jugendlichen oder auch die Stärkung von Identität und sozialer Kompetenz genannt. Auffällig ist aber, dass häufig ein wenig konkreter Bezug zwischen den allgemeinen Zielen und der Arbeitsweise und den Methoden hergestellt wird. So scheint längst nicht immer klar, was wie und womit erreicht werden soll. Und letztlich wird häufig auf die eigene persönliche, mehr oder weniger fachlich abgesicherte, gefühlsmäßige Herangehensweise verwiesen. So wird zum Beispiel das Angebot der historischen Bildung und Gedenkstättenarbeit eher mit dem Hinweis auf die eigenen politischen Wurzeln und Ideale der antifaschistischen Arbeit begründet, als mit einer konkreten Erwartung, was mit dieser Fahrt bei den Jugendlichen bewirkt werden soll. Einzelne Angebote entstehen auch häufig ohne echte Ziele – als schnelle Reaktion auf eine Krisensituation, weil finanzielle Mittel für ein bestimmtes Projekt zur Verfügung stehen, weil eine bestimmte Maßnahme, z.B. eine Fahrt,

einfach reizvoll erscheint oder weil man eine erlernte Methode einmal anwenden und ausprobieren will.

Es ist festzustellen, dass es in unserer Recherche gerade im Bereich der offenen und aufsuchenden Arbeit kaum Beispiele für eine explizite und fortlaufende Konzeptentwicklung im Team gab. Vielmehr findet sich in der Praxis eine Mixtur aus gemeinsamen Idealen mit mehr oder weniger expliziten Rückgriffen auf gängige Grundorientierungen, normale Teambesprechungen, Jahresplanungen oder Vorgaben von außen. In einzelnen Fällen wurde berichtet, dass es im Team phasenweise eine Beratung in konzeptionellen Fragen gab oder auch aktuell Prozesse begannen, in denen eine (neue) Konzeption erarbeitet werden soll. Punktuell kommt es – angeregt evtl. durch eine Fortbildung oder einen konkreten Bedarf – immer wieder zu solchen Versuchen oder Phasen, die aber teils versanden und nicht zu Ende geführt oder auch einfach abgeschlossen und vergessen wurden. Insgesamt spielen solche Prozesse im Projektalltag eine eher geringe Rolle; eigene Ressourcen und Freiräume zur Konzeptentwicklung sind seltene Ausnahmen. Im Zentrum steht dagegen die konkrete pädagogische Arbeit und Beziehungsaufnahme mit den Jugendlichen und diese wird – so ist den Interviews zu entnehmen – häufig eher gefühlsmäßig und individuell gestaltet; die Notwendigkeit oder auch die Kapazitäten, darüber hinaus auch in anderen Bereichen wirksam zu werden, wird nicht von allen Praktikerinnen und Praktikern gesehen.

Es ist also festzuhalten, dass praktisch alle Pädagoginnen und Pädagogen die Aufnahme einer verlässlichen Beziehung zu den Jugendlichen anstreben und dieses Ziel in das Zentrum ihrer Arbeit stellen. Ob dies auch mit einem – expliziten oder impliziten – Konzept verbunden ist, hängt vor allem davon ab, ob die Fragen, wie und mit welchem Ziel diese Beziehungsarbeit gestaltet wird, gestellt und beantwortet werden. Häufig betonen die Pädagogen, dass es darum geht, Authentizität zu erhalten, einen Standpunkt zu vertreten und glaubwürdig zu sein. Als besondere Schwierigkeit in der pädagogischen Beziehungs- und Bildungsarbeit mit rechtsextrem eingestellten Jugendlichen wird dabei formuliert, dass die als notwendig erachtete Unterscheidung zwischen der grundsätzlichen Annahme einer Person und der Ablehnung ihrer Einstellungen und Verhaltensweisen nicht nur praktisch schwierig und als persönlich herausfordernd angesehen wird, sondern als ständiger Balanceakt auch eine besondere Problematik darstellt. Dies ist außerdem auch nach außen hin immer wieder deutlich zu machen, um nicht in dem Verdacht der Unterstützung rechtsextremer Jugendliche zu geraten. Wichtig und entlastend wäre es hier, auf übergreifende und anerkannte Grundlagen verweisen zu können und die eigene Arbeit in einen größeren konzeptionellen Rahmen und praktischen Zusammenhang zu stellen.

12.3 Akzeptierende Jugendarbeit als praxisrelevantes Konzept?

Zu einem Konzept gehört auch die Verankerung in theoretischen Grundlagen und umfassenderen Ansätzen. Dies beschränkt sich in der Praxis aber häufig auf eine grundsätzliche Positionierung, diese geschieht dann oft in Bezug zur „akzeptierenden Jugendarbeit“. Mit

diesem Ansatz fühlt sich ein Teil der Projekte verbunden und er wird von ihnen (weiterhin) als Orientierung für die Arbeit angesehen, einzelne Projekte haben auch konkrete Praxiskonzepte aufgrund dieses Ansatzes erarbeitet. Andere Projekte setzen sich deutlich ab und erklären, dass man akzeptierende Arbeit in jedem Fall ablehne. Interessant ist unsere Beobachtung, dass eine solche Positionierung kaum Einfluss auf die praktische Projektarbeit hat und sich Projekte der offenen und aufsuchenden Arbeit mit sehr unterschiedlicher Position hinsichtlich der „akzeptierenden Jugendarbeit“ von den Zielgruppen, Zielen und Arbeitsweisen nicht unterscheiden lassen. Es gibt Projekte, die sich auf den akzeptierenden Ansatz berufen und deren Grenzsetzungen dabei wesentlich rigider sind, als Projekte, die diesen Ansatz weit von sich weisen – dies gilt sowohl in Bezug auf Fragen wie Alkoholkonsum als auch die Frage von Mitgliedschaften in Organisationen etc. betreffend. Andererseits berufen sich auch Projekte, die sich selber als konfrontativ bezeichnen auf grundsätzlich ganz ähnliche Prinzipien, wie sie die akzeptierende Jugendarbeit beschreibt.

Dieses Phänomen lässt sich so erklären, dass auch von vielen Praktikern der Jugendarbeit der Begriff der „akzeptierenden Jugendarbeit“ eher verkürzt und schlagwortartig gebraucht wird, häufig ist das vorliegende Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Cliques“ gar nicht gemeint oder bekannt. Akzeptierende Jugendarbeit steht dann synonym für „keine Regeln setzen, alles erlauben, niemanden ausgrenzen“. Nur einige Projekte haben sich tatsächlich ernsthaft mit dem eigentlichen Konzept beschäftigt, das sehr wohl solche Grenzsetzungen vorsieht. Das Konzept der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Cliques“ wurde bereits Ende der 1980er-Jahre aus einem Studienprojekt heraus von Franz Josef Krafeld (Krafeld 1992) und einer Gruppe Studierender in Bremen entworfen und mit fortlaufender Praxis weiterentwickelt; der Prozess dieser praxisnahen Konzeptentwicklung ist gut dokumentiert. Ausgehend von einigen Grundprämissen wie der Lebenswelt-, Bedürfnis- und Sozialraumorientierung wurden schließlich folgende Handlungsebenen herausgearbeitet: Bereitstellung sozialer Räume, Beziehungsarbeit, Akzeptanz der Cliques und lebensweltliche Einmischung (vgl. u.a. Krafeld 1996).¹³

Kritisiert wurde in der später einsetzenden jugendpolitischen und öffentlichen Debatte, dass akzeptierende Jugendarbeit letztlich den Rechtsextremismus unter Jugendlichen verharmlose und eher befördere. Durch die unzulässige Übertragung des Konzeptes auf die Situation der neuen Bundesländer würden die grundsätzlich anderen Voraussetzungen ignoriert und der Gefahr der rechten Dominanzkultur nicht angemessen Rechnung getragen.

¹³ Von den damals Beteiligten ist ein Verein gegründet worden, der weiterhin auf dieser Grundlage arbeitet und an diesem Konzept festhält, trotz der starken öffentlichen Diskussion um „akzeptierende Jugendarbeit“ und des inzwischen von Krafeld neu entwickelten Konzepts der „gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“. Dabei hat es in der Arbeitsweise auch immer wieder Veränderungen gegeben, z.B. arbeitet der Verein schon seit einigen Jahren nicht mehr mit eigenen Räumen und die Einzelfallarbeit nimmt einen wesentlich größeren Raum ein, so dass sich auch hier noch einmal die Frage stellt, welchen Einfluss überhaupt Konzepte - selbst wenn sie professionell erarbeitet und dokumentiert wurden - auf die konkrete Arbeit haben?

Gefordert wird stattdessen die Unterstützung von Gegenkulturen der Jugendlichen, die Rechtsextremismus entgegentreten. Abgesehen davon, dass nach unserer Erfahrung die lokalen Bedingungen auch innerhalb der neuen und alten Länder sehr unterschiedlich sind, wird so ein Gegensatz zwischen „akzeptierend“ auf der einen und „politisch-kritisch“ auf der anderen Seite festgeschrieben, der aus Sicht der Praxis nicht existiert und zumindest nicht existieren sollte. Die wichtige Frage, wie es rechte Dominanz, die gerade in einigen kleinen Orten und ländlichen Räumen anzutreffen ist, gebrochen werden kann, muss sich gerade auch die Jugend(sozial)arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen stellen.

Zahlreiche Projekte der Jugend(sozial)arbeit betonen daher, dass sie ausgehend von den konzeptionellen Grundannahmen der „akzeptierenden Jugendarbeit“ immer noch oder erneut auf der Suche nach einem passenden grundlegenden Konzept sind, das ihren Bedürfnissen und auch den inzwischen veränderten politischen Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Damit verbunden ist auch der Wunsch der Anerkennung für die bereits geleistete und auch für die aktuell erbrachte Arbeit, die nicht einfach deshalb zu diskreditieren sei, weil der Begriff der akzeptierenden Jugendarbeit öffentlich in Misskredit geraten ist. So wird von einigen Praxisprojekten der Wunsch nach verstärkten gemeinwesen- oder sozialraumorientierten Ansätzen genannt, die mehr Vernetzung und jugendpolitische Einbindung ermöglichen; diese wurden bislang aber kaum ausformuliert für Projekte, die auch mit rechtsorientierten Jugendlichen arbeiten. Auch geschlechtssensible Konzepte und verstärkte Jungenarbeit werden als besonderer Bedarf genannt. Als eine besondere Herausforderung wurden vielfach neue Zugangswege für die sich wandelnde rechtsextreme Jugendszene beschrieben, deren harter Kern immer weniger offensichtlich und öffentlich auftritt und als immer schwieriger zu erreichen gilt. Außerdem soll es nicht in erster Linie darum gehen, exklusive Angebote für rechtsextrem orientierte Jugendliche zu schaffen, sondern eine qualitativ abgesicherte Jugendarbeit zu leisten, die auch zielgruppenspezifische Angebote leisten kann. In jedem Fall muss sich Jugendarbeit auch als Ort der politischen Bildung und Einmischung verstehen, wenn sie ‘rechten’ Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit, wie sie auch in anderen Jugendkulturen und -szenen (und in der Erwachsenenwelt) zu finden sind, begegnen will.

12.4 Fazit

Es entsteht der Eindruck, dass vorliegende, schriftliche Konzepte für die praktische pädagogische Arbeit eher wenig bedeutsam sind, während es andererseits so etwas wie ein Alltagskonzept gibt, das aber in der Regel kaum fixiert und auch nicht bewusst diskutiert oder entwickelt wird. Dies mögen auf den ersten Blick alltagstaugliche Konzepte sein, aber sie geraten immer wieder an ihre Grenzen, wenn es darum geht, im Team und als Projekt in Aushandlung mit Trägern und Öffentlichkeit nicht nur allgemeine, sondern auch operationalisierbare und überprüfbare Ziele der Arbeit zu benennen, die über die Beziehungsaufnahme zu einzelnen Jugendlichen hinausgehen. Auch die Frage der Partizipation der Jugendlichen an der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts bleibt

dadurch unberücksichtigt. Ein im Team entwickeltes, praxisnahes Konzept, das auch einzelne Umsetzungsschritte benennt, wäre außerdem eine wichtige Grundlage für Qualitätsentwicklung und Evaluation (vgl. Kapitel 13). Die Fähigkeit, das eigene Angebot auch theoretisch zu verankern, aufgrund von Analysen zu spezifizieren und in einen größeren konzeptionellen Zusammenhang zu stellen, sowie die dafür notwendigen Gestaltungsspielräume zu schaffen, erscheint als wesentlicher Faktor für eine qualitativ gesicherte Jugendarbeit, die jedoch nur in Ansätzen vorzufinden ist, was allerdings auch häufig damit zusammenhängt, dass die Bedingungen hierfür alles andere als optimal sind.

Konzepte scheinen vor allem dann gefragt zu sein, wenn es darum geht, ein neues Projekt ins Leben zu rufen oder wenn sich krisenhafte Entwicklungen im Projektverlauf abzeichnen. Ansonsten mag zwar eine gewisse beruhigende Wirkung davon ausgehen, dass es auf dem Papier und in der Schublade ein Konzept gibt; gemeinsame Konzeptentwicklung als Bestandteil professioneller Arbeit wird jedoch kaum realisiert.

Als möglicher gemeinsamer Bezugsrahmen hat sich das Konzept oder besser der Begriff der „akzeptierenden Jugendarbeit“ kaum bewährt, dafür ist dieser zu missverständlich. Auch wenn die Grundannahmen dieses Konzepts weiter Relevanz für die soziale und pädagogische Arbeit haben werden, ist es längst zum politischen Reizbegriff geworden und sagt nichts darüber aus, wie, mit wem und warum Jugendarbeit gestaltet wird. Dieses Manko mag dazu beitragen, dass es Praktikerinnen und Praktikern bislang kaum gelingt, aktuell diskutierte theoretische Grundlagen und Konzepte – wie vor allem der Sozialraumorientierung oder auch der geschlechtsbezogenen Jugendarbeit – auch auf die eigene Situation zu übertragen und in ein kompatibles Konzept zu fassen. Dies lässt sich wohl auch dadurch erklären, dass der geforderte Theorie-Praxis-Austausch bei der Erarbeitung von konzeptionellen Grundlagen und bei der Entwicklung von Praxiskonzepten in der Praxis einzelne Ausnahmen bleiben.

13 Evaluation pädagogischer Praxis – Erfahrungen und Möglichkeiten¹⁴

Pädagogische Bemühungen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland haben in den letzten Jahren einen erheblichen Zugewinn an Aufmerksamkeit, finanziellen Mitteln und infrastruktureller Unterstützung erfahren. Dies dokumentiert sich u.a. in den zahlreichen Aktions- und Förderprogrammen, die diese pädagogische Arbeit auf Bundes- und Länderebene unterstützen und zeitweise ein breites Medienecho erfahren haben (vgl. Möller 2002; Rieker 2002). Soweit erkennbar, hat dies nicht nur für einen beachtlichen Zuwachs an entsprechenden Projekten und Initiativen gesorgt, sondern auch dazu beigetragen, dass sich inzwischen ein breites Spektrum ganz unterschiedlicher Angebote entwickelt hat. Dem gegenüber sind nur wenige Berichte über die im Rahmen dieser Arbeit gemachten Erfahrungen, über ihre Erfolge und über ihr Scheitern verfügbar, die eine verlässliche Bewertung dieser Aktivitäten ermöglichen würden (vgl. z.B. Bieback-Diel 2001: 68).

Eine durch das Projekt „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ im Herbst 2001 in Auftrag gegebene Recherche macht hinsichtlich der Evaluation pädagogischer Angebote verschiedene Tendenzen deutlich. In der Praxis wird eine gewisse Unkenntnis, Unsicherheit oder Ratlosigkeit darüber artikuliert, was Evaluation eigentlich bedeutet, wozu sie dient und wie sie durchgeführt wird. Wenn der Begriff Evaluation fällt, scheint damit häufig ein disparates Durcheinander unklarer Vorstellungen verbunden zu sein. Auf Nachfragen wird deutlich, dass unter Evaluation mitunter reine Tätigkeitsberichte verstanden werden, in denen Aktivitäten beschrieben, Ziele benannt und über Wirkungen allenfalls spekuliert wird. Aber selbst dann, wenn Ansätze von Selbstüberprüfung oder wissenschaftlicher Begleitung deutlich werden, wurde in keinem Fall eine Orientierung an fachlichen Standards deutlich. Darüber hinaus werden in der Regel keine Kriterien für den Erfolg oder die Wirksamkeit der pädagogischen Arbeit benannt. Außerdem sind die Designs der entsprechenden Untersuchungen nicht oder nur schwer zugänglich. Schließlich wird in diesem Zusammenhang eine „zurückhaltende Veröffentlichungspraxis“ deutlich: Evaluatoren wollen unter Verweis auf Auftraggeber keine weiteren Angaben zu ihren Untersuchungen machen oder Ergebnisse werden überhaupt nicht veröffentlicht – vielleicht weil die Ergebnisse den Intentionen der Auftraggeber nicht entsprechen. In einigen Fällen konnten aber auch deswegen keine Ergebnisse mitgeteilt werden, weil Evaluationen noch nicht abgeschlossen waren. Es bleibt zu hoffen, dass die gegenwärtige Aufmerksamkeit in diesem Bereich dazu beiträgt, dass in Zukunft regelmäßiger und qualifizierter evaluiert wird und dass die Ergebnisse dieser Untersuchungen auch zugänglich gemacht werden. Ansonsten wird es für Fachleute, Politiker und die Öffentlichkeit kaum möglich sein, den Überblick über die zahlreichen und verschiedenartigen Angebote zu behalten. Die Fachwelt ist jedoch zunehmend auf solide Analysen und fachliche Bewertungen der pädagogischen Praxis angewiesen.

¹⁴ Dieses Kapitel ist die überarbeitete Fassung eines Beitrags, der kürzlich veröffentlicht wurde (Pingel/Rieker 2003).

Im vorliegenden Kapitel geht es darum, die Möglichkeiten der Evaluation in Bezug auf pädagogische Angebote, die sich an rechtsgerichtete und rechtsextrem orientierte Jugendliche wenden, auszuloten. Dazu werden wir zunächst darstellen, welche Erfahrungen mit Evaluation in diesem Arbeitsfeld vorliegen und wie Praktikerinnen und Praktiker die Wirksamkeit ihrer Arbeit einschätzen (13.1). Anschließend erörtern wir den Bedarf an Evaluation in Hinblick auf spezielle Aspekte dieser pädagogischen Arbeit und skizzieren konkrete Möglichkeiten der Evaluation: Hinsichtlich des Ein- und Ausstiegs in bzw. aus rechtsextremen Szenen, zur pädagogischen Arbeit mit rechten Jugendlichen, die durch Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund geleistet wird, sowie zur Nachhaltigkeit von Bildungsarbeit angesichts des Umfeldes, in dem die Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen stattfindet (13.2). Abschließend werden wir die Schwierigkeiten und Chancen der Evaluation in diesem Arbeitsfeld resümieren (13.3).

In diesem Kapitel beschränken wir uns also nicht auf die Darstellung und Bewertung der vorliegenden Praxiserfahrungen, sondern möchten Möglichkeiten der Evaluation in Bezug auf pädagogische Angebote ausloten. Auf diese Weise sollen weiterführende Perspektiven eröffnet und konkrete Hinweise dahingehend gegeben werden, wie Evaluation durch die pädagogische Praxis, jugendpolitische Instanzen oder durch die verantwortlichen Evaluatoren befördert werden kann.

13.1 Evaluation aus Sicht der pädagogischen Praxis

Im Rahmen der Recherchen, die wir bei Praxisprojekten und Einrichtungen durchführten, die mit rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen arbeiten, sprachen wir regelmäßig Fragen der Evaluation an. Bei etwa jedem zweiten Projekt stieß diese Frage auf Unverständnis oder wurde verneint, d.h. in diesen Fällen bestand im Projekt der Eindruck, über keinerlei Evaluationserfahrungen zu verfügen. In den anderen Fällen wurde über verschiedene Varianten von Evaluation berichtet, die sich grob in interne und externe Evaluation unterteilen lassen – wobei auf erstere der bei weitem größere Anteil entfällt.

Von Varianten interner Evaluation bzw. Selbstevaluation wird in 12 Projekten berichtet. In den meisten dieser Fälle sind damit Sach- oder Jahresberichte bzw. statistische Angaben über die Nutzerinnen und Nutzer der Angebote des Projekts gemeint, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen ihrer Berichtspflicht gegenüber Geld- und Auftraggebern angefertigt werden. Nur in wenigen Projekten wurden darüber hinaus gesonderte Verfahren zur Reflexion, Überprüfung oder Begleitung der eigenen Arbeit praktisch umgesetzt. Einerseits sind dies regelmäßige Reflexionen im Kollegenteam, z.B. im Hinblick auf die Methoden der eigenen Arbeit. Andererseits handelt es sich um systematische Analysen der Jugendcliquen, mit denen gearbeitet wird oder um die Befragung der Adressaten bestimmter Angebote, um auf dieser Grundlage die Angemessenheit der eigenen Arbeit überprüfen und ggf. optimieren zu können. Von systematischer, angeleiteter Selbstevaluation wird in zwei Projekten berichtet. Durch die Selbstevaluation seien produktive Prozesse der internen Verständigung angeregt worden, allerdings sei es nicht ge-

lungen, auf diese Weise Veränderungsprozesse angemessen zu erfassen.

Zwei Projekte berichten von unterschiedlichen Formen externer Evaluation. In beiden Fällen sind für die Praktikerinnen und Praktiker weder der Ansatz oder die Zielrichtung dieser Evaluationen noch ihre Erträge transparent und nachvollziehbar. Unabhängig von der Frage der Qualität dieser Evaluationen (über die wir nichts sagen können) entsteht der Eindruck, dass sie für die Praxis irrelevant und folgenlos geblieben sind sowie bei den beteiligten Pädagogen einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen haben. Darüber hinaus steht zu befürchten, dass sich die Bereitschaft der betroffenen Projekte, sich erneut an Evaluationen zu beteiligen, durch diese Erfahrungen eher verringert hat.

An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass die meisten der von uns befragten Praktikerinnen und Praktiker mit Evaluation entweder noch nichts zu tun hatten oder darunter ein klassisches Berichtswesen verstehen. Bei den wenigen Projekten, die Erfahrungen mit spezifischen Verfahren machen konnten, entstand der Eindruck, hierdurch eher die interne Verständigung zu fördern als Veränderungen erfassen zu können. Externe Evaluationen haben in den seltenen Fällen, in denen diese überhaupt Anwendung fanden, keine produktiven Spuren in der Praxis hinterlassen. Diese Befunde zeigen zunächst, dass es in diesem Bereich an einer Kultur der Evaluation mangelt.

Darüber hinaus wird in den Gesprächen mit Praktikern aber auch deutlich, dass es auf diesem Feld der pädagogischen Praxis ein prekäres Verhältnis zur Wirksamkeit der eigenen Arbeit gibt. Fragen nach den Erfolgen oder Wirkungen der eigenen Arbeit sorgen bei Praktikern zunächst für Ratlosigkeit und defensive Reaktionen; oft können erst nach längerem Nachdenken erste Einschätzungen formuliert werden. Am deutlichsten wird die (fehlende) Wirksamkeit anhand auffällig negativer Entwicklungen spürbar, z.B. wenn ein Jugendlicher zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde oder in Folge seines Alkoholkonsums gestorben ist. Für den Erfolg der pädagogischen Arbeit können in den meisten der befragten Projekte nur relativ weiche Kriterien formuliert werden. So wird eine entspanntere oder ruhigere Stimmung im Jugendclub als Folge eines veränderten Umgangs der Jugendlichen miteinander angesehen oder die gestiegene Bereitschaft von Jugendlichen, sich mit ihren Problemen an die Mitarbeiter zu wenden, wird als Indiz für deren zunehmende Erreichbarkeit und Offenheit gewertet. In verschiedenen Fällen kann auch 'nur' das Ausbleiben negativer Entwicklungen als Erfolg der pädagogischen Arbeit verbucht werden: Eine Clique hat sich trotz intensiver Anwerbeversuche durch eine rechts-extreme Organisation dieser Gruppierung nicht angeschlossen, ungeachtet verschiedener Gelegenheiten haben sich keine gewalttätigen Eskalationen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen entwickelt. Nur wenige Projekte verfügen über klare Kriterien, um ihre Erfolge zu messen. So gibt es z.B. bei Kursen der Jugendgerichtshilfe die Möglichkeit, die Anwesenheit der Jugendlichen als Erfolg anzusehen oder auf eine geringe Rückfallquote zu verweisen.¹⁵ In Projekten, die eine Qualifizierungsperspektive verfolgen, können bestan-

¹⁵Vor dem Hintergrund der vermeintlich klaren Erfolgskriterien in diesem Arbeitsfeld erscheint es auch plausibel, dass es in Bezug auf Trainingsprogramme Evaluationsstudien gibt, die die Wirkungen pädagogischer Bemühungen erfassen und vergleichend betrachten können (vgl. Ohlemacher et al. 2001).

dene Prüfungen als Erfolg gewertet werden. Es zeigt sich also, dass es in großen Teilen dieses Arbeitsfeldes offenbar viel leichter ist, die eigene Wirksamkeit negativ wahrzunehmen, als produktive Entwicklungen zu erkennen.

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen lässt sich vermuten, dass die geringe praktische Bedeutung von Evaluation nicht nur damit zusammenhängt, dass entsprechende Verfahren in der pädagogischen Praxis nicht bekannt sind oder bisher unsachgemäß angewendet wurden. Sie scheint darüber hinaus mit der komplexen Frage der Wirksamkeit pädagogischer Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammenzuhängen. In der Frage, was im Rahmen pädagogischer Angebote überhaupt bewirkt oder geleistet werden kann, dominiert bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern eine defensive bzw. fatalistische Haltung, die auch als Ausdruck der Unsicherheit bezüglich Erfolgs- und Leistungskriterien in diesem Feld gewertet werden kann. Es wäre also zunächst notwendig, sich über diesen Punkt mit den beteiligten Praktikern zu verständigen, um mehr Transparenz hinsichtlich der Chancen und Grenzen der pädagogischen Arbeit zu erreichen. Darüber hinaus könnte es hilfreich sein, Möglichkeiten für den produktiven Einsatz von Evaluationsverfahren an begrenzten und konkreten Fragen aufzuzeigen, um deren Nutzen für Praxis, Auftraggeber und Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

13.2 Konkrete Ansatzpunkte für Evaluation

Am Beispiel ausgewählter Aspekte der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit soll im Folgenden die Relevanz verdeutlicht werden, die externe Evaluation und auch Selbstevaluation für die pädagogische Praxis haben können. Anhand dieser begrenzten und anschaulichen Fragen kann die Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Evaluation in diesem Arbeitsfeld unseres Erachtens praxisnäher und produktiver geführt werden als im Rahmen abstrakter Grundsatzdiskussionen.

13.2.1 Einstiege in die rechtsextreme Szene – Ausstiege aus der rechts-extremen Szene

Gezielten Erhebungen unter den Jugendlichen, die im Rahmen eines pädagogischen Angebots erreicht werden oder erreicht werden sollen, begegnet man in der Praxis nur in Ausnahmefällen. Solche Untersuchungen sind aber nicht nur für die Entwicklung eines Konzepts, von Zielen und Methoden wichtig, sie sind darüber hinaus ein geeignetes Mittel, um etwas über die Interessen und die Einstellungen der Jugendlichen zu erfahren. Im Rahmen entsprechender Untersuchungen können auch Informationen zu den Beziehungen zwischen einzelnen Jugendlichen erhoben und analysiert werden, um so die Gruppendynamik in den peer-groups der Jugendlichen besser erkennen und für die Arbeit berücksichtigen zu können.

In der Arbeit mit rechtsextrem und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen können solche Erhebungen außerdem wichtige Hinweise auf die Einbindung der Jugendlichen in

die rechtsextreme Szene geben, deren Grad den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Projekten oft nicht klar ist. Außerdem formulieren Praxisprojekte immer wieder Unsicherheit darüber, ob sie tatsächlich Ausstiege erreichen können oder ob sie unfreiwillig der Gefahr unterliegen, doch rechtsextreme Jugendliche und Cliquen durch Hilfeleistungen und pädagogische Angebote zu stärken und zu unterstützen. Wiederholte Untersuchungen sind geeignet, um Entwicklungen hinsichtlich der Einbindungen Jugendlicher in die rechtsextreme Szene und bezüglich ihrer Ideologisierung zu erfassen. Die pädagogische Unterstützung eines Ablösungs- oder Distanzierungsprozesses – ein Ziel, das praktisch alle pädagogischen Angebote auf ihre Fahnen geschrieben haben – wird außerdem erst dann zielgerichtet möglich und auch nachweisbar, wenn Kriterien für den Grad der Einbindung und auch der Ablösung eines Jugendlichen formuliert und empirisch überprüft werden.

Als Methoden würden sich in diesem Zusammenhang Beobachtungen, informelle Interviews, Netzwerkanalysen oder – wenn bereits Arbeitsbündnisse zu den Jugendlichen etabliert werden konnten – Gruppendiskussionen anbieten. Diese Untersuchungen sollten aber nicht (allein) von Sozialarbeitern oder pädagogischen Fachkräften durchgeführt werden, die den Jugendlichen als Vertreter pädagogischer Projekte bereits bekannt sind oder zu denen schon vertrauensvolle Beziehungen bestehen, sondern von solchen Personen, die als Außenstehende an die Jugendlichen herantreten. Erfahrungen aus anderen empirischen Erhebungen weisen darauf hin, dass Jugendlichen in der Regel sehr gerne bereit sind, z.B. in Interviews, über sich zu sprechen. Außerdem sind außenstehende Evaluatoren eher zu einer 'distanzierten' Registrierung in der Lage und müssen sich nicht bereits im Rahmen der Informationssammlung zu pädagogischem oder repressivem Handeln aufgerufen fühlen.

Die Informationen aus entsprechenden Untersuchungen können dann den Praktikerinnen und Praktikern dazu dienen, pädagogische Angebote auch für solche Jugendlichen attraktiver zu machen, die bisher noch nicht erreicht werden konnten bzw. für die neue Zugangswege gefunden werden müssen. Gleichzeitig ist es möglich, im Rahmen solcher Erhebungen auch Informationen von solchen – oder über solche – Jugendlichen zu erhalten, die ein Angebot nicht mehr wahrnehmen, weil es ihren Interessen nicht länger entspricht oder weil ihnen die Teilnahme von rechtsextremen Organisationen untersagt wird. Durch die weiteren Informationen wird die Grundlage zur Erarbeitung von Kriterien gegeben, um die Zielgruppen und Ziele der Arbeit besser definieren zu können; dazu gehört auch festzulegen, wer (noch) erreicht werden soll und diejenigen auszuschließen, die im Rahmen pädagogischer Angebote nicht mehr zur Zielgruppe dazu gehören sollen oder können.

Vor allem versetzen solche Verfahren Projekte in die Lage, sich spezifischer darauf auszurichten, der Einbindung in die rechtsextreme Szene entgegenzuwirken oder einen Ablösungsprozess aus rechtsextremen Organisationen zu unterstützen. Anhand der festgelegten Kriterien ließe sich dann auch feststellen, wann ein Ausstieg eines Jugendlichen erreicht ist und entweder andere Ziele festgelegt oder ein Abschluss der pädagogischen Beziehung eingeleitet werden sollte.

13.2.2 Kontakte zu Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund

An der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten und rechtsextrem eingestellten Jugendlichen sind mitunter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beteiligt. Da die jugendlichen Klienten die Anwesenheit von Ausländern in Deutschland in der Regel ablehnen und auch persönlich keine Kontakte zu ihnen unterhalten wollen, sind solche pädagogischen Settings, an denen Migranten beteiligt sind, grundsätzlich spannungsvoll und heikel. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Pädagoginnen und Pädagogen durch rechte Jugendliche abgelehnt, missachtet, bedroht oder sogar angegriffen werden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass die Jugendlichen ihre Einstellung oder ihr Verhalten gegenüber Menschen ausländischer Herkunft anlässlich dieser konkreten Kontakte zu Migrantinnen und Migranten überdenken bzw. modifizieren. Dieses Spannungsfeld unterschiedlicher Erwartungen bzw. Befürchtungen wird in den Reflexionen und Erfahrungsberichten der entsprechenden Projekte deutlich und es gerät auch dann in den Blick, wenn die eigene Arbeit bilanziert wird.

Die Berichte aus den verschiedenen Projekten, in denen Pädagoginnen und Pädagogen nichtdeutscher Herkunft beschäftigt sind, stimmen darin überein, dass diese Pädagogen bisher weder Diskriminierungen noch Bedrohungen oder Angriffen seitens rechtsgerichteter Jugendlicher ausgesetzt waren. Sie vermitteln eher den Eindruck, dass diese Kollegen und ihre Angebote auch von solchen Jugendlichen akzeptiert und geschätzt werden, die sich ansonsten eher abwertend über Menschen ausländischer Herkunft äußern oder sich sogar aktiv an Bedrohungen und Gewalttaten beteiligen. Diese Wertschätzung bezieht sich auf Pädagoginnen und Pädagogen mit ganz verschiedenen nationalen und professionellen Hintergründen; sowohl auf eine Lehrerin aus Russland oder einen Maler aus Kuba als auch auf einen jungen Vietnamesen oder zwei US-amerikanische Sporttrainer. Allerdings unterscheiden sich die von den Jugendlichen berichteten Rückmeldungen an die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erheblich voneinander. Teilweise ist von neugierigen Fragen zur Biografie und Migrationsgeschichte ausländischer Pädagogen die Rede oder es wird berichtet, dass die Jugendlichen verbal und durch Gesten der Solidarität allen potenziellen Kritikern deutlich machten, dass 'ihre Sozialarbeiter' nicht in Frage gestellt oder belästigt werden dürfen. In anderen Fällen scheinen es dagegen eher die besonderen Angebote oder Fähigkeiten einzelner Migranten zu sein, die gewürdigt und in Anspruch genommen werden, obwohl ansonsten eher Kontakte zu den einheimischen Sozialarbeitern gesucht werden.

Für die betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen hinterlassen die Kontakte zu rechtsgerichteten Jugendlichen damit ein ambivalentes Bild. Die mitunter befürchteten Missachtungen und Beleidigungen bleiben aus und bei den Jugendlichen können sogar Neugier und/oder Anerkennung ausgemacht werden. Doch es entsteht auch der Verdacht, dass die Migranten durch die Jugendlichen teilweise nur sehr begrenzt – z.B. wegen spezieller Fähigkeiten oder Kenntnisse – respektiert werden oder deren Wertschätzung als positive Ausnahmen begrenzt bleibt, während andere Migranten möglicherweise weiterhin missachtet oder bedroht werden.¹⁶ Es ist also ungewiss, ob und unter welchen Bedingun-

¹⁶Aus der Vorurteilsforschung ist dieses Phänomen seit langem bekannt: Die positiven Erfahrungen, die Menschen

gen die besonderen Chancen solcher Projekte, in denen Pädagogen mit Migrationshintergrund mit rechtsgerichteten Jugendlichen arbeiten, genutzt werden können. Neben den Bedingungen, die auch in anderen Projekten relevant sind (Qualifikation und persönliche Eigenschaften von Pädagoginnen und Pädagogen, Angemessenheit und Attraktivität der Angebote, Kooperation und Vernetzung), sind in diesen Fällen weitere Faktoren zu beachten, wenn man den Erfolg und das Gelingen der pädagogischen Arbeit erfassen möchte.

Eine gezielte Evaluation dieser Angebote, ihrer Bedingungen und Verläufe könnte dazu beitragen, ihre Erfolge und Potenziale zu sichern, aber auch Probleme und Risiken zu erkennen und zu minimieren. Im Rahmen einer Evaluation wäre es dafür erforderlich, von externer Seite systematisch Informationen zu Sichtweisen der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. der Jugendlichen zu erheben und auszuwerten. Vor allem dann, wenn die Beteiligten aus sehr unterschiedlichen sozialen Kontexten stammen und wenn die Verständigung zwischen ihnen nicht durchgängig gewährleistet ist, können unterschiedliche Einschätzungen nicht ausgeschlossen werden. Indem man die Perspektiven aller Beteiligten einbezieht, können einseitige Wahrnehmungen erkannt und die diskrepanten Deutungen aufgeklärt werden.

Es ist davon auszugehen, dass die Erfahrungen und Einschätzungen der Beteiligten sich im Verlauf der pädagogischen Arbeit mehrfach ändern: Denkbar sind kontinuierliche Lernprozesse, aber auch euphorische Hochstimmungen mit entsprechend positiven Einschätzungen oder negative Beurteilungen in der Folge von Enttäuschungen oder Rückschlägen. Wichtig wäre es daher, die Schilderungen und Beurteilungen der Beteiligten mehrfach, d.h. zu verschiedenen Zeitpunkten zu erheben. Auf diese Weise wäre es nicht nur möglich, zu verlässlichen Einschätzungen zu gelangen, sondern auch mehr über die Lernprozesse in diesen Projekten zu erfahren.

Darüber hinaus könnte es hilfreich sein, auf der Grundlage von Beobachtungen aus der Perspektive von Unbeteiligten zusätzliche Informationen zu den Bedingungen, Verläufen und Erträgen der Begegnungen zwischen rechtsgerichteten Jugendlichen und Pädagoginnen bzw. Pädagogen mit Migrationshintergrund zu sammeln. Vor allem dann, wenn die Beteiligten in ihren jeweiligen subjektiven Sichtweisen stark verhaftet sind, wären solche Beobachtungen eine Möglichkeit, Blockaden sowie Chancen zu ihrer Beseitigung zu skizzieren oder solche Entwicklungen zu beschreiben, die aus der Beteiligtenperspektive nicht immer erkennbar sind. In jedem Fall böte Evaluation die Möglichkeit, die Potenziale dieser pädagogisch interessanten Konstellationen besser zu erkennen und auszuschöpfen sowie ihre Risiken und Belastungen zu verringern. Auf diese Weise könnte auch ein Beitrag zum Erkennen der optimalen Bedingungen des Kontaktes zwischen einheimischen Jugendlichen und ausländischen Pädagoginnen und Pädagogen geleistet werden, die zur

mit negativen Vorurteilen gegenüber bestimmten sozialen Gruppen mit Angehörigen der von ihnen abgelehnten Gruppen machen, werden nicht unbedingt generalisiert. Es ist dann möglich, dass der Einzelne das negative Vorurteil und die positive Erfahrung getrennt voneinander verarbeitet und konserviert, was sich z.B. in den bekannten 'aber-Konstruktionen' manifestiert: „Alle Türken sind blöd, aber der Mehmet ist echt in Ordnung“.

Reduktion von Vorurteilen, negativen Stereotypen und Fremdenfeindlichkeit notwendig sind (vgl. Dollase 2001).

13.2.3 Alltagsbezug und Nachhaltigkeit von Bildungsangeboten

In zahlreichen Projekten der Jugendarbeit wie auch der Sozialarbeit mit rechts- bzw. rechtsextrem orientierten Jugendlichen wird politische Bildung versucht. Auch andere Bildungsträger sind verstärkt gefordert, Angebote auch für gewaltbereite und rechte Jugendliche zu entwickeln. Vordringliches Anliegen ist dabei, den rechtsextremen und rassistischen Haltungen der Jugendlichen wirksam zu begegnen sowie ihre soziale Kompetenz zu fördern. Einige Angebote basieren auf speziell konzipierten Maßnahmen, die versuchen, rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen z.B. im Rahmen von Sozialer Gruppenarbeit, Trainings oder auch in Kursen zu Demokratie und Toleranz zu bearbeiten. In der Regel liegen solchen Veranstaltungen durchaus solide Konzepte und auch theoretisch schlüssige Überlegungen zugrunde, dementsprechend hoch sind häufig die Erwartungen. Die geschilderten Erfahrungen, die im Rahmen solcher Kurse und Seminare gemacht werden, sind – zumindest was die Durchführung und Reaktionen der Jugendlichen angeht – ebenfalls häufig positiv. Allerdings wird die Frage der Übertragbarkeit in den Alltag der Jugendlichen gewöhnlich nicht ausreichend berücksichtigt. Mögliche und vor allem auch nachhaltige Effekte wie Veränderungen in den Einstellungen oder dem Verhalten der Jugendlichen werden zwar angestrebt, aber nicht erfasst und überprüft. Das Erfassen und Darstellen der Erfolge sowie auch der Grenzen solcher Maßnahmen wird dadurch ebenso erschwert, wie die kontinuierliche Weiterentwicklung dieser Angebote.

Dazu ein Praxisbeispiel: Im Rahmen von aufsuchender Cliquenarbeit organisiert ein Projekt die Teilnahme an einem Seminar der politischen Bildung in einer Bildungsstätte. Das Team wirbt unter den ca. 40 stark rechtsorientierten und fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen um Teilnahme an dieser Veranstaltung zum Thema „Fremde/Fremdsein“, an der außerdem auch eine links-autonome Clique teilnimmt. Schließlich fahren acht Jugendliche, darunter auch einer der Wortführer der rechten Clique, zu der Wochenendveranstaltung. Das Wochenende verläuft in den Augen des begleitenden Sozialpädagogen erstaunlich gut. Die Veranstalter erreichen, dass sich die Jugendlichen auf Methoden und Inhalte einlassen, Referate werden nicht gestört, es kommt zu guten Kleingruppen- und Plenumsdiskussionen, auch persönliche Gespräche mit den links-autonomen Jugendlichen scheinen zu gelingen. Die beiden Gruppen verbringen auch ihre Freizeit gemeinsam. Aus Sicht des Pädagogen eine unerwartete und erfreuliche Entwicklung, zumal einige der Jugendlichen sich explizit von 'alten' fremdenfeindlichen Positionen distanzieren. Die abschließenden Rückmeldungen sind dementsprechend gut; Adressen werden unter den Jugendlichen ausgetauscht, in guter Stimmung fährt man zurück. Die Pädagogen haben den Eindruck, einen Durchbruch bei den Jugendlichen erzielt zu haben und ziehen eine sehr positive Bilanz. Bereits am nächsten Tag – zurück in ihrem Jugendtreff – werden die Teilnehmenden von der daheim gebliebenen Mehrheit zur Rede gestellt, ihnen wird vorge-

worfen, dass sie mit 'Zecken' gesprochen haben; sie sollen zeigen, dass sich an ihren Haltungen nichts geändert hat. Beim Team entsteht der Eindruck, dass diejenigen, die teilgenommen haben, nun umso mehr beweisen müssen, dass sie keine 'Abweichler' sind und fortan besonders radikal auftreten. Die Pädagogen sind erschrocken und unsicher, wie die Arbeit fortgesetzt werden kann.

Dieses Beispiel kann veranschaulichen, dass Angebote politischer Bildung, die nicht auf die eigene (rechte) Clique und den (rechtsdominierten) Stadtteil beschränkt sind, Freiräume für neue Entwicklungen bieten. Vieles spricht dafür, solche Möglichkeiten außerhalb des Alltags zu schaffen und zu nutzen. In diesem Fall hielt die positive Bilanz allerdings nicht lange an. Zwar zeigen sich die Jugendlichen während der Maßnahme beeindruckt, bisherige Tabus und Denkverbote scheinen sogar in Frage gestellt. Kurze Zeit später stellt sich die Situation jedoch anders dar: Die fremdenfeindlichen und abgrenzenden Einstellungen der Jugendlichen haben sich eher verstärkt, die Arbeit mit der Clique ist weiter erschwert worden. Im pädagogischen Team bestand vorher die vage Hoffnung, dass durch die Teilnehmenden die Ideen des Wochenendes in die gesamte Clique weitergetragen werden könnten. So trifft die Reaktion der Jugendlichen – die verstärkte Abgrenzung und Dogmatisierung in der Clique – das Team überraschend, wobei das zugrunde liegende gruppendynamische Geschehen für die Mitarbeiter schwer zu durchschauen bleibt. Der Einfluss des Wortführers ist nach der Teilnahme an der Veranstaltung stark geschwächt. Ein weiterer Teilnehmer will die Radikalisierung nicht mitmachen und löst sich aus der Clique; ein anderer, der als Nicht-Rechter galt und vorher geduldet wurde, muss die Clique nun verlassen. Insgesamt sind damit nach der Veranstaltung zwei Jugendliche aus der Clique ausgeschieden; aber kann dies als ein (positives) Ergebnis der Veranstaltung gewertet werden?

Es stellt sich also die Frage der Wirksamkeit, die durch die der Veranstaltung folgenden Entwicklungen schwer zu beantworten ist. Als ein wesentliches Problem erscheint der fehlende Bezug zum Alltag der Teilnehmenden. Ähnliches zeigt sich auch in anderen Projekten. Jugendliche, die sich am Ende eines Trainingskurses offiziell von der rechten Szene trennen, werden von ihren alten 'Kumpeln' unter Druck gesetzt und bedroht. Oder sie sehen ihre Teilnahme als reine Formalie, z.B. als Auflage, die sie erfüllen müssen, ohne dass es sie wirklich erreicht und interessiert, was dort passiert. Andere Jugendliche, gerade aus dem ländlichen Raum oder aus bestimmten Stadtteilen, sehen sich mit einer stark dominanten rechten Jugendszene konfrontiert, zu der es kaum Alternativen zu geben scheint. Oder sie treffen sich, auch wenn sie begonnen haben sich innerlich zu distanzieren, eben weiterhin mit ihrem alten Freundeskreis, der nur aus rechten Jugendlichen besteht. Jugendliche, die verfeindeten Cliquen angehören, aber im Rahmen einer zeitlich begrenzten Maßnahme auf einem Segelschiff friedlich zusammenarbeiten, sind nach kurzer Zeit zu Hause wieder getrennt in ihren Szenen und Stadtteilen unterwegs und weigern sich an weiteren Maßnahmen teilzunehmen. Gerade in Projekten, die aus einzelnen Bildungsmaßnahmen bestehen und nicht im Rahmen einer längerfristigen pädagogischen Arbeit stattfinden, wird der Frage des Bezugs zum Alltag und damit der Frage der Nachhaltigkeit in der Regel wenig Beachtung geschenkt.

Die Bewertung von Angeboten durch die Verantwortlichen selbst ist in der Regel aber

wesentlich davon geprägt, wie die Durchführung gelungen ist und welche Reaktionen von den Teilnehmenden kamen. Auswertungen finden oft nur am Ende einer Veranstaltung bzw. direkt danach statt. Diese eignen sich zwar, um den Ablauf der Veranstaltung zu reflektieren, sagen aber noch nichts über die Wirksamkeit und die Prozesse aus, die im Anschluss ablaufen. Denkbar ist auch, dass eine Veranstaltung in den Augen der Verantwortlichen unbefriedigend verläuft, bei den Teilnehmenden auf Widerstände und Unwillen stößt und längerfristig gesehen dennoch die gewünschten Effekte erzielt. Die Fragen, wie Veranstaltungen zu bewerten sind, ob sie erfolgreich waren und welche Konsequenzen sich für die weitere pädagogische Arbeit ziehen lassen, sind ohne sorgfältige Evaluation kaum zu beantworten.

Im Rahmen einer Evaluation ist zunächst zu gewährleisten, dass eine Veranstaltung nicht mit unterschiedlichsten Zielen und Erwartungen überfrachtet wird. Es geht darum, eine Verständigung über die Ziele einer Veranstaltung zu erreichen und sicherzustellen, dass diese realistisch und die Methoden in Bezug auf diese angemessen sind. Evaluative Verfahren geben dabei die Möglichkeit, Ziele und Ergebnisse mit unterschiedlicher Reichweite zu definieren und deren jeweilige Überprüfbarkeit zu ermöglichen. Zu einer Evaluation gehört also eine Analyse der Ausgangssituation unter Einbeziehung der besonderen Schwierigkeiten und Potenziale.¹⁷ Eine Evaluation verlangt außerdem eine gute Dokumentation der eigentlichen Veranstaltung. Immer wieder zeigt sich allerdings, dass interessante Maßnahmen und Veranstaltungen bislang überhaupt nicht dokumentiert und reflektiert wurden.

Darüber hinaus ist auch die Zeit nach der Veranstaltung in den Blick zu nehmen. Was in einem Kurs oder einer Veranstaltung funktioniert und möglich ist, stellt sich in der normalen Umgebung, im Alltag einer Einrichtung oder einer Clique ganz anders dar. Der Übertrag in den normalen Alltag muss daher während der Veranstaltung thematisiert und vorbereitet werden. Der Aspekt der Gruppendynamik auf einer Veranstaltung und bei der Rückkehr in den Alltag ist dabei besonders zu beachten. Eine Analyse und systematische Beobachtungen der Clique nach der Veranstaltung hätten einen tieferen Einblick in das gruppendynamische Geschehen zugelassen.

Zu den impliziten oder expliziten Zielen dieser und ähnlicher Veranstaltungen gehört es, fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen entgegenzuwirken. Im oben genannten Fall wurde durch Aufklärung (z.B. Informationen über die tatsächliche Lage von Flüchtlingen, die Wirkungsweise von Vorurteilen etc.) und Begegnung (mit einer 'gegnerischen' Gruppe) versucht, bestehenden Vorurteilen und Ängsten gegenüber Anderen entgegenzuwirken. Um beurteilen zu können, inwieweit dies bei einzelnen Jugendlichen tatsäch-

¹⁷ In diesem Fall wäre eine Cliquenanalyse genauso wichtig gewesen wie eine fundierte Einschätzung der einzelnen Jugendlichen, auf deren Basis auch die Frage der Zielgruppe der Veranstaltung zu klären gewesen wäre. Die Förderung der Ablösung Einzelner aus der Clique hätte z.B. ein explizites Ziel sein können, das sich in der Auswahl der Teilnehmer und der Konzeption niedergeschlagen hätte; der Gruppendynamik wäre mehr Beachtung zuteil geworden und unrealistische Erwartungen, wie eine grundlegende Veränderung der gesamten Clique, hätten möglicherweise schon im Vorfeld identifiziert werden können.

lich geglückt ist, reichen Beobachtungen und Auswertungen während der Veranstaltung nicht aus. Hier wären Fragebögen und Einzelinterviews vor und nach der Veranstaltung eine Möglichkeit, um diese Zusammenhänge zu erhellen. Eine solche Erhebung ist auch in Abständen wiederholbar und kann zumindest einen lohnenswerten Versuch darstellen, der Frage der Nachhaltigkeit nachzugehen. In jedem Fall kann dieses Vorgehen helfen, Angebote weiterzuentwickeln und mehr Handlungssicherheit zu erhalten. Eine solche Überprüfung macht auch die Grenzen einzelner Veranstaltungen deutlich. Sie kann aber wichtige Argumente dafür liefern, dass zur systematischen, niedrigschwelligen Förderung von Ausstiegen von Jugendlichen aus der rechten Jugendszene noch weiterreichende – auch individuelle und langfristige – Angebote nötig sind.

Prinzipiell lassen sich solche formativen Evaluationen als Fremd- und als Selbstevaluation vorstellen und konzipieren. In einem ersten Schritt scheint es jedoch hilfreich und notwendig zu sein, Überlegungen zu entwickeln, wie eine evaluative Praxis – mit entsprechender Beratung und methodischer Unterstützung – in pädagogischen Teams selber zu leisten ist. Die Aufgabe von Evaluation müsste dann aber nicht nur darin gesehen werden, mögliche Erfolge oder Misserfolge festzustellen, sondern auch ambivalente Erfahrungen zu erschließen, um die Weiterentwicklung von Projekten und Angeboten zu ermöglichen. Evaluation würde so zum fachlichen Instrument der Qualitätsentwicklung.

13.3 Evaluation zwischen Zwang und Chance

Ein Blick in die pädagogische Praxis zeigt, dass Evaluation – und dies gilt auch für die vermeintlich niedrigschwelligere Selbstevaluation – eher die (seltene) Ausnahme als die Regel ist. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die Vorstellungen zu Sinn und Zweck einer Evaluation bei den pädagogischen Praktikern eher diffus sind. Dort wo Evaluationen stattgefunden haben, bleibt sehr fraglich, ob sie den anerkannten Standards tatsächlich entsprachen; zumindest waren sie in ihrer Durchführung und Zielsetzung nicht transparent und haben in den Augen der Betroffenen auch nicht zu Veränderungen geführt. Die wenigen Selbstevaluationen wurden zwar positiv bewertet, aber auch sie wurden nicht als Chancen erlebt, Prozesse zu erfassen oder die eigene Praxis weiterzuentwickeln.

Es ist es also wenig überraschend, dass der Ruf nach Evaluation besonders in der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einerseits immer lauter wird, andererseits jedoch in der Praxis auf Skepsis stößt und als indirekte Kritik verstanden wird. Hinzu kommt, dass der Nachweis der Wirksamkeit im Kontext pädagogischer Arbeit schwer zu erbringen ist – vor allem dann, wenn es um Prävention geht. Auch entspricht es nicht unbedingt dem Selbstverständnis sowie dem Auftrag und der rechtlichen Ausgangslage von Jugendarbeit (nach §11 KJHG), sich durch die Erreichung bestimmter Ziele und durch den Nachweis von Leistungen grundsätzlich rechtfertigen zu müssen. Selbstevaluationen durch die beteiligten Fachkräfte wiederum stoßen in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit auf Skepsis, weil man von vornherein an deren methodischer Kompetenz und 'Neutralität' zweifelt.

Wie oben anhand konkreter Problem- und Fragestellungen von Pädagoginnen und Pädagogen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bei Jugendlichen exemplarisch deutlich wurde, können Selbst- und auch Fremdevaluationen grundsätzlich durchaus geeignet sein, um die pädagogische Arbeit gerade auch auf diesem schwierigen Feld weiterzuentwickeln. Die Ziele der Arbeit können im Rahmen einer Evaluation erarbeitet und transparent gemacht werden – z.B. mittels einer SOFT-Analyse (Kluß 2002) – und sind auf diese Weise auch einer Überprüfung zugänglich (vgl. von Spiegel 2002). Es ist allerdings darauf zu achten, dass dann auch fortlaufende Entwicklungsprozesse erfasst und die Perspektiven der verschiedenen Beteiligten berücksichtigt werden. Daher muss sowohl die Ausgangssituation eines pädagogischen Projekts analysiert werden als auch die Zeit nach dem Abschluss der eigentlichen Maßnahme.

Wie sind nun aber die Chancen zu beurteilen, Evaluation auf diesem Feld fördern und etablieren zu können? Welche Hindernisse gilt es zu berücksichtigen? Sicher ist die Jugendarbeit und auch die gesamte Jugendhilfe nicht der einzige gesellschaftliche oder pädagogische Bereich, in dem Evaluation kaum etabliert und zumindest unter den Betroffenen umstritten ist. Und tatsächlich erscheint es nachvollziehbar, dass die Ankündigung evaluiert zu werden oder sich selber evaluieren zu müssen, zwiespältige Reaktionen auslöst. Es fehlt somit weiterhin an einer Kultur der Evaluation. Dies gilt besonders für die Regelpraxis, aber auch für Programme und Modellprojekte: „Es gibt in Deutschland keine ausgeprägte Tradition, den Einsatz von Sozialtechniken zu evaluieren: Oft werden große Summen in Kampagnen zur Gewaltprävention oder Gesundheitsförderung investiert, ohne dass der Frage nachgegangen wird, welche Wirksamkeiten solche Maßnahmen haben“ (Wagner et al. 2002: 101). Dies hat zur Folge, dass es häufig an entsprechenden Erfahrungen fehlt und dass Evaluation auch seitens der Praxis nicht eingefordert wird. Hinzu kommt, dass eine mögliche Evaluation – selbst wenn sie gewollt ist – daran scheitern kann, dass dafür keine finanziellen Ressourcen vorhanden oder vorgesehen sind. Tatsächlich ist Evaluation aufwändig und auch im Fall einer Selbstevaluation mit gesondertem Beratungsbedarf und zusätzlichen Kosten verbunden.

Da aber der Ruf nach Evaluation unter dem Aspekt, was tatsächlich 'gegen Rechts' hilft und funktioniert, gerade seitens der öffentlichen Geldgeber immer lauter wird, ist dies auch für die Jugendhilfe und -arbeit zu einem Thema geworden, mit dem man sich auseinandersetzen muss.¹⁸ Deshalb scheint es für die Praxis durchaus geboten, einer möglichen Verpflichtung lieber offensiv zuvorzukommen und selber Evaluation als Qualitätssicherung der eigenen Arbeit zu begreifen und einzufordern. Gerade in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus liegt darin auch immer die Chance, Hinweise zu bekommen, wo Möglichkeiten aber auch realistische Grenzen von pädagogischer Arbeit liegen.

Nach unserer Einschätzung gibt es in der Jugendarbeit durchaus Erfahrungen und Arbeitsweisen, die Ansatzpunkte für eine stärker evaluative Praxis bieten könnten: Dies

¹⁸Außerdem gibt es erste Beispiele für Verpflichtungen zu solchen Nachweisen durch rechtliche Regelungen wie dem (bei den freien Trägern durchaus umstrittenen) Wirksamkeitsdialog für die Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen (Schäfer 2001).

fängt bei den Anträgen und Berichten für den öffentlichen Träger und Zuwendungsgeber an, die wesentlich besser geraten könn(t)en, wenn sie nicht allein als lästige Pflicht empfunden werden und auf realistischen Angaben statt auf reiner Antrags- und Berichtslyrik beruhen, was letztlich für alle Beteiligten unbefriedigend ist.

Solche Ansatzpunkte verweisen allerdings auch auf die bestehenden Schwierigkeiten: Evaluation wird von Praktikern eng mit einem aufwändigen Berichtswesen, mit Kontrolle und Zwang von außen verbunden, sei es durch das Jugendamt, die Öffentlichkeit oder auch durch den eigenen Träger. Es herrscht die Angst, den Ansprüchen nicht zu genügen und durch das Offenlegen und Eingestehen von Problemen – auch wenn sie nicht selbstverschuldet sind – Einsparungen und Abwicklungen zum Opfer zu fallen. Die Idee, dass Evaluation gerade auch dazu dienen kann, die eigene Wirksamkeit tatsächlich nachzuweisen und somit helfen kann, die Angebote und die Selbstdarstellung entscheidend zu verbessern und entsprechende Rahmenbedingungen einzufordern, liegt fern.

Andererseits existieren fachliche Standards der sozialpädagogischen Arbeit, wie die gemeinsame Erarbeitung von Konzepten, regelmäßige Teambesprechungen und Reflexionen, Supervision und kollegiale Beratung, die die sinnvolle Durchführung von Evaluationen befördern können. Und schließlich fordert der Anspruch, partizipativ und lebensweltorientiert mit den Jugendlichen zu arbeiten, ohnehin die regelmäßige Überprüfung der eigenen Praxis, die Einbeziehung der Lebenswelt und der Feed-backs der Teilnehmenden und Klienten (vgl. Müller-Kohlenberg 2002). Gerade die fachlichen Standards der pädagogischen Arbeit werden allerdings im Alltag aus unterschiedlichen Gründen unterlaufen: Zum einen besteht der immer wieder angesprochene Mangel an Geld und Zeit, zum anderen ist häufig die Fachlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht ausreichend gewährleistet, noch immer trifft man auch in diesem heiklen Arbeitsfeld Einzelkämpfer ohne jede Absicherung. Arbeitsaufträge und Erwartungen seitens der Kommune sind oft unklar oder auch unrealistisch. Evaluation erscheint dann von vornherein bedrohlich. Und diese ist wohl auch erst dann sinnvoll und hilfreich, wenn zumindest gewisse fachliche Standards bestehen und eingehalten werden und nicht die Sinnhaftigkeit des ganzen Angebotes aufgrund mangelnder Absicherung und Ausstattung offensichtlich in Frage zu stellen ist.¹⁹

Bedenken ließen sich leichter ausräumen, wenn es bessere Kenntnisse über Evaluationen, angewandte Methoden und mögliche Erträge gäbe. Auch persönliche Ängste müssen dabei berücksichtigt werden. Niemand möchte sich an einer Evaluation beteiligen, die letztlich auf den Abbau der eigenen Stelle zielt. Hier ist auch die Bringschuld von Evaluatoren und wissenschaftlichen Begleitungen angesprochen, die über solche Bedenken, Zwänge und Fragen der Praxis nicht hinweggehen dürfen und dafür sorgen müssen, dass Zweck und Vorgehen der Evaluation transparent werden. Eine formative Evaluation kann außerdem nur gelingen, wenn sie strukturell so verankert und gewollt wird, dass den Beteiligten die notwendigen Freiräume im Rahmen der Arbeitszeit zur Verfügung stehen und durch Beteiligung eine Vertrauensbasis hergestellt wird. Hier sind

¹⁹Zu den nötigen Voraussetzungen und den möglichen Erträgen einer Selbstevaluation im Rahmen der Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit vgl. auch von Spiegel 2002.

Zuwendungsgeber und vor allem auch die Träger gefordert, bei kleinen Projekten oder selbstorganisierten Strukturen auch die Teams selber gefragt.

Die Qualitätssicherungs-Reihe QS des BMFSFJ hat in den letzten Jahren mit regelmäßigen Veröffentlichungen umfassende, praxisnahe Materialien bereitgestellt, die nicht nur Beispiele von Fremdevaluation vorstellen, sondern auch als Anregung und Hilfe für Selbstevaluation dienen könn(t)en. Deutlich wird, wie und unter welchen Bedingungen Evaluationen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Zielen und Konzepten sowie insgesamt zur Qualitätsentwicklung der pädagogischen Arbeit leisten können. Diese Reihe ist fachlich anerkannt, weit verbreitet und praktisch kostenlos erhältlich: Trotzdem hat sie kein Praktiker, den wir gesprochen haben, erwähnt. Dies mag teilweise daran liegen, dass die Exemplare bei den Zentralen der Träger liegen geblieben sind und die Basis nicht erreichen, oft scheint es aber so zu sein, dass solche Informationen und Anregungen in der Praxis einfach untergehen. Neben der „eigentlichen“ Arbeit – so erschien es uns häufig – gibt es keine Zeit und Gelegenheit für anderes, selbst Fortbildung und Beratung sind Luxus. Auch wenn rational erkannt wird, dass es letztlich der eigenen Fachlichkeit und dem eigenen Wohlbefinden dienen kann, seine Ziele und Methoden zu überprüfen bzw. überprüfen zu lassen, geht dies angesichts der alltäglichen Anforderung und praktischen Zwänge immer wieder unter.²⁰

Der Vorstellung mancher Praktikerinnen und Praktiker – die auch von manchem Träger und Geldgeber geteilt wird – immer und überall von den Jugendlichen gebraucht zu werden und daher keine Zeit für anderes („unwesentliches“) zu haben, kann wohl am ehesten durch die konkrete Erfahrung begegnet werden, dass letztlich nicht die Quantität, sondern die Qualität der Angebote den Jugendlichen nützt. Die dafür nötige Voraussetzung wäre auch eine fehlerfreundliche Atmosphäre, die von den Zwängen der optimalen Selbstdarstellung und von unrealistischen Ansprüchen möglichst frei ist und Raum für tatsächliche Veränderungen bietet.

Praxisprojekte, die mit rechten Jugendlichen arbeiten, stehen unter großem Erwartungs- und Erfolgsdruck. Sie geraten besonders leicht in die Gefahr, innerhalb der Jugendhilfe isoliert oder auch verdächtigt zu werden, die rechte Jugendszene letztlich zu unterstützen – was wiederum eine reale Gefahr ist, die auch die Fachkräfte beschäftigt. Der hohe Anspruch der Veränderung der Jugendlichen wird in der Regel von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geteilt, er setzt sie aber zugleich enorm unter Druck. Die Frage der Wirksamkeit und der Überprüfbarkeit eigener Erfolge stellt sich automatisch und ist doch sehr schwierig zu beantworten. Die Ursachen für rechtsextreme Orientierungen sind sehr komplex und auch weiterhin wissenschaftlich und politisch umstritten. Dementsprechend schwierig ist es, eindeutige Wirkungen und Effekte zu benennen. Wahrgenommene positi-

²⁰Dabei hat sich in der Praxis exemplarisch bereits gezeigt, dass nicht nur hauptberufliche sondern auch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit in der Lage sind, Evaluationen durchzuführen und mit entsprechender professioneller Unterstützung, Daten erheben, auswerten und für sich nutzen können. Wenn dies so geschieht, bedeutet das gleichzeitig eine Kompetenzerweiterung, die hilft, die eigene Arbeit besser zu planen und zu beurteilen (Beywl u.a. 2001).

ve Veränderungen können demnach viele Ursachen haben, nach unseren Erfahrungen neigen Praktikerinnen und Praktiker aber eher dazu, ihren eigenen Beitrag niedrig einzuschätzen und mögliche eigene Erfolge kaum wahrzunehmen. Umso wichtiger wäre es für die einzelnen Mitarbeiter, für das gesamte Team und den Träger, überprüfbare, operationalisierbare Ziele für die pädagogischen Interventionen und Angebote zu bestimmen und zu überprüfen. Genau dies kann eine Evaluation leisten.

Anhand einiger ausgewählter Aspekte der pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sollte deutlich werden, inwiefern Evaluation konkret hilfreich sein kann. Evaluation kann dazu beitragen, die Voraussetzungen und Ziele pädagogischer Projekte zu klären, die Angemessenheit der verwendeten Methoden zu reflektieren sowie den Verlauf der Arbeit zu dokumentieren. Auf diese Weise können Praktikerinnen und Praktiker zusätzliche Informationen zur Selbstwirksamkeit gewinnen und ggf. dazu angeregt werden, diese zu verbessern. Die Durchführung von Evaluationen ist außerdem mit einer methodischen Kompetenzerweiterung der Mitarbeiter verbunden. Auch für die interessierte Öffentlichkeit könnten solche Verfahren wichtige Orientierungshilfen und interessante Informationen bieten.

14 Zum Abschluss: Pädagogische und jugendpolitische Herausforderungen

Im vorliegenden Bericht sind Informationen und Erkenntnisse zusammengetragen, die wir im Rahmen unserer Recherchen zur Praxis der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sammeln konnten. Dabei haben wir uns auf einen Bereich dieses Feldes konzentriert: Die Arbeit mit Jugendlichen, die rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen und/oder Verhaltensweisen zeigen. Mit der Vorlage des Berichtes ist der Anspruch verbunden, informative Beschreibungen zu ausgewählten Aspekten eines schwierigen Praxisfeldes der Sozialarbeit bzw. der außerschulischen Bildungsarbeit zur Verfügung zu stellen und kritisch zu kommentieren. Angesichts der Ansprüche und Ankündigungen, die sonst häufig formuliert werden, mag dieses Anliegen wenig ambitioniert erscheinen und verspricht zunächst nur geringen Erkenntnisgewinn – schließlich werden hier weder „best practice“-Projekte präsentiert, noch einzelne Vorhaben, Programme oder Modelle evaluiert. Es erscheint uns wichtig, diese weitergehenden Ambitionen nicht aus den Augen zu verlieren und darauf hinzuarbeiten. Momentan scheinen uns die Voraussetzungen für solche Vorhaben in diesem Feld jedoch nicht gegeben zu sein. Hinsichtlich der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit fehlt es an Einvernehmen über Standards und Ziele sowie an Kriterien, anhand derer der Erfolg oder die Qualität der Arbeit gemessen werden könnten.

Dies bedeutet nicht, dass es in der pädagogischen Praxis kein Gespür für Erfolg und Misserfolg gäbe oder sie nicht mit Qualitätsansprüchen von außen konfrontiert wäre und dass hieraus keine Konsequenzen gezogen würden. Wie bereits deutlich wurde, sind es zunächst die Pädagoginnen und Pädagogen, die die Qualität ihrer Arbeit bilanzieren und ihre Angebote auf dieser Grundlage fortsetzen, verändern oder einstellen. Darüber hinaus werden (zumindest implizit) Bewertungen durch die Träger einzelner Maßnahmen vorgenommen, was sich in Entscheidungen zur Finanzierung eines Angebots oder zu dessen Einstellung ausdrücken kann. Schließlich sind es die Jugendlichen selbst, die z.B. durch ihre Beteiligung oder durch ihr Fernbleiben den Erfolg oder Misserfolg einer Maßnahme indizieren können. In der pädagogischen Praxis zeigt sich also, dass sowohl Pädagoginnen und Pädagogen als auch Träger und Jugendliche Erwartungen und – zumindest implizite – Qualitätskriterien im Blick haben und ihr Handeln daran ausrichten. Es fehlt allerdings an einer Verständigung über solche Kriterien, so dass wir es diesbezüglich nicht mit fachlich begründeten Standards, sondern mit unklaren und disparaten Begründungen und Entscheidungen zu tun haben. In solchen Fällen, die z.B. von den betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen als Scheitern erlebt wurden, von „bad practice“ oder „worst practice“ zu sprechen, erscheint uns jedoch ebenso unsinnig wie das Gegenteil: Das Hochjubeln solcher Angebote, die bislang nicht erkennbar an ihre Grenzen gestoßen sind, zu „best practice“.

Hinzu kommt, dass die Erfolge der pädagogischen Arbeit von einer Reihe von Bedingungen abhängen, die nicht immer klar und kalkulierbar sind: Von den Jugendlichen, mit denen jeweils gearbeitet wird, von der Zusammenarbeit im Team und mit anderen Institutionen, vom Träger eines Projektes oder einer Maßnahme und deren Interessen und

schließlich von der personellen, räumlichen und finanziellen Ausstattung. Bei genauerer Betrachtung ist also jedes gelungene, erfolgreiche Projekt an ganz konkrete Bedingungen gebunden und nicht ohne weiteres auf andere Kontexte übertragbar, so wie es die Logik der „best practice“-Sammlungen zumindest implizit suggeriert.

Die Dokumentation verschiedener Arbeitsansätze und die Beschreibung der Erfahrungen, die in der konkreten Arbeit gemacht werden (unter Berücksichtigung ihrer relevanten Bedingungen), ist u.E. daher ein unverzichtbarer erster Schritt zur Beurteilung und Qualifizierung der pädagogischen Praxis auf diesem Feld. Weitere Schritte können in einer Klärung der Möglichkeiten und Grenzen bestimmter Ansätze unter den jeweils gegebenen Bedingungen gesehen werden, in einer Verständigung über die jeweiligen Ziele und in der Formulierung von Qualitätskriterien. Anhand solcher Kriterien, die aus einer möglichst breit geführten Fachdiskussion resultieren sollten, können die Erfolge oder Misserfolge einzelner Projekte dann auch beurteilt werden. In diesem Zusammenhang dürfen auch Fragen nach der Wirkung pädagogischer Bemühungen nicht ausgespart bleiben, wohl wissend dass diese sich aufgrund der komplexen Prozesse und Kontexte, in denen sie verlaufen, nicht eindeutig bestimmen lassen. Falls man dies als notwendig erachtet, könnten auf dieser Grundlage dann auch „good“ oder „best practice“-Projekte bestimmt werden – konsequenterweise dürfte man dann auch nicht vor der Benennung von „bad practice“ zurückschrecken, was für die Praxis der Evaluation dann allerdings neue Schwierigkeiten mit sich bringen dürfte.

Im Folgenden sollen zentrale Aspekte der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit thematisiert werden, die in unseren Augen mit unterschiedlichen Herausforderungen verbunden sind. Daraus lassen sich Anforderungen an die pädagogische Praxis ableiten, die hier formuliert und zur Diskussion gestellt werden sollen.

Es hat sich gezeigt, dass es im Bereich der pädagogischen Praxis unterschiedliche Ansätze und Arbeitsformen gibt, z.B. Straßensozialarbeit, Clubarbeit, Trainingskurse, Erlebnispädagogik und politische Bildungsseminare. Bezieht man auch solche Ansätze in die Betrachtung mit ein, die sich an andere Zielgruppen richten, z.B. jüngere Jugendliche, die (noch) keine entsprechenden Einstellungen zeigen und mit denen präventiv gearbeitet werden soll oder demokratisch eingestellte Jugendliche, die in ihrer Haltung gegenüber Rechtsextremisten bestärkt werden sollen (z.B. durch Opferberatungsstellen oder mobile Beratungsteams), dann haben wir es mit einem noch größeren Spektrum pädagogischer Praxis zu tun. Diese Vielfalt unterschiedlicher Arbeitsformen ist unverzichtbar, um verschiedene Zielgruppen adäquat zu erreichen und um dem jeweiligen Bedarf nach Hilfe, Bildung, Konfrontation oder Freiräumen gerecht zu werden. Inzwischen haben viele Projekte für sich bereits eine breite Palette an Angeboten entwickelt, da in jedem Fall so bessere Möglichkeiten gesehen werden, die Entwicklung von Jugendlichen nachhaltig und zielgerichteter zu fördern. Außerdem wird es als wichtig erachtet, über ein Netzwerk sich ergänzender Angebote zu verfügen, denn nur so kann flexibel auf Veränderungen reagiert sowie eine sinnvolle Arbeitsteilung, Perspektivenvielfalt und Unterstützung innerhalb der pädagogischen Szene realisiert werden. Kontraproduktiv erscheint es dem gegenüber, wenn verschiedene Angebote oder die Arbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wenn die Projektförderung diesen zyklischen Konjunkturen

folgt, z.B. heute vor allem sozialpädagogische Arbeit mit Rechtsextremisten und morgen schwerpunktmäßig die Stärkung demokratischer Gegenkulturen finanziert, dann bleibt nicht nur die Vielfalt der pädagogischen Arbeit auf der Strecke, sondern es gehen wichtige Erfahrungen und Qualifikationen verloren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bedarf es breit gefächelter pädagogischer Angebote, um verschiedenen Zielgruppen und den ganz unterschiedlichen Herausforderungen auf diesem Feld der praktischen Arbeit gerecht zu werden.

Ferner besteht die Notwendigkeit, die Kontinuität der pädagogischen Arbeit auf diesem Gebiet sicherzustellen. Sozialarbeiter und Pädagogen verfügen in der Regel erst nach einigen Jahren praktischer Arbeit mit rechtsextrem bzw. fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen über die notwendige Professionalität. Die eigenen Grenzen und Möglichkeiten sowie erfolgreiche Strategien im Umgang mit häufig schwierigen Jugendlichen werden vielfach erst deutlich, wenn mit mehreren Gruppen gearbeitet wird. Häufig enden diese Projekte aber bereits nach drei bis fünf Jahren oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheiden sich für die Arbeit mit anderen Zielgruppen, wenn sie eine 'Generation' rechtsextremer Jugendlicher begleitet haben. Wichtige Erfahrungen gehen so verloren und das nächste Team aus Berufsanfängern wird eingestellt – sofern diese Arbeit überhaupt weiter gefördert wird. Die im Vergleich zu anderen Arbeitsfeldern besonders schwierige und voraussetzungsvolle Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen wird auf diese Weise zum Experimentierfeld für engagierte aber unerfahrene Kräfte. Vor diesem Hintergrund erscheint es unabdingbar, die Arbeitsbedingungen auf diesem Feld attraktiver zu machen und zu versuchen, erfahrene Kräfte zur Weiterarbeit zu motivieren oder auf andere Weise sicherzustellen, dass ein Transfer praktischen Erfahrungswissens stattfindet.

Die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit braucht Kontinuität, nicht nur im Interesse der Sicherung stabiler Arbeitsbeziehungen zwischen Pädagoginnen bzw. Pädagogen und Klientinnen bzw. Klienten, sondern auch im Interesse der Entwicklung und Pflege professioneller Ressourcen.

Große Bedeutung kommt unter den gegebenen Bedingungen Möglichkeiten des regelmäßigen Erfahrungsaustauschs zwischen pädagogischen Praktikerinnen und Praktikern zu. Notwendig erscheint dies, weil es auf diesem Arbeitsfeld nicht üblich ist, Erfahrungen, Entwicklungen, Schwierigkeiten sowie erfolgreiche Ansätze zu ihrer Bewältigung zu dokumentieren. Den in der Praxis tätigen Pädagogen fehlt es in der Regel an den notwendigen Ressourcen und die an Universitäten und Fachhochschulen tätigen Wissenschaftler beziehen sich in ihren Veröffentlichungen zumeist nicht auf die Ebene der konkreten Praxis, sondern eher auf allgemeine, theoretische oder konzeptionelle Aspekte. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass es vielerorts z.B. an Informationen darüber fehlt, wer mit der gleichen Zielgruppe arbeitet, wie mit schwierigen Situationen umgegangen werden kann und an welchen Herausforderungen Kolleginnen und Kollegen bereits gescheitert sind. Im Projekt „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ wurde immer wieder die

Erfahrung gemacht, dass Praktikerinnen und Praktiker jede Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch – die sich z.B. auf Tagungen und Workshops bietet – gern ergreifen und nutzen. Unseres Erachtens ist dies aber nicht nur ein Ausdruck für die subjektiven Bedürfnisse von Pädagogen, sondern Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch scheinen uns eine notwendige Voraussetzung für die fachliche Weiterentwicklung der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit darzustellen.

Es muss ein Erfahrungsaustausch der in der pädagogischen Praxis tätigen Fachkräfte gewährleistet sein. Darüber hinaus muss die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteuren in diesem Feld verbessert werden.

Auch in Bezug auf die Konzeptentwicklung für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen fehlt es u.E. an Praxisrelevanz, was zur Folge hat, dass pädagogische Konzepte und Praxis ein voneinander unabhängiges Eigenleben zu führen scheinen. Teilweise entsteht so der Eindruck, dass Praktikerinnen und Praktiker zwar gelernt haben die alltäglichen Herausforderungen zu bewältigen, dass es ihnen darüber hinaus aber an Orientierungen hinsichtlich der Entwicklung und der Perspektiven ihrer Arbeit fehlt. Auch fällt es Projekten häufig schwer, Ziele zu formulieren und umzusetzen, die über die konkrete pädagogische Arbeit mit einzelnen Jugendlichen hinausgehen. Umfangreiche Konzepte werden mitunter nur nachträglich an den jeweils erreichten Stand der eigenen Arbeit angepasst. In anderen Fällen werden Konzeptpapiere als Ausdruck einer theoretisch ausgerichteten Perspektive oder Diskussion betrachtet, die im Alltag nicht weiterhelfen können. Ein entsprechendes Nebeneinander konzeptionsloser Praxis und geduldiger Konzeptpapiere findet sich z.B. hinsichtlich der Gestaltung professioneller pädagogischer Beziehungen und in Bezug auf Möglichkeiten bzw. Ansprüche der Bildungsarbeit mit rechtsgerichteten/rechtsextremen Jugendlichen. Teilweise liegen aber Konzepte wie zur geschlechterreflektierenden Pädagogik nur in Ansätzen vor bzw. sind bislang kaum auf die Zielgruppe und auch auf die Voraussetzungen bei den Fachkräften zugeschnitten. Um die fachliche Qualität der pädagogischen Arbeit zu gewährleisten und zu verbessern, erscheint es dringend geboten, dass praktische Arbeit und Konzeptentwicklung stärker aufeinander bezogen werden und sich im ständigen Wechsel aneinander und miteinander entwickeln.

Die Erfahrungen in der pädagogischen Praxis und die Entwicklung von Konzeptionen für diese Arbeit müssen aufeinander abgestimmt und aneinander entwickelt werden.

Durch die Forschungen der letzten Jahre liegen inzwischen eine ganze Reihe wissenschaftlicher Erkenntnisse vor, die für die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen hohe Relevanz haben: So etwa zu den Erfahrungen dieser Jugendlichen in sozialen Beziehungen (z.B. Heitmeyer et al. 1992; Hopf et al. 1995), zu geschlechtsspezifischen Aspekten (z.B. Rieker 1999; Siller 1997) oder zu den Prozessen des Ein- und Ausstiegs in die bzw. aus der rechtsextremen Szene (z.B. Inowlocki 1992; Möller 2000). Den in der pädagogischen Praxis Tätigen sind diese Arbeiten in der Regel nicht bekannt. Andererseits haben nur die wenigsten Wissenschaftler eine Vorstellung von den Herausforderungen, vor denen man in der Pädagogik oder Sozialarbeit mit rechtsextrem

orientierten Jugendlichen steht. Wir haben es hier also mit weitgehend getrennten Bereichen und Bezugssystemen zu tun, in denen man sich teilweise nur noch im Kreis der bekannten Erfahrungen und Kenntnisse dreht, ungeachtet des großen Potenzials an Verbesserungsmöglichkeiten, das eine wechselseitige Bezugnahme in sich birgt.

Pädagogische Praxis und wissenschaftliche Forschung sollten sich wechselseitig stärker aufeinander beziehen.

Eine zentrale Bedingung zur Qualifizierung der pädagogischen Arbeit kann in der Aus- und Weiterbildung des Personals gesehen werden. Nicht immer verfügen diejenigen, die im Rahmen der Sozial- und Bildungsarbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen arbeiten, über eine einschlägige berufliche Qualifikation. Und so notwendig es auch ist darauf hinzuwirken, dass entsprechende Qualifikationen vorliegen oder berufsbegleitend nachträglich erworben werden, so unzureichend ist dies gleichzeitig. In der Regel qualifiziert ein Studiengang für Sozialpädagogik/Sozialarbeit oder Pädagogik bzw. eine Ausbildung zur Erzieherin nicht hinreichend für Jugendarbeit und noch weniger für die Arbeit mit rechtsgerichteten und rechtsextremen Jugendlichen. Dies hängt auch damit zusammen, dass es nur an einzelnen Hochschulen Fachleute für diesen Bereich gibt und dass die Arbeit mit dieser Zielgruppe bzw. zu dieser Thematik nicht als eigener Schwerpunktbereich etabliert ist. Um Abhilfe zu schaffen, müsste zunächst der Bedarf nach entsprechend qualifizierten Fachkräften anerkannt werden. Außerdem wäre es notwendig, den Transfer von entsprechenden Praxiserfahrungen an die Hochschulen zu gewährleisten. Dies könnte im Rahmen spezialisierter Ausbildungsangebote geschehen, z.B. in speziellen Modulen im Rahmen der grundständigen Ausbildung oder in entsprechenden Weiterbildungsangeboten. Außerdem spricht dies für interdisziplinär zusammengestellte Teams, in denen auch Schwerpunkte wie Beratung, Bildungsarbeit oder Kooperation im Gemeinwesen mit Fachkräften besetzt werden könnten.

Praktikerinnen und Praktiker im Bereich der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit brauchen spezifische berufliche Qualifikationen, wofür es u.a. eines Transfers von Praxiswissen an die ausbildenden Hochschulen bedarf.

Einige Angebote und Projekte, die uns besonders interessant erscheinen und auch rechtsgerichtete Jugendliche erreichen sowie binden konnten, zeichneten sich durch die Einbeziehung von Fachleuten aus, die keine pädagogischen Profis sind. Ein Bergführer, ein Kapitän oder ein Maler haben es dabei offensichtlich geschafft, rechtsextrem orientierte Jugendliche durch ihre Persönlichkeit, ihre Kompetenz und/oder ihre Angebote so zu beeindrucken, dass sie sich für Veränderungen geöffnet haben und ihr Outfit, Äußerungen und Verhaltensweisen modifizierten. Diese Angebote zeichneten sich dadurch aus, dass sie – zumindest zeitweise – keinen sozialpädagogischen Charakter hatten: So stehen hier klar definierte Anforderungen im Vordergrund, die unter Zeitdruck erfüllt werden müssen, keinen Aushandlungsspielraum lassen und mitunter auch hierarchische Gruppenstrukturen, die allerdings nicht durch Befehl und Gehorsam sondern durch unterschiedliche ausge-

prägte persönliche und fachliche Kompetenzen begründet sind. Für entsprechende Angebote und Möglichkeiten besteht bei den Jugendlichen u.E. ein Bedarf, der von der klassischen Bildungs- oder Sozialarbeit nicht gedeckt werden kann. Vor diesem Hintergrund sehen wir in der Kombination mit Angeboten externer Fachleute, durch die Einbeziehung spezieller Kompetenzen und durch die Konfrontation mit klar strukturierten Herausforderungen, deren Bewältigung Erfolgserlebnisse ermöglicht, eine notwendige Erweiterung der üblichen Angebote. Ausgelotet werden müssen dafür die jeweils notwendigen Qualifikationen, ihre Kombination und die Angebote, in denen sie konkret umgesetzt werden können. Zu klären ist in diesem Zusammenhang auch die Bedingung für produktive Formen der Zusammenarbeit zwischen Sozialpädagogen und externen Fachleuten.

In der pädagogischen Praxis müssen Anknüpfungspunkte und Bezüge zu solchen außerpädagogischen Kontexten geprüft und ggf. entwickelt werden, die die eigene Arbeit ergänzen und bereichern.

Die pädagogische Arbeit mit rechts- und rechtsextrem orientierten Jugendlichen wird in der Regel weder dokumentiert noch evaluiert. Für die auf diesem Feld tätigen Praktikerinnen und Praktiker folgt daraus eine gewisse Orientierungslosigkeit hinsichtlich der Erfolge und Qualitäten der eigenen Arbeit. Darüber hinaus kann auf dieser Grundlage aber auch kein Austausch über Erfolge, Probleme, Chancen und gescheiterte Versuche beginnen, der zur Verständigung über Qualitätskriterien oder fachliche Standards beitragen könnte.

Die pädagogische Praxis muss dokumentiert und evaluiert werden, damit Pädagoginnen und Pädagogen Erfolge und Korrekturbedarf erkennen können, damit ein fachlicher Austausch ermöglicht wird und damit eine Verständigung über Qualitätskriterien in Gang kommen kann.

Es gibt also zahlreiche Hinweise, dass eine qualitativ gut abgesicherte, vernetzte und kontinuierlich durchgeführte Jugendarbeit mit fachlicher Begleitung und Evaluation in vieler Hinsicht einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Bekämpfung von Rechtsextremismus und zur Förderung von Demokratie leisten kann. Eine solche aber zu gewährleisten bedarf es noch Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen. An erster Stelle ist eine bessere fachliche und finanzielle Absicherung und Wertschätzung von Jugendarbeit auf kommunaler Ebene zu nennen. Dazu könnte allerdings auch Jugendarbeit verstärkt beitragen, indem sie kommunalpolitisches und jugendpolitisches Engagement stärker als Bestandteil ihres pädagogischen Auftrages begreift und hilft, Jugendlichen und ihren Anliegen in den Gemeinden mehr Gehör zu verschaffen. Jugendpolitisch geboten ist auch eine stärkere Zusammenarbeit mit denjenigen Gruppen, Initiativen und Verbänden sowie engagierten Jugendlichen und Erwachsenen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus wehren und für Demokratie einsetzen.

Die Jugendarbeit soll vor allem auf der kommunalen Ebene gegen Rechtsextremismus wirksam werden. Ihre Chancen, dabei erfolgreich zu sein, werden jedoch auch von der Bundes- und Landespolitik entscheidend geprägt. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang die landesspezifischen Ausführungsgesetze des KJHG, die Vorgaben der Landesjugendpläne und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch spezielle Programme. Für die Regelpraxis sind solche Programme vor allem deshalb bedeutsam, weil diese auf

zusätzliche Finanzierungs- und Beratungsmöglichkeiten angewiesen ist – gerade dann, wenn innovative Angebote entwickelt oder Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten gesichert werden sollen. Zusätzliches Gewicht bekommen Bundes- und Landespolitik durch die Möglichkeit, jugendpolitische und gesellschaftspolitische Signale zu setzen. Dabei geht es um verbesserte Teilhabechancen und Zukunftsperspektiven, aber auch um mehr Anerkennung und Unterstützung für Jugendliche: Für eine große Zahl von gefährdeten und benachteiligten Jugendlichen in strukturschwachen Räumen sind die Möglichkeiten der Jugendarbeit, diesen Jugendlichen Alternativen, Gestaltungsmöglichkeiten und Hilfen zu bieten, sehr beschränkt. Jugendarbeit ist in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf Akzeptanz und Unterstützung angewiesen: Diese Probleme müssen als gesellschaftliche und politische Phänomene (an)erkannt und benannt und dürfen nicht (allein) an die Jugendarbeit delegiert werden, wie es in einigen Kommunen, Regionen und Bundesländern nach wie vor geschieht. Nur wenn Rechts- extremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht verharmlost oder ignoriert, sondern benannt werden, kann es gelingen, Prävention und Intervention als Bestandteil des eigenen pädagogischen Auftrages anzusehen und anzunehmen.

Literatur

- Behn, Sabine: Mädchenarbeit und geschlechtsspezifische Arbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) In: Engel, Monika/Barbara Menke (Hrsg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Münster 1995, S. 163-170
- Beywl, Wolfgang/ Roland Mecklenburg/Jörg Richard/Theo Schneid/Martin Wonik (Hrsg.): Evaluation im Alltag. Jugendverbände untersuchen ihre Wirkungen. Münster 2001
- Bieback-Diel, Liselotte: Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Ein Einrichtungsporträt der Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannes in Dessau. In: Evangelische Jugendhilfe, 78/2001, S. 67-69
- „Bildung ist mehr als Schule“. Leipziger Thesen zu den Voraussetzungen für eine Bildungspolitische Wende. In: Neue Praxis 4/2002, S. 317-320
- Bimschas, Bärbel: Charisma, Narzissmus, Dialog – In welchen Kontexten bewegt sich die jugendpädagogische Beziehung heute? Ein Tagungsbericht. In: Deutsche Jugend 50, 2002, S. 55-58
- BMFSFJ/Bundesjugendkuratorium: Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Eine Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums. Berlin 2001
- Böhnisch, Lothar: Jugendhilfe im gesellschaftlichen Wandel. In: Handbuch der Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim/München 2002, S. 1035-1049
- Bohn, Irina/Richard Münchmeier: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG. Band 1: Dokumentation des Modellprojektes. Münster 1997
- Bohn, Irina/Dieter Kreft/Gerhard Segel (Hrsg.): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG. Band 5: „Kommunale Gewaltprävention“. Eine Handreichung für die Praxis. Münster 1997
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001. Berlin/Bonn 2002
- Deinet, Ulrich/Richard Kirsch: Der sozialräumliche Aspekt in der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen 2002
- Deutsches Jugendinstitut – Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000
- Dollase, Rainer: Fremdenfeindlichkeit verschwindet im Kontakt von Mensch zu Mensch. Zur Reichweite der Kontakthypothese. In: Diskurs, Heft 2/2001, S. 16-21
- Dudek, Peter: ...gib ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe die er verdient. Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und NS-Vergangenheit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 50, 2002, S. 59-71
- Fromm, Rainer/Barbara Kernbach: Die neue Gefahr. München: Olzog, 2001
- Grunwald, Klaus/Hans Thiersch: Lebensweltorientierung. In: Otto, Hans-Uwe/Hans Thiersch (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied 2001, S. 1136-1148
- Hafenecker, Benno: Politische Bildung und Jugendsozialarbeit – warum und wie? In: Jugend Beruf Gesellschaft 2/2001, S. 74-78

- Heitmeyer, Wilhelm/Heike Buhse/Joachim Liebe-Freund/Kurt Möller/Joachim Müller/Helmut Ritz/Gertrud Siller/Johannes Vossen: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München 1992
- Hopf, Christel/Peter Rieker/Martina Sanden-Marcus/Christiane Schmidt: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim/München 1995
- Inowlocki, Lena: Zum Mitgliedschaftsprozeß Jugendlicher in rechtsextremistischen Gruppen: Ergebnisse einer interpretativ-qualitativen Untersuchung. In: Psychosozial 15, 1992, Heft III, S. 54-65
- Kernbach, Barbara/Rainer Fromm: Rechtsextremismus – ein Männerphänomen? Frauen im Organisierten Rechtsextremismus. In: Wiedermann, Dieter (Hrsg.) Die rechtsextreme Herausforderung – Jugendarbeit und Öffentlichkeit zwischen Konjunkturen und Konzepten. Bielefeld 2002
- Klose, Andreas/Thomas Schneider: Gratwanderung zwischen Kumpanei und Verrat – Ein kritischer Blick zur „Parteilichkeit“ in der Lebenswelt-Arbeit. In: Jugendhilfe 40, 2002, S. 34-39
- Kluß, Anno: Selbstevaluation eines Seminars der politischen Bildung der Jugendakademie Walberberg. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Perspektiven der Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe – Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe. QS Nr. 35, 2002, S. 14-18
- Koch, Reinhard: Deeskalation der Gewalt. Erfahrungen aus Projekten mit gewaltbereiten Jugendlichen in Sachsen-Anhalt. In: Otto, Hans-Uwe/Roland Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Bonn 1993, S. 350-355
- Krafeld, Franz Josef (Hrsg): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Bremen 1992
- Krafeld, Franz Josef/Kurt Möller/Andrea Müller: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze – Erfahrungen – Perspektiven. Bremen 1993
- Krafeld, Franz Josef: Konzeptentwicklung als Praxisbegleitung. In: Deinet, Ulrich/ Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): Konzepte entwickeln. Anregungen und Arbeitshilfen zur Klärung und Legitimation. Weinheim/München 1996, S. 211-225
- Krafeld, Franz Josef: Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit. Opladen 1996
- Krafeld, Franz-Josef: Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: Deutsche Jugend 48, 2000, S. 266-268
- Kraußlach, Jörg: Aggressionen im Jugendhaus. Konfliktorientierte Pädagogik in der Jugendarbeit. Wuppertal 1981
- Kraußlach, Jörg/Friedrich W. Düwer/Gerda Fellberg: Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast. Weinheim/München 1990 (erstmalig 1976)
- Lang, Susanne/Rudolf Leiprecht: Sinnvolles und Problematisches in der Antirassistischen Bildungsarbeit – eine kritische Betrachtung des Blue Eyed/Brown Eyed-Trainings (Jane Elliot). In: Neue Praxis 5/2000, S. 449- 471
- Lindner, Werner: Kinder- und Jugendarbeit in der Wissensgesellschaft. Zum Spannungsverhältnis von aktueller Bildungskonjunktur und (notwendiger) Bildungsreflexion. In: Deutsche Jugend, 50, 2002, S. 319-326

- Möller, Kurt: „Fremdenfeindlichkeit“: Übereinstimmungen und Unterschiede bei Jungen und Mädchen. In: Engel, Monika/Barbara Menke (Hrsg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Münster 1995, S. 64-86
- Möller, Kurt: Politische Programme zur pädagogischen und sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt – Aktuelle Ansätze und ihre Probleme aus der Praxisperspektive. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 4, 2002, S. 74-100
- Möller, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15jährigen. Weinheim/München 2000
- Möller; Kurt: Zur Grundlegung geschlechterreflektierender Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. In: Deutsches Jugendinstitut – Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000, S. 59-76
- Müller, Burkhard K.: Konzepte des Pädagogischen in der Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): Konzepte entwickeln. Anregungen und Arbeitshilfen zur Klärung und Legitimation. Weinheim/München 1996, S. 226-239
- Müller-Kohlenberg, Hildegard: Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Ressource in Evaluation und Qualitätsentwicklung. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Perspektiven der Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe – Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe. QS Nr. 35, 2002, S. 74-80
- Ohlemacher, Thomas/Dennis Sögding/Theresia Höynck/ Nicole Ethé/Götz Welte: Anti-Aggressivitäts-Training und Legalbewährung: Versuch einer Evaluation. In: Bereswill, Mechthild/Werner Greve (Hrsg.): Forschungsthema Strafvollzug. Baden-Baden 2001, S. 345-386
- Osborg, Eckart: Akzeptierende Sozialarbeit mit Rechtsorientierten. Was kommt danach? In: Standpunkt Sozial, Heft 1/2002, S. 34-41
- Pingel, Andrea/Peter Rieker: Evaluation pädagogischer Praxis gegen Rechtsextremismus: Potenziale und Chancen. In: Lynen von Berg, Heinz/Roland Roth (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen 2003, 103-118
- Pollak, Thomas: Was heißt „Beziehung“ in der sozialen Arbeit? Psychoanalytische und professionstheoretische Aspekte. In: Deutsche Jugend 50, 2002, S. 78-85
- Rieker, Peter: Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Überblick und Einschätzungen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 50, 2002, S. 30-40
- Rieker, Peter: Jungen und Rechtsextremismus. In: Hessische Jugend – Zeitschrift des hessischen Jugendrings 51, 1999, Heft 1, S. 18-19
- Rook, Helmut: Erinnerungsarbeit gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten, Chancen und Grenzen der Gedenkstättenpädagogik am Beispiel der Gedenkstätte Buchenwald. In: Bis hierher – und wie weiter? Pädagogische Konzepte zum professionellen Umgang mit Rechtsextremisten. Dokumentation des Internationalen Seminars für Multiplikatoren in

- der Jugendarbeit vom 26.8. – 31.8.2001 in der Gedenkstätte Buchenwald. Erfurt/Weimar 2002, S. 16-27
- Schäfer, Klaus: Aufgaben und Ziele des Wirksamkeitsdialogs. In: Beywl, Wolfgang et al. (Hrsg.): Evaluation im Alltag. Münster 2001, S. 36-42
- Scherr, Albert: Akzeptierende Jugendarbeit. Arbeitsprinzipien, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen. In: Deutsches Jugendinstitut – Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000, S. 9-18
- Scherr, Albert: Konzeptentwicklung – eine unverzichtbare Grundlage professioneller Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): Konzepte entwickeln. Anregungen und Arbeitshilfen zur Klärung und Legitimation. Weinheim/München 1996, S. 197-210
- Scherr, Albert: Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Schwalbach 2001
- Scherr, Albert: Situation und Entwicklungsperspektiven geschlechtsdifferenzierender Jugenarbeit. In: Werthmanns-Reppkus, Ulrike/Karin Böllert (Hrsg.): Mädchen- und Jungenarbeit – eine ungelöste fachliche Herausforderung. Materialien zum elften Kinder- und Jugendbericht, Band 3, München 2002, S. 297-316
- Schmitz, Michael: Die junge Geschichte eines offenen Jugendtreffs in Schwerin. Oder: Vom beschwerlichen Anfang der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Unsere Jugend 53, 2001, S. 523-531
- Schröder, Achim: Beziehungen in der Jugendarbeit – wie sie gestaltet und reflektiert werden. In: Deutsche Jugend 50, 2002, S. 59-69
- Siller, Gertrud: Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen. Opladen 1997
- von Spiegel, Hiltrud: Perspektiven der Selbstevaluation – veranschaulicht am Beispiel Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Perspektiven der Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe – Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe. QS Nr. 35, 2002, S. 85-89
- Staud, Toralf: Mädels, deutsch und rein. In: Die Zeit, Nr. 41/2002, S. 15
- Sturzenhecker, Benedikt: Kannze nicht oder willze nich? Zum Stand der Jungenarbeit in Deutschland. In: Werthmanns-Reppkus, Ulrike/Karin Böllert (Hrsg.): Mädchen- und Jungenarbeit – eine ungelöste fachliche Herausforderung. Materialien zum elften Kinder- und Jugendbericht, Band 3, München 2002, S. 317-338
- Thiersch, Hans: Ressourcen und Probleme in der Lebenswelt In: Forum Erziehungshilfen, 8, 2002, S. 176-186
- Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik. Themenschwerpunkt: Sozialraumorientierung 9/2002
- Wagner, Ulrich/Oliver Christ/Ralf van Dick: Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 4, 2002, S. 101-118

- Wahl, Klaus (Hrsg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin 2001
- Willems, Helmut: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen. Opladen 1993
- Wolf, Barbara: Die gegenwärtige Suche nach Konzepten in der Jugendarbeit In: Jugendarbeit als Lebensort. Jugendpädagogische Orientierungen zwischen Offenheit und Halt. Weinheim/München 1998, S. 11-18
- Wolff, Mechthild: Integrierte Hilfen vs. Versäulte Erziehungshilfen. Sozialraumorientierung jenseits der Verwaltungslogik. In: Merten, Roland: Sozialraumorientierung. Zwischen fachlicher Innovation und rechtlicher Machbarkeit. Weinheim/München 2002

